Sozialdemokratische Arbeiter-
partei Deutschösterreichs
Protokoll des Sozial-
demokratischen Parteitages
1905

HX
256
S6
1905

or Adler
575
Wien

Protokoll

über die Verhandlungen des Gesamt-Parteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Abgehalten zu Wien

vom 29. Oktober bis 2. November 1905

Preis 1 Krone

Wien 1905

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand

VI., Gumpendorferstraße 18.

Empfehlenswerte Schriften:

Aus dem Verlage der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand,

Wien, VI., Gumpendorferstrasse 18.

Adler, Dr. Viktor. Schwurgerichtsprozeß gegen Dr. Viktor Adler über die Anklage der Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe, der Religionsstörung ꝛc. ꝛc. 64 Seiten. Kr. —·24

— Die Marodeure des Klerikalismus. Wien 1901. 16 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 7·

Berner Ernst. Das rote Einmaleins oder So leben wir! Ein soziales Bilderbuch. 1899. 64 Seiten. Kr. —·24, 50 Stück Kr. 8·—

— Der männermordende, völkerverderbende Militarismus in Oesterreich. Wien 1903. 64 Seiten. Kr. —·20, 100 Stück Kr. 14·—

— Die Steinkohlengräber im Ostrau-Karwiner Bergrevier. Wien 1898. 40 Seiten. Kr. —·30

Blatchford. Im Reiche der Freiheit. Aus dem Englischen frei übersetzt von Henry Wright. Wien 1899. 227 Seiten. Kr. 1·20

Blütenstrauß christlich-sozialer Parteitätigkeit, von einem Freunde der Wahrheit. Wien 1899. 48 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 7·—

Chwála A. Winke für die versicherungspflichtigen Arbeiter der Arbeiter-Unfallversicherung. Wien 1892. 10 Seiten. Kr. —·06, 100 Stück Kr. 4·—

— Die Opfer der Industrie und der Unfallversicherungsanstalten. Eine Darlegung, wie die Arbeiter von den Anstalten benachteiligt werden und wie sie sich dagegen wehren können. Wien 1896. 24 Seiten. Kr. —·12, 100 Stück Kr. 9·—

Daszynski Ignaz. Oesterreich im Gedächtnisjahre der Revolution. 16 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 7·—

Deutschvölkische Heldentaten. Stellung der Deutschnationalen zu den Volksrechten. Wien 1900. 20 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 6·—

Ellenbogen, Dr. Wilhelm. Der kapitalistische Staat als Arbeitgeber. Rede über die Lage der Staatseisenbahnbediensteten. 16 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 7·—

— Was will die Sozialdemokratie? Eine elementare Erläuterung des Hainfelder Programms. Wien 1899. 128 Seiten. Kr. —·60

Ereignisse von Falkenau und Ostrau, Die, im Parlament. Stenographisches Protokoll der Reichsratsverhandlungen am 10. Mai 1894. 136 Seiten. Kr. —·20

Flugblätter. Zur Massenverbreitung besonders geeignet:

— Guckkasten, Politischer.

Nr. 1. Christlich-soziales Affentheater. Kr. —·08

Nr. 2. O du mein Oesterreich! Kr. —·08

Nr. 3. Die Kohlenmühle. Kr. —·08

100 Stück gemischt nur Kr. 1·—

— Kommunal-(Gemeinde-)Programm der österreichischen Sozialdemokratie. Kr. —·02, 100 Stück Kr. 1·—, 500 Stück Kr. 4·—

— Liederschatz, Kleiner, für Arbeiter. Kr. —·04, 100 Stück Kr. 2·—, 500 Stück Kr. 7·—

— Michel, es geht schief! Kr. —·02, 100 Stück Kr. 1·—

— Teilerei, Die. 8 Seiten. Kr. —·04, 100 Stück Kr. 1·50, 500 Stück Kr. 6·—, 1000 Stück Kr. 10·—

— 's Tor zua! Sö san da! 8 Seiten. Kr. —·04, 100 Stück Kr. 1·50, 500 Stück Kr. 6·—, 1000 Stück Kr. 10·—

— Was is denn g'schehn? Was rennt denn der Herr Verwalter so? Jessas, Jessas, die Sozialdemokraten san da! 8 Seiten. Kr. —·02, 100 Stück Kr. 1·—, 500 Stück Kr. 4·—, 1000 Stück Kr. 6·—

In Oesterreich sofort nach dem Erscheinen verboten. Frei geworden durch die Interpellation des Abgeordneten Schuhmeier und Genossen.

— Was will die Sozialdemokratie? Kr. —·02, 100 Stück Kr. 1·—, 500 Stück Kr. 4·—, 1000 Stück Kr. 6·—

Freie Liebe und bürgerliche Ehe. Wien 1895. 16 Seiten. Kr. —·12, 100 Stück Kr. 8·—

Glöckel Otto. Die Christlich-Sozialen im Spiegel ihrer verratenen Prinzipien. Wien 1902. 16 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 7·—

Harpner, Dr. Gustav. Das österreichische Strafverfahren. Leichtfaßlich für jedermann dargestellt Wien 1898. 164 Seiten. In Leinwand gebunden. Kr. 1·20

Heimatsgesetz, Das neue. Mit besonderer Rücksicht auf die Erlangung des Zuständigkeitsrechtes und der Rechte auf Gemeindeunterstützung. Wien 1901. 32 Seiten. Agitationsausgabe Kr. —·12, 50 Stück Kr. 4·50

— Formulare zum Einreichen bei Polizei, Magistrat und Gemeinde à Kr. —·06, 100 Stück Kr. 3·—

Herr Dr. Lueger in der Klemme. Die erste Schuldebatte im neuen Parlament (1901). 40 Seiten. Kr. —·20

Kaff Siegmund. Der Handlungsgehilfe und sein Recht. Ein Ratgeber in allen das Arbeitsverhältnis der Handlungsgehilfen betreffenden Fragen. Wien 1899. 52 Seiten. Kr. —·40

Karner. Das Volk steht auf! Es ruft: Heraus das gleiche Wahlrecht! Eine Kritik des österreichischen Privilegienparlaments. Kr. —·10

Kautsky K. Konsumvereine und Arbeiterbewegung. Wien 1897. 32 Seiten. Kr. —·20

(Fortsetzung auf der 3. Umschlagseite.)

Protokoll

über die

Verhandlungen des Gesamtparteitages

der

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Abgehalten zu Wien

vom 30. Oktober bis zum 2. November 1905.

Wien 1905.
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18.

HX
256
56
1905

Parteiorganisation

beschlossen am VI. Parteitag zu Wien 1897 (geändert am Gesamtparteitag zu Brünn).

Gesamtorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

I. Gesamtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesamtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegierte und, wo organisierte Frauen sind, auch eine Frau als Delegierte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegierte zu schicken. Allen politischen sowie Fachblättern ist durch je einen Delegierten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesamtvertretung sowie die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesamtparteitage vorbehalten. Im übrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesamtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesamtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesamtparteitages erfolgt durch die Gesamtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Tätigkeit der Gesamtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesamtparteitag zu erstattenden Berichte die Tätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesamtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesamtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesamtpartei obliegt der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesamtvertretung bestimmt der Gesamtparteitag. Die Gesamtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesamtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegierte geschehen, die am Sitz der Gesamtvertretung wohnen. Diese

Mitglieder der Gesamtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Beratungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erfordernis zusammen. Sie ist dem Gesamtparteitage verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités teilnehmen, und es ist wünschenswert, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrolle.

Der Gesamtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrolle aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesamtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend notwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landes-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. *Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats

vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12 Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

(Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.)

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Tagesordnung des Parteitages:

1. **Konstituierung des Parteitages:**
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.

2. **Bericht der Gesamtparteivertretung.** Berichterstatter: Ferdinand Skaret; Kassenbericht: Karl Kořinek.

3. **Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.** Berichterstatter: Engelbert Pernerstorfer.

4. **Die österreichische Krise und das Wahlrecht.** Berichterstatter: Wilhelm Ellenbogen und Anton Němec.

5. **Der Generalstreik.** Berichterstatter: Viktor Adler und Josef Steiner.

6. **Die Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung.** Berichterstatter: Karl Vaněk und Matthias Eldersch.

7. **Der Militarismus.** Berichterstatter: Ignaz Daszynski und Franz Soukup.

8. **Eventuelles.**

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Josef Tomschik (Wien), Dr. Herman Diamand (Lemberg), Anton Němec (Prag), Valentino Pittoni (Triest), Josef Kopač (Triest), Dr. Roman Jaroszewytsch (Ruthene).

Schriftführer:

Franz Frankl (Wien), Vlastimil Tusar (Brünn), Oswald Hillebrand (Karlsbad), Josef Hudec (Lemberg).

Mandatprüfungskommission:

Johann Gröbner (Wien), Gustav Habermann (Pilsen), Anton Schrammel (Aussig), Heinrich Hornof (Prag), Dr. Herman Diamand (Lemberg), Valentino Pittoni (Triest), Etbin Kristan (Laibach), Teofil Melen (Przemysl).

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

Die einzelnen Reden, mit Ausnahme der Referate, werden nur über Verlangen in eine andere Sprache übersetzt.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Gesamtparteivertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich an den Parteitag 1905 in Wien.

Auf die Zeit der tiefen Aufwühlung des Staates durch die wilden Explosionen des Nationalismus sind in der gegenwärtigen Berichtsperiode die Jahre der langsamen Zersetzung Oesterreichs gefolgt. Zerfall und Verwesung sind die Kennzeichen der politischen Geschichte der letzten zwei Jahre. War der Inhalt der bürgerlich-nationalen Forderungen schon vorher minderwertig, so ist der Streit nun vollends ins Kleinliche ausgeartet. Je weniger aber das Wesen des nationalen Kampfes der bürgerlichen Parteien in die Tiefe geht, je unersprießlicher er somit ist, um so allgemeiner wird die Kampfmüdigkeit und um so weiter entfernt sich die offizielle Politik von der ernsten Behandlung der Nationalitätenfrage, von dem Ziele der Befreiung und Erhebung der einzelnen Völker, und verflacht immer mehr zu einer niedrigen Portefeuille- und Stellenstreberei einzelner bürgerlicher Wortführer. Aber andererseits fordern die, durch die frivole chauvinistische Treiberei gerufenen Geister ihr Recht und der Boden wankt unter den bürgerlichen Parteien. Auch der drohende Mandatsverlust treibt sie immer lebhafter, sich rechtzeitig auf das sichere Land eines wohlbestallten Amtes zu retten, und die genasführten Völker werden mit Scheinerfolgen oder mit ins wahnsinnige übertriebenen nationalen Hetzen abgespeist. Einer dieser Scheinerfolge war der Sturz des Ministeriums Koerber, der die Rache dafür sein sollte, daß keine der nationalen Parteien auch nur den Hauch einer positiven Errungenschaft zu verzeichnen hatte, der aber objektiv die notwendige Folge einer Politik sein mußte, die bei vielleicht gutem Willen mit durchaus unzulänglichen Mitteln arbeitete, die bloß an den Erscheinungen und Wirkungen herumkurierte, während sie den tiefen Ursachen an den Leib zu rücken ängstlich vermied. An dieser Politik hat Koerbers Sturz gar nichts geändert, ja sein Nachfolger Gautsch, ein ideenloser glatter Höfling, ohne Richtung und Programm, versteht es nicht einmal, die üblich gewordenen Komplimente an politischen Fortschritt und soziale Fürsorge in halbwegs glaubwürdiger Form vorzubringen, geschweige denn, daß die Richtigkeit seiner Persönlichkeit imstande wäre, für die Unfruchtbarkeit seiner Politik durch positive Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung oder auch nur durch Programme auf sozialem Felde wenigstens teilweise zu entschädigen.

Dieses völlig rücksichtslose Ministerium vermag sich denn auch nur durch Hinhalten der Parteien aufrecht zu halten. Der leiseste Versuch eines positiven Eingriffs, um diese oder jene nationale Forderung zu befriedigen, erzeugt sofort Mißtrauen, Verstimmung und Unruhe auf der anderen Seite und so sind alle die zahllosen Detailfragen, aus denen sich der nationale Streit der bürgerlichen Parteien zusammensetzt, bis heute ungelöst geblieben. Weder

die innere Amtssprache in Böhmen, noch die Errichtung einer tschechischen Universität in Mähren, weder die Troppauer Parallelklassen, noch die italienische Universität haben eine Erledigung gefunden, und selbst Fragen, die scheinbar weitab vom nationalen Kriegsschauplatz liegen, wie Verstaatlichung der Privatbahnen, Reorganisation der Eisenbahnverwaltung und dergleichen, müssen ungelöst bleiben, so enorm auch der volkswirtschaftliche Schaden ist, den ihre Nichterledigung dem Staate zufügt, weil die Nichtbereinigung der nationalen Angelegenheiten alle öffentlichen Dinge auf den Kopf stellt, alle Fragen verzerrt, allen Bedürfnissen ihren natürlichen Inhalt nimmt und durch einen falschen verdrehten und widersinnigen ersetzt.

Aber mag auch die geschichtliche Logik dieser Zustände zu den furchtbarsten Wirrnissen führen, mag es zu Straßenkämpfen und Revolverschüssen, zu Häuserdemolierungen und Bajonettangriffen kommen, mögen zu der heillosen Verworrenheit unserer inneren Verhältnisse auch Mißhelligkeiten und Verwicklungen in der äußeren Politik treten, mag das ganze Staatswesen in die Auflösung gewaltsam hineingetrieben werden, keiner von jenen berufenen Hof- und Adelspolitikern wird sich zu dem einzigen, freilich radikalen, aber auch allein wirksamen Ausweg entschließen, der Einführung der nationalen Autonomie und des allgemeinen, gleichen Wahlrechts. Es mag freilich hart sein für die erbgesessenen Hüter des alten Oesterreich, einsehen zu müssen, daß das einzige Mittel, um Oesterreich überhaupt zu retten, die Zerschlagung dieses alten, morschen, lebensunfähigen Kronländerungeheuers und die Neuaufrichtung des Staates auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist, und gewiß ist, daß bei dieser Umkrempelung eine Menge verrosteter Privilegien völlig verschwinden werden; aber es ist eben auch nicht mehr möglich, über die so lebendig und stark gewordenen freiheitlichen Entwicklungsbestrebungen der Völker zur Tagesordnung hinwegzugehen. Sie drängen sich immer unaufhaltsamer an das Licht, und eine vernünftige Politik muß mit ihnen, kann nicht ohne sie, am allerwenigsten aber gegen sie operieren. Das nationale Programm der Sozialdemokratie gewinnt denn auch immer mehr an Boden und Verständnis selbst unter den vorgeschrittenen bürgerlichen Parteien. Das Ministerium Gautsch freilich, dieser untertänige Lakai höfischer Interessen, sucht den drohenden Zusammenbruch durch Austeilung einiger Minister- und Sektionschefstellen zu beschwören, den energischen Willen der breiten Volksmassen aber nach seinem obersten politischen Recht durch tückische Winkelzüge im Kron- und Ministerrate zu durchkreuzen. War somit die Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie aller Zungen in den verflossenen Jahren, unermüdlich und beharrlich die Mahnung zur Einführung der nationalen Autonomie ertönen zu lassen, so wird sie sich in der nächsten Zeit zum energischen Kampf für das von Hof und Feudaladel verweigerte allgemeine und gleiche Wahlrecht rüsten müssen. Ihre Stellung bleibt in allen Fällen durch ihr Programm und durch die Tatsachen klar bestimmt.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie mußte vorläufig darauf beschränkt bleiben, zu den einzelnen Vorkommnissen Stellung zu nehmen und den Leitern dieses Rackers von Staat mit unerbittlicher Deutlichkeit, von Fall zu Fall, in Versammlungen und durch die Presse zum Bewußtsein zu bringen, daß die Arbeiter dieses korrumpierenden Kuhhandels mit den bürgerlichen Parteien müde sind, daß sie auf der Verwirklichung ihrer politischen Forderungen beharren, oder aber daß sie von der Fäulnis des österreichischen Sumpfes befreit werden wollen.

Bevor wir in Einzelheiten unserer Kämpfe eingehen, wollen wir unsere Dankesschuld an jene Genossen abtragen, die der Tod in diesen zwei Jahren aus unseren Reihen gerissen. Leider können wir nicht alle unsere verstorbenen Mitkämpfer hier namentlich anführen und müssen uns daher mit der Erinnerung an diejenigen begnügen, die über ihren engeren Wirkungskreis hinaus bekannt geworden sind. So starb nach langem Leiden und Siechtum am 27. Juli 1904 Genosse Anton Grablovic, einer der tüchtigsten Agitatoren und Organisatoren der slovenischen Bergarbeitern. Am 30. November 1904 schied unser wackerer polnischer Genosse Witold Reger, der durch seine

furchtlosen Kämpfe gegen die galizische Soldateska und speziell gegen das Regime Galgotzy bekannt geworden, nach einem langen Krankenlager aus dem Leben. Am 12. Oktober 1904 verloren wir unseren Josef Schen, den Schöpfer des Proletariarliedes, den Sänger des Liedes der Arbeit und so vieler Gesänge, die Freud und Leid, Liebe und Zorn des Arbeiters ergreifend aussprechen. Schen war aber nicht nur Künstler, sondern auch der unermüdliche und erfolgreiche Organisator, dessen Verdienst die große Organisation der Arbeitergesangvereine ist. Unvergänglich ist das Andenken des Mannes, der aus dem Herzen des Proletariers und zum Herzen des Proletariers zu sprechen wußte.

Im nachstehenden wollen wir nun in einigen Zügen ein Bild des Kampfes zu geben versuchen.

Am 25. Juni 1903 wurden nach ungefähr fünfmonatlichem Beisammensein des Reichsrates die Abgeordneten wieder einmal nach Hause geschickt, damit sich die Regierung das, was sie im Wege der parlamentarischen Beratungen an neuen Steuern und militärischen Mehrbelastungen nicht erhalten konnte, einfach absolutistisch mittelst des § 14 selbst bewilligen könne. Aus diesem Anlasse sah sich die Gesamtparteivertretung veranlaßt, am 5. Juli ein Manifest an die Wähler, Arbeiter und Parteigenossen herauszugeben, das gegen das Privilegienparlament scharf Stellung nimmt und den Ruf nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrechte in verstärktem Maße erhebt. Anschließend daran erfolgte eine Reihe größerer Kundgebungen unserer Partei in ganz Oesterreich.

Bei diesen Wahlrechtsdemonstrationen kam es insbesondere in Brünn am 7. September 1903 durch das provokatorische Vorgehen der Polizei zu blutigen Zusammenstößen mit der Wache, bei der über dreißig Arbeiter durch Säbelhiebe verwundet worden sind, darunter mehrere Schwerverletzte.

Die organisierte Arbeiterschaft mußte jedoch nicht nur den Kampf gegen das Privilegienparlament führen, sondern sich auch vor allem gegen die absolutistischen Uebergriffe der Regierung zur Wehre setzen. So sollten wegen der parlamentarischen Wirren in Ungarn unsere Arbeitsbrüder im Waffenrocke im Herbst 1903 der längst ersehnten Beurlaubung nicht teilhaftig werden, weil das ungarische Parlament noch keine neuen Rekruten bewilligt hatte. Daraufhin erschien am 13. September 1903 in unseren Parteiblättern ein vom Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten gezeichneter Aufruf: „An unsere Brüder im Waffenrock!“ Dieser Aufruf, der von der Staatsanwaltschaft sofort konfisziert wurde, nimmt entschiedene Stellung gegen die Zurückbehaltung aller ausgedienten aktiven Mannschaften und hat insbesondere auch in den Kasernen nicht nur sehr starke Verbreitung, sondern auch das notwendige Verständnis gefunden.

Außerdem hat unsere Partei in den Monaten Mai und Juni 1904 in einer mächtigen Agitation Stellung genommen gegen die neuen Militärforderungen in der Höhe von 353 Millionen Kronen. In ganz Oesterreich fanden zahllose Versammlungen und Protestkundgebungen gegen dieses neueste Attentat auf die Taschen des österreichischen Volkes mit der Tagesordnung: „Die Millionenforderungen für den Militarismus und die Notlage des arbeitenden Volkes“ statt und es wurde gerade bei diesem Anlasse die Forderung nach Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung erhoben. Anschließend daran mußte die Partei ihre Stimme gegen den Lebensmittelwucher und die Biersteuer geltend machen. Dieser Kampf wurde von unseren Genossen in sehr vielen Orten mit ganz bedeutendem Erfolge geführt und von der Arbeiterschaft, die unter dem systematischen Lebensmittelwucher zu leiden hatte, sehr sympathisch begrüßt.

Der intensive Kampf, der von uns zugunsten der Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung mit zäher Ausdauer in dem letzten Jahre geführt worden war, hatte wenigstens den einen Erfolg, daß Dr. v. Koerber sich am letzten

Lebensabend seiner ministeriellen Tätigkeit, am 9. Dezember 1904, veranlaßt sah, ein in 252 Paragraphen fixiertes „Programm für die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherung" dem Parlament vorzulegen. Damit scheint es nun freilich aber auch sein Bewenden zu haben, denn sein Nachfolger Baron Gautsch ist bei seiner parlamentarischen Eröffnungsrede nicht mit einer Silbe darauf zu sprechen gekommen. Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft selbst wird es sein müssen, mit aller Entschiedenheit und immer wieder von neuem auf die Erfüllung dieser für die Arbeiterschaft so wichtigen Forderung zu dringen. Gleichzeitig, respektive neben diesen Aktionen wurde von unserer Partei ein heftiger Kampf gegen die von der Regierung Mitte April 1905 im Parlament eingebrachte Kongruavorlage geführt, die eine Erhöhung der Kongruagebühren von 9,300.000 Kronen fordert und sich als eine Liebesgabe an den österreichischen Klerus darstellt.

Neben allen diesen Kämpfen, die die sozialdemokratische Partei außerhalb des Parlaments zu führen hatte, war sie ununterbrochen auf die Errungung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes in alle Vertretungskörper bedacht. Insbesondere war es die vorjährige Herbstsession der verschieden Landtage, die unsere Genossen in den einzelnen Kronländern benützten, um nicht nur gegen die noch rückständigen Formen, wie die teilweise noch bestehenden indirekten und mündlichen Wahlen anzukämpfen, sondern um das privilegierte Kurien- und Wahlkörpersystem zu beseitigen. Mit diesem Kampfe begannen am 28. September 1904 die Genossen in Brünn, indem sie die Galerie der mährischen Landtagsstube besetzten und von hier aus Reden an die versammelten Landtagsabgeordneten hielten, die alle in die Forderung ausklangen: „Was ist's mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht?" Dabei wurden Hunderte von roten Flugzetteln, die in deutscher und tschechischer Sprache das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Landtag und Gemeinde verlangen, in den Sitzungssaal unter die Abgeordneten geworfen, so daß der Landeshauptmann unter dem gewaltigen Eindrucke dieser Demonstration die Landtagssitzung schließen mußte.

Fast gleichzeitig mit Brünn nahmen auch die Wahldemonstrationen in Prag ihren Anfang. Zehntausende von rechtlosen Arbeitern demonstrierten am 9. Oktober 1904 in den Straßen und auf den öffentlichen Plätzen von Prag und Brünn gegen das Privilegienwahlrecht, Standarten und Tafeln mit der Aufschrift: „Nieder mit den Wahlrechtsräubern!" tragend. Auch wurde am 8. Oktober 1904 im galizischen Landtage von einem Mitglied der polnischen Volkspartei ein Antrag auf Einführung des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechtes eingebracht, der nach kurzer Debatte dem Verwaltungsausschusse zugewiesen und somit zweifellos begraben worden ist.

Die Wahlreformbewegung hatte, allerdings vorläufig nur für Mähren, den Erfolg, daß am 13. Oktober 1904 im mährischen Landtage ein Dringlichkeitsantrag auf Einführung des direkten und geheimen Wahlrechtes eingebracht und auch einstimmig angenommen wurde. Damit aber, trotz aller abgegebenen Zusagen, auch selbst dieser kleine Fortschritt zur Verbesserung des Wahlrechtes nicht gemacht zu werden braucht, wurde plötzlich, anstatt wie vorher bestimmt am 12., der Landtag schon am 8. November geschlossen. Und damit wurde auch diese an sich ebenso geringfügige wie dringend nötige Reform begraben.

So hatte die Sozialdemokratie in Oesterreich unter den schwierigsten Verhältnissen gegen das rückständigste und borniertese Bürgertum einen Kampf um die Anerkennung ihrer Rechte zu führen, bei dem die tatsächlichen Erfolge oft weit hinter den aufgewendeten Mitteln zurückblieben und wo es der Arbeiterschaft bei größter Beharrlichkeit und Ausdauer nur möglich war, Zoll für Zoll dem Wahlunrechte und seinen Verteidigern den Boden abzugraben. Der einzig nennenswerte, wenn auch immerhin noch sehr bescheidene Erfolg ist die am 10. November 1903 erfolgte Reform der Landtagswahlordnung in Steiermark. Neben der Aufhebung des mündlichen und indirekten Wahlrechtes wurde getreu nach Badenischem Vorbilde eine all-

gemeine Wählerklasse mit acht Wahlbezirken geschaffen. Aber auch dieser kleine Fortschritt zeigte das starke Anwachsen der Partei und ihrer Organisation. Bei der am 20. September 1904 stattgefundenen steiermärkischen Landtagswahl entfielen in der allgemeinen Kurie von 14.435 abgegebenen Stimmen auf Genossen Resel 8769, auf den Klerikalen 2904 und auf den Volksparteiler 2754 Stimmen. Der Sozialdemokrat ist somit im ersten Wahlgange gewählt worden.

Bei der am 23. September hierauf stattgefundenen Stichwahl siegte im Leobener Wahlkreise Genosse Schacherl mit 12.259 Stimmen über den verbündeten klerikalen Mischmasch, der nur 12.097 Stimmen auf sich vereinigte. Das Stimmenverhältnis in allen acht Wahlkreisen der steiermärkischen allgemeinen Landtagskurie stellte sich im ersten Wahlgange wie folgt: Klerikale 56.442, Sozialdemokraten 40.600, Slowenisch-Klerikale und Nationale 27.905, Deutsche Volkspartei 16.160 und Bauernbündler 12.936 Stimmen.

In Steiermark sind also die Sozialdemokraten die zweitstärkste Partei.

In der abgelaufenen Berichtsperiode fand auch eine Ersatzwahl in der V. Kurie für den Reichsrat (9. Dezember 1903), und zwar im II. oberösterreichischen Wahlkreise (Steyr) statt, an der sich wohl unsere Genossen in Oberösterreich beteiligten, wo wir jedoch, da die Wahl von vornherein vollständig aussichtslos erschien, gegenüber der Wahl im Jahre 1901 einen Rückgang an Wahlstimmen zu verzeichnen hatten. Es erhielten: der klerikale Kandidat 22.112, der deutschfortschrittliche 5308, der sozialdemokratische 3509 Stimmen.

Bei der am 12. April 1905 stattgefundenen Reichsratsersatzwahl in Bruck an der Mur (Landgemeindenkurie) stellten unsere steiermärkischen Genossen den Klerikalen die Kandidatur des Genossen Resel gegenüber. Von 7753 Wählern beteiligten sich 5336 = 70 Prozent an der Wahl und erhielten im ersten Wahlgange: der Klerikale 2165, der Sozialdemokrat 1896 und der Bauernbündler 1264 Stimmen. Es kam somit zu einer Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Klerikalen, die am 15. April stattfand. Von den 5691 in der Stichwahl abgegebenen Stimmen erhielt der Sozialdemokrat 3062, der Klerikale blieb mit 2629 Stimmen in der Minorität. Genosse Resel ist somit neben Genossen Seitz der zweite in einer privilegierten Reichsratskurie gewählte Sozialdemokrat.

Was die sozialdemokratische Fraktion, der deutsche, tschechische und polnische Genossen angehören, als die einheitliche Vertretung der österreichischen Arbeiterschaft aller Zungen im Parlament ist, das ist die Gesamtparteivertretung außerhalb des Parlaments. Sie hat trotz der weitestgehenden Autonomie ihrer nationalen Organisationen alle Kämpfe, die sie zu führen gezwungen war, in voller Einheitlichkeit geführt. Die Gesamtparteivertretung setzt sich aus den einzelnen nationalen Exekutiven, respektive deren Bevollmächtigten zusammen und hält nach Bedarf ihre Sitzungen zur Erledigung gemeinsamer Angelegenheiten ab.

Die Gesamtpartei verfügt derzeit über fünf Tagesblätter (zwei deutsche, zwei tschechische und ein polnisches) und über eine große Anzahl zweimal, sowie einmal wöchentlich und 14tägig erscheinender Parteiblätter, die die Parteibewegung auf das tatkräftigste unterstützen und in ihrer stetig steigenden Auflage immer mehr an Einfluß auf die öffentliche Meinung gewinnen. Es ist nicht zu leugnen, daß auch bei uns an Stelle des gesprochenen Wortes immer mehr und mehr die überzeugende und aufklärende Kraft des geschriebenen Wortes tritt. Diesen Wandel in der Auffassung über die steigende Bedeutung unserer Parteipresse begrüßen wir mit aufrichtiger Genugtuung und Freude. Von besonderen Ereignissen innerhalb unserer Parteipresse heben wir hervor, daß das Zentralorgan unserer Partei, die „Arbeiter-Zeitung", am 1. Jänner 1905 seinen 10jährigen Bestand feierte. Aus diesem Anlasse wurde eine Jubiläumsnummer in einer Auflage von über 90.000 Exemplaren herausgegeben. Unser tschechisches Bruderorgan „Hlas lidu" in Proßnitz beging am 15. Juli 1905 das Fest seines 35jährigen Bestandes in der feierlichsten Weise.

Die unter den Genossen von Triest seit drei Jahren schwebenden Streitigkeiten gaben Anlaß zu zwei Konferenzen, die im Jänner 1905 abgehalten wurden und zu denen Genosse Dr. Ellenbogen von der Reichsparteivertretung als Delegierter entsendet wurde. Den Bemühungen dieses Genossen gelang es, einen vorläufigen Waffenstillstand in der Form der Beseitigung aller öffentlichen Polemiken herbeizuführen, sowie schließlich eine formelle Einigung auf der Grundlage gegenseitiger Erklärungen, sowie die Verschmelzung der beiden Gewerkschaftsblätter in eines. Da jedoch die Erklärungen nicht abgegeben wurden, so dauerten die Zwistigkeiten noch fort, bis auf einer Konferenz im Juli 1905 dem von Dr. Battisti redigierten „Il Popolo" der Charakter eines Parteiblattes entzogen wurde.

Die Gesamtparteivertretung kam wiederholt in die Lage, sich nicht nur mit den innerpolitischen, sondern auch mit Ereignissen außerhalb Oesterreichs zu beschäftigen. Wir erwähnen hier unter anderen unsere materielle Mithilfe und Unterstützung der Opfer der russischen Revolution zu Anfang des Jahres 1905 und die Anteilnahme an der Friedensmanifestation am 21. und 22. Mai 1905 in Triest. Die Beratungen dieser Konferenz, an der Delegierte der italienischen Organisationen von Triest und Südtirol, dann Delegierte der italienischen Sozialdemokratie und ihrer Parlamentsfraktion, Delegierte der österreichischen Gesamtparteivertretung, der südslavischen Exekutive sowie der ungarländischen Partei teilnahmen, galten vor allem der Stellungnahme zu den nationalen irredentischen Hetzereien und zu dem Kriegslärm und den Kriegsrüstungen zwischen Oesterreich und Italien. In einer umfangreicheren Resolution wurde der Standpunkt der Sozialdemokratie beider Staaten festgelegt und zum Schlusse betont: „Den diplomatischen Intriguen und dynastischen Ambitionen auf beiden Seiten setzt die Sozialdemokratie die Solidarität des Proletariats von Italien mit dem aller in Oesterreich-Ungarn lebenden Nationen entgegen." Die Verhandlungen auf dieser Konferenz waren von ebenso echt sozialdemokratischem als wahrhaft internationalem Geiste getragen und haben zweifellos ihre Wirkung nicht verfehlt.

Das Organisationscomité einer sogenannten „Jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Galiziens" brachte in einem vom 30. April 1905 gefertigten Schreiben der Gesamtparteivertretung zur Kenntnis, daß es den Entschluß gefaßt habe, am 1. Mai d. J. aus der polnischen sozialdemokratischen Partei auszutreten und an die Konstituierung der „jüdischen Partei" zu schreiten, die am 9. und 10. Juni d. J. auf einem Kongresse in Przemysl erfolgen sollte. Die Gesamtparteivertretung beschäftigte sich in Anwesenheit eines Vertreters dieser jüdischen Separatisten in zwei Sitzungen am 12. und 13. Mai d. J. mit dieser Sache und wurde das Resultat der Debatte in folgendem einstimmigen Beschlusse zusammengefaßt:

„Die Gesamtexekutive ist nicht in der Lage, die selbständige „Jüdische sozialdemokratische Partei Galiziens" anzuerkennen, weil sie unserem Brünner Programm und der Organisation unserer Partei widerspricht; sie ist auch nicht in der Lage, der Einladung zu einem Kongreß von Leuten zu folgen, die sich faktisch außerhalb der Partei gestellt haben.

Die Gesamtexekutive nimmt weiter die sich hierauf beziehende Resolution der polnischen Exekutive zustimmend zur Kenntnis und spricht die Hoffnung aus, daß die jüdischen Proletarier Galiziens, in klarer Erkenntnis ihrer eigenen wahren politischen und ökonomischen Interessen, treu und fest wie bisher auf dem Boden der in hundert Kämpfen bewährten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisation Schulter an Schulter mit ihren polnischen Genossen nach wie vor ihre Pflicht tun und daß sie sich den reaktionären und die Interessen des gesamten, insbesondere aber des jüdischen Proletariats schädigenden Bestrebungen der sogenannten „Jüdischen sozialdemokratischen Partei" entgegenstellen werden."

Das jüdische Organisationscomité hat sich trotz dieses Beschlusses auf der in Przemysl stattgefundenen Konferenz als „selbständige jüdische Arbeiterpartei" konstituiert und damit den Schritt auch formell vollzogen, der es außerhalb der Partei stellt.

*

Im großen und ganzen können wir hier mit Genugtuung aussprechen, daß die Partei, nach einer Zeit der unleugbaren Erschlaffung, nunmehr wieder überall auf dem Vormarsche begriffen ist. Wenn es auch mit unseren Organisationen in einzelnen Wahlkreisen noch immer nicht auf das beste bestellt ist, wenn auch die politischen Organisationen, insbesondere die Straßen- und Häuserorganisation, noch viel zu wünschen übrig lassen, so können wir dennoch konstatieren, daß gerade in den letzten beiden Jahren unstreitig sehr viel nachgeholt worden ist. Mit der politischen untrennbar verbunden, hat auch die gewerkschaftliche Organisation seit dem letzten Gewerkschaftskongresse (8. bis 12. Juni 1903) sehr bedeutende Fortschritte aufzuweisen. Große erfolgreiche Lohnkämpfe wurden in den letzten Jahren von den einzelnen Berufsgruppen geführt und Aussperrungen, die von Unternehmerorganisationen zur Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter inszeniert wurden, sind mit vollem Erfolge und sehr zum Nachteile diverser Scharfmacher abgewehrt worden.

Die Konsumentenorganisation beginnt immer mehr und mehr die Aufmerksamkeit unserer Parteigenossen auf sich zu lenken und ist es gewiß eine sehr erfreuliche Tatsache, wenn auf dem im September d. J. stattgefundenen Verbandstage der Konsumvereine berichtet werden konnte, daß der „Zentralverband österreichischer Konsumvereine" 347 Konsumvereine und Produktivgenossenschaften mit zusammen über 100.000 Mitgliedern umfaßt. Sein Organ, „Der Konsumverein", hat eine Auflage von über 3000 Exemplaren.

Neben der Frauenorganisation hat sich auch die Organisation der jugendlichen Arbeiter nicht nur innerlich gefestigt, sondern sie hat auch ganz schöne Fortschritte in Bezug auf den Ausbau und die Erweiterung ihrer Organisation aufzuweisen. Im übrigen verweisen wir auf die angeschlossenen Einzelberichte, die ein genaueres Bild über die Tätigkeit unserer nationalen Organisationen und ihre Erfolge geben.

Trotz der allgemeinen politischen Verlotterung, die uns in diesem Oesterreich auf Schritt und Tritt entgegentritt und die jedem Arbeiter die Teilnahme am politischen und parlamentarischen Leben verekelt, können wir dennoch auf zwei Jahre schwerer und den Umständen angemessener erfolgreicher Tätigkeit zurückblicken. Was die Arbeiterschaft in diesen beiden Jahren errungen hat, das hat sie ihrer eigenen Kraft, ihrem unbeugsamen Willen und der Einheitlichkeit ihrer Organisation zu verdanken. Von diesem Bewußtsein erfüllt, wird das sozialdemokratisch organisierte Proletariat aller Zungen den einmal aufgenommenen Kampf weiterführen, vertrauend auf seine Stärke und festhaltend an der Geschlossenheit und Einheit der Organisation trotz alledem und alledem!

Für die Gesamtparteivertretung:

Die Sekretäre:

F. Skaret. A. Němec. J. Daszynski.

Kassabericht der Gesamtparteivertretung für die Zeit vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1905.

Einnahmen	K	K	Ausgaben	K	K
Pauschalien:			Gesamtparteitag 1903	.	804·28
deutsche Parteiexekutive bis August 1905	2240·—		Subvention dem Triester Sekretariat	1200·—	
tschechoslaw. „ „ April 1905	920·—		„ „ slowenischen „	850·—	
polnische* „ „ Juni 1903	100·—		„ den Ruthenen („Wola“)	200·—	2250·—
italienische „ „ April 1903	20·—		Konferenzen, Parteitage ꝛc.	.	1083·30
slowenische „ à conto	50·—	3330·—	Unterstützungen	.	220·—
Beiträge zum Gesamtparteitag 1903:			Drucksorten (italienische Konferenz)	.	100·—
deutsche Parteiexekutive	450·—		Rückzahlung an den Zentralwahlfonds	.	31·38
tschechoslaw. „	300·—	750·—	Diverse	.	61·60
Beitrag der Eisenbahner	.	420·—	Porto, Telegramme ꝛc.	.	4·85
Rückzahlung (Rechtsschutz)	.	8·—	Zusammen	.	4555·41
Zusammen	.	4508·—	Kassastand am 1. Juli 1905	.	129·77
Saldo am 1. Juli 1903	.	177·18			
Totale	.	4685·18*	Totale	.	4685·18

Bilanz am 1. Juli 1905.

Aktiva	K	Passiva	K
Restierende Monatsbeiträge der polnischen Parteiexekutive	480·—	An den Zentralwahlfonds	500·—
„ „ „ slowenischen „	420·—	Druckereirechnung vom Gesamtparteitag 1903	63·50
„ „ „ italienischen „	450·—	Defizit vom Gesamtparteitag 1903	54·28
Restierender Beitrag zum Gesamtparteitag 1903:			
der polnischen Parteiexekutive	150·—		
„ slowenischen „	50·—		
„ italienischen „	50·—		
Kassastand am 1. Juli 1905	129·77		
Zusammen	1729·77	Zusammen	617·78

Kontrolliert am 16. Juli 1905: **Karl Seitz. Amalie Seidel. Josef Steiner.** **Karl Kořinek**, Kassier.

* Die polnische Parteiexekutive zahlte bis September 1905 an restierenden Beiträgen Kr. 125·32.

Bericht der deutschen Parteiexekutive

für die Zeit vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1905.

Der Bericht der deutschen Exekutive an den Gesamtparteitag sollte eigentlich ebenfalls eine zweijährige Periode umfassen. Um aber Wiederholungen in den Parteitagsprotokollen vorzubeugen, verweisen wir betreffs unserer Tätigkeit vom 1. Juli 1903 bis 30. Juni 1904 auf den Bericht des deutschen Parteitages in Salzburg.

Neben der Durchführung der gemeinsamen Parteiangelegenheiten war die deutsche Parteiexekutive in der letzten Zeit besonders darauf bedacht, die politische Organisation im Sinne des Straßen- und Häuservertrauensmännersystems auszubauen. Ueberall dort, wo sich unsere Genossen der Sache mit Ernst und Fleiß angenommen haben, konstatieren wir eine bedeutende Stärkung unserer Organisation. Bedauerlich ist nur, daß wir in einer großen Anzahl durchaus nicht aussichtsloser Industrieorte immer wieder an die bekannten und durch nichts gerechtfertigten Einwände stoßen: „Bei uns geht das nicht" oder „Bei uns ist mit den Leuten nichts zu machen". Daß die Straßen- und Häuserorganisation dennoch durchführbar ist, das haben uns die Vertrauensmänner in Wien sowie der einzelnen Orte in Böhmen und vor allem unsere Genossen in Steiermark bewiesen.

Hand in Hand mit der Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation ging die Anlage von Katasterblättern für alle im Orte Wahlberechtigten zu einem einheitlichen Wahlkataster, der uns nicht nur bei den verflossenen Ersatz- und Gemeindewahlen große Dienste leistete, sondern der für die kommenden Reichsratswahlen ein unentbehrlicher Behelf für das Reklamationsverfahren sowie die ganze Wahlarbeit selbst sein wird.

Im großen und ganzen hat die deutsche Parteiorganisation im letzten Jahre organisatorisch als auch durch die Beteiligung bei den diversen Wahlen sehr schöne Fortschritte zu verzeichnen. Nicht nur daß unsere Genossen in den Vertretungskörpern aller jener Länder und Gemeinden, denen eine allgemeine Wählerklasse angegliedert worden ist, zum Teile schon im ersten Wahlgange siegten, so haben sie auch vielfach in den privilegierten Wahlkörpern die bürgerlichen Gegner von ihren Sitzen herabgeschleudert. Der Vormarsch der deutschen Sozialdemokratie zeigt sich trotz aller Mangelhaftigkeit der Berichte nur zu deutlich und ist das wieder nur auf die fleißige und unermüdliche Organisationsarbeit in den betreffenden Wahlbezirken und Orten zurückzuführen. Wo wir die vermissen, läßt sich von Erfolgen sehr wenig melden im Gegenteil, wir sind oft bei größter Anstrengung nicht imstande, bereits innegehabte Positionen zu behaupten.

Was die Organisation der deutschen Sozialdemokratie betrifft, so erstreckt sich deren Tätigkeit auf 37 Reichsratswahlkreise der fünften Kurie. Soweit Berichte aus diesen Wahlkreisen vorliegen und soweit diese Berichte Anspruch auf Genauigkeit erheben können, umfaßt die deutsche Parteiorganisation 137.600 in Vereinen organisierte Mitglieder. Den Wünschen um Anstellung und Besoldung unabhängiger Vertrauensmänner ist die deutsche Parteiexekutive in weitestem Ausmaße in der Weise entgegengekommen, daß sie je nach den bestehenden Verhältnissen Zuschüsse zu einzelnen notwendig gewordenen Anstellungen leistet. Es sind das bis zum Schluß der Berichtsperiode 13 solcher Vertrauensmänner, die insgesamt Zuschüsse aus der Reichsparteikasse in der Höhe von 374 Kr. monatlich erhalten.

Von Bedeutung ist auch die agitatorische Tätigkeit unserer Partei. Insoweit sich Daten darüber festhalten ließen, haben in dem abgelaufenen Jahre 1735 Volks-, über 17.000 Vereinsversammlungen und zahllose Besprechungen auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes stattgefunden. Bei der großen Anzahl der Versammlungen, die sich zumeist auf einen sehr knappen Zeitraum beschränken, ja von denen oft an einem bestimmten Tage sehr viele stattfinden, ist es leider dem Parteisekretariate nicht immer möglich, allen Wünschen um Referenten nachzukommen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat an allen gemeinsamen Aktionen regen agitatorischen Anteil genommen. Sie hat im Herbst 1904 in zahllosen Versammlungen

den Lebensmittelwucher sowie die Erhöhung der Biersteuer bekämpft. Sie war es mit, die in großen Kundgebungen die Alters- und Invaliditätsversicherung forderte. Nebst allem diesen stand unsere Partei in Niederösterreich und speziell in Wien im Kampfe mit den christlich-sozialen Schulverderbern.

Sehr schöne Erfolge hat unsere Parteiorganisation bei den im Laufe des letzten Jahres erfolgten Wahlen erzielt.

Wir verweisen hier auf die am 20. September 1904 stattgefundene Landtagswahl in Steiermark, wo unsere Genossen das erstemal auf Grund der neuen Landtagswahlordnung in der allgemeinen Wählerklasse wählten und von den acht Mandaten zwei eroberten. Auch bei der Reichsratsersatzwahl in Bruck an der Mur siegte Genosse Resel in der Landgemeindenkurie gegen den klerikalen Kandidaten. Außerdem haben im Berichtsjahre unsere Genossen bei einer Reihe von Gemeindewahlen zum Teile im dritten, zum Teile in dem neugeschaffenen vierten Wahlkörper eine große Anzahl von Mandaten erobert. Wir müssen uns hier begnügen, nur die Gesamtziffer zu konstatieren, und stellt sich dieselbe nach den vorliegenden Berichten wie folgt:

In 152 Orten hat die deutsche Sozialdemokratie im ersten Wahlkörper 6, im zweiten 26, im dritten 316 und im vierten Wahlkörper 77, somit zusammen 425 gewählte Gemeindevertreter, darunter in zwei Orten sogar sozialdemokratische Gemeindevorsteher. Wir verweisen bezüglich der Details auf die angeschlossenen Einzelberichte der Wahlkreise. Wo immer jedoch unsere Genossen bei den Gemeindewahlen unterlagen, so haben sie es dennoch zu einer sehr erheblich gesteigerten Stimmenzahl gebracht, so daß bei der regen Beteiligung und bei dem erhöhten Interesse, das unsere Genossen jetzt den Gemeindewahlen entgegenbringen, begründete Hoffnung vorhanden ist, bei den nächsten Wahlen die sozialdemokratischen Sitze noch erheblich vermehren zu können.

Die deutsche Parteiexekutive war nicht nur bestrebt, stets einen innigen Kontakt mit den zu ihr gehörigen Landes- und Wahlkreisorganisationen aufrecht zu erhalten, weshalb sie auch bei den meisten der Landes- und Wahlkreiskonferenzen durch Delegierte vertreten war, sondern sie hat auch ihren internationalen Beziehungen in jeder Weise Rechnung getragen. Die deutsche Parteiexekutive war auf dem internationalen Sozialistenkongresse in Amsterdam (14. bis 20. August 1904) durch die Genossen: Adler, Skaret und Ellenbogen vertreten. In das internationale Bureau, das seinen Sitz in Brüssel hat, wurden für die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich die Genossen Adler und Skaret wiedergewählt. Zum deutschen Parteitag in Bremen (18. bis 24. September 1904) wurde Genosse Schuhmeier delegiert.

Die Maifeier wurde in der Berichtszeit in unvermindertem Umfange begangen. Wohl mußte teilweise in jenen Betrieben und Berufsgruppen, die durch starke wirtschaftliche Krisen heimgesucht worden sind, von der Arbeitsruhe an diesem Tage Abstand genommen werden, was jedoch nicht hinderte, daß die österreichische Arbeiterschaft, wo immer es aus der Natur der Verhältnisse möglich ist, diesen Tag nach wie vor demonstrativ durch Arbeitsruhe feiert.

An dem Stande unserer Parteipresse hat sich, wenn wir von der Fusionierung des Klagenfurter „Volkswille" mit dem Grazer „Arbeiterwille" absehen wollen, eigentlich nichts geändert. Die Auflage der einzelnen Blätter ist jedoch bedeutend gestiegen und darum ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung zweifellos ein größerer geworden.

Ueber den Stand der **deutschen Parteipresse** am 1. Juli 1905 gibt nachstehende Zusammenstellung Auskunft.

a) politische Blätter:

Es erscheinen:

Täglich	2	Blätter
Wöchentlich zweimal	3	„
„ einmal	19	„
Vierzehntägig	1	Blatt
Zusammen	25	Blätter

b) Gewerkschaftsblätter:

Wöchentlich einmal	4	Blätter
Monatlich dreimal	6	„
Vierzehntägig einmal	7	„
Monatlich zweimal	12	„
„ einmal	15	„
Zusammen	44	Blätter

Außer den politischen und gewerkschaftlichen Blättern erscheinen noch:

„Der Konsumverein", Organ des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine, einmal monatlich; der „Arbeiterschutz", Organ der Krankenkassen Oesterreichs, zweimal monatlich; der „Jugendliche Arbeiter" einmal monatlich; der „Naturfreund" einmal monatlich; die „Arbeiter-Sängerzeitung" einmal monatlich; die „Musiker-Zeitung" wöchentlich; der „Arbeiterstenograph" einmal monatlich und „Der Freidenker" einmal monatlich; lauter Blätter, die fast ausschließlich unter den organisierten Arbeitern Verbreitung finden und die ganz speziellen Betätigungen unserer Genossen in der Gesamtbewegung darstellen.

Wohl haben sich die preßgesetzlichen Verhältnisse in den letzten Jahren um einiges gebessert und hat insbesondere in Wien die Presse eine größere Bewegungsfreiheit erhalten. Dessenungeachtet aber verzeichnen wir auch in diesem Jahre bei sieben Blättern 17 Konfiskationen, von denen 8 auf Böhmen, 5 auf die Bukowina, 3 auf Mähren und 1 auf Oberösterreich entfallen. Man sieht daraus, daß der Tatendrang, respektive Amtseifer so manches „strebsamen" Amtsorgans noch immer nicht zu bändigen ist.

Die Zahl der politischen Verfolgungen sowie Verurteilungen wegen sonstiger Uebertretungen haben im letzten Berichtsjahre erfreulicherweise sehr stark nachgelassen und stellen sich die Bestrafungen nach den eingegangenen Berichten im Berichtsjahre wie folgt:

In 110 Fällen, in denen Anklagen erhoben worden sind, erfolgten 93 Verurteilungen; in 26 Fällen wurden freisprechende Urteile gefällt. Insgesamt wurden 14 Personen zu Freiheits-, der Rest zu Geldstrafen verurteilt. Die Strafen betrugen insgesamt 16 Monate und 3 Tage, darunter vier Monate schweren Kerkers und 478 Kr. Geldstrafen. Die meisten Bestrafungen erfolgten, wie wir das in Oesterreich schon einmal gewohnt sind, wegen Uebertretung des Kolportageverbotes. Bemerken wollen wir noch zum Schlusse, daß diese Liste der Verurteilungen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Wie aus vorstehendem Berichte ersichtlich, hat die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich organisatorisch wie agitatorisch sehr schöne Erfolge erzielt. Mitten darinnen im Trubel chauvinistischer Exzesse ist die Sozialdemokratie unbeirrt auf dem ihr durch das Programm vorgezeichneten Wege vorwärts geschritten.

Was wir jedoch bis heute errungen haben, das danken wir vor allem auch der Ausdauer und dem Opfermute jedes einzelnen unserer Parteigenossen. Große entscheidende Kämpfe stehen uns noch bevor, schwere Opfer werden noch gebracht werden müssen. Sie werden zweifellos im Kampfe um das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht umsonst gebracht werden.

Ferdinand Skaret,
Parteisekretär.

Im nachstehenden lassen wir den Spezialbericht der einzelnen Kreis- und Landesorganisationen folgen:

Böhmen.

I. **böhmischer Wahlkreis (Prag).** Gliederung. Die Wahlkreisorganisation ist eigentlich eine Lokalorganisation für Prag und Umgebung. Die Durchführung der Straßenorganisation ist erklärlich bei einer Minderheitsorganisation, wie sie die deutschen Sozialdemokraten in Prag bilden, naturgemäß nicht möglich.

Vereine. Es bestehen drei Vereine mit 152 Mitgliedern. Parteibeiträge werden von zirka 50 Personen regelmäßig geleistet.

Versammlungen. Wir zählten 41 Vereins- und sechs § 2-, also zusammen 47 Versammlungen.

Besondere Bemerkungen. Die Maifeier, sowie alle großen Aktionen wurden gemeinsam mit der tschechischen Organisation begangen. Es fehlt vielfach an den geeigneten Personen. Sonst ließe sich ziemlich viel machen.

III. **böhmischer Wahlkreis (Mies).** Gliederung. Der Sitz der Kreisvertretung wurde während der Berichtszeit von Chotieschau nach Tachau verlegt. Der Kreis ist in sieben Bezirksorganisationen eingeteilt, von denen aber nur fünf funktionieren. Drei der Bezirke, nämlich Tuschkau, Staab und Bischofteinitz sind gemischtsprachig, was die Organisationstätigkeit natürlich noch mehr erschwert.

Häuserorganisation. Diese ist nur in acht Orten des Wahlkreises und auch dort nur teilweise halbwegs entsprechend durchgeführt. 390 Personen leisten nach den Erhebungen regelmäßige Beiträge für die politische Partei, die in der Regel 10 Heller per Mitglied und Monat betragen.

Vereine. Die Zahl der zur Partei gehörigen Vereine ist ebenso wie ihr Mitgliederstand nicht in brauchbarer Weise erhoben worden.

Versammlungen. Es wurden, soweit die Erhebungen dies ergeben, 26 Volks-, 32 politische Vereins-, 17 nichtpolitische Vereins-, 99 § 2-Versammlungen der Partei und acht § 2-Versammlungen der Branchenorganisationen, also zusammen 182 Versammlungen abgehalten. Verboten wurde eine Versammlung.

Presse. Das Organ der Wahlkreisorganisation ist „Der Vorwärts", der wöchentlich einmal erscheint und eine Auflage von 1000 Exemplaren hat. Er wurde dreimal konfisziert.

Maifeier. Der 1. Mai wurde in fünf Orten durch vollkommene, in drei durch teilweise Arbeitsruhe gefeiert.

Wahlen. Während der Berichtszeit siegte die Partei bei den Bezirkskrankenkassenwahlen in Tachau und bei den Gemeinderatswahlen in Prestawek, wo es gelang, zwei Genossen im dritten und einen im zweiten Wahlkörper durchzubringen.

Vertretung in den Gemeinden. Im ganzen Wahlkreise sind derzeit in vier Gemeinden Vertreter unserer Partei, und zwar zwölf im dritten und zwei im zweiten Wahlkörper.

Besondere Bemerkungen. Die Parteiorganisation kann sich nur langsam entwickeln, weil der große Wahlkreis ohne Industrie ist und in den Kohlenbecken des Staaber Bezirkes durch die Quertreibereien des Simon Stark arge Zwistigkeiten in die Organisation getragen wurden.

IV. **böhmischer Wahlkreis (Eger).** Obwohl der Einlauf der Berichte zu wünschen übrig läßt und einzelne Lokalorganisationen sich noch nicht zu der selbstverständlichen Pünktlichkeit aufgeschwungen haben, die ihnen zugewiesenen Fragebogen auszufüllen und der Kreisleitung einzusenden, sind wir doch in der Lage, einen kleinen Aufschwung der Parteiorganisation im Wahlkreise konstatieren zu können.

Häuserorganisation. Bislang fehlte es unter anderem hauptsächlich an der so notwendigen Durchführung und wichtigen Handhabung der Straßen- und Häuserorganisation. Nun sind wir in der Lage, konstatieren zu können, daß insbesondere die Bezirke Asch, Karlsbad, Lichtenstadt und der Erzgebirgebezirk Platten-Bärringen mit der Durchführung dieser Organisationsform ganz bedeutsame Erfolge erzielten, was wohl die große Steigerung der Auflage des Kreisorgans in jenen Bezirken deutlich beweist. Viel zu wünschen übrig läßt die Regulierung der Parteisteuerleistung. Die Einnahmen der Wahlkreiskasse betrugen im Berichtsjahre Kr. 549·70, denen Ausgaben von Kr. 539·69 entgegenstehen. Die Wahlkreisexekutive ist nun darangegangen, durch Anschaffung von Drucksorten den Genossen im Wahlkreise die konsequente und praktische Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation zu erleichtern. Die Bewältigung dieser Arbeit dürfte in absehbarer Zeit auch finanziell den Wahlkreis besser stellen.

Vereine. Die gewerkschaftlichen Organisationen, darunter besonders die Porzellanarbeiter, Tabakarbeiter von St. Joachimsthal, Handschuhmacher im Erzgebirge, weisen eine bedeutende Mitgliederzunahme auf. Auch die Union der Bergarbeiter Oesterreichs macht trotz der in den Bergwerksbezirken infolge der andauernden wirtschaftlichen Krise sich ergebenden mißlichen Verhältnisse Fortschritte.

Versammlungen. Es wurden im Berichtsjahre 33 Volks- und 319 § 2-Versammlungen, 18 Bezirks- und 4 Kreiskonferenzen, außerdem 4 Sitzungen der erweiterten Kreisvertretung abgehalten.

Presse. Das Kreisorgann „Volkswille" erscheint wöchentlich einmal in Falkenau an der Eger. Seine Auflage betrug am Ende der Berichtszeit 3600 Exemplare und hat sich seitdem noch bedeutend verbessert.

Maifeier Die Maifeier war in diesem Jahre sehr imposant. Sie wurde nahezu überall feierlich mit völliger Arbeitsruhe begangen. Nur die Ascher Textilprotzen schlugen das Verlangen um Freigabe des 1. Mai ab, was eine allgemeine Erbitterung unter der dort zum großen Teil gut organisierten Arbeiterschaft hervorrief. Der nächste 1. Mai dürfte aber auch dort durch Arbeitsruhe begangen werden.

Wahlen. Erfolgreiche Arbeit bei Gemeindewahlen machten die Genossen in Wernersreuth (Bezirk Asch), wo der Kampf unter der Leitung des Genossen Albin Dötsch zu einem schönen Sieg der dortigen Arbeiterschaft ausfiel.

Besondere Bemerkungen. Gegenwärtig steht der Wahlkreis im Zeichen des Wahlkampfes. In allen Orten und fast jeden Tag finden Besprechungen unter den Genossen Vertrauensmännern statt, um die in kurzer Zeit folgende Massenaktion mit Erfolg durchzuführen. Hand in Hand mit dieser Arbeit geht auch eine durchgreifende Agitation für die vollständige Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation.

V. böhmischer Wahlkreis (Teplitz). Gliederung. Der Teplitz-Saazer Wahlkreis umfaßt sieben Bezirksorganisationen, und zwar: Teplitz, Dux, Brüx-Oberleutensdorf, Kaaden, Komotau, Weipert und Saaz.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation funktioniert in Saaz bereits vollständig, in allen anderen Orten ist man mit der Durchführung derselben beschäftigt. In vielen Orten ist der Wahlkataster vollständig fertig und es ist bestimmt anzunehmen, daß bis zum Berichte an den im nächsten Jahre stattfindenden deutschen Parteitag die vollständige Durchführung von überall wird zu melden sein. Als Form für die Straßen- und Häuserorganisation wurde die Anlegung des Wahlkatasters nach Wiener Muster gewählt. Die größeren Orte wurden in Bezirke eingeteilt, diese wählen die Gassenvertrauensmänner und endlich werden die Häuservertrauensmänner gewählt. Lokalorganisationen bestehen im Wahlkreise 61, denen laut uns zugegangenen Berichten 1953 Genossen angehören und ihre Parteibeiträge an dieselbe leisten. Als Beitrag zur Partei heben die politischen Vereine 20 Heller pro Monat ein, wovon 10 % an die Reichspartei, 20 % an die Kreisvertretretung und 20 % an die Lokalorganisation abgeführt werden; 50 % verbleiben der Bezirksvertretung. Von diesen Beiträgen sollen die Agitations- und Verwaltungskosten bestritten werden. Bei den ganzen Eingängen aber verbleibt nach Bestreitung der Kosten für die Administration und die diversen Delegierungen nicht mehr viel für die Agitation und müssen die Reinerträgnisse von Festveranstaltungen und die Beiträge der Genossen für den Agitationsfonds die Kosten der Agitation mitbestreiten helfen.

Vereine. Im Kreise bestehen 135 Vereine mit 6679 Mitgliedern. Das Vermögen des Wahlfonds in den einzelnen Organisationen beziffert sich zusammen auf Kr. 593·36. Politische Vereine bestehen in den Orten: Teplitz, Dux, Oberleutensdorf, Kaaden, Komotau, Weipert und Saaz, und sind die Vorstände derselben gemäß den Beschlüssen der Kreisvertretung zugleich die Bezirksvertretungen.

Versammlungen. Es wurden 55 politische Vereins-, 1278 gewerkschaftliche Vereins-, 869 § 2-Versammlungen der Partei, 83 § 2-Versammlungen der Branchenorganisationen und 87 Volksversammlungen abgehalten. Verboten oder aufgelöst wurde keine davon.

Presse. Die Parteipresse des Wahlkreises besteht aus folgenden Blättern: „Freiheit", als Kreisorgan, erscheint wöchentlich zweimal bei einer durchschnittlichen Auflage von 2300 Exemplaren in Teplitz; die „Nordwestböhmische Volkszeitung", als Kopfblatt der „Freiheit", erscheint in Saaz wöchentlich einmal in einer Auflage von 850 Nummern; der „Glück auf" in Turn hat wöchentlich 3200 Exemplare; „Der Glasarbeiter" in Teplitz erscheint wöchentlich in einer Auflage von über 3000 Exemplaren. Konfiskationen sind nur sehr wenige zu verzeichnen.

Maifeier. Die Maifeier ist in Teplitz selbst, trotzdem sie auf einen Wochentag fiel, nicht weniger imposant ausgefallen als in den vorhergegangenen Jahren an Sonntagen. Auch aus den einzelnen Orten des Kreises liefen überaus erfreuliche Berichte über den glänzenden Verlauf der Maifeier ein. Vormittags fanden Volksversammlungen statt, nachmittags wurden Demonstrationen mit anschließenden Festkonzerten veranstaltet. Am Teplitzer Demonstrationszug beteiligten sich zirka 4000 Personen.

Politische Verfolgungen sind keine zu verzeichnen. Nur in Komotau, wo die Handelsangestellten ein Flugblatt, betitelt: „Offener Brief an den Herrn Statthalter", herausgaben, wurde, weil man die Verbreiter nicht erwischte, sonderbarerweise gegen den Obmann und noch einen Funktionär der Handelsangestelltenorganisation die Strafamtshandlung diesbezüglich eingeleitet. Gegen dieses unerhörte und ungesetzliche Vorgehen wurde durch unseren sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause eine Interpellation eingebracht und nun ruht die ganze Angelegenheit.

Wahlen. Im Berichtsjahre hat für den Städtewahlbezirk Saaz-Oberleutensdorf-Bilin-Postelberg-Görkau die Ersatzwahl des durch den Tod des Dr. Zdenko Schücker erledigten Reichsratsmandates der III. Kurie stattgefunden. Entgegen dem Beschlusse der Kreisvertretung in diese Wahl nicht einzugreifen, wurde aber von Saaz und Bilin gedrängt, doch einen Zählkandidaten aufzustellen. Als solcher wurde Genosse Selinger nominiert, auf den bei der Wahl 115 Stimmen entfielen. Es kam zur Stichwahl, wobei der Nationale Dr. Herold gegen den Liberalen Dr. Lechner gewählt wurde. An den Gemeindewahlen beteiligten sich im Berichtsjahre, soweit Meldungen hierüber vorliegen, die Genossen in Turn, Prasseditz, Eichwald und Weiskirchlitz und brachten es gegen die zumeist vereinigte bürgerliche Clique auf nennenswerte Minoritäten.

Sozialdemokraten in der Gemeinde. Sozialdemokratische Gemeindevertreter sitzen im Graupener Gemeinderate (zwei Mann vom III. Wahlkörper) die anderen sind nur mit ein oder zwei Stimmen gegen die Klerikalen und Fortschrittler in der Minorität geblieben. Litschkau hat vier sozialdemokratische Vertreter im Gemeinde-

ausschusse im III. Wahlkörper. Tischau bei Teplitz hat sechs und in Pyhanken sind in allen drei Wahlkörpern Sozialdemokraten mitgewählt.

Besondere Bemerkungen. Im August 1904 wurde darangegangen, die Vertrauensmänner der Lokalorganisationen, die Funktionäre aller sozialdemokratischen Vereine ohne Unterschied der Branche und der Nation zu regelmäßig alle zwei Monate stattfindenden Plenarversammlungen, in denen gemeinsame, die Partei berührende Fragen beraten und beschlossen werden, zusammenzuberufen. Es ist gelungen; diese Versammlungen sind fast von allen Organisationen besucht und tragen sehr viel zur Hebung der Parteitätigkeit bei. Aus der Plenarversammlung selbst wurde ein Comité gewählt, dem die Durchführung der Beschlüsse und Erstattung neuer Vorschläge an die Plenarversammlung obliegt.

Am 15. Jänner 1905 fand in Turn eine Gewerkschaftskonferenz statt; in dieser wurde beschlossen, eine Gewerkschaftskommission für den V. böhmischen Wahlkreis einzusetzen, und ist diese in der Konferenz auch gewählt worden. Diese Kommission wird von den beiden Reichsgewerkschaftskommissionen in Wien und Prag, sowie dem Verband der Porzellanarbeiter in Fischern und der Union der Berg- und Hüttenarbeiter in Turn subventioniert Die Kommission arbeitet vorzüglich. Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen stehen im besten Einvernehmen; zu den Funktionen in der politischen Organisation werden gewerkschaftlich tätige und umgekehrt in den Gewerkschaften politisch tätige Genossen mit herangezogen.

VI. böhmischer Wahlkreis (Aussig-Leitmeritz). Gliederung. Der Sitz der Wahlkreisleitung ist Aussig. Der Wahlkreis ist in elf Bezirksorganisationen eingeteilt.

Häuserorganisation. Diese den Bedürfnissen der Partei am meisten entsprechende Organisationsform ist bereits in einer großen Anzahl von Orten durchgeführt. In 86 Lokalorganisationen sind 3245 Mitglieder vereinigt, die in der Regel einen Monatsbeitrag von 20 H. leisten. Im Vorjahre zählten wir erst 80 Lokalorganisationen mit 2784 Mitgliedern.

Vereine. In Vereinen und Ortsgruppen nichtpolitischen Charakters sind, wenn man Doppelzählungen vermeidet, rund 6950 Personen vereinigt.

Versammlungen. In der Berichtszeit wurden 57 Volks-, 125 politische, 1183 anderweitige Vereins-, 1047 § 2-Versammlungen der politischen Partei und 610 § 2-Versammlungen der Branchen, also im ganzen 3022 Versammlungen abgehalten.

Presse. Das Parteiorgan des Wahlkreises, das in Aussig zweimal wöchentlich erscheinende „Volksrecht", hat auch in dieser Berichtsperiode wieder seinen Stand bedeutend verbessert.

Maifeier. Die Maifeier wurde in der üblichen Weise auch diesmal gefeiert. Der Maigedanke hat überall feste Wurzel gefaßt.

Politische Verfolgungen. Dreimal ist in der Berichtszeit die heilige Hermandad gegen unsere Parteigenossen eingeschritten. Ein Parteigenosse erhielt vier Monate Kerker wegen Majestätsbeleidigung.

Wahlen. Bei den Gewerbegerichts- und bei den Bezirkskrankenkassenwahlen in Aussig siegte die sozialdemokratische Liste mit erdrückender Majorität.

Vertretung in den Gemeinden. In 54 Orten besitzen wir 192 Gemeindevertreter, davon 166 im III., 20 im II. und 6 im I. Wahlkörper. Auch zwei Gemeindevorsteher sind Sozialdemokraten.

Besondere Bemerkungen. Auch die Konsumvereinsbewegung nimmt in den größeren Orten des Wahlkreises, besonders in Aussig einen großen Aufschwung. In Bodenbach haben sich die Organisationen ein schönes Arbeiterheim geschaffen, das auch geschäftlich sehr gut steht. Alles in allem ist der Stand der Parteibewegung, wenn auch noch viel zu tun übrig bleibt, recht befriedigend. Die große Mehrheit der Arbeiterschaft denkt sozialdemokratisch und alle Versuche der von den Unternehmern offen und geheim unterstützten sogenannten „Deutschen Arbeiterpartei" vermögen daran nichts zu ändern.

VII. böhmischer Wahlkreis (Reichenberg). Gliederung. Der Wahlkreis ist in drei Agitationsgebiete, und zwar: Reichenberg mit den Bezirken Reichenberg, Friedland, Deutsch-Gabel, Warnsdorf mit den Bezirken Rumburg, Schluckenau und Steinschönau mit den Bezirken Heida und Böhmisch-Kamnitz geteilt. Die Agitation wird von den Hauptorten Reichenberg, Warnsdorf und Steinschönau geleitet. Der Sitz der Kreisvertretung ist Reichenberg.

Häuserorganisation. Die Häuserorganisation ist nur sehr mangelhaft, in den meisten Orten des Wahlkreises noch gar nicht durchgeführt. Viele Genossen sehen bisher ihren Wert noch nicht recht ein. Wenn die Genossen über dieses Vorurteil hinweggebracht werden, müßte ihre Einführung leichter sein wie irgendwo anders. Lokalorganisationen bestehen in den 14 Bezirksorganisationen 110 Lokal-

organisationen mit einem Mitgliederstand von zirka 2000. Die Parteibeiträge schwanken zwischen 10 und 20 H.

Vereine. In den Vereinen nichtpolitischer Natur sind 8714 Personen als Mitglieder verzeichnet. Die Gewerkschaftsbewegung machte nur langsame Fortschritte.

Versammlungen. Soweit Berichte vorliegen, wurden 65 Volks-, 1312 Vereins- und 962 § 2-Versammlungen abgehalten. Zusammen also 2339.

Presse. In den drei Hauptorten erscheint für jeden dieser Agitationsgebiete ein politisches Parteiblatt. In Reichenberg erscheint der „Freigeist" wöchentlich zweimal in einer Auflage von: Dienstag 2300 Exemplaren und Freitag 2800 Exemplaren. Nebstdem erscheint in Reichenberg das deutsche „Fachblatt der Union der Textilarbeiter" in 10.000 Exemplaren und das tschechische Fachblatt „Textilník" in 4000 Exemplaren. In Warnsdorf erscheint die „Nordböhmische Volksstimme" in 2150 Exemplaren, in Steinschönau der „Nordböhmische Volksbote" in 2000 Exemplaren, beide Blätter einmal wöchentlich. Die „Volksstimme" und der „Volksbote" wurden je zweimal konfisziert. Beide Blätter hatten auch Preßprozesse wegen Ehrenbeleidigung. Beim „Volksboten" endigte der Prozeß mit einem Ausgleich. Bei der „Volksstimme" wurde zweimal verurteilt, und zwar einmal zu drei Tagen und einmal zu drei Wochen Arrest.

Maifeier. Die Maifeier wurde nur in sehr spärlichem Ausmaß, in der Regel nur durch Abendveranstaltungen begangen.

Vertretung in den Gemeinden. Im Wahlkreise sind nach den Berichten 103 Gemeindeausschüsse und Gemeinderäte, meistens im III. Wahlkörper.

Besondere Bemerkungen. Der Bericht gibt kein vollständiges Bild der Parteitätigkeit im Wahlkreis, denn es haben viele Lokalorganisationen die an sie gesandten Fragebogen nicht beantwortet. Besonders die Angaben über die Mitglieder der Lokalorganisationen und die Zahl der Versammlungen sind zumeist mindestens um ein Drittel zu niedrig.

IX. böhmischer Wahlkreis (Gablonz-Trautenau). Gliederung. Der Wahlkreis, ein Unikum in der Wahlkreisgeometrie, besteht aus den deutschen Bezirksorganisationen Gablonz, Tannwald, Trautenau, Braunau, Hohenelbe, Landskron, Grulich und Rochlitz, sowie aus den tschechischen Organisationen Tannwald-Schumburg, Königinhof und Trautenau. Die deutsche Kreisleitung hat ihren Sitz in Gablonz, die tschechische in Tannwald-Schumburg.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist in der in Aussig beschlossenen Form leider noch fast gar nicht zur Durchführung gelangt; doch sind im Tannwalder und zum Teil im Gablonzer Bezirk immerhin beachtenswerte Ansätze vorhanden. In 42 Lokalorganisationen sind 1047 Genossen organisiert; der Parteibeitrag beträgt laut Beschluß des Kreistages 12 H. per Monat, welche Norm von den meisten Organisationen (einige zahlen weniger, zwei mehr) auch eingehalten wird. Von den auf Karten mittelst Marken zu quittierenden Beiträgen werden 3 H. für den Kreis, je 2 H. für den Bezirk und das Reich verwendet.

Vereine. Nach den leider mangelhaft eingegangenen Fragebogen und den in Evidenz geführten Aufzeichnungen der Kreisvertretung zählen wir 39 gewerkschaftliche Organisationen mit 1493 Mitgliedern, 14 Bildungsvereine mit 422 Mitgliedern, 11 Arbeiter-Gesangvereine mit 385 Mitgliedern, 15 Arbeiter-Turnvereine mit 1018 Mitgliedern, 1 Arbeiter-Radfahrverein mit 30 Mitgliedern, hiervon zirka 300 weibliche Mitglieder. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen in unserem Kreise die Konsumvereine, doch läßt sich deren Verhältnis zur Partei infolge ungeklärter Situation diesmal nicht besprechen. Die Kreisvertretung wird dieser Organisationsform in Zukunft auch ein besonderes Augenmerk zuwenden.

Versammlungen wurden abgehalten: 10 politische Vereins-, zirka 300 gewerkschaftliche und sonstige Versammlungen, zirka 400 § 2-Parteiversammlungen und Sitzungen, zirka 100 § 2-Branchen- und zirka 60 Volksversammlungen, zusammen 870 Versammlungen. Der Besuch der Versammlungen ließ manches zu wünschen übrig. Verboten wurde der Festzug zum Bezirksturnfest der Arbeiter-Turnvereine im Bezirk Gablonz im August 1904. Dem Feste wurde unter dem Vorwande, daß es ein tschechisches Fest sei, seitens der wie immer bei solchen Anlässen verbündeten Deutschnationalen zu selber Stunde ein Trutzfest mit Festzug angezeigt, worauf, trotzdem die Arbeiterturner die Bewilligung in den Händen hatten, beide Festzüge verboten wurden.

Presse. Das Kreisorgan „Gebirgsbote" erscheint wöchentlich in Gablonz in einer Auflage von 2400 bis 2500 Exemplaren. In Trautenau erscheint wöchentlich in einer Auflage von 1400 Exemplaren als Kopfblatt des „Gebirgsboten" das „Trautenauer Echo". Konfiskationen sind bei keinem der beiden Blätter erfolgt. Gegen die Redaktion des „Gebirgsboten" waren von 21 Personen vier Anklagen erhoben wurden, welche mit Zurückziehung der Klage endeten.

Maifeier. Der 1. Mai wurde von den Glasschleifern des Isergebirges durch Arbeitsruhe gefeiert. Weiter fanden in Gablonz und Tannwald am Vormittag gutbesuchte Volksversammlungen statt, denen abends in den einzelnen Organisationen verschiedene Veranstaltungen folgten. Der Geist für die Maifeier könnte besser sein.

Politische Verfolgungen hatten wir zu erdulden wegen einer Demonstration der Perlenarbeiter von Albrechtsdorf-Marienberg im März 1905 gegen Schmutzkonkurrenten und Gegner der Perlenarbeitergenossenschaft. Die Anklage erfolgte auf Grund einer Anzeige eines nationalen Unternehmers gegen elf Personen anfangs wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, dann nur wegen Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes. Trotz der Bemühungen des Staatsanwaltes erfolgte Freispruch aller Angeklagten.

(Strafen: Kerker, Arrest, Geld, wurden nicht verhängt.)

Wahlen, in die wir eingriffen, fanden statt: bei der Bezirkskrankenkasse in Tannwald und in den Gemeinden Albrechtsdorf-Marienberg, Polaun und Marschendorf für den III. Wahlkörper. Bei ersterer wurden unsere Vorstandsmitglieder in der Gruppe „Arbeitnehmer" mit allen gegen fünf Stimmen gewählt. Die Kasse zählt über 1500 Mitglieder. In der Gemeinde Albrechtsdorf-Marienberg wurden von acht Kandidaten sechs mit 191 bis 240 gegen 120 bis 170 gegnerische Stimmen gewählt. In Polaun gewannen wir ein Mandat mit 52 Stimmen, in Marschendorf wurden drei Genossen mit 23 von 27 Stimmen wiedergewählt.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter zählen wir 63 (61 im III., zwei im II. Wahlkörper) aus 17 Orten; leider sind nicht alle durchgebildete Sozialdemokraten.

Besondere Bemerkungen. Der Krach der Braunauer Arbeiterbäckerei wirkte auf die dortige Organisation ungünstig zurück. Doch sind heute die Folgen schon so ziemlich überwunden. Im allgemeinen macht die politische und die gewerkschaftliche Organisation langsame Fortschritte.

XVI. böhmischer Wahlkreis (Budweis-Krumau). Gliederung. Der XVI. böhmische Wahlkreis hat eine deutsche und eine tschechische Wahlkreisorganisation. Die deutsche umfaßt 2 Bezirksorganisationen und 14 Lokalorganisationen.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist nur in Krumau durchgeführt, da sie in den anderen Orten wegen der geringeren Bevölkerungszahl oder der Schwäche der Organisation entweder nicht durchführbar oder ihre Zweckmäßigkeit noch nicht erkannt worden ist.

Vereine. Die zur Partei gehörigen Vereine zählen etwa 1000 Mitglieder, welche auch regelmäßige Beiträge für die politische Parteiorganisation leisten, und zwar 2 H. per Woche. Ein Viertel der Beiträge ist Reichs-, ein Viertel Kreisparteisteuer und die Hälfte bleibt im Orte. Die am Orte verbleibenden 50 Prozent werden zu Agitations- und Organisationszwecken verwendet.

Versammlungen. Im Berichtsjahre (vom 30. Juni 1904 bis 30. Juni 1905) fanden 14 politische Vereins-, 109 gewerkschaftliche und sonstige Vereinsversammlungen, 86 politische und 103 Branchen- (§ 2-Versammlungen und -Sitzungen), sowie 35 Volksversammlungen statt. Zusammen 347 Versammlungen.

Presse. In Krumau wird als Wahlkreisorgan „Der Böhmerwaldbote" wöchentlich in einer Auflage von 1200 Exemplaren herausgegeben. Derselbe wurde im Berichtsjahre einmal konfisziert.

Maifeier. Der 1. Mai wurde in Budweis und Krumau glänzend durch Arbeitsruhe, Demonstrationen und Volksversammlungen gefeiert. Auch in Wallern hatten die Holzarbeiter durch Arbeitsruhe demonstriert.

Politische Verfolgungen. Wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes, Wachebeleidigung, sowie der kaiserlichen Verordnung von 1854 wurden fünf Genossen und eine Genossin zu 26 Tagen 12 Stunden Arrest und 30 Kr. Geldstrafe verurteilt. Ein Genosse wurde von der Uebertretung der Wachebeleidigung freigesprochen.

Vertretung in den Gemeinden. In zwei Orten des Wahlkreises sind im Gemeinderate acht sozialdemokratische, im dritten und zweiten Wahlkörper gewählte Vertreter.

Besondere Bemerkungen. Erfolgreiche Demonstrationen fanden in Krumau wegen der Milchverteuerung statt. Das Ergebnis war, daß die geplante Verteuerung (20 H. per Liter) nur minimal (von 15 auf 17 H.) durchgeführt werden konnte. In Krumau litt die Parteibewegung in letzter Zeit sehr durch den verunglückten Streik der Papierarbeiter. Eine bedeutende Besserung der Parteiorganisation kann man dagegen in Budweis konstatieren. Die Parteiagitation ist im allgemeinen in diesem Wahlkreise sehr schwer, weil die Industrie in ihrer Entwicklung noch sehr zurückgeblieben ist und besonders im Böhmerwalde eine sehr geringe Bevölkerungsdichtigkeit vorhanden ist.

XVIII. böhmischer Wahlkreis (Pilsen). Außer er Lokalorganisation Pilsen selbst bestehen in diesem überwiegend tschechischen Wahlkreise noch deutsche Organisationen in Littitz und einigen Orten des Böhmerwaldes. Der Bericht ist äußerst mangelhaft und bezieht sich nur auf die Lokalorganisation Pilsen. Dort sind organisiert 92 Personen, von denen 56 regelmäßig Beiträge für die politische Organisation leisten.

Versammlungen. Es wurden in Pilsen 2 Vereins-, 21 § 2- und 1 Volksversammlung abgehalten. Im ganzen also 24.

Maifeier. Die Maifeier wurde in Pilsen gemeinsam mit den tschechischen Genossen begangen. In Littitz wurde eine große Versammlung abgehalten.

Bukowina.

Gliederung. Die eigentümlichen, unfertigen Zustände der Bukowina zwingen uns, die Organisation in anderer Weise durchzuführen, als es sonst der Fall ist. Die Leitung der politischen Bewegung liegt in den Händen der Landesexekutive in Czernowitz, die der gewerkschaftlichen in denen der Gewerkschaftskommission. In der Provinz hat jede Lokalorganisation einen Vertrauensmann, der direkt der Landesexekutive untersteht. Solche Organisationen bestehen: in Czernowitz, Wiznitz, Storozynetz, Stor.-Putilla, Sadagora — I. Wahlkreis — und Suczawa, Radautz, Sereth, Gurahumora — II. Wahlkreis.

Vereine und politische Organisation. Politische Vereine sind nirgends, die gewerkschaftlichen Ortsgruppen der Eisenbahner zählen 150, Tischler 200, Maler 30, Jugendliche 60 und Buchdrucker 130 Mitglieder. Im allgemeinen Gewerkschaftsverein und seinen Ortsgruppen in Czernowitz, Rosch, Sadagora, Radautz, Wiznitz, Sereth, Gurahumora und Suczawa sind organisiert: Spengler, Schlosser, Bauarbeiter, Schneider, Ziegeleiarbeiter, Zimmerleute ꝛc., im ganzen 1040 Mitglieder. Die Parteisteuer beträgt 12 H. monatlich und wird gezahlt von 280 Genossen. Die Beiträge werden für politische Aktionen verwendet.

Versammlungen. Es fanden statt 117 gewerkschaftliche, 42 Volks-, 64 § 2-Versammlungen der gewerkschaftlichen Bewegung, 176 der politischen Partei, verboten 1, aufgelöst 1; zusammen wurden gezählt 399 Versammlungen.

Presse. Das Parteiorgan ist die Volkspresse, die wöchentlich erscheint mit einer Auflage von 1000 Exemplaren. 5 Konfiskationen und 3 Preßprozesse kamen vor, letztere endeten mit der Einstellung der Untersuchung.

Maifeier. Lassallefeier und Maifeier dienten der Agitation. Der 1. Mai wurde durch allgemeine Ruhe, Volksversammlungen, Feste und Umzüge gefeiert in Czernowitz, Suczawa, Wiznitz und Storozynetz.

Lohnbewegungen. Es fanden statt Streiks in Storozynetz: 14 Schneider durch 8, 120 Maurer durch 1, 150 Handlanger durch 3, 100 Ziegeleiarbeiter durch 3, 18 Tischler durch 2, 12 Spengler durch 4 Tage; Czernowitz: 3000 Bauarbeiter durch 8, 40 Maler durch 8, 3000 Ziegelei-, Erd- und Mühlenarbeiter durch 2, 200 Tischler durch 14, 90 Schlosser durch 14, 60 Spengler durch 8 Tage. Suczawa: 20 Spengler durch 3 Tage; Sereth: 300 Bauarbeiter durch 1 Tag. Sämtliche Streiks endeten mit einem Siege der Organisation. Es wurde durchwegs eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht, ebenso eine Lohnerhöhung. Bei den Bauarbeitern auch ein Minimallohn. Kein einziger Streik ist verloren gegangen. Streikbrecher sind hier unbekannt. Nur in Czernowitz zogen die Streiks vielen Beteiligten Strafen wegen geringfügiger Delikte zu, es fehlen jedoch darüber genaue Daten. Es wurden aber auch 2 Wachleute verurteilt.

Wahlen. Die Landtagswahlen wurden einzig zur Agitation benützt. Dagegen beteiligte sich die Partei bei den Krankenkassenwahlen. In Suczawa gelang es, die Liste der Partei, auf der aber nur 3 Genossen waren, durchzubringen, wogegen die Partei in Czernowitz mit 400 gegen 800, in Storozynetz mit 90 gegen 135 unterlag; Letztere Wahlen wurden annulliert. Den Eisenbahnern gelang es, für ihre Kandidaten in die Unfallversicherung 700 gegen 1800 Stimmen aufzubringen. Die Partei agitiert aufs eifrigste für eine Gemeindewahlreform und ein Gewerbegericht.

Kärnten.

Gliederung. Das Land Kärnten bildet einen Wahlkreis, der in die sechs Bezirksorganisationen Klagenfurt, Villach, Wolfsberg, Spittal an der Drau, St. Veit an der Glan und Völkermarkt eingeteilt ist. Die Parteivertretung hat ihren Sitz in Klagenfurt.

Häuserorganisation. Straßen- und Häuserorganisationen werden in Kärnten soeben in Klagenfurt und Villach eingerichtet. In weiteren 21 Orten bestehen

Lokalorganisationen. Die Parteisteuer wird durch Zuschlag von 2 H. zu den Wochenbeiträgen in die fach- und gewerkschaftlichen Organisationen gezahlt, doch ist die Abrechnung noch immer keine ganz genaue. Die Tabakarbeiterinnen sowie die Sportvereine zahlen keine Parteisteuer.*

Vereine. Im Lande gibt es zusammen 77 der Partei angehörige Fach-, Gewerkschafts- und Sportvereine.** Die Gesamtzahl der in diesen Vereinen eingetragenen Mitglieder beträgt gegen 2400. Es besteht nur ein einziger politischer Verein im Lande, und zwar in Villach und der schläft.

Versammlungen. Volksversammlungen wurden in der Berichtsperiode abgehalten 73; die Zahl der gewerkschaftlichen Versammlungen ist von Halbjahr zu Halbjahr nicht recht festzustellen, da unser letzter Bericht die Versammlungszahlen für das ganze Jahr 1904 ausweist. Die Monatsversammlungen der Fach- und Gewerkschaftsvereine werden ziemlich regelmäßig abgehalten. Die Parteisitzungen in Wolfsberg, Villach, Klagenfurt und Spittal finden streng regelmäßig statt, in Klagenfurt jeden zweiten Mittwoch. Versammlungen wurden uns weder verboten noch aufgelöst.

Presse. Das bisherige Kärntner Parteiblatt „Volkswille", das seit dem 1. Juli 1900, zuletzt als Kopfblatt der Linzer „Wahrheit", bestand, wurde am Ende der Berichtsperiode mit dem Grazer „Arbeiterwille" zu einem Blatte verschmolzen. Am 23. Juni erschien die letzte Nummer des „Volkswille" und seither gilt die Sonntagnummer des „Arbeiterwille" als Kärntner Organ. Die Operation brachte sehr guten Erfolg. Es werden viel mehr Sonntagsblätter des „Arbeiterwille" verkauft, als der „Volkswille" jemals abgesetzt hatte, und auch der tägliche „Arbeiterwille" gewann 300 Abonnenten in Kärnten.

Maifeier. Die Maifeier wurde nur teilweise begangen, vornehmlich in Villach, Klagenfurt und Spittal an der Drau. In den meisten anderen Orten wurde entweder nur von den Arbeitern des Kleingewerbes oder gar nicht gefeiert. Im ganzen sind bloß 15 Orte in irgend einer Form an der Maifeier beteiligt gewesen.

Wahlen. Die Partei beteiligte sich an den Gemeinderatswahlen in Klagenfurt, Villach und Tarvis. In Klagenfurt gelang es zum erstenmal, in der Stichwahl den einen Sozialdemokraten, den Gen. Riese, im dritten Wahlkörper durchzubringen. Dieser Erfolg erweckte großen Jubel im ganzen Lande. In Villach unterlagen unsere Genossen mit wenigen Stimmen Minderheit. In Tarvis gelang es einen Mann durchzubringen.

Vertretung in den Gemeinden. In vier Gemeinden sitzen fünf Genossen. Alle im III. Wahlkörper gewählt.

Besondere Bemerkungen. Im ganzen Lande wurde im November und Dezember 1904 eine Agitationskampagne gegen die deutsch-völkische Landtagsmehrheit durchgeführt, deren Sprecher, der Vertreter der fünften Kurie Kärntens, der sattsam bekannte Dr. Lemisch, es gewagt hatte, den Antrag zu stellen, der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse die bisher zur Unterstützung der arbeitsunfähigen Krüppel bezogene Subvention zu entziehen und sich nicht entblödete, die Funktionäre der Krankenkasse niedrig zu verdächtigen. Die Landtagsmajorität nahm zwar den Antrag des Lemisch an, aber sie fügte sich selber damit größeren Schaden zu als der Krankenkasse, der sie die Subvention entzog. In 34 Versammlungen protestierte die Arbeiterschaft und mit ihr vereinigt viele Bürger und Bauern gegen den Gewaltstreich der Landtagsmehrheit und ihre volksausbeuterische Steuerpolitik. So wurden unserer Partei viele neue Anhänger zugeführt.

Mähren.

I. mährischer Wahlkreis (Brünn). Deutsche Sektion. Die Organisation der deutschen Genossen erstreckt sich nur auf Brünn und die nächste Umgebung, denn der weitere Teil des Wahlkreises ist überwiegend tschechisch.

Häuserorganisation. Die Straßenorganisation ist teilweise durchgeführt. Zirka 300 Genossen zahlen regelmäßig Parteibeiträge in der Höhe von 6 Hellern wöchentlich.

Vereine. Ueber die Zahl der zur deutschen Parteiorganisation gehörigen Vereine und ihre Mitgliederzahl wurde kein Bericht erstattet.

Versammlungen. Ebenso fehlt in dem Berichte jede Angabe über die Zahl der Versammlungen.

Presse. Das Parteiorgan des I. mährischen Wahlkreises und zugleich mährisches Landesorgan ist der „Volksfreund", der in der Berichtsperiode einmal wöchentlich

* Unsere Ausweise sind alle nach Kalenderjahren abgeschlossen. Vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1905 zu berichten ist deshalb nicht leicht möglich.

** Ein genaues Verzeichnis sowie den Jahreskassenbericht enthält unser gebundene „Gewerkschaftsbericht für 1904".

in einer Auflage von 3600 bis 3800 erschien. Während der Berichtsperiode kamen drei bis vier Konfiskationen vor. Er hatte drei Ehrenbeleidigungsprozesse, von denen einer mit einem Freispruche, zwei mit der Zurückziehung der Klage seitens der Gegner endete.

Maifeier. Die Maifeier wurde auch heuer in der gleichen befriedigenden Weise gefeiert wie in den früheren Jahren.

Wahlen. In der Berichtszeit wurden die Wahlen für die Unfallversicherungsanstalt, die Bezirkskrankenkasse und die Allgemeine Krankenkasse durchgeführt. Alle mit gutem Erfolge.

Besondere Bemerkungen. In Brünn wurde der Hauptteil des Kampfes um die mährische Landtagswahlreform und die Reform des Brünner Gemeindewahlrechtes ausgefochten, der, wie schon im Hauptberichte angeführt wurde, zahlreiche Versammlungen und eine Anzahl von großen stürmischen Demonstrationen nötig machte, in denen die Brünner Arbeiterschaft in bravouröser Weise ihre Pflicht erfüllte.

II. mährischer Wahlkreis (Iglau). Deutsche Sektion. Die deutsche Wahlkreisorganisation ist vornehmlich auf Iglau und die nächste Umgebung beschränkt.

Häuserorganisation. Die Straßenorganisation ist in Iglau durchgeführt und 160 Parteigenossen leisten regelmäßig einen Beitrag von 10 Hellern monatlich.

Vereine. Es existieren 13 Vereine mit 310 männlichen und 80 weiblichen Mitgliedern. Hier sind die zweisprachigen mitgezählt.

Versammlungen. In der Berichtszeit wurden 9 Volks-, 27 politische Vereins-, 137 Vereinsversammlungen der Branchen, 25 § 2-Versammlungen der Partei und 17 § 2-Versammlungen der Branchen abgehalten. Zusammen 215 Versammlungen. Die Affichierung einer Versammlung wurde verboten.

Maifeier. Der 1. Mai wurde in sechs größeren und vielen kleinen Betrieben durch Arbeitsruhe gefeiert.

Besondere Bemerkungen. Die deutsche Organisation hat sich seit dem Vorjahre bedeutend gehoben.

III. mährischer Wahlkreis (Znaim). Gliederung. Nur in einzelnen Orten besteht eine Organisation. Durch den überwiegend agrarischen Charakter des Wahlkreises ist eine systematische Bearbeitung des ganzen Gebietes sehr erschwert.

Häuserorganisation. Die Häuserorganisation ist noch in keinem einzigen Orte durchgeführt. Die Parteibeiträge sind mit 10 Hellern monatlich festgesetzt. Ueber die Zahl der Parteibeitragszahler ist nichts Genaues zu ermitteln.

Verein. In zur Partei gehörigen Vereinen sind nach dem Berichte 888 Personen vereinigt.

Versammlungen. Es wurden 26 Volks-, 10 politische Vereins-, 115 anderweitige Vereins- und 93 § 2-Versammlungen. Zusammen 244 Versammlungen.

Maifeier. Die Maifeier wurde in den Orten, wo eine Organisation besteht, in befriedigender Form begangen.

Vertretung in den Gemeinden. Im ganzen sitzen 16 Genossen in mehreren Gemeindeausschüssen. Alle sind aus dem III. Wahlkörper gewählt.

Besondere Bemerkungen. Die politische Organisation hat im letzten Jahre bedeutende Fortschritte gemacht. Besonders viele Bauern sind für unsere Sache gewonnen worden. Es erscheint auch ein radikales Bauernblatt im Wahlkreise unter dem Titel „Gerechtigkeit".

V. mährischer Wahlkreis (Proßnitz). Nur in Proßnitz selbst besteht eine deutsche Organisation. Sie hielt 16 Vereins- und 23 § 2-Versammlungen ab.

Alle Veranstaltungen der tschechischen Genossen, die die überwiegende Mehrheit bilden, werden von den deutschen Genossen mitgemacht.

VI. mährischer Wahlkreis (Sternberg-Mährisch-Ostrau). Gliederung. Die Einteilung des deutschen Wahlkreisgebietes in vier Bezirksorganisationen ist beibehalten worden, und zwar: Sternberg, Olmütz, Mährisch-Ostrau, Neutitschein. Der Sitz der Wahlkreisleitung ist Sternberg. Für die Enklaven haben die Jägerndorfer Genossen die Agitation übernommen. Im ganzen bestehen jetzt 35 Lokalorganisationen.

Häuserorganisation. Auf der letzten Wahlkreiskonferenz in Sternberg wurde die gründliche Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation beschlossen und seither ist sie in 16 Orten durchgeführt worden. In 5 Orten ist nur eine fabriksweise Organisation möglich, in den 4 gemischtsprachigen Orten wird die Häuserorganisation mit Rücksichtnahme auf die nationale Zugehörigkeit durchgeführt und nur in 10 kleinen Orten ist sie gar nicht durchgeführt. — Alle Lokalorganisationen haben 1543 Mitglieder, darunter 341 Frauen, die einen Parteibeitrag von 8 bis 20 Heller pro Monat leisten. Frauen beteiligten sich bisher nur in drei Orten an der Parteiarbeit.

Vereine. Im deutschen Teile des Wahlkreises bestehen drei politische Vereine und 65 Gewerkschaftsorganisationen. Sie haben zusammen 3743 Mitglieder, darunter

702 Frauen. Gegen das Vorjahr ist also eine Zunahme von 704 Personen, darunter 57 Frauen, zu konstatieren.

Versammlungen. Es wurden 71 Volks-, 25 politische Vereins-, 472 gewerkschaftliche und sonstige Vereins- und 168 § 2-Versammlungen abgehalten. Zusammen 736 Versammlungen.

Presse. Ein eigenes Blatt besitzt der Wahlkreis nicht, sondern der Brünner „Volksfreund" gilt als Kreisorgan und wird auch ziemlich gut verbreitet.

Maifeier. Die Maifeier wurde in den größeren Orten mit Ausnahme von Witkowitz ziemlich gut durchgeführt. Besonders gut in Bodenstadt, Hof und Sternberg. In den kleinen Orten ist vielfach gar nichts gemacht worden.

Politische Verfolgungen. In acht Fällen wurden zusammen 100 Kronen Geldstrafe verhängt, meist wegen Uebertretungen des Kolportageparagraphen.

Wahlen. Während der Berichtszeit beteiligten sich die Genossen an den Gemeindewahlen in Stefanau, Bodenstadt, Hodolein, Mährisch-Ostrau und Petersdorf. Nur in Bodenstadt gelang es, im III. Wahlkörper einen Genossen durchzubringen. Bei den Gewerbegerichtswahlen in Sternberg siegte die Partei in allen Gruppen mit großer Majorität. Auch bei den Genossenschaftswahlen in Mährisch-Ostrau wurde ein Erfolg errungen.

Vertretung in den Gemeinden. In sechs Orten des Wahlkreises haben wir im ganzen 13 sozialdemokratische Gemeindeausschüsse. Alle sind im III. Wahlkörper gewählt.

Sonstige Bemerkungen. In immer mehr Orten sehen sich die Parteigenossen gezwungen, an die Gründung von Arbeiterheimen zu gehen, da ihnen von den Gegnern alle Gasthäuser abgetrieben werden. So bestehen heute schon fünf eigene Arbeiterheime in verschiedenen Orten des Wahlkreises und in drei anderen Orten haben die Genossen Lokalitäten gemietet. Auch die Konsumgenossenschaftsbewegung nimmt einen ziemlich kräftigen Aufschwung. Freilich gibt es auch in diesem Wahlkreise noch Orte, in denen bisher ein Eindringen der Sozialdemokratie ausgeschlossen, jedoch im allgemeinen macht die Parteibewegung befriedigende Fortschritte.

VII. mährischer Wahlkreis (Mährisch-Schönberg). Gliederung. Der VII. mährische Wahlkreis ist in die sieben Bezirksorganisationen Mährisch-Schönberg, Müglitz, Trübau, Zwittau, Neustadt, Römerstadt und Wiesenberg eingeteilt und hat die Wahlkreisvertretung ihren Sitz in Mährisch-Schönberg.

Häuserorganisation. In den Bezirksorganisationen besteht eine größere Zahl von Lokalorganisationen und sechzehn von ihnen haben die Häuserorganisation durchgeführt. Mehrere Lokalorganisationen haben das Werkstättenvertrauensmännersystem beibehalten und der Rest ist bemüht, in allernächster Zeit die Häuserorganisation durchzuführen. Die Parteibeiträge schwanken zwischen 12 und 16 Hellern monatlich und werden von 1100 Personen regelmäßig bezahlt.

Vereine. Laut eingelaufenen Berichten bestehen im Wahlkreise 57 Vereine mit 3678 Mitgliedern.

Versammlungen. Die oben angeführten Vereine und Branchenortsgruppen hielten in der Berichtszeit 258 Vereinsversammlungen ab, welche zumeist der Agitation dienten, außerdem wurden 148 § 2- und 132 Volksversammlungen abgehalten. Also zusammen 538 Versammlungen. Eine Versammlung wurde aufgelöst, verboten keine.

Presse. Seit sieben Jahren erscheint in Mährisch-Schönberg als Wahlkreisorgan die „Volkswacht" einmal wöchentlich, welche gegenwärtig eine Auflage von 3550 Exemplaren hat.

Maifeier. Der 1. Mai wurde in den meisten Industrieorten vollständig gefeiert.

Politische Verfolgungen. An Prozessen verzeichnen wir zwei, und zwar wurden vier Arbeiter wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes angeklagt und davon drei zu 24 und einer zu 48 Stunden Arrest verurteilt. Zusammen daher 5 Tage Arrest. Vier Personen wurden wegen Religionsstörung angeklagt und wurden freigesprochen.

Wahlen. In 6 Orten beteiligte sich die Partei mit Erfolg an den Gemeindewahlen und wurden in 2 Orten je 3, in 2 Orten je 2 Genossen, in einem Orte 1 Genosse und in einem Orte 6 Genossen aus dem III. Wahlkörper gewählt. Daher im ganzen in 6 Orten 17 Gemeindevertreter.

Sonstige Bemerkungen. In der Berichtsperiode ist vor allem auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen. In einer großen Anzahl von Volksversammlungen wurde Protest erhoben gegen das korrupte Landtagswahlrecht in Mähren und gegen die von allen Seiten inszenierte Lebensmittelverteuerung. Zum Schlusse sei erwähnt, daß der Bericht auf Vollkommenheit keinen Anspruch machen kann, da eine ganze Anzahl Vertrauensmänner keinen Bericht einsandte.

Niederösterreich.

Bericht der Landesparteivertretung.

Im Juli 1904 wurde das schmähliche Machwerk der Christlich-Sozialen, das sich Gemeindewahlreform für das Land Niederösterreich nennt, sanktioniert, trotz der Proteste der organisierten Arbeiterschaft und vieler Gemeinden. Damit traf die Landesparteivertretung die Verpflichtung zur Vorbereitung der auf Grund dieses Gesetzes zu vollziehenden Neuwahlen. Wohl wollten viele Genossen, daß man sich an den Wahlen überhaupt nicht beteiligen solle, aber die Meinung, daß der Versuch gemacht werden müsse, dem schlechtesten Gesetze das wenige für die Arbeiterklasse Geeignete herauszupressen, siegte. So beteiligte sich die Partei in allen Orten, wo halbwegs auf Erfolg zu rechnen war, an den Wahlen des neugeschaffenen vierten Wahlkörpers, die vom März 1905 an ihren Anfang nahmen.

Die sozialdemokratische Liste siegte in folgenden Gemeinden und wir erhielten Mandate in Atzgersdorf 5, Amstetten 4, St. Aegyd am Neuwald 2, Hainfeld 3, Herzogenburg 1, Liesing 5, Lilienfeld 2, St. Pölten 4, Traismauer 2, Wilhelmsburg 2 im VI. Wahlkreise, in Gmünd 2, Groß-Siegharts 1 im VII. Wahlkreise, in Stockerau 5 im VIII. Wahlkreise und im IX. Wahlkreise in Ebenfurth 2, Ebergassing 2, Guntramsdorf 2, Hainburg 5, Leobersdorf 3, Perchtoldsdorf 1, Pottenstein 2, Traiskirchen 4, St. Veit an der Triesting 2, Pottenstein 1, zusammen 62 Mandate.

Da unsere Hainburger Genossen sich auch an den Wahlen im III. Wahlkörper beteiligten und dabei alle 10 Mandate gewannen, beträgt die Gesamtzahl der eroberten Mandate 72. In Floridsdorf, welches seit Beginn des laufenden Jahres zu Wien einverleibt wurde und nun den XXI. Wiener Bezirk bildet, lieferten unsere Genossen den Christlich-Sozialen abermals eine glänzende Wahlschlacht. Alle Anstrengungen der Christlich-Sozialen, nachdem sie unseren Genossen die sicheren zehn Mandate des dritten Wahlkörpers in Floridsdorf durch die Einverleibung mit Wien geraubt hatten, auch noch das eine Mandat des vierten Wahlkörpers zu nehmen, waren vergebens. Unsere Floridsdorfer Genossen behaupteten dieses festumstrittene Mandat und in den Wiener Gemeinderat zog der dritte sozialdemokratische Vertreter ein.

Nicht minder heftig gestaltete sich der Kampf unserer Partei gegen die Verklerikalisierung der Schule durch den niederösterreichischen Landtag. Die Regierung Koerber begnügte sich nicht allein damit, daß sie der christlich-sozialen Partei durch die Sanktionierung des Gemeindewahlgesetzes ein neues Feld zur Erweiterung ihrer Machtgelüste überlassen habe, sondern sie ließ es auch ruhig geschehen, als sich diese politischen Klopffechter im Landtage anschickten, verschiedene Aenderungen des Volksschulgesetzes in administrativer Hinsicht vorzunehmen, um die Schule in Niederösterreich einer vollständigen Verpfaffung zuzuführen. Durch eine mächtige Protestbewegung im ganzen Lande, die in Wien ihren Höhepunkt durch eine Massendemonstration in der Herrengasse erreichte und auch das indolente Bürgertum mit fortriß, konnte nur erzielt werden, daß die Regierung Koerber wenigstens die unverschämtesten Abänderungen des Schulgesetzes bezüglich der Zusammensetzung der obersten Schulaufsichtsbehörde in den Landtag zurückverwies. Kurze Zeit vorher hatte die Wiener Arbeiterschaft dem Häuptling der christlich-sozialen Partei, Dr. Lueger, der es gewagt hatte, die Arbeiter, die am 1. Mai in den Prater gehen, „Lumpen" zu schimpfen, eine schwere moralische Niederlage durch die Vereitlung des von seinen Mamelucken gelegentlich seiner Geburtstagsfeier geplanten Fackelzuges bereitet. In einer Massendemonstration brachten die Arbeiter ihm ihre Verachtung in sehr deutlicher Weise zum Ausdruck.

Daß die Genossen in Niederösterreich nun auch bei allen sonstigen wichtigen Veranstaltungen der Gesamtpartei in hervorragendem Maße tätig waren, bedarf nicht eines weiteren Hinweises. Erwähnt sei nur zunächst noch, daß die Maifeier in Wien und in der Provinz dank einer intensiven Vorarbeit abermals durch nahezu vollkommene Arbeitsruhe in Wien und vielen Orten Niederösterreichs in glänzender Weise begangen wurde.

In den Wiener Wahlkreisen wurde an der Organisation durch die Ausgestaltung der politischen Einführung der Wahlkreisparteisteuer, die bekanntlich unter Zuhilfenahme des Landesorgans, der „Volkstribüne", von statten geht, unverdrossen weitergearbeitet, was zur Folge hatte, daß mit Abschluß des Berichtsjahres in Wien allein 36.000 Wahlkreisparteisteuerzahler zu verzeichnen waren und die Auflage der „Volkstribüne" eine Höhe von 55.200 Exemplaren erreicht hatte. Für die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" wurde mit gleicher Energie gearbeitet und ein stetes Steigen der Abnehmerzahl herbeigeführt.

Hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation ist ebenfalls infolge einer Reihe großer erfolgreicher Lohnkämpfe eine bedeutende Steigerung, insbesondere bei den Holzarbeitern, der Baubranche, den Zimmerern und vielen anderen wahrzu-

nehmen. Die Berichte aus den Wahlkreisen weisen nach, daß in Wien 325 Fachorganisationen (Zentralverbände inklusive Ortsgruppen) mit einem Mitgliederstande von zusamen 64.468 Personen, darunter 4543 weibliche Mitglieder, bestehen. In den vier Provinzwahlkreisen hingegen befinden sich 257 Vereine mit 15.729 männlichen und 915 weiblichen, zusammen 16.644 Personen. Die Frauenorganisation und auch die Organisation der jugendlichen Arbeiter hat Fortschritte gemacht. Doch bedürfen diese Organisationen natürlich noch immer einer unausgesetzten Unterstützung seitens der Parteiorganisationen, um eine entsprechende Höhe zu erreichen.

Hinsichtlich der agitatorischen Tätigkeit ist zu berichten, daß in Wien 111 Volks-, 606 politische Vereins-, 7649 gewerkschaftliche Vereinsversammlungen, ferner 2096 politische und 3389 gewerkschaftliche § 2-Versammlungen im Berichtsjahre abgehalten wurden. In der Provinz fanden 216 Volks- und politische Vereinsversammlungen, 1281 nichtpolitische Vereins-, 829 politische und 565 nichtpolitische § 2-Versammlungen statt. Zusammen also in Niederösterreich 16.742 Versammlungen aller Grade. Dabei ist zu bemerken, daß diese Angaben, besonders soweit die Gewerkschaften in Betracht kommen, nicht auf Vollständigkeit Anspruch machen können.

Politische Verfolgungen. In Wien sind 29 solche Fälle bekannt geworden, welche wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes, des § 11 des kaiserlichen Patents vom Jahre 1854, § 81 St.-G., § 23 P.-G. und Wachebeleidigung, 5 Monate und 8 Tage Arrest und 4 Monate und 12 Tage Kerker nach sich zogen. Die Geldstrafen beliefen sich auf 25 Kronen. In der Provinz sind 45 Fälle zu konstatieren, die wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes, des § 23 P.-G., des kaiserlichen Patents vom Jahre 1845, §§ 496 und 305 St.-G. sich ereigneten, wobei 31 Verurteilungen zu einem Gesamtausmaße von 87 Tagen Arrest und 155 Kr. Geldstrafe erfolgten.

Es folgen nunmehr die Einzelberichte der Wahlkreise:

I. Wahlkreis (Wien I., II. und XX. Bezirk). Häuserorganisation. In den meisten Sektionen mit Ausnahme des I. Bezirkes haben wir Sektionsleiter bestellt, welche sich zumeist mit der Einhebung der Wahlkreisparteisteuer befassen. Unser Wahlkreis zählt bis jetzt 2900 Parteibeitragszahler gegen 2600 im Vorjahre.

Vereine. Der Wahlkreis zählt 46 Organisationen inklusive der zwei politischen Vereine mit einem Mitgliederstand von 9460 männlichen und 320 weiblichen Personen.

Versammlungen. Politische Versammlungen wurden 54, nichtpolitische Vereinsversammlungen 1300, von den Sektionen und Bezirksorganisationen 84 § 2-Versammlungen abgehalten. Unsere politischen Vertrauensmänner arbeiteten in fünf Lohnbewegungen, und zwar in jener der Kutscher, Kaiarbeiter, Kohlen- und Metallarbeiter mit Erfolg, jedoch erwuchsen uns aus diesem Anlaß politische Verfolgungen, nämlich in 11 Fällen. Diese endeten mit 8 Verurteilungen, bei welchen 2 Monate Arrest und 3 Monate Kerker verhängt wurden.

Wahl. Bei der letzten Gemeinderatsersatzwahl im II. Bezirk erhielt unser Kandidat 5200, der gegnerische (christlich-soziale) 7200 Stimmen.

II. Wahlkreis (Wien III., IV., X. und XI. Bezirk). Häuserorganisation. Die politische Organisation, ebenso wie die gewerkschaftliche Organisation haben unter der Berichtszeit außerordentliche Fortschritte gemacht. Am 30. Juni 1905 zählten wir 9075 Personen in der Straßenorganisation gegen 7661 am 30. Juni 1904. Nach Bezirken verteilt, sieht der Stand folgendermaßen aus:

	30. Juni 1904	30. Juni 1905
III. Bezirk	1856	2396
IV. „	333	293
X. „	4384	5353
XI. „	1088	1033
	7661	9075

Vereine. In den 76 Vereinen des II. Wiener Wahlkreises sind mit Ausnahme der Radfahrer-, Gesangs-, Stenographen-, Zithervereine und des Vereines „Arbeiterheim" im X. Bezirk 12.328 Personen vereinigt, darunter 956 Frauen.

	Vereine	Männer	Frauen	Zusammen
III. Bezirk	26	2596	326	2922
IV. „	2	111	—	111
X. „	32	6877	520	7397
XI. „	16	1988	110	2098
	76	11572	956	12528

Versammlungen. Versammlungen wurden abgehalten im:

	Volks-Versammlungen	Politische Vereinsversammlungen	Allgemeine Vereinsversammlungen	Politische § 2-Versammlungen	Allgemeine § 2-Versammlungen	Zusammen
III. Bezirk	9	22	566	92	186	875
IV. „	1	31	19	11	28	90
X. „	12	36	1042	103	254	1447
XI. „	6	15	350	101	176	648
	28	104	1977	307	644	3060

In diesen Ziffern sind die Mitglieder der Zentralvereine, die in den vier Bezirken wohnen, nicht inbegriffen.

Wahlen sind in der Berichtsperiode nicht vorgekommen.

Die Frauenorganisation bewährte sich wie in den früheren Jahren.

Die Kassengebarung des ersten Halbjahres 1905 stellte sich folgendermaßen: Einnahmen Kr. 26.693·91, Ausgaben Kr. 24.000·80, Saldo Kr. 2693·11. Auf allen Gebieten ist ein langsames und stetiges Fortschreiten zu konstatieren.

III. Wahlkreis (Wien, V., VI., XII. und XIII. Bezirk). Vereine. Nachdem der VI. Bezirk seinen Bericht nicht erstattet hat, können wir nur einen kurzen Gesamtbericht der drei übrigen Bezirke bringen. Demnach bestehen 68 gewerkschaftliche Vereine mit 9779 männlichen und 977 weiblichen Mitgliedern und 4 politische Vereine.

Versammlungen. Abgehalten wurden 19 Volks-, 256 politische und 1345 nichtpolitische Vereins- und 22 Volksversammlungen. Nebstbei fanden 849 politische und 1058 gewerkschaftliche, das heißt nichtpolitische § 2-Versammlungen statt.

Die politische Organisation hat durch die Einführung der Wahlkreissteuer einen äußerst guten Aufschwung genommen und wir können konstatieren, daß unser Wahlkreis gegenwärtig 9500 gegen 6700 Genossen im Vorjahre zu verzeichnen hat, welche allwöchentlich ihre Wahlkreisbeiträge mittelst der „Volkstribüne" entrichten. Eine Demostration, welche die Genossen anläßlich der Enthüllung des Luegerbrunnens im V. Bezirke abhielten, gestaltete sich zu einem wahren Volksgerichte über den „Volksbürgermeister" und die Behörden beeilten sich durch politische Verfolgungen mehrerer Genossen dieses „unliebsame Ereignis" einer „gemessenen" Sühne zuzuführen. Dieses sowie die große Aussperrung der Tischlergehilfen und noch einige andere Lohnkämpfe trugen uns 12 Fälle von politischen Verfolgungen ein, welche in 10 Fällen zu einer Verurteilung führten. Wir verzeichnen 11 Tage Arrest, 6 Wochen Kerker und 25 Kr. Geldstrafe.

IV. Wahlkreis (VII., VIII., IX. und XV. Bezirk). Häuserorganisation. Von den im Wahlkreise vorhandenen 58 Sektionen sind 56 vollständig mit Sektionsleitern besetzt. 4000 Genossen leisten durch sie wöchentlich den Parteibeitrag.

Vereine. Der Wahlkreis besitzt 63 gewerkschaftliche und 5 politische Vereine. Der gegenwärtige Mitgliederstand hingegen konnte leider nicht genau erhoben werden, weshalb wir nur die Ziffern vom Vorjahre anführen können, wonach in diesen Organisationen (darunter mehrere Zentralvereine) 18.200 männliche und 860 weibliche Mitglieder vorhanden waren.

Versammlungen wurden abgehalten: 160 politische Vereins-, 205 politische § 2- und 19 Volksversammlungen. Ueber die Zahl der nichtpolitischen Versammlungen können wir leider diesmal keine Daten anführen.

Politische Verfolgungen verzeichnen wir in 8 Fällen, welche sämtliche zumeist wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes angestrengt wurden und zu einer Verurteilung zu 9 Tage Arrest und 12 Kr. Geldstrafe führten.

V. Wahlkreis (XVI., XVII., XVIII. und XIX. Bezirk). Häuserorganisation. In zwei Bezirken ist die politische Organisation vollständig und in den übrigen nur mangelhaft durchgeführt Dennoch verzeichnet der Wahlkreis 10.050 Wahlkreissteuerzahler, die beständig diese Steuer entrichten. Eine große Anzahl von politischen Vertrauensmännern ist daher für die Evidenzhaltung dieses Apparates erforderlich und verlangte dies von jedem der Genossen viel Fleiß und Opferwilligkeit.

Vereine. 76 Vereine (inklusive der politischen) befinden sich im Wahlkreise und zählen 11.274 männliche und 1430 weibliche Mitglieder.

Versammlungen. Es fanden im Berichtsjahre 23 Volks-, 132 politische und 2867 nichtpolitische Vereinsversammlungen, ferner 631 politische und 1687 § 2-Versammlungen der Branchenorganisationen statt. Der Bericht enthält nur noch 7 Fälle von politischen Verfolgungen, welche 6 Wochen Arrest erwirkten.

VI. niederösterreichischer Wahlkreis (St. Pölten). Häuserorganisation. In einzelnen Orten ist die Straßen- und Häuserorganisation teilweise durchgeführt. So in St. Pölten, Atzgersdorf und Liesing, Wilhelmsburg und noch einigen anderen Orten und Städten.

Vereine. Fachorganisationen und politische Vereine zusammen bestehen 98, wovon erstere 4493 männliche und 189 weibliche Mitglieder besitzen.

Versammlungen fanden statt: 38 politische und 431 nichtpolitische, 541 politische und 195 von den Branchenorganisationen abgehaltene § 2-Versammlungen und 68 Volksversammlungen, in welchen zu allen wichtigen politischen Vorkommnissen Stellung genommen wurde. Aufgelöst wurden zwei Versammlungen.

Presse. Im Wahlkreise wird seit vorigem Jahre die Verbreitung und Verrechnung der „Volkstribüne" in eigener Regie geführt und werden wöchentlich 4800 Blätter abgesetzt.

Lohnbewegungen gab es in 18 Fällen und verliefen dieselben mit teilweisem oder ganzem Erfolge.

Politische Verfolgungen. In 14 Fällen gab es Uebertretungen des § 23 des Preßgesetzes, in 15 Fällen solche wegen des Koalitionsgesetzes und in einem Falle wegen Uebertretung des kaiserlichen Patentes von 1854. Es kam zu 18 Verurteilungen mit zusammen 62 Tagen Arrest und 26 Kr. Geldstrafe.

An den Gemeindewahlen im vierten Wahlkörper beteiligten sich unsere Genossen in allen bedeutenderen Orten und siegten in 10 Gemeinden, wobei unsere Partei 30 Mandate eroberte. Diese Wahlen waren zugleich für die Genossen eine gute Vorschule für die kommenden Reichsratswahlen.

VII. **niederösterreichischer Wahlkreis (Krems).** Gliederung. In dem Wahlkreise, welcher sich aus 21 Gerichtsbezirken zusammensetzt, bestehen derzeit wohl 4 Bezirksorganisationen, von welchen aber leider nur drei eine regelrechte oder doch wenigstens befriedigende Tätigkeit entfalteten.

Häuserorganisation. Die Versuche, die Häuserorganisation in manchen Orten einzuführen, sind nicht ganz ergebnislos geblieben. Freilich ist es bei dem Mangel an industrieller Bevölkerung bisher nicht möglich gewesen, große Fortschritte zu machen.

Vereine. An Mitgliedern ist die Organisation im ganzen und großen stärker geworden, da mit 1. Juli in 27 Organisationen des Kreises insgesamt 1448 zahlende Mitglieder gezählt wurden. Leider aber erfüllt auch jetzt noch nicht einmal die Hälfte dieser Genossen ihre Pflicht gegenüber der Parteiorganisation. Die Wahlkreissteuer wird nur von einem Teile der Organisationen abgeführt.

Versammlungen. Es wurden in diesem Jahre 413 Versammlungen abgehalten, wovon 97 Vereins-, 48 Volks- und 268 § 2-Versammlungen waren.

Wahlen. In einem Orte fanden noch vor dem 1. Juli die Wahlen der Gemeindevertretung nach dem neuen Gesetze statt, wo es den Genossen möglich war, eines von den zwei zu besetzenden Mandaten zu erobern. In den Ortsschulrat einer Gemeinde wurden (ohne Kompromiß) zwei Genossen und ein Ersatzmann gewählt.

Besondere Bemerkungen. Die Christlich-Sozialen machen krampfhafte Versuche, die von ihnen bei den letzten Wahlen verlorene Position wieder zu gewinnen. Ihre einzigen ernsthaften Gegner dabei sind die Sozialdemokraten.

VIII. **niederösterreichischer Wahlkreis (Floridsdorf).** Gliederung. Die Wahlkreisorganisation ist in 8 Bezirks- und 21 Lokalorganisationen gegliedert.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist nur im Bezirk Floridsdorf und in den Städten Stockerau und Mistelbach durchgeführt.

Vereine. Im Wahlkreise sind: 51 gewerkschaftliche Organisationen mit 5450 Mitgliedern, 15 Sportvereine (Sänger, Turner, Radfahrer und dergleichen) mit 1400 Mitgliedern, 1 Frauenverein mit 220 Mitgliedern, 3 Konsumvereine und 5 Konsumvereinsfilialen, 5 politische Vereine mit 720 Mitgliedern, außerdem bezahlen in Floridsdorf 1000 Genossen einen festen monatlichen Parteibeitrag von 20 H.

Versammlungen fanden statt: Volksversammlungen, politische Vereins- und größere Wählerversammlungen 140. Sitzungen, Konferenzen und § 2-Versammlungen der politischen Organisation 390. Vereinsversammlungen der Vereine und Gewerkschaften 370, § 2-Versammlungen der Gewerkschaften 460, zusammen 1360 Versammlungen.

Presse. In Floridsdorf erscheint das Wahlkreisorgan der „Volksbote" mit einer Auflage von 3500 Exemplaren einmal wöchentlich. Das Blatt ist aktiv.

Politische Verfolgungen hatten wir: 2 § 23 Preßgesetz-Verurteilungen, zusammen 40 Kr. Strafe. 2 Verurteilungen anläßlich der Maidemonstration wegen § 305 St.-G., zusammen 14 Tage Arrest. Eine ganze Anzahl Prozesse wegen der letzten Wahl sind noch nicht abgeschlossen.

Gemeindewahlen. An den Gemeindewahlen im vierten Wahlkörper hat unsere Partei ebenfalls teilgenommen. In Stockerau kamen unsere sechs Genossen mit den Christlich-Sozialen und Deutschnationalen in die Stichwahl. Durch

ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen wurden in der engeren Wahl fünf Genossen gewählt. Im ersten Wahlgang hatten wir 730 Stimmen, im zweiten Wahlgang 1112 Stimmen.

Im XXI. Wiener Gemeindebezirk (Floridsdorf) eroberten wir das Mandat des vierten Wahlkörpers mit 5420 gegen 3869 christlich-soziale Stimmen. Im dritten Wahlkörper erhielten unsere zwei Kandidaten 313 Stimmen, die Christlich-Sozialen 924. Außerdem nahmen unsere Genossen noch in Haugsdorf an den Gemeindewahlen teil, blieben jedoch in der Minorität. Im ganzen sind in Gemeindeausschüssen vertreten: Stockerau 5 Genossen, Augental 3, Süßenbrunn 1 und Wien 1. Im Gemeindevorstand (Gemeinderat) ist in Stockerau 1 Genosse.

Besondere Bemerkungen. Die Wahlkreisvertretung unterhält in Floridsdorf ein Arbeitersekretariat, wo in allen Fragen Auskunft erteilt wird und alle möglichen Gesuche und Eingaben unentgeltlich gemacht werden. Im Berichtsjahre wurden die industriereichsten Orte des Wahlkreises (Floridsdorf, Stadlau u. s. w.) zu Wien einverleibt, wodurch, wenn einmal die Trennung auch politisch vollzogen wird, dem Wahlkreise sein bester Teil genommen wird.

IX. **Wahlkreis (Wiener-Neustadt).** Gliederung. In elf Bezirken ist die politische Organisation teilweise gut, teilweise mangelhaft. Dieselben hielten im Berichtsjahre zusammen 100 Versammlungen: 90 Volks- und 10 Wählerversammlungen, ab. Politische und nichtpolitische Vereinsversammlungen fanden 468, § 2-Versammlungen 253 statt. Im gesamten Wahlkreise befanden sich 90 Vereine mit 4722 männlichen und 246 weiblichen Mitgliedern.

Gemeindewahlen. In 19 Gemeinden beteiligte sich unsere Partei an diesen Wahlen und wir gewannen in neun Gemeinden im vierten Wahlkörper 24 Mandate. Nachdem sich die Hainburger Genossen auch an den Wahlen im dritten Wahlkörper beteiligten, eroberten dieselben noch weitere 10 Mandate, so daß sie 15 Vertreter im Gemeindeausschusse besitzen. Einer von diesen wurde auch in den Gemeinderat gewählt. Die Wahlen in Neunkirchen, Gloggnitz und Reichenau-Payerbach finden erst später statt und ist auch hier noch ein Erfolg zu erwarten.

Politische Verfolgungen konstatiert die Wahkreisleitung 2, welche wegen § 23 des Preßgesetzes und § 496 des Strafgesetzes 8 Tage Arrest und 8 Kr. Geldstrafe nach sich zogen.

Presse. Das Wahlkreisorgan die „Gleichheit" hat eine Auflage von 2600 Exemplaren und erscheint seit 1. Jänner l. J. im größeren Formate. Das Blatt ist jetzt aktiv, bedarf aber noch immer der tatkräftigsten Unterstützung seitens der Organisationen.

Oberösterreich.

Gliederung. Die drei Wahlkreise der fünften Kurie, Linz, Steyr und Wels, sind in einer Landesorganisation vereinigt. Der Sitz der Landesparteivertretung ist Linz.

Häuserorganisation. Die Straßenorganisation ist nur im I. Wahlkreis in den Orten Linz, Urfahr, Schwertberg teilweise eingeführt. Eine einheitliche Einhebung der Parteibeiträge konnte bis jetzt noch nicht erzielt werden, daher die Zählung der politisch organisierten Genossen auf Schwierigkeiten stoßt. Der Beitrag als Landesparteisteuer ist mit 4 H. per Monat und Mitglied festgesetzt. Mit den Zusteuerungen für Orts- und Bezirksorganisationen schwankt die Einhebung der Beiträge in den verschiedenen Orten zwischen 44 H. und 20 H. per Monat. Regelmäßig haben diese Parteisteuer 3326 Personen geleistet.

Vereine. In 33 Orten Oberösterreichs befinden sich 97 gewerkschaftliche Organisationen mit einem Gesamtmitgliederstand von 4847 Personen. Für jeden Wahlkreis besteht auch ein politischer Parteiverein.

Versammlungen. In Oberösterreich wurden 114 politische und Volksversammlungen abgehalten, ferner zum Ausbau der Parteiorganisation und Parteitätigkeit 297 Versammlungen nach § 2 V.-G. abgehalten. Zusammen 411. Die Zahl der gewerkschaftlichen Versammlungen wurde nicht erhoben.

Presse. In Linz erscheint das Wochenblatt „Wahrheit" für Oberösterreich mit einer Auflage von 4200 Exemplaren, in Steyr das Wochenblatt „Steyrer Volksfreund" für den Bezirk Steyr, als Kopfblatt der Wahrheit, mit einer Auflage von 600 Exemplaren. Beide Blätter sind aktiv in ihrem Vermögensbestande. Bei dem Landesorgan „Wahrheit" kam in der Berichtsperiode eine Konfiskation vor sowie ein Preßprozeß, der mit einem Vergleich endigte.

Maifeier. Die Maifeier wurde in Linz, Steyr, Wolfsegg, Ebensee, Steyrermühl, Weyer, Schwertberg, Mauthausen, Urfahr mit Versammlungen, Umzügen und Festivitäten würdig durchgeführt. In Neuzeug, Goisern, Molle, Traun, Hallstatt durch Versammlungen am Abend oder Vorabend gefeiert.

Wahlen. Große Wichtigkeit muß den Wahlen im neugeschaffenen vierten Wahlkörper des Linzer Gemeinderats beigelegt werden. Galt es doch die zwölf Mandate dieses Wahlkörpers für unsere Partei zu erringen. Diese Wahl fand am 4. April 1905 statt. Die Linzer Genossen errangen am Hauptwahltage gegenüber der Deutschen Volkspartei und den vereinigten klerikalen Parteien einen schönen moralischen Erfolg. Die niederste Stimmenanzahl der sozialdemokratischen Liste betrug 4203, die höchste 4588 Stimmen. Da die absolute Majorität von keiner Partei erreicht wurde, fand am 7. April die Stichwahl statt. Auf unsere Kandidaten entfielen 5000 Stimmen als niederste und 5245 als die höchste Zahl. Da die Klerikalen zwei Kandidaten der Deutschen Volkspartei auch für ihre Leute, in der Hoffnung, auf diese Weise den einzigen Klerikalen, der in die Stichwahl kam, durchzubringen, zur Wahl empfohlen hatten, blieben zwei Kandidaten unserer Partei mit je 5000 Stimmen in der Minorität. Die übrigen zehn Genossen wurden für gewählt erklärt.

Vertretung in den Gemeinden. In Oberösterreich befinden sich in Linz zehn, in Hallstatt drei und in Goisern ein Vertreter unserer Partei in der Gemeindestube.

Besondere Bemerkungen. Die gewerkschaftliche Organisation macht sichtbare und recht erfreuliche Fortschritte. Es wurde auch in den letzten Jahren das größte Augenmerk auf die Ausbreitung, das Erstarken und Anwachsen dieser Vereinigungen gerichtet, und infolgedessen ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch die politische Organisation an Stärke und Kraft zunimmt, indem ihr neue, unverdrossene Kämpfer zugeführt werden.

Salzburg.

Gliederung und Organisation. Im Gebiete des Landes Salzburg, welches im gesamten rund 15.000 gewerbliche Arbeiter aufweist, bestehen vier Bezirksorganisationen mit 2600 Parteimitgliedern, die in 30 Ortsorganisationen vereinigt sind. Nachdem das Land 98 Gemeinden aufweist, fehlt in 68 Ortschaften noch jede Organisation. Der Bezirk Tamsweg im Lungau, der durch die Tauernkette vom Lande getrennt ist, hat überhaupt keine Organisation. Die Parteisteuer für das Land, welche 10 H. pro Monat beträgt, haben im Berichtsjahre 2000 Mitglieder geleistet.

Vereine. Die gewerkschaftliche Organisation weist 2800 Mitglieder auf, davon fallen auf Salzburg und Umgebung allein 2000 Mitglieder.

Versammlungen. Versammlungen fanden im Berichtsjahre insgesamt 361 statt, darunter 78 Volksversammlungen und 23 Wählerversammlungen. Die Zahl der Vereinsversammlungen ist nicht genau ermittelt.

Presse. Die Auflage des Parteiorgans „Salzburger Wacht" stieg im Berichtsjahre von 2300 auf 4000. Das Blatt, welches früher vierseitig war, erscheint seit 1. Jänner 1905 in einer Stärke von acht bis zehn Seiten und leistet der Partei gute Dienste.

Maifeier. Die Maifeier gestaltete sich auch dieses Jahr in Salzburg-Stadt zu einer großartigen Manifestation, an welcher 3500 Personen teilnahmen.

Politische Verfolgungen. Anklagen wurden 17 erhoben, darunter neun wegen Preßdelikten und acht wegen Uebertretung des Koalitionsrechtes. Wegen den Koalitionsdelikten wurden sämtliche Genossen freigesprochen, in Preßsachen kam es zu fünf Verurteilungen wegen Kolportage und einer Verurteilung wegen § 22 (Preßgesetz). In einer Ehrenbeleidigungsklage kam es zu einem Vergleich, in einer Klagesache wegen § 24 (Preßgesetz) und in zwei Klagen wegen § 23 (Kolportageverbot) zu Freisprechungen.

Wahlen. Bei den Gemeinderatswahlen in Salzburg unterlag unsere Partei gegenüber der national-klerikalen Koalition mit 510 gegen 647 Stimmen. Die im Frühjahr 1904 vorgenommenen Wahlen im III. Wahlkörper wurden über Protest der Sozialdemokraten vom Verwaltungsgerichtshof annulliert. Wegen der dringenden Gefahr, daß die Sozialdemokraten doch noch den III. Wahlkörper erobern, ging der Salzburger Gemeinderat daran, anläßlich der Durchführung der Wahlreform im Sommer 1905 durch Erhöhung des Steuerzensus im III. Wahlkörper einen Wahlrechtsraub auszuüben und in dem neuen IV. Wahlkörper ein Surrogat zu schaffen, welches durch allerhand Klauseln das verliehene Wahlrecht an die Arbeiter wieder aufhebt. Das Massenmeeting, welches diese „Wahlreform" hervorrief, war von 4000 Personen besucht, die nach dem Meeting vor dem Rathause demonstrierten. Die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht führte in Salzburg, Hallein und anderen Orten zu Massenversammlungen und Demonstrationen.

Besondere Bemerkungen. Der Fortschritt der Partei in diesem kleinsten Lande Oesterreichs drückt sich in dem prachtvollen Aufschwung der Organisation und

der Parteipresse aus. Auch die Konsumvereinsbewegung hat bei uns durch Gründung des Salzburger Konsumvereines „Vorwärts" Einzug gehalten, der gut fundiert ist und eine Mitgliederzahl von 800 aufweist.

Schlesien.

I. schlesischer Wahlkreis (Troppau-Jägerndorf). Gliederung. Der Wahlkreis ist in die zehn Bezirksorganisationen Wigstadtl, Odrau, Wagstadt, Troppau, Jägerndorf, Olbersdorf, Freudenthal, Würbenthal, Freiwaldau und Beunisch eingeteilt. Der Sitz der Landesparteivertretung, respektive des Wahlkreisausschusses ist in Jägerndorf.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist in den meisten Orten noch nicht zur Gänze durchgeführt. In Jägerndorf seit den letzten Monaten des Jahres 1904.

Vereine. Im Wahlkreis befinden sich 35 gewerkschaftliche Organisationen, Ortsgruppen oder Zahlstellen mit zirka 3000 Mitgliedern, darunter zirka 10 Prozent Frauen. Die kräftigeren Organisationen leisten für ihre Mitglieder die Reichsparteisteuern. Die Landesparteisteuer wird von den kleineren Organisationen oder deren Mitgliedern nicht immer regelmäßig geleistet; auch hat sich dieselbe im Wahlkreis nur schwer einführen lassen.

Versammlungen. Soweit aus den mangelhaften Berichten zu entnehmen ist, wurden 32 Volks-, 188 Vereins- und 183 § 2-Versammlungen abgehalten. Zusammen 403 Versammlungen. Verboten oder aufgelöst wurde uns keine Versammlung.

Presse. Seit Februar 1904 erscheint als Wahlkreisorgan die „Schlesische Volkspresse" als Kopfblatt des Brünner „Volksfreund". Mit ungefähr 1700 Abonnenten hat das Blatt begonnen und die gegenwärtige Auflage beträgt 2700 Exemplare. Das Blatt erscheint wöchentlich einmal und wurde noch nie konfisziert. Preßprozesse hatten wir noch keine, dagegen wurde gegen den Herausgeber wegen verspäteter Anmeldung des verantwortlichen Redakteurs ein Versäumnisurteil mit 10 Kronen gefällt.

Maifeier. Der 1. Mai wird im ganzen Wahlkreis mit Ausnahme von Odrau, Wigstadtl und teilweise Jägerndorf in keiner Stadt oder Ort besonders demonstrativ gefeiert. Einige gibt es in jedem Ort, die den 1. Mai ohne Gefahr mit Arbeitsruhe feiern können, jedoch ist nach den trüben Erfahrungen, die die Arbeiterschaft der Industrieorte in den Jahren 1900 und 1901 gemacht haben, wo so viele gemaßregelt wurden, die Arbeiterschaft schwer zu bewegen, den 1. Mai durch gänzliche Arbeitsruhe zu feiern. Dasjenige, was gemacht wird, ist Halbheit.

Wahlen. Die Genossen beteiligten sich an den Gemeindewahlen in einzelnen Orten, jedoch mit nicht sehr großen Erfolgen. In Jägerndorf wurden noch die Gewerbegerichtswahlen durchgeführt und sämtliche Parteikandidaten gewählt.

Vertretung in den Gemeinden. In sechs Orten wurden acht Gemeindeausschüsse gezählt. Auf Vollständigkeit kann diese Angabe keinen Anspruch erheben.

Besondere Bemerkungen. Trotz der heftigen Gegenagitation von deutschnationaler und christlich-sozialer Seite und des häufigen Mangels an tüchtigen, für die Agitation gut brauchbaren Kräften macht die Bewegung doch stetige Fortschritte. Besonders die gewerkschaftliche Organisation hat sich in der Berichtszeit vielfach gebessert.

II. schlesischer Wahlkreis (Teschen-Bielitz). Präzise Angaben über die Einteilung in Bezirksorganisationen fehlen.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist noch nirgends durchgeführt. Ihr größtes Hindernis ist die starke Nationalitätenmischung in unserem Wahlkörper, die zur Folge hat, daß kein größerer Industrieort besteht, in dem die Parteiagitation bloß in einer Sprache geführt werden könnte.

Vereine. Es bestehen im ganzen zirka 37 Vereine. Ihre Mitgliederzahl ist nicht genau ermittelt. Die Gewerkschaftsbewegung hat einen großen Aufschwung, besonders unter den polnischen Bergarbeitern genommen.

Vom Neujahr 1906 an soll ein eigenes polnisches Bergarbeiterfachblatt erscheinen.

Versammlungen. Soweit Angaben vorliegen, wurden 35 Volks- und 369 andere Versammlungen abgehalten. Zusammen 404 Versammlungen.

Presse. Das deutsche Wahlkreisorgan ist die „Bielitzer Volksstimme", die wöchentlich einmal in einer Auflage von 1400 Exemplaren als Kopfblatt des Brünner „Volksfreund" erscheint.

Maifeier. Die Maifeier wurde beinahe nirgends durch Arbeitsruhe begangen, sondern bloß durch Abend- und Sonntagsversammlungen.

Wahlen. Bei den Bezirkskrankenkassenwahlen unterlagen die Genossen mit acht Stimmen Differenz der gegnerischen Liste.

Vertretung in den Gemeinden. In einer Gemeinde sitzen im III. Wahlkörper 6, im II. Wahlkörper 2 Genossen.

Besondere Bemerkungen. Ueberall im Wahlkreise leiden wir unter dem Mangel von für die Agitations- und Organisationsarbeit verwendbaren Genossen.

Steiermark.

Gliederung. Die Wahlkreisorganisation ist in Steiermark nicht eingeführt, sondern es besteht eine zentralistische Landesorganisation, die alle vier Wahlkreise der fünften Kurie umfaßt und in 13 Bezirksorganisationen eingeteilt ist. Verbindungen hat die Partei in rund 80 Orten.

Häuserorganisation. Die Häuserorganisation ist in allen größeren Orten Steiermarks durchgeführt und hat sich bisher sehr gut bewährt. In ihr leisteten, wie aus den Berichten hervorgeht, zuletzt 12.144 Personen den monatlichen Parteibeitrag von 10 H. Durchschnittlich auf die zwölf Monate des Berichtsjahres verteilt, dürfte aber eine bedeutend geringere Ziffer herauskommen.

Vereine. Ueber die Anzahl der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer Mitglieder fehlen genaue Daten. Ebenso wurde nicht berichtet über die Zahl der politischen Vereine.

Versammlungen. Es wurden 395 Volks- und 458 § 2-Versammlungen abgehalten. Zusammen 853 Versammlungen. Die Zahl der gewerkschaftlichen Versammlungen wurde nicht angegeben.

Presse. Als Landesparteiorgan erscheint in Graz das Tagblatt der „Arbeiterwille". Seine vorläufige Auflage ist gegenüber dem Vorjahre an Wochentagen um 2700, an Sonntagen um 3400 Exemplaren gestiegen. Das Blatt erscheint jetzt täglich in einem Umfang von wenigstens acht Seiten.

Politische Verfolgungen. Es kamen sehr wenig gerichtliche Verfolgungen vor. Im ganzen sieben Fälle, meist wegen der Uebertretung des Kolportageparagraphen. Im ganzen wurden Geldstrafen im Betrage von 163 Kr. und ein Tag Arrest verhängt.

Wahlen. In der Berichtsperiode wurde eine Reihe von großen Erfolgen errungen, auf welche die steiermärkische Parteiorganisation mit Recht stolz sein kann. Zuerst siegte die Partei im September 1904 bei den Landtagswahlen in der neugeschaffenen vierten Kurie. Es gelang, die beiden Genossen Resel in Graz und Schacherl in Leoben durchzubringen. Dann kam der prächtige Sieg bei den Grazer Gemeinderatswahlen am 15. November 1904, durch den unsere Fraktion im Grazer Gemeinderat auf vierzehn Mann unter 48 Gemeinderatsmitgliedern stieg. Und am 15. April siegte der Gen. Resel in der Stichwahl über den klerikalen Schweiger bei der Reichsratswahl in dem Landgemeindenbezirk Bruck-Leoben. Daß es möglich war, trotz des 8 Kr.-Zensus in diesem Wahlkreis zu siegen, ist der beste Beweis für die wackere Arbeit und die treffliche Organisation, die sich unsere steiermärkischen Genossen geschaffen haben.

Vertretung in den Gemeinden. In 19 Orten, gegen 14 des Vorjahres, sitzen zusammen 78 Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen, die sich auf folgende Orte verteilen: Graz (14), Aussee (1), Andritz (4), Aibl (2), Brunndorf bei Marburg (6), Donawitz bei Leoben (8), Eggenberg (8), Johnsdorf (6), Ganz bei Mürzzuschlag (3), Köflach (1), Knittelfeld (5), Mürzzuschlag (1), Marburg (1), Puntigam (1), Pöls (2), St. Peter ob Leoben (6), Selzthal (2), St. Stephan (2), St. Lambrecht (1), Unzmarkt (1), Frauendorf (3).

Besondere Bemerkungen. An allen Aktionen der Gesamtpartei hat sich die steiermärkische Organisation selbstverständlich nach besten Kräften beteiligt und es wurde im Gefolge der niederösterreichischen reaktionären und Schulgesetze anschließend an die Einbringung der berüchtigten Kongruavorlage, welche dem nimmersatten Klerus ein neues Geschenk von rund 10,000.000 Kr. aus den Taschen der Steuerträger bringen soll, eine heftige und intensive Agitation gegen die Klerikalen durchgeführt. In unserem Lande, in dem, wie die Wahlstimmen der Landtagswahl zeigten, noch immer Zehntausende dem Banner der Schwarzen folgen, ist diese Aufklärungsarbeit besonders notwendig, und sie hat auch ihre Früchte getragen. Alles in allem war das Berichtsjahr eine Zeit unausgesetzter Erfolge für die Partei und berechtigt zur Erwartung neuer froher Erfolge in der Zukunft.

Tirol.

I. Tiroler Wahlkreis (Innsbruck). Gliederung. Der I. Tiroler Wahlkreis umfaßt die fünf Bezirksorganisationen Innsbruck, Landeck, Kufstein, Wörgl und Kitzbühel.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist in Innsbruck, Wörgl und Kufstein teilweise durchgeführt. Der monatliche Parteibeitrag beträgt 20 H. und wird im ganzen Wahlkreise diese Steuer leider nur von 900 Genossen entrichtet.

Vereine. Die Gewerkschaften haben im abgelaufenen Jahre um zirka 1000 Mitglieder zugenommen und gehören in Innsbruck in mehreren Branchen 60 bis 90 Prozent der Berufsorganisation an. Nur bei den Textilarbeitern ist der Fortschritt ein sehr geringer. Daran ist hauptsächlich der Umstand schuld, daß in dieser Branche größtenteils einheimische Arbeiter, im Oberlande oft halbe Kleinbauernfamilien beschäftigt sind. Diese Leute sind durch ihren ohnehin oft sehr problematischen Familienbesitz äußerst konservativ, fühlen sich noch nicht als Proletarier, trotzdem sie häufig elender leben wie die anderen Arbeiter sonst, sind daher unserer Agitation sehr schwer zugänglich.

Versammlungen. Nach den vorliegenden, kaum vollständigen Berichten zählen wir 13 Volks-, 16 politische Vereins-, 372 anderweitige Vereins- und 480 § 2-Versammlungen. Zusammen 881 Versammlungen. 1 Versammlung wurde aufgelöst.

Presse. Die „Volkszeitung", die ab 1. Juli in Innsbruck gedruckt wird, hat mit dem Wachsen der Gewerkschaften leider nicht Schritt gehalten. Die gegenwärtige Auflage beträgt 2200 Exemplare. Doch können wir, da in allen Parteiorten eifrig für die Verbreitung agitiert wird, ein konstantes Steigen der Auflage erhoffen.

Maifeier. Die Maifeier nahm in allen Parteiorten einen glänzenden Verlauf. In Innsbruck war die Arbeitsruhe eine nahezu vollständige. Mehr als 6000 Personen beteiligten sich an dem Umzuge, auch in Wörgl und anderen Parteiorten war die Zahl der Feiernden eine große.

Wahlen. Die Parteigenossen beteiligten sich an den Gemeinderatswahlen in Innsbruck und erhielten 150 bis 230 Stimmen gegen 500 bis 613 der Gegner im III. Wahlkörper. Wenn auch kein direkter Erfolg errungen wurde, so hat die Beteiligung doch sehr agitatorisch gewirkt. Bei den Bezirkskrankenkassenwahlen in Kufstein gelang es, unsere ganze Liste durchzubringen.

Besondere Bemerkungen. Während der Berichtszeit wurde besonders in Innsbruck auch eine intensive Agitation gegen den Bieraufschlag gemacht, die der Partei viele Anhänger brachte.

II. Tiroler Wahlkreis (Bozen). Gliederung. Die Organisation ist vornehmlich auf die drei Orte Bozen, Meran und Lienz und ihre nächste Umgebung beschränkt. Außer ihnen kann nicht viel geschehen, weil auch die Industrie nahezu vollkommen fehlt.

Häuserorganisation. Die Häuserorganisation ist noch nirgends durchgeführt. Der Parteibeitrag beträgt in Bozen und Meran 10 und 8 H.

Vereine. Ueber die Mitgliederzahl der Vereine liegen keine genauen Erhebungen vor. Es dürften über 1000 Personen organisiert sein.

Versammlungen. Nach den Berichten wurden 14 Volks-, 224 Vereins- und 97 § 2-Versammlungen abgehalten. Zusammen 335.

Maifeier. In Bozen und Meran war die Arbeitsruhe fast vollständig. In anderen Orten merkte man nicht viel von der Maifeier.

Wahlen waren unter der Berichtszeit nicht zu verzeichnen. Ebenso keine politischen Verfolgungen, mit Ausnahme einer Verurteilung nach § 23 des Preßgesetzes zu 5 Kr. Geldstrafe.

Besondere Bemerkungen. In Bozen wurde eine Bierpreiserhöhung um 4 H. per Liter durch einen fast sechs Monate währenden Boykott erfolgreich bekämpft. Das Bier wird jetzt wieder zum alten Preise geschenkt.

Vorarlberg.

Gliederung. Zur Zeit bestehen Lokalorganisationen in Bludenz, Bregenz, Dornbirn, Feldkirch, Hard, Hohenems, Lustenau und Rankweil.

Häuserorganisation. Die Straßen- und Häuserorganisation ist nur in Dornbirn eingeführt und hat da ein Genosse 2 bis 3 Straßen zu versehen, und hat sich dies bisher ganz besonders zur Verbreitung der Presse bewährt. In Bregenz ist das Werkstättenvertrauensmännersystem eingeführt und zum Teile auch in einigen anderen Orten. 433 Personen leisten regelmäßige Beiträge für die politische Parteiorganisation. Die Beiträge belaufen sich per Person und Monat 20 H., wovon 2 H.

Reichsparteisteuer, 8 H. Landesparteisteuer und 10 H. Lokalsteuer bestritten werden. In Dornbirn und Lustenau werden teilweise 30 H. bezahlt und wird der übrige Betrag für loko oder Sekretariatsfonds verwendet.

Vereine. Zur Partei gehörige Vereine, respektive Ortsgruppen oder Zahlstellen zählt Vorarlberg 25, mit einer Mitgliederzahl von 662. Außerdem besteht ein politischer Verein für Vorarlberg, der zirka 50 Mitglieder hat.

Versammlungen. Es wurden 4 politische Vereins-, 348 gewerkschaftliche, 116 politische § 2-Versammlungen, 91 § 2-Versammlungen der Branchenorganisationen und 16 Volksversammlungen abgehalten. Zusammen 571 Versammlungen. Verboten wurde eine Protestversammlung der Eisenbahner und eine Volksversammlung wurde aufgelöst.

Presse. Als Landesorgan gilt die in Innsbruck erscheinende „Volkszeitung".

Maifeier. Um eine Anzahl kleiner, unansehnlicher Maifeiern zu vermeiden, wurde laut Beschluß der Landeskonferenz in Bregenz eine Zentral-Maifeier für ganz Vorarlberg in Dornbirn abgehalten, woran sich zirka 200 Genossen beteiligten. Der Eindruck, den diese Maifeier hinterließ, war ein guter, zumal man hier die Sozialdemokratie schon ausgestorben wähnte.

Besondere Bemerkungen. Das Gewerkschaftsleben ist im ganzen Lande wieder etwas lebhafter und berechtigt zur Annahme, daß die Arbeiterbewegung quantitativ und qualitativ wieder vorwärts gehen wird, obwohl wir im allgemeinen immer noch ganz gewaltig unter dem Mißtrauen der uns Fernestehenden, ja sogar vieler Genossen zu leiden haben, welches uns einige leichtsinnige Funktionäre zurückgelassen haben. So geht es immer, wenn auch sehr langsam, vorwärts.

Bericht des Frauenreichscomités.

Das Frauenreichscomité hat im Berichtsjahr für 91 Versammlungen politischer und gewerkschaftlicher Natur Referentinnen zugewiesen. In die Provinz wurden Referentinnen entsendet nach Steiermark, Böhmen, Mähren, Schlesien, Kärnten und Niederösterreich.

Alle diese Versammlungen wurden von Wahlkreisen und Gewerkschaftsorganisationen veranstaltet.

Das Frauencomité selbst hat 8 Versammlungen über die Schulfrage arrangiert, 4 Versammlungen als Kundgebung für die ausgesperrten Tischler, 4 zur Besprechung der russischen Revolution, 6 Versammlungen über den Zolltarif und die Lebensmittelteuerung; 3 Frauenversammlungen haben sich mit der Fleischfrage befaßt. Die angeführte Versammlungstätigkeit ist nur ein Minimum von dem, was die Genossinnen leisten. Die Mitglieder des Comités sind außerdem in den Gewerkschaften und politischen Organisationen tätig und wirken in ihrer Branche agitatorisch und organisatorisch, was hier im Detail nicht angeführt werden kann.

Um die Zahl der agitatorisch tätigen Genossinnen zu vermehren, hat das Frauenreichscomité zu Beginn des laufenden Jahres einen Redenunterricht eingeführt, an dem sich 14 bis 20 Genossinnen beteiligt haben. Die Erfolge, die in diesem kurzen Zeitraum erzielt wurden, zeigen sich bei der Leitung der einzelnen Ortsgruppen der Heimarbeiterinnen. Eine Anzahl Genossinnen wurde befähigt, in selbständiger Weise die Ortsgruppen zu leiten und selbst agitatorische Reden zu halten. Auch organisatorisch wurden Erfolge erzielt.

Der sozialdemokratische Frauenverein ist eine Schöpfung der Genossinnen des II. Wiener Wahlkreises. Er befestigt seine Position immer mehr und die Berichte zeigen, daß er an Stärke zunimmt. Seine Tätigkeit ist eine politische, die Mitglieder erhalten die „Arbeiterinnen-Zeitung“ obligatorisch.

Eine zweite, nicht unbedeutende Organisation ist der Zentralverein der Heimarbeiterinnen. Wenn auch kein politischer Verein, so ist sein Bestand für die proletarische Frauenbewegung doch von Bedeutung, da die Leiterinnen der Organisation Sozialdemokratinnen sind. Im Zentralvorstand sind zwei Mitglieder des Frauenreichscomités vertreten. Dem sozialdemokratischen Frauenverein gehört ein Mitglied des Frauenreichscomités an. Der Verein der Heimarbeiterinnen hat gegenwärtig in Wien sieben Ortsgruppen, in der Provinz fünf. Auch diese Organisation hat die „Arbeiterinnen-Zeitung“ obligatorisch eingeführt.

In Korrespondenz ist das Frauencomité mit dem Agitationscomité in Mährisch-Schönberg, mit dem Arbeiterinnenverein in Bodenbach, mit den Frauensektionen in Aussig und Türmitz und mit einer größeren Anzahl Genossinnen, die bemüht sind, agitatorisch zu wirken. Die Fühlung mit den Wiener Genossinnen wird durch die Frauenplenarversammlung unterhalten, welche vier- bis fünfmal im Jahre zusammentritt und an der Delegierte der Gewerkschaften und Bildungsvereine teilnehmen.

Zur Reichskonferenz der Tabakarbeiterinnen und zum Unionstag der Textilarbeiter wurde delegiert. Delegierungen wurden ferner vorgenommen zur Frauenkonferenz in Bremen, zum Parteitag in Salzburg und zum Landesparteitag Niederösterreichs in Krems.

Einberufen wurde auch eine Konferenz der weiblichen Bediensteten der Wiener Konsumvereine, um diese zur Mitarbeit an der Organisation zu gewinnen, da bisher nur ein kleiner Teil in der sozialdemokratischen Frauenorganisation tätig ist.

Eine besondere Agitation wurde zur Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung“ eingeleitet. Die Auflage dieses Agitationsblattes für Frauen beträgt jetzt 5000. Wir zweifeln nicht, daß sich die Auflage leicht verdoppeln läßt, wenn die Genossen mithelfen, der „Arbeiterinnen-Zeitung“ bei jenen Proletarierinnen Eingang zu verschaffen, die bis jetzt gar keine Zeitung lesen.

Anschließend eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben für die Zeit von der Zweiten Frauenkonferenz im November 1903 bis zum 30. September 1905:

Einnahmen	Kr.	Ausgaben	Kr.
Kassastand am 4. November 1903	158·96	Kosten der Frauenkonferenz . .	179·64
Subventionen:		Delegationskosten für Versammlungen und Konferenzen . .	467·05
von der niederösterreichischen Landesparteivertretung . . .	634·80	Remuneration	50·—
von der Reichsparteivertretung	374·40	Postwertzeichen und Kanzleierfordernisse	124·27
von der Gewerkschaftskommission Oesterreichs	180·	Drucksorten	21·60
Beitrag der Gewerkschaften und Vereine für die Frauenkonferenz	85·	Redekurs und Plenarversammlungen	23·—
		Diverse Ausgaben	25·76
		Kassastand am 30. September 1905	541·84
Zusammen . .	1433·16	Zusammen . .	1433·16

Bericht der tschechoslavischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

für die Zeit vom 1. August 1903 bis 31. Juli 1905.

Die abgelaufenen zwei Jahre werden in der Geschichte des tschechischen Proletariats als die Zeit emsiger Arbeit an dem inneren Ausbau, an der Vertiefung und Erstarkung der tschechoslavischen sozialdemokratischen Partei erscheinen. Der beleidigte Hochmut des nationalen Bürgertums, welcher in den tschechischen privilegierten Klassen seit der Zeit einriß, da die Vertreter der tschechischen Arbeiterschaft gegen die feudale Parole des tschechischen Staatsrechtes sich selbstbewußt verwahrt haben, rächte sich dadurch, daß er die Unterdrückung der tschechoslavischen sozialdemokratischen Partei als heilige nationale Ehrenpflicht proklamierte.

Wenn nun die tschechische Arbeiterschaft, dem allgemeinen Ansturm zum Trotze, ihr Ansehen wahren, durch ihre Macht dem Feinde imponieren und ihm widerstehen wollte, dann blieb ihr nichts weiter übrig, als den Dornenweg der kleinen agitatorischen und organisatorischen Arbeit anzutreten. Schnell lichteten sich die Schatten der vergangenen, noch im Jahre 1903 empfindlich bemerkbaren wirtschaftlichen Krise und heute können wir stolz behaupten, daß das tschechische Proletariat sowohl qualitativ wie quantitativ gestärkt dasteht. Den untrüglichen Beweis dafür liefern die 613, ihre Pflicht der Partei gegenüber erfüllenden Organisationen, abgesehen von den neu konstituierten und den von Toten auferstandenen, welche zwar ihren Pflichten noch nicht nachgekommen sind, aber doch existieren und funktionieren. In ihrer vollen Macht standen uns die herrschenden Klassen gegenüber, ihnen zur Seite der ganze Justiz- und Verwaltungsapparat, die gesetzgebenden Körperschaften, alles bereit, uns unterzukriegen; es gelang ihnen auch, uns politisch beiseite zu schieben, uns auf dem parlamentarischen Kampfplatz fast zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken . . ., und doch fürchten sie heute das tschechische Proletariat mehr denn je. Die Schutzwälle des privilegierten Bürgertums erscheinen bedroht und die herrschenden Klassen werden immer mehr in Verteidigungsstellungen zurückgedrängt.

Die Hauptgefahr wittert das Bürgertum in unserer prinzipiellen Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes. Vor keiner Reichsratskampagne sowie auch vor keiner Landtagswahl in Böhmen und Mähren hat es die tschechoslavische Sozialdemokratie unterlassen, die Erfüllung dieses politischen Minimums zu reklamieren, obwohl sie genau wußte, daß ihre Kräfte dazu nicht ausreichen, den privilegierten gesetzgebenden Körperschaften eine solche Verfassungsänderung abzuringen, welche den Bedürfnissen und den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung vollauf entsprechen würde. Sie fühlte sich jedoch kräftig genug, jeden Mißbrauch der Wahlreform zunichte machen zu können. Darum hat auch die Absicht der Regierung, das Kuriensystem in beiden Landtagen durch Errichtung einer neuen allgemeinen Kurie zu stützen, den entschiedensten Widerspruch des tschechischen Proletariats hervorgerufen, welcher so intensiv war, daß man bereits versuchte, zur Abwehr des beabsichtigten Unrechtes einen politischen Streik zu inszenieren.

Sowohl in der Hauptstadt wie am Lande hat die tschechische Arbeiterschaft so stürmisch und so nachhaltig protestiert, daß das tschechische Bürgertum aus Furcht vor Verlust seiner Popularität mit der volkstümlichsten Forderung bereits zu kokettieren anfängt.

Dank den zerfahrenen nationalen Zuständen nimmt das unersättlich herrschsüchtige Bürgertum beider Nationen dem allgemeinen gleichen Wahlrecht gegenüber einen gänzlich verschiedenen Standpunkt ein. Daher die scheinbare Demokratie des tschechischen, die Fortschrittsfeindlichkeit des deutschen Bürgertums.

Es liegt nun in erster Linie an den sozialdemokratischen Abgeordneten und an der Wiener Arbeiterschaft, daß auch gleich mächtige Akkorde betreffs des Reichsrates ertönen; die übrige Arbeiterschaft kann in dem Falle nur den Resonanzboden abgeben. Noch ist es Zeit; die verhaßte gegenwärtig klerikal-feudale Regierung mit Gautsch und der Kamarilla an der Spitze hat an Widerwärtigkeit gewiß nicht so viel verloren, daß sich die Arbeiterschaft zum Protest gegen die rückschrittlichen Tendenzen und Taten nicht erwärmen könnte.

Diesem Kampfe darf weder eine Rücksicht auf die Gunst des Bürgertums noch auf die kommenden Wahlen hindernd im Wege stehen. Darin liegt ja das Geheimnis eines jeden politischen Erfolges, daß man beizeiten schon das ganze Interesse und die ganze Tätigkeit auf einen Punkt konzentriert. Diese Zeit ist nun gekommen. Die Prager Landeskonferenz der tschechischen und deutschen Arbeitervertreter vom 23. Juli d. J. erklärte den Kampf für die Forderung bezüglich der Landtage Böhmens und Mährens; das erste Treffen hat die tschechische Arbeiterschaft bereits mit Ehren bestanden, in Mähren wird soeben die im Vorjahre begonnene Aktion erneuert, die Reichskonferenz vom 22. September d. J. hat das Signal zum Beginn des Kampfes im ganzen Reiche für unsere Forderung in Bezug auf den Reichsrat gegeben — also auf zum Kampf! Das tschechische Proletariat ist zu den größten Opfern bereit.

Ueber dem Kampf um das Stück Brot und um ihre politischen Rechte hat die tschechische Arbeiterschaft auf ihre kulturellen Forderungen und Bedürfnisse nicht vergessen. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Kampf um Errichtung tschechischer Schulen auf dem heißen Boden der andersnationalen Majoritäten.

In Uebereinstimmung mit dem Parteiprogramm setzt sich die tschechische Arbeiterschaft überall für die Errichtung solcher Volksschulen ein, welche es ermöglichen, den Nachwuchs in seiner Muttersprache zu unterrichten, weil sie dies für die erste Bedingung eines jeden Kulturfortschrittes anerkennt. Unsere Genossen in Wien haben für diese unsere Forderung einen harten Kampf mit den Regierungsorganen zu bestehen gehabt. Daß der Kampf resultatlos verlief, hat sie nicht verzagt gemacht; das bureaukratisch-zentralistische Oesterreich hat nur ein Schanddenkmal sich errichtet, es ist nur dargetan worden, eine wie schwierige Stellung die tschechischen Arbeiter in Wien einnehmen.

Trotz der schweren Stellung der tschechischen Arbeiter in dem sogenannten geschlossenen Gebiet kann man doch wenigstens zeitweilige Erfolge ihrer Tätigkeit in dieser Richtung vermerken; dankend sei hier konstatiert, daß die deutschen Genossen in Böhmen den Bestrebungen der tschechischen Arbeiterschaft bereitwillig entgegenkommen.

Hand in Hand mit dem Wachsen der politischen Organisation ging der Ausbau der gewerkschaftlichen Bewegung. Es sei hier nur darauf verwiesen, daß ein reges Leben auch solche Branchen erfaßte, welche bisher ziemlich gleichgültig und regungslos den Kämpfen um Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter zusahen. Schließlich hat der Aufschwung der Organisationen auch zur Diskussion über die Form der Organisation selbst geführt. Vielleicht wird schon die nächste Zukunft eine zum Wohle der ganzen Bewegung gereichende Lösung dieser Frage bringen.

Heute erkennt die tschechische Arbeiterschaft klarer denn je vorher, daß die politische und gewerkschaftliche Organisation nur zwei Seiten einer und derselben Sache bilden. Nur die notwendige Rücksicht auf unser reaktionäres Vereinsgesetz hat zur Trennung der Organisation geführt. Diese den heutigen Verhältnissen entsprungene Notwendigkeit darf jedoch in keiner Weise den Zusammenhang und die Harmonie der beiden Fronten der Arbeiterbewegung lockern. Durch die Politik zur Stärkung der gewerkschaftlichen Bewegung, durch die gewerkschaftliche Tätigkeit wieder zur Erreichung von politischen Erfolgen! Dies muß jeder Parteiangehörige beherzigen und tatsächlich bricht sich diese Ueberzeugung in der tschechischen Arbeiterschaft siegreich Bahn.

Einen systematischen Kampf führte und führt die tschechische Arbeiterschaft gegen die Expansionsgelüste des Klerikalismus, der sich ja des Schutzes mächtiger Faktoren in diesem Staate erfreut und deren verderblichem Treiben die Mehrzahl des einflußreichen Bürgertums ruhig zusieht. Es nimmt nicht wunder, wenn der klerikale Wagemut zur direkten Räuberei ausartet, wie dies die unerhörte Mißwirtschaft in dem klerikalen Geldinstitut — der St. Wenzel-Sparkasse — in eklatantester Weise bezeugt. Die tschechische sozialdemokratische Arbeiterschaft wird den Kampf gegen den Klerikalismus, ihren Traditionen treu, mit aller Entschiedenheit weiter führen.

In allen Wahlaktionen, in welche unsere Partei mit eingegriffen hat, wurde ein ehrendes Resultat erzielt. Es seien hier vor allem die Wahlen in das Gewerbegericht von Böhmen und Mähren erwähnt, wobei wir alle unsere Positionen behauptet haben. Bei den Wahlen in die Unfallversicherungsanstalten für Böhmen und Mähren gewann unsere Partei je ein Mandat. Ebenso hat sich unsere Partei in einigen Fällen an den Ergänzungswahlen in den Reichsrat und in die beiden Landtage durch Aufstellung eigener Zählkandidaten in den privilegierten Kurien beteiligt und ganz respektable

Stimmenzahlen erreicht. In Hunderten von Fällen haben unsere Organisationen auch an den Gemeindewahlen teilgenommen und in vielen Orten gesiegt.

Die Partei war dank ihrer Kraft und ihrem Einfluß imstande, viele Lasten von der Arbeiterschaft abzuwälzen, welche man ihr, teils im Interesse einer Kräftigung der Reichs- oder Landesfinanzen, teils im Interesse des ausbeuterischen Kapitals, aufbürden wollte. An erster Stelle muß hier der systematische Kampf gegen die Lebensmittelteuerung genannt werden, welcher an manchen Orten (insbesondere bei Fleisch-, Milch- und Brotteuerung) erfolgreich beendet wurde. Wie aus den Verhältnissen hervorgeht, muß der Kampf auch weiterhin mit voller Schärfe geführt werden, denn die Habgier der Oesterreich beherrschenden Großgrundbesitzer ist grenzenlos.

Der Erhöhung des Zolltarifs hat die Partei ebenfalls einen Widerstand entgegengesetzt. In Hunderten von Versammlungen und Volksmeetings wurde auf das entschiedenste gegen die neuerliche Ausbeutung des Volkes protestiert. Die österreichische Regierung und das bürgerliche Parlament hörte jedoch nicht auf die Stimme der Arbeiter, sie waren vollständig beherrscht von der Politik der adeligen Großgrundbesitzer.

Jahrelang hat die Arbeiterschaft aller Nationen Oesterreichs eine Reform der bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen bezüglich der Krankenunterstützung und Unfallversicherung der Arbeiter verlangt, nach Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung gerufen. Endlich sollte dem Verlangen Rechnung getragen werden. Kurz, fast nur wenige Stunden vor seinem Rücktritte legte der gewesene Ministerpräsident Koerber seinen diesbezüglichen Antrag der Oeffentlichkeit vor. Schon die Form und die Verhältnisse, unter welchen das Projekt der Oeffentlichkeit vorgelegt wurde, waren angetan, auch in den Reihen der tschechischen Arbeiterschaft Zweifel an der ehrlichen Absicht des geschiedenen Premiers rege zu machen, und dieses Mißtrauen hat sich bei näherer Durchsicht des Programms als berechtigt erwiesen. Dr. Koerbers Anträge sind unvollständig. Die wichtigen Forderungen der Witwen- und Waisenversorgung sowie die Versicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft sind gänzlich unbeachtet geblieben, man erkennt sofort, daß das Projekt hastig und in letzter Minute ausgearbeitet worden ist. Es sollte eben zur bestimmten Zeit fertig werden, damit es einem politischen Schachzug dienen könne, welcher alle die an der Arbeiterschaft von der zurücktretenden Regierung verübten Sünden — es floß ja auch Arbeiterblut unter ihrer Aera — verdecken sollte. Sowohl Fachleute in Sachen der Schutzgesetzgebung als auch der Krankenkassenkongreß haben fast einstimmig das ganze Projekt verworfen. Gewiß ein trauriges Zeugnis für die Sozialpolitik der österreichischen Regierungen.

Die großen Ereignisse in Rußland haben in der tschechischen Arbeiterschaft einen mächtigen Widerhall erweckt, so daß über 3200 Kr. für die russischen Revolutionäre aufgebracht und abgeführt wurden, eine mit Rücksicht auf die Verhältnisse unserer Arbeiterschaft gewiß ganz erhebliche Summe.

Das Aktionscomité unserer Partei war immer darauf bedacht, daß den Bezirkskonferenzen ein von ihm entsendeter Delegat beiwohne; ja sogar die Kreiskonferenzen und die Agitationsversammlungen in Oberösterreich sind vom Comité beschickt worden. An den verschiedenen ausländischen Kongressen beteiligte sich das Aktionscomité der tschechischen sozialdemokratischen Partei regelmäßig als Gast. Außerdem beteiligte sich das Comité auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam als selbständige Einheit. In die Geschichte der Sozialdemokratie der ungarischen Reichshälfte griff die tschechische sozialdemokratische Partei ein, indem sie zum Ausbau einer selbständigen slovakischen sozialdemokratischen Partei ihre helfende Hand darbot.

Die Parteipresse nimmt einen erfreulichen Aufschwung und zählt heute folgende politische Zeitschriften:

	erscheint:
„Právo Lidu“	täglich
„Dělnické Listy“	„
„Rovnost“	3mal wöchentlich
„Nová Doba“	2 „ „
„Svoboda“	2 „ „
„Hlas Lidu“	1 „ „
„Duch Času“	1 „ „
„Zář“	1 „ „
„Nový Jihočeský Dělník“	1 „ „
„Severočeský Dělník“	1 „ „
„Naše Obrana“	1 „ „
„Východočeský Obzor“	1 „ „
„Stráž Pojizeří“	1 „ monatlich

*

Die gewerkschaftliche Presse zählt folgende Zeitschriften:

	erscheint:
„Kovodělník"	1mal wöchentlich
„Veleslavín"	1 „ „
„Dřevodělník"	3 „ monatlich
„Železniční zřízenec"	3 „ „
„Koželědlník"	2 „ „
„Nový Knihařský Obzor"	2 „ „
„Odborové Sdružení"	1 „ „
„Obuvník"	14tägig
„Oděvník"	14 „
„Potravodělník"	14 „
„Časopis Stavebních Dělníků"	14 „
„Orgán obchodního pomocnictva"	1mal monatlich
„Na Zdar"	3 „ „
„Textilník"	1mal wöchentlich
„Kamenodělník"	14tägig
„Cihlářské listy"	14 „
„Věstník" pro děln. v knihtisk.	1mal monatlich
„Odborný list děln. mal. a lak."	1 „ „
„Kloboučník"	2 „ „
„Solidarita"	2 „ „
„Hlinařský Dělník"	2 „ „
„Litografia"	14tägig
„Zájmy dopravních zřízenců"	1mal monatlich
„Rukavičkář"	1 „ „

*

Sonstige Parteiblätter:

	erscheint:
„Akademie", sozialistische Revue	1mal monatlich
„Červánky", antiklerikales Blatt	1 „ wöchentlich
„Rudé Květy", belletristisches Blatt	1 „ monatlich
„Rašple", humoristisches Blatt	1 „ „
„Ženský List"	14tägig
„Tělocvičný Ruch"	1mal monatlich
„Sborník Mládeže"	14tägig

*

Außerdem hat das Preßcomité insgesamt 294.500 Exemplare verschiedener Schriften, Broschüren, Kalender und sonstiger Druckschriften herausgegeben, welche gewiß ein immenses Stück Kulturarbeit unter dem Volke verrichtet haben.

*

Die Tätigkeit unserer Organisation in den letzten zwei Jahren erhellt sich aus folgenden Daten. Es wurden veranstaltet: 322 Volksmeetings, 3869 öffentliche Versammlungen, 1621 öffentliche Vorträge, 4626 Vereinsversammlungen und Vorträge, 6237 vertrauliche Organisationsversammlungen und 3123 vertrauliche Agitationsversammlungen.

Hiervon wurde die Abhaltung von 86 Versammlungen und Meetings untersagt, aufgelöst wurden 39 Versammlungen. Insgesamt wurden **19.798** verschiedene Versammlungen veranstaltet.

Obige Ziffern geben Zeugnis von verständnisvoller Arbeit sowie von großem Interesse nach allen Richtungen hin.

Verfolgt waren 929 Genossen und Genossinnen, von welchen 420 zur Haft von zusammen 5 Jahren 8 Monaten und 6 Tagen und zu Geldstrafen von insgesamt 1642 Kr. verurteilt wurden.

Freigesprochen wurden 509 Genossen und Genossinnen.

Aus diesen paar Ziffern ersieht man, wie es um die Freiheit in Oesterreich bestellt ist. Die Hauptrolle spielten dabei der § 23 des Preßgesetzes, Uebertretungen des Koalitionsgesetzes, die berüchtigten §§ 303, 312, 313, 314 des Strafgesetzes, und die Anzahl unserer verurteilten Genossen beweist, daß unsere Behörden noch lange kein Verständnis für die großen Ideen des Fortschritts und der Aufklärung haben werden.

Es erübrigt noch, anzuführen, daß die Zahl der Konfiskationen unserer Parteiblätter 88 beträgt.

Diese Ziffern sind nicht vollständig, da sehr viele von unseren Organisationen die Fragebogen nicht rechtzeitig eingeschickt haben. Man kann behaupten, daß die Tätigkeit unserer Organisationen bei weitem größer und vielseitiger war, als in diesem Bericht angeführt werden kann.

Durch Einführung regelmäßiger Zahlung der Parteibeiträge — mit Hilfe der von der Exekutive herausgegebenen einheitlichen Marken und Legitimationen — wurde ein bedeutender Erfolg erreicht und die Finanzen der Partei ins Gleichgewicht gebracht.

Mit Sicherheit kann man annehmen, daß wir uns in nächster Zukunft auch in finanzieller Hinsicht den anderen Bruderparteien an die Seite werden stellen können.

Prag, den 16. Oktober 1905.

Für die tschechoslavische sozialdemokratische Arbeiterpartei:

Anton Brůha,

Sekretär.

Bericht der italienischen Parteiexekutive.

Nachdem die Tätigkeit der küstenländischen und jene der südtirolischen Partei bisher ganz getrennt gewesen ist, muß darüber auch getrennt berichtet werden.

Die italienische Parteiorganisation an der Adria hatte nach dem Triester Generalstreik von 1902 einen großen Aufschwung genommen; es ist aber nicht möglich gewesen, alles, was kurz nach dem Generalstreik emporwuchs, auch zu konsolidieren. Die gewerkschaftliche Organisation, die beinahe allen Arbeiterkategorien zu ganz bedeutenden Siegen verholfen hatte, wurde von vielen Arbeitern nach der ersten Begeisterung im Stiche gelassen.

Die Partei hat zwar an Kraft und Bedeutung bedeutend zugenommen, nur nicht in dem Maße, welches jeder nach den großen Bewegungen vom Jahre 1902 sich vorgestellt hatte. Die wichtigste Errungenschaft jener heißen Kämpfe ist die erweiterte politische Freiheit, die man jetzt genießt. An innerer Festigkeit und an Mitgliederzahl hat die Partei nur so viel zugenommen, als auch sonst in ruhigen Zeiten durch die stetige Propaganda und durch die mühsame alltägige, oft undankbare Arbeit der Fall gewesen wäre. Es ist noch einmal dadurch bewiesen worden, daß nur dasjenige dem Proletariat wirklich zugute kommt, was es sich zu erkämpfen, aber auch sorgfältig und mühsam zu bewahren weiß; dies soll besonders das heißblütige italienische Proletariat beherzigen, welches einerseits sehr leicht zu den schönsten Taten zu bewegen, andererseits aber sehr schwer an eine kontinuierliche geduldsame Arbeit zu gewöhnen ist.

Sowohl in Triest als in Istrien wird die Sozialdemokratie immer mehr und mehr ein politischer Faktor, mit welchem die nationalen Parteien rechnen müssen, auch wenn es ihnen bisher gelungen ist, die Sozialdemokraten durch das allerschlechteste Wahlrecht beinahe von jeder Beteiligung an den Vertretungskörperschaften fernzuhalten. Im Görzischen, wo das politische Leben im allgemeinen sehr flau ist, und in Dalmatien, wo die Grundbedingungen einer starken Entwicklung fehlen, geht die Partei sehr langsam vorwärts.

Mit dem steten Wachsen der Partei werden auch die Gegner immer heftiger; die nationalen Parteien, die durch lange Zeit die Hoffnung nicht aufgeben wollten, die junge Sozialdemokratie hie und da zu ihren Zwecken ausbeuten zu können, mußten zur Einsicht kommen, daß die Kluft zwischen ihnen und der Partei des Klassenkampfes und des internationalen Bundes unüberbrückbar ist. Die Folge davon war selbstverständlich der Kampf mit allen Waffen, meistens aber mit unehrlichen und verborgenen, gegen die Partei der Arbeit. Das Pfaffentum und das antisemitische, schwarzgelbe Gesindel leisteten ihr möglichstes in Verleumdungen; sie versuchten auch, politische und gewerkschaftliche Arbeiterorganisationen ins Leben zu rufen und durch Untergebote unsere Genossenschaften vom Triester Hafen zu verdrängen; jedoch gingen diese gelben Syndikate nach wenigen Monaten schmählich zugrunde, nachdem sich die Partei sehr energisch zur Wehr gesetzt hatte. Die von Wien ausgehenden Versuche, in die bedeutendste Hafenstadt Oesterreichs den Antisemitismus und den Patriotismus zu verpflanzen, sind an dem Widerstande der Sozialdemokratie gescheitert.

An Propaganda wurde ziemlich viel geleistet; hervorragende Dienste leisteten die Vereine für soziale Wissenschaften (Circolo di Studi Sociali), die zuerst in Triest, dann in Pola, in Rovigno und in Görz gegründet wurden. Unser Triester wissenschaftlicher Verein organisiert schon seit Jahren ganze Kurse, in welchen die besten Genossen und Gelehrten aus Italien über die wichtigsten sozialen Fragen vortragen.

Die Parteipresse hat leider keine Fortschritte gemacht. In Triest erscheint dreimal in der Woche der „Lavoratore"; in Görz ist das Wochenblatt „Nuova Idea" eingegangen; in Pola ist „Il Proletario" wieder ins Leben gerufen worden, man hat ihm den Namen „La Terra d'Istria" beigegeben, und es ist

den istrianischen Genossen gelungen, das eingetauschte und erweiterte Blatt in den Landgemeinden Istriens ziemlich zu verbreiten.

Die Presse ist im Verhältnis zur Stärke der Partei ungenügend und kann den wachsenden Anforderungen durchaus nicht genügen.

Die Maifeier ist in diesen Ländern beinahe allgemein eingeführt; in Triest und in den Hauptorten ruht überhaupt die ganze Arbeit in der kleinen sowie in der großen Industrie, im Kleinhandel sowie im Hafen. In vielen Dörfern wird auch von den Feldarbeitern gefeiert, die am 1. Mai mit der roten Fahne, mit Musik und mit den Tönen des Arbeiterliedes ihre Umzüge organisieren.

In der Berichtsperiode kamen sehr wenige Streiks vor; nach dem gewaltigen Sturme von 1902 mußte die Zeit der Ruhe eintreten. Die ungünstige Lage der Industrie bot auch keine Möglichkeit, an Besserungen zu denken, denn die ganze Kraft mußte angewendet werden, um größere Uebel zu vermeiden.

Ein mißglückter großer Streik der Bauarbeiter, die vor zwei Jahren einen glänzenden Sieg davongetragen hatten, belehrte die Arbeiterschaft, daß die Kämpfe immer schwieriger werden und daß man sich ohne eine feste Organisation nicht mehr einlassen darf, weil die inzwischen auch klüger gewordenen Unternehmer nicht mehr im Sturme zu überwältigen sind.

Die Organisation der jugendlichen Arbeiter wurde in der letzten Zeit geschaffen; sie zählt fünf Gruppen und hat sich gleich anfangs als sehr rührig und ernst erwiesen.

Die Konsumvereinsbewegung ist in ihrem Anfange noch ganz klein, aber von modernem Geiste erfüllt.

Die Partei steht noch immer im Kampfe, um die Krankenkassen, die beinahe überall in den Händen der politischen Behörde sind, derselben zu entreißen und gesetzliche Vertretungen einsetzen zu lassen. Der Erfolg wird nicht lange ausbleiben.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter sind nur in Muggia bei Triest und in Pola gewählt worden. Ueberall ist die Partei im Kampfe, um in den Gemeinden und Landtagen das allgemeine Wahlrecht zu erobern.

In Triest und in den größeren Ortschaften hat die Partei immer ihre Pflicht getan, wenn es sich gehandelt hat, die Stimme des Proletariats Oesterreichs gegen die uns alle erdrückenden Regierungssysteme zu erheben. Allgemein und laut ist auch bei uns der Ruf der Solidarität mit den russischen Revolutionären ausgebrochen, sobald uns die Kunde des vergessenen Proletarierblutes die Hoffnung der herannahenden Befreiung brachte.

Am 23. Jänner sagte die Triester Arbeiterschaft dem russischen Generalkonsul in einer spontanen und plötzlichen Demonstration, wie wir über den russischen Absolutismus denken.

In Triest mußte die sozialdemokratische Arbeiterschaft wiederholt auf die Straße, nicht um Unruhe zu stiften, sondern um die Ordnung herzustellen und den guten Ruf der Stadt von der Roheit der schwarzgelben 20 Kreuzer-Demonstranten zu schützen oder der nationalen Clique zu beweisen, daß wir ausschließliche Herren der Straße sein wollen, bis sie die Tore der Gemeinde und des Landtages den Arbeitern nicht mehr versperrt halten wollen.

Von großer Bedeutung für uns war die am 21. und 22. Mai in Triest abgehaltene internationale Zusammenkunft, die ihrem Zweck, den Chauvinismus und die Kriegsgelüste der verschiedenen Bourgeoisien ins wahre Licht zu stellen und die Bande der proletarischen Internationale immer fester zu schließen, vollauf entsprochen hat.

Die österreichische Politik, das österreichische Wahlunrecht, das Privilegienparlament, die Herrschaft des Pfaffentums und der Hof-Phantome erweckt unter dem italienischen Proletariat den größten Ekel gegen den ganzen Staat. Wenn die Leiter des österreichischen Staates bezahlt wären, um alles, was österreichisch heißt, verhaßt zu machen, könnten sie es nicht besser treffen. Sollte nicht bald eine Aenderung eintreten, so würden die italienischen Arbeiter sehr gerne auch auf die fünfte Kurie verzichten und an dem betreffenden Wahltage anstatt Stimmzettel abzugeben andere Stimmen hören lassen.

Es ist nicht auszuhalten; lange darf es nicht mehr dauern!

* * *

Die italienische Partei in Tirol hat eben eine lange Periode der inneren Krisis abgeschlossen. Die Landeskonferenz des Jahres 1903 brachte heftige Auseinandersetzungen, besonders bezüglich des Tagblattes „Il Popolo"; die Folge davon war der Austritt mehrerer älterer Genossen aus der Partei. Die gewerkschaftliche Organisation hat auch unter den Zwistigkeiten zu leiden gehabt. Der innere Kampf drehte sich mehr

um Personen als um Meinungen; die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen wurden geschwächt; diese Mittel des proletarischen Kampfes verloren an Wirkungskraft.

In der im Dezember 1904 abgehaltenen Konferenz wurde beschlossen, mit den Streitigkeiten ein Ende zu machen. Nach langen Verhandlungen gelang es endlich, den Frieden wieder herzustellen; nur wenige Genossen sind infolgedessen aus der Partei ausgetreten.

Partei und Gewerkschaften haben nun wieder die fruchtbringende Tätigkeit im Sinne des Klassenkampfes aufgenommen.

Nachdem die Partei zu schwach ist, um in einem vorwiegend landwirtschaftlichen Gebiete ein Tagblatt aufrecht zu erhalten, welches einen ausschließlichen und ausgesprochenen sozialistischen Charakter hat, mußte sie auf das Eigentum des Tagblattes „Il Popolo" verzichten, welches somit Privateigentum des von der Partei ausgetretenen Dr. Battisti bleibt. Als Organ der Partei wird das Wochenblatt „L'Avvenire del Lavoratore" anerkannt, welches durch einige Zeit nicht erscheinen wird, weil die sozialistische Presse von allen Druckern boykottiert ist.

Politische Verfolgungen gegen Personen oder gegen Organisationen sind in der Berichtsperiode nicht zu verzeichnen.

Am 1. Mai wurde in Trient, Rovereto, Riva und Arco gefeiert.

Im Herbst 1903 wurden in Trient vier Genossen zusammen mit den Demokraten in den Gemeinderat gewählt. Diese Gemeinderäte sind aber unter denjenigen, die nun aus der Partei ausgetreten sind.

In Rovereto siegten im Juli 1904 die Demokraten im Bunde mit unseren Genossen gegen die Klerikalen; dadurch kamen vier Genossen in den Gemeinderat.

Die Krankenkassen sind größtenteils von sozialdemokratischen Majoritäten vertreten.

Das ökonomische Siechtum dieses Landes dauert fort. Die Unzufriedenheit herrscht in allen Klassen; nur fehlt eben ein zahlreiches klassenbewußtes Proletariat der Großindustrie, und auch unsere Hoffnungen wurzeln in der verheißenen Industrialisierung des Landes, die sich aus den neuen Bahnverbindungen und aus den großen elektrischen Werken emporschwingen sollte.

Bericht der polnischen Parteiexekutive.

In den verflossenen zwei Jahren war unser Parteileben durch die revolutionären Ereignisse im Zarenreiche, und speziell in Russisch-Polen, stark beeinflußt. Wir erachteten es als unsere Pflicht, die Revolution materiell zu unterstützen und in erster Linie das Asylrecht für unsere Parteigenossen aus Russisch-Polen in Galizien zu wahren. Es gelang uns dies vollkommen. Durch unsere Presse und unzählige Versammlungen und Demonstrationen wußten wir die Sympathiestimmung für die Revolution aufrecht zu erhalten und zu steigern, trotzdem der Polenklub und die gesamte polnische reaktionäre Presse, besonders die nationalistische, in Galizien eine andauernde Verleumdungskampagne gegen unsere Parteigenossen in Russisch-Polen und deren revolutionäre Aktion angestrengt hat.

Angesichts der ernsten Sachlage, in welcher die tatkräftige Unterstützung der Revolution in Russisch-Polen unsere Pflicht war, hatte der IX. Parteitag der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs, der im Herbst 1904 in Krakau tagte, die Aufgabe, diese Frage praktisch zu lösen. Er erledigte dieselbe durch den Beschluß, das faktisch schon seit Jahren bestehende Bündnis unserer Partei mit der polnischen sozialistischen Partei Russisch-Polens (P. P. S.) zu sanktionieren.

In Ausführung dieses Beschlusses haben wir unseren Genossen in Russisch-Polen eine Reihe von Diensten geleistet sowie erfolgreiche Geldsammlungen zugunsten der revolutionären Aktion eingeleitet.

Unser Parteitag hat auch der Exekutive den Auftrag erteilt, gemäß der Amsterdamer Resolution über die sozialistische Einigkeit, mit den in Russisch-Polen wirkenden sozialistischen Parteien in Verhandlung zu treten, um eine Einigung derselben zu vermitteln. Leider hat nur die polnische sozialistische Partei (P. P. S.) auf unser Schreiben zustimmend geantwortet, während die anderen Gruppen sich ablehnend verhalten haben.

* * *

Die zweite Frage, welche unseren Krakauer Parteitag stark beschäftigte, waren die jüdisch-separatistischen Bestrebungen. Diese Tendenz, durch einen kleinen Teil der Delegierten jüdischer Konfession (14) vertreten, wurde von der überwiegenden Mehrheit des Parteitages verurteilt.

Einige junge jüdische Akademiker, welche in unserer Partei gewirkt haben, ließen jedoch trotz des Parteitagsbeschlusses von ihren Sonderbestrebungen nicht ab und proklamierten am 1. Mai 1905 — am Verbrüderungstage der Arbeiterschaft — die konfessionelle Spaltung der Partei: die Gründung einer „jüdischen sozialdemokratischen Partei". Nur wenige jüdische Arbeiter folgten ihnen, denn sie sahen die Schädlichkeit und das Reaktionäre einer konfessionellen Spaltung und wissen, daß unsere Partei die Interessen des jüdischen Proletariats voll und ganz vertritt, seinen speziellen Bedürfnissen durch Herausgabe eines Wochenblattes in jüdischer Jargonsprache, der „Jüdischen Arbeiterzeitung", durch mündliche Agitation in dieser Sprache und durch Schaffung jüdischer Agitationskommissionen seit Jahren Rechnung trägt.

Die Parteivertretung der polnischen Sozialdemokratie beschloß in ihrer Plenarsitzung vom 8. Mai 1905 einstimmig folgende Resolution in dieser Frage:

> Die politischen und sozialen Interessen des inmitten der polnischen Bevölkerung Galiziens und Schlesiens zerstreuten jüdischen Proletariats sind mit den Interessen des polnischen Proletariats identisch.
>
> Die aus der Verschiedenheit in Sprache und Sitte der jüdischen Arbeiterbevölkerung resultierenden teilweisen Unterschiede erfordern bloß Anpassung an gewisse Aenderungen der Organisations- und Agitationsformen, die im Rahmen

einer gemeinschaftlichen Partei Platz finden können. Es genügen hierzu Jargonblätter und Broschüren, Vereinsfilialen, lokale und Landesagitationscomités wie auch mündliche Agitation im Jargon.

Vom Standpunkt der Interessen des jüdischen wie auch des polnischen Proletariats kann man sich mit der Tatsache der Absonderung des jüdischen Proletariats auf den Gebieten gesellschaftlichen Lebens nicht einverstanden erklären, die weit hinausläuft über die Grenzen gewöhnlicher nationaler Verschiedenheit, in religiösen und Rassenkämpfen und Voreingenommenheiten ihre Basis findet und eine von der herrschenden Klasse sorgfältig bewahrte und ausgenützte Hinterlassenschaft der feudalen Epoche bildet. Im Gegensatz zu diesen Klassen verlangt das vitale Klasseninteresse des Proletariats das innigste Zusammenwirken und Zusammenleben beider Teile der Arbeiterbevölkerung des Landes unter Beseitigung alles dessen, was diesem Zusammenleben in den Weg treten könnte.

In Bezug auf die Judenfrage hat die sozialdemokratische Partei die Aufgabe, die vollständige Gleichberechtigung der jüdischen Arbeiter durchzuführen, ihnen volle Freiheit kultureller Entwicklung zu sichern, ohne ihnen die polnische Kultur aufzudrängen, aber auch ohne sie im vorhinein im Rahmen des Jargons einzuschließen und ohne ihnen die Annäherung an die polnische Bevölkerung und Kultur zu erschweren.

Selbst die Anhänger einer besonderen jüdischen sozialdemokratischen Partei erheben keine positiven jüdischen nationalen Forderungen und können es auch nicht tun; dadurch aber benehmen sie einer solchen Partei jede reelle Existenzberechtigung und machen aus ihr ein leeres Spiel der Formen. Der gesunde Instinkt würde eben solche Forderungen direkt unmöglich machen.

Die Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich ist auf dem einstimmigen Beschluß des Brünner Parteitages vom Jahre 1899 basiert. Im Sinne dieses Programms „hat Oesterreich sich in einen Nationalitätenbundesstaat zu verwandeln" und die sozialdemokratisch-nationalen Parteien haben als politische Organisationen in den Grenzen dieser nationalen Gebiete die Gesamtheit der Interessen des Proletariats zu vertreten.

Auf Grund dieses Programms wirkt die Polnische sozialdemokratische Partei in Oesterreich, sie sichert auch dem jüdischen Proletariat die volle Kraftentwicklung im Kampfe um die politische Macht in Gemeinde, Land und Staat. Die Absonderung der jüdischen Arbeiter als Partei würde sie mit unabwendbarer Notwendigkeit vom Kampfe in den allgemeinen Landesfragen wegdrängen und sie zur politischen Ohnmacht verurteilen.

Die Berufung auf taktische Rücksichten im Kampfe mit den Zionisten und jüdischen Chauvinisten — deren politische Bedeutung und deren Einfluß auf die Arbeiter man übrigens nicht unterschätzen darf — kann nicht als ernste Grundlage zur Bildung einer jüdischen Partei dienen, denn nicht gestützt auf positive nationale Forderungen, wäre sie nur eine der Sozialdemokratie unwürdige demagogische Ausflucht. Hingegen würde sie den polnischen Antisemiten, Chauvinisten und Klerikalen eine Waffe bieten, die die Möglichkeit des Zusammenwirkens zwischen Polen und Juden bestreiten.

In keinem konstitutionellen Lande der Welt, in dem die jüdischen Arbeitermassen von der sozialistischen Klassenbewegung ergriffen sind (Amerika, England, Holland, Oesterreich), sondert sich das jüdische Proletariat als besondere politische Partei ab.

Aus allen diesen Gründen verurteilt die Parteivertretung jeden Versuch der Begründung einer besonderen jüdischen sozialdemokratischen Partei als gleich schädlich für das polnische und jüdische Proletariat; sie beschließt, diese Versuche mit aller Energie zu bekämpfen, und fordert die jüdischen Arbeiter zu weiterer vereinter Arbeit, zu gemeinschaftlichem Klassenkampf im Rahmen der gemeinsamen Partei auf. Die Parteivertretung gibt ihrer festen Ueberzeugung Ausdruck, daß die momentan gestörte Einheit in ihrer ganzen Kraft wiederkehren wird unter dem Zwange der Lebensnotwendigkeiten.

Die Gesamtparteivertretung faßte in ihrer Sitzung vom 13. Mai 1905 folgenden einstimmigen Beschluß:

Die Gesamtexekutive ist nicht in der Lage, die selbständige „Jüdische sozialdemokratische Partei Galiziens" anzuerkennen, weil sie unserem Brünner Programm und der Organisation unserer Partei widerspricht; sie ist auch nicht in der Lage, der Einladung zu einem Kongreß von Leuten zu folgen, die sich faktisch außerhalb der Partei gestellt haben.

Die Gesamtexekutive nimmt weiter die Resolution der polnischen Exekutive zustimmend zur Kenntnis und spricht die Hoffnung aus, daß die jüdischen Proletarier Galiziens, in klarer Erkenntnis ihrer eigenen wahren politischen und ökonomischen

Interessen, treu und fest wie bisher auf dem Boden der in hundert Kämpfen bewährten sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisation Schulter an Schulter mit ihren polnischen Genossen nach wie vor ihre Pflicht tun und daß sie sich den reaktionären und die Interessen des gesamten, insbesondere aber des jüdischen Proletariats schädigenden Bestrebungen der sogenannten „Jüdischen sozialdemokratischen Partei" entgegenstellen werden.

Die jüdischen Separatisten fügten sich nicht dem Beschluß der Gesamtparteivertretung, sondern setzten ihre Arbeit fort, welche in einer Verleumdungskampagne gegen unsere Partei sowie gegen die Personen verschiedener Parteigenossen besteht. In Krakau und in Tarnow griffen die Separatisten unsere Vertrauensleute mit Messern an. In Krakau traten sie einem Mitglied unserer Parteiexekutive in einer Gewerkschaftsversammlung mit dem Vorwurf entgegen, daß er als Jude am Samstag raucht und auf diese Weise die religiösen Gefühle des jüdischen Proletariats beleidigt. In Lemberg sprengten sie eine Wahlrechtsversammlung. In ihrem Blatt, das sie am 1. Oktober 1905 gründeten, erklärten sie, daß sie sich einem eventuellen Beschluß des Gesamtparteitages, der ihre Sonderbestrebungen verurteilen würde, nicht fügen werden.

Der Erfolg ihrer Agitation war ein ungemein geringer. Nur in wenigen Gewerkschaften von drei oder vier Parteiorten riefen sie eine Verwirrung oder Zersplitterung hervor. Die große Masse der jüdischen organisierten Arbeiterschaft hält treu zu unserer Partei, ohne sich von den zionistischen Anwandlungen einiger jungen Leute beirren zu lassen. Diese Episode blieb gänzlich ohne Folgen für die Entwicklung unserer Bewegung.

* * *

Jetzt steht unsere gesamte Bewegung im Zeichen des Wahlrechtskampfes. Solidarisch mit den Genossen in ganz Oesterreich veranstalten wir in allen Städten und Industrieorten unseres Landes unzählige Versammlungen und Demonstrationen für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Reichsrats- und Landtagswahlrecht.

* * *

Die Parteiorganisation machte bedeutende Fortschritte. Trotzdem aber sind die Finanzen der Exekutive noch sehr schwach; erst jetzt hoffen wir durch die vom Krakauer Parteitag beschlossene Parteisteuerreform die Kassegebarung der Exekutive zu bessern.

Maifeier. Im Jahre 1904 hatten wir 41 Maiversammlungen, in welchen aus Anlaß des russisch-japanischen Krieges für die internationale Verbrüderung des Proletariats besonders Stellung genommen wurde.

Die Maifeier im Jahre 1905 gestaltete sich zu einer Kundgebung für die Revolution im Zarenreiche. Es wurden 42 Volks- und 3 § 2-Versammlungen abgehalten. In 20 Ortschaften wurden demonstrative Umzüge veranstaltet, wobei es in Tarnow zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam, wofür unsere Genossen zu 3 Monaten Arrest verurteilt wurden.

Parteipresse. Unser Tagblatt „Naprzód" ist in steter Entwicklung begriffen.

An Stelle der eingegangenen „Jüdischen Volkszeitung" in Lemberg geben wir seit März 1905 eine Jargonwochenschrift, die „Jüdische Arbeiter-Zeitung", in Krakau heraus.

In Lemberg erscheint schon das zweite Jahr ein Partei-Wochenblatt „Głos Robotniczy".

Die Wochenschrift „Právo lidu" für die Landbevölkerung wird im Oktober 1905 nach einer einjährigen Pause aufs neue erscheinen, was eine Belebung der Agitation auf dem Lande mit sich bringen muß. — Die populär-wissenschaftliche Zeitschrift „Latarnia" erschien in den verflossenen zwei Jahren sechzehnmal zu je 5000 bis 7000 Exemplaren und es wurden zirka 100.000 Stück à 6 Heller kolportiert.

Außerdem wurden noch 7000 andere Broschüren verkauft. Der polnische Arbeiterkalender erscheint regelmäßig in je 4000 Exemplaren.

Das schlesische Parteiblatt „Robotnik Slaski" hat einen ungeheuren Aufschwung genommen.

Die Gemeindewahlen brachten in diesem Jahre unseren Kandidaten in Krakau 1048 von 2430 Stimmen, in Lemberg 1496 Stimmen. Wir haben jetzt je einen Genossen in den Gemeinderäten: in Lemberg und Krakau seit 1902, in Zwierzyniec seit 1904, in Gorlice seit 1905.

Die Agitation betreffend Reform und Ausbau der Arbeiterversicherung führten wir im Anschluß an die Reichskommission der Krankenkassen in einer Reihe von Volksversammlungen.

Der Kampf um die Krankenkassen brachte uns weitere Siege in Stanislau, Drohobycz und Sambor. Am schwersten war der Kampf in Stanislau, wo der Sieg

durch eine lange Reihe von Versammlungen, Demonstrationen, Prozessen und endlich durch das Blut des jungen Arbeiters Brückner, welcher von einer Gendarmenkugel fiel, errungen wurde. — In den übrigen Kassen dauert der Kampf weiter.

Gewerkschaftsbewegung. Die verflossenen zwei Jahre brachten den Gewerkschaften in Galizien neue Organisationsformen. Die Landesorganisation, welche vor vier Jahren in Przemysl beschlossen wurde, erwies sich als unentsprechend; man gründete hie und da Zahlstellen und Gruppen der Zentralverbände. Auf diese Weise hatten sie lokale, Landes- und Reichsorganisationen der einzelnen Gewerkschaften und noch außerdem allgemeine Gewerkschafts- und Bildungsvereine.

Die stets wachsende Bewegung forderte ordentliche und einheitliche Organisationsformen. Laut Beschluß unseres Parteikongresses vom Jahre 1904 (Krakau) wurde vom Exekutivcomité eine Gewerkschaftskonferenz einberufen (Przemysl, März 1905) und diese beschloß, einen einheitlichen Organisationstypus einzuführen, und erklärte die zentrale Organisation als die beste; die bildenden und allgemeinen Arbeitervereine sollen aufgelassen werden, ferner beschloß die Konferenz die Bildung des Landes-Gewerkschaftssekretariats und erklärte als notwendig die Gründung eines polnischen Gewerkschaftsorgans für diejenigen Branchen, welche bis heute kein eigenes Organ haben.

Der Gewerkschaftssekretär begann sofort eine tüchtige Agitation und diese ergab sehr schöne Resultate. Binnen sechs Monaten wurden 28 neue Ortsgruppen in 15 Ortschaften gegründet und der Zuwachs der organisierten Mitglieder in dieser Zeit beträgt zirka 2200. — Den größten Zuwachs haben wir bei den Metallarbeitern (sechs Gruppen und zirka 400 neue Mitglieder), weiters bei den Holzarbeitern. — Letzthin begann der Sekretär eine Aktion, um die in Bäckereien, Mühlen, chemischen Industrien und in den Sägewerken beschäftigten Arbeiter zu organisieren, da diese Industriebranchen bei uns kräftiger entwickelt sind. Das kulturelle Niveau der in diesen Branchen beschäftigten Arbeiter ist jedoch sehr niedrig und das beeinträchtigt die Organisationsarbeiten.

Die Gewerkschaftspresse repräsentieren heute: „Ognisko“ (Buchdrucker), „Kolejarz“ (Eisenbahner), „Górnik“ (Bergarbeiter), „Robotnik krawiecki“ (Kleidermacher), endlich „Głos robotniczy“ (für die übrigen Branchen).

Streiks. Von den vielen Lohnbewegungen in der Berichtszeit endeten die meisten mit Erfolg.

Besonders erwähnt sei der imposante Massenstreik der Petroleum-Bergarbeiterschaft in Borysław im Sommer 1904, welcher nach einmonatlicher Dauer durch Reformversprechungen seitens der Regierung beigelegt wurde. Die Ausbeuter von Borysław wollten jedoch an den Arbeitern Rache nehmen; ein gedungenes Subjekt denunzierte einige Arbeiter, daß sie während des Streiks Petroleumgruben angezündet haben; sechs Arbeiter und eine Arbeiterfrau wurden verhaftet und wegen Brandlegung angeklagt; die Staatsanwaltschaft forderte für dieselben Todesstrafe. Nach zwei mehrwöchentlichen Verhandlungen, zuerst in Sambor, dann in Stryj, wurden die Angeklagten von den Geschwornen mit 9 bis 12 Stimmen freigesprochen. Die Verteidigung führten glänzend die Genossen Dr. Heski, Dr. Marek und Dr. Liebermann.

Der große Bauarbeiterstreik in Lemberg im Sommer d. J. endete mit einem teilweisen, kleinen Erfolg für einen Teil der Streikenden.

Totenliste der Partei. Die Proletarierkrankheit raffte uns in diesen zwei Jahren vier hervorragende Kämpfer weg: Witold Reger, den feurigen Agitator und Bekämpfer des Militarismus, in Przemysl, Kasimir Moklowski, den populären Volksredner und hervorragenden Kunsthistoriker, in Lemberg, Romuald Chaberski, den Organisator der Metallarbeiter, in Krakau und Dr. Kasimir v. Kelles-Krauz, den namhaften marxistischen Soziologen. Ehre ihrem Angedenken!

Die Exekutive der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten

vom 23. September 1903 bis 8. Juli 1905.

Auf dem 1903 in Wien abgehaltenen Gesamtparteitag wurde von dem sozialdemokratischen Verbande ein ausführlicher Bericht erstattet, der seine gesamte parlamentarische Tätigkeit vom Beginn der gegenwärtigen Legislaturperiode 1901 bis zum 25. Juni 1903 schilderte. Der ganze Jammer des österreichischen Parlamentarismus wurde in diesem Berichte aufgerollt.

Was wir von der Zeit des Herbstes 1903 bis zum Herbste 1905 zu berichten haben, gibt nur eine Fortsetzung der Schilderung der erbarmungswürdigen Macht- und Hilflosigkeit des österreichischen Parlaments, dessen gegenwärtiger Zustand wohl schon jeden urteilsfähigen Menschen in Oesterreich davon überzeugt hat, daß eine gründliche Umgestaltung dieses Vertretungskörpers eine nicht mehr abweisbare Notwendigkeit ist, und nicht nur uns Sozialdemokraten allein erscheint nunmehr die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts als das einzige zweckdienliche Mittel der Reform dieses zermürbten Parlaments.

Sessionsabschnitt vom 23. bis 26. September 1903.

Trotz den ernsten abmahnenden Worten der sozialdemokratischen Abgeordneten hatte das Abgeordnetenhaus in der Frühjahrssession 1903 mit schimpflicher Eile das von der Regierung vorgelegte Rekrutierungsgesetz angenommen. Die Regierung hatte sich nicht mit dem bisherigen Kontingent begnügt, sondern eine beträchtliche Erhöhung des Rekrutenkontingents gefordert. Obwohl nach der allgemeinen politischen Lage für das Abgeordnetenhaus keinerlei Nötigung vorlag, in geradezu unanständiger Weise zu hasten, da zumal nicht vorauszusehen war, daß Ungarn vor dem Herbste das Gesetz verabschieden werde, wurde die Regierungsvorlage angenommen. Zum Glück hatte der Abgeordnete Dr. Chiari in das Gesetz die Bestimmung hineingebracht, daß es nur dann in Wirksamkeit treten könne, wenn in Ungarn ein gleichlautendes Gesetz angenommen worden sei. In Ungarn aber herrschte die Obstruktion. So mußte sich Herr Dr. v. Koerber entschließen, das Haus im Herbste zu einer kurzen Session einzuberufen, in der nichts anderes beraten wurde als ein neues Rekrutierungsgesetz, das ohne Chiarische Klausel, aber auch ohne Erhöhung der Rekrutenziffer für das stehende Heer angenommen wurde. So hatte sich die Regierung eine empfindliche Blamage zugezogen.

Sessionsabschnitt vom 17. November bis 12. Dezember 1903.

In diesem Sessionsabschnitte wurde zu Anfang der Staatsvoranschlag für 1904 vorgelegt. Die übrige Zeit wurde ausgefüllt mit einer Debatte über eine von Doktor Koerber abgegebene Regierungserklärung und von Dringlichkeitsanträgen, von denen nur zwei von sachlich aktueller Bedeutung waren. Der eine betraf die Aufhebung des § 14. Gen. Pernerstorfer präzisierte dabei den Standpunkt unserer Partei. Der zweite, von Foŕt eingebrachte, hatte das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum Gegenstand. In der Debatte ergriff namens des Verbandes Gen. Dr. Ellenbogen das Wort, um in einer großen und wirksamen Rede die sozialdemokratischen Argumente für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht darzulegen, wobei er es auch nicht unterließ, die Frage der nationalen Autonomie eingehend zu erörtern.

Sessionsabschnitt vom 8. bis 22. März 1904.

Dieser Sessionsabschnitt sowie der

Sessionsabschnitt vom 19. April bis 10. Mai 1904

waren fast vollständig den Verhandlungen von Dringlichkeitsanträgen gewidmet, die nur zu Obstruktionszwecken gestellt waren. Wir können sie ruhig übergehen.

Sessionsabschnitt vom 17. November bis 9. Dezember 1904.

Sofort in der ersten Sitzung vom 17. November gab Herr v. Koerber eine Erklärung ab, die sich in der Hauptsache mit den Ereignissen in Innsbruck (die Errichtung und Demolierung der italienischen Rechtsfakultät) beschäftigte.

Ueber die Rede des Ministerpräsidenten wurde auf Antrag des Abgeordneten Malfatti die Debatte beschlossen. Diese Debatte füllte als einziger Verhandlungsgegenstand sämtliche 11 Plenarsitzungen der Herbstsession aus. In dieser Debatte ergriff Gen. Pernerstorfer zweimal das Wort.

Am 9. Dezember erfolgte die Vertagung des Hauses, nachdem die Regierung in einer Sitzung des Budgetausschusses mit ihrer Notstandsvorlage in der Minorität geblieben war.

Herr Dr. v. Koerber war regierungsmüde geworden. Nach dem eklatanten Mißtrauensvotum, das er im Budgetausschuß erhalten hatte, war er entschlossen, seine Demission zu geben. Sie wurde ihm gewährt, wie ausdrücklich bemerkt werden soll, in wenig gnädiger Weise.

Der neue Ministerpräsident Freiherr v. Gautsch brachte auch einige neue Männer ins Kabinett. Er selbst behielt sich nur das Präsidium vor, das Ministerium des Innern übergab er dem bisherigen Statthalter von Oberösterreich Arthur Grafen Bylandt-Rheidt, zum Leiter des Justizministeriums wurde Dr. Franz Klein bestellt.

Sessionsabschnitt vom 24. Jänner bis 13. Mai 1905.

In der ersten Sitzung ergriff Herr v. Gautsch als Ministerpräsident das Wort zu einer längeren programmatischen Erklärung. — Ein Antrag des Abgeordneten Choc, über die Regierungserklärung die Debatte zu eröffnen, wurde abgelehnt.

In den beiden folgenden Sitzungen befaßte sich das Haus mit tschechisch-radikalen Dringlichkeitsanträgen, die zu Zwecken der Obstruktion eingebracht worden waren.

Im Anschluß hieran gelangte ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten v. Walewski, betreffend die Wahl eines 36gliedrigen Ausschusses zur Untersuchung von gegen Walewski erhobenen Vorwürfen, zur Verhandlung und Annahme.

Hierauf begann noch in der dritten Sitzung die Verhandlung über die — vom Budgetausschuß abgeänderte — Notstandsvorlage, die in den folgenden vier Sitzungen vom 27., 30., 31. Jänner und 1. Februar fortgesetzt und beendigt wurde.

Nebstdem gelangte am 27. Jänner ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Pacak ꝛc., betreffend die Revision der Geleise auf sämtlichen Staats- und Privatbahnen (veranlaßt durch Eisenbahnunfälle) zur Verhandlung und Annahme.

Ferner: am 31. Jänner ein Dringlichkeitsantrag Berger, betreffend den Tod des Kooperators Petran, und ein Dringlichkeitsantrag Starzynski, betreffend eine Immunitätsangelegenheit, zur Verhandlung.

Die Dringlichkeit wurde bei dem Antrage Berger abgelehnt, bei dem Antrage Starzynski angenommen.

In der Sitzung vom 1. Februar gelangte auch eine größere Anzahl von Berichten des Immunitätsausschusses zur Erledigung.

In der Sitzung vom 6. Februar verhandelte das Haus zuerst über den Dringlichkeitsantrag Daszynski, Pernerstorfer, Hybeš, betreffend die Versammlungsverbote in Galizien und die Uebergriffe der Staatspolizei in Krakau (Ablehnung der Dringlichkeit), und begann hierauf mit der ersten Lesung des Rekrutenkontingents, die in der neunten und zehnten Sitzung vom 7. und 8. Februar fortgesetzt und beendigt wurde.

In der Sitzung vom 8. Februar wurden außerdem einige kleine Vorlagen des Justizausschusses und eine kleine Vorlage des Gebührenausschusses erledigt.

In der Sitzung vom 9. Februar begann die erste Lesung des Staatsvoranschlages für 1905, die in der Sitzung vom 10., 14., 15. und 16. Februar fortgesetzt und beendigt wurde.

In der Sitzung vom 10. Februar gelangte außerdem (im Wege der Dringlichkeit) eine kleinere Vorlage des Steuerausschusses und ein Dringlichkeits-

antrag Dr. Stojan, betreffend die Regelung der Kongrua, zur Erledigung und Annahme.

Am 16. Februar begann ferner die Verhandlung über die Regierungsvorlage, betreffend die Aufnahme eines Anlehens zur Ergänzung der Kassenbestände, die in der folgenden Sitzung vom 17. Februar fortgesetzt und angenommen wurde.

In der Sitzung vom 21. Februar wurde mit der zweiten Lesung des Rekrutenkontingents begonnen. Sie wurde in der 18. und 19. Sitzung vom 22. und 23. Februar fortgesetzt und erledigt.

Am 22. Februar wurde nebstdem ein Dringlichkeitsantrag Berger, betreffend die Verbesserung der Lage der Posthilfsbeamten, verhandelt und angenommen.

Am 23. Februar begann ferner die Verhandlung über die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung (erste Lesung einer diesbezüglichen Regierungsvorlage), die am 28. Februar fortgesetzt wurde.

In der 21. Sitzung vom 3. März gelangte der Dringlichkeitsantrag Schuhmeier und Seitz, betreffend die Einsetzung eines 36gliedrigen Untersuchungsausschusses zur Erhebung der Zustände in den österreichischen Garnisonsspitälern, zur Verhandlung. Die Dringlichkeit des Antrages wurde abgelehnt.

In der 22. und 23. Sitzung vom 9. und 11. März wurde die erste Lesung, betreffend die Reform der Gewerbeordnung, fortgesetzt und zu Ende geführt.

In der Sitzung vom 14. März begann die erste Lesung auf Einsetzung des sogenannten „Derschatta-Ausschusses", betreffend das Verhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn. Die Verhandlung hierüber wurde in der 25. und 26. Sitzung vom 17. und 21. März fortgesetzt und zu Ende geführt.

Außerdem erledigte das Haus in diesen beiden Sitzungen je eine kleine Vorlage des Justiz- und des Eisenbahnausschusses.

Die Sitzung vom 24. März war der Erledigung einer Reihe von Immunitätsfällen gewidmet.

In der Sitzung vom 27. März begann die Verhandlung über den Bericht des Zuckersteuerausschusses, betreffend das Verbot der Rübenrayonierung. Die Debatte wurde in den Sitzungen vom 28. März und 3. und 4. April fortgesetzt und beendigt.

Außerdem erledigte das Haus am 3. April eine kleine Vorlage des Budgetausschusses — betreffend die Veräußerung von Staatseigentum — und am 4. April einen Dringlichkeitsantrag Dr. Pattai, Schwegel, betreffend das Gesetz wegen neuerlicher Intraftsetzung der Anordnung des Gesetzes über Bahnen niederer Ordnung.

In der Sitzung vom 4. April begann ferner die Verhandlung über den Bericht des Wehrausschusses, betreffend den Militärvorspann im Frieden. Die Verhandlung hierüber wurde in den Sitzungen vom 10. und 11. April fortgesetzt und beendigt.

Am 10. April stand auch der Dringlichkeitsantrag Daszynski, Pernerstorfer, Hybeš, betreffend den Bau der Wasserstraßen, in Verhandlung, die mit Ablehnung der Dringlichkeit des Antrages endete.

Am 11. April erledigte das Haus auch eine kleine Vorlage des Steuerausschusses.

Am 3. Mai begann die zweite Lesung des autonomen österreichisch-ungarischen Zolltarifes und in Verbindung damit auch die Debatte über den Bericht des Zollausschusses, über den Antrag Peschka, betreffend die Vieh- und Fleischeinfuhr aus Rußland und den Balkanstaaten. Die Verhandlung wurde fortgesetzt und zu Ende geführt in den Sitzungen vom 4., 5., 6., 10., 11. und 12. Mai.

Am 3. Mai erledigte das Haus auch einen Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Malik, betreffend die Vorlage des Aktenmaterials in der Angelegenheit des Kapellmeisters Feix in Ungvár.

In der letzten Sitzung der Session erledigte das Haus den Bericht des Gewerbeausschusses über den Beschluß des Herrenhauses, betreffend den Hausierhandel, ferner den Bericht des Wehrausschusses über den Militärvorspann im Frieden (zweite und dritte Lesung) und die erste Lesung über die Regierungsvorlage, betreffend die Errichtung einer italienischen Rechtsfakultät in Rovereto.

Insgesamt haben in dieser Session 41 Sitzungen des Hauses stattgefunden.

In die Debatten während dieses Sessionsabschnittes griffen in bedeutsamer Weise von unserem Verbande folgende Genossen ein: Daszynski (Versammlungsverbote, Wasserstraßen), Elderisch (Gewerbeordnung), Ellenbogen (Derschatta-Ausschuß, Rübenrayonierung, Hausierhandel, Universität Rovereto), Hannich (Kongrua, Zolltarif), Hybes (Zolltarif), Resel (Zolltarif), Rieger (Budget), Schuhmeier (Fall Petran, Rekrutenkontingent, Zolltarif, Garnisonsspitäler), Seitz (Zolltarif).

Während dieser ganzen Zeit wurde hinter den Kulissen von seiten des Ministerpräsidenten v. Gautsch fleißig gearbeitet. Es galt für ihn, die Deutschen und Tschechen zu beruhigen. Das hauptsächlichste Mittel schien ihm das Versprechen der Parlamentarisierung des Kabinetts zu sein.

Sessionsabschnitt vom 17. Juni bis 8. Juli 1905.

In der Sitzung vom 14. Juni begann die Verhandlung über die Kongruavorlage (erste Lesung), die in den Sitzungen vom 15. und 16. Juni fortgesetzt und beendet wurde.

In der ersten Sitzung gelangte außerdem ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Prasek, betreffend den Ankauf von Grundstücken von seiten des Militärärars, zur Verhandlung. (Ablehnung der Dringlichkeit.)

In der dritten Sitzung vom 16. Juni begann ferner die Verhandlung über Lokalbahnvorlagen, die in der vierten Sitzung vom 19. Juni fortgesetzt und beendigt wurde.

In der Sitzung vom 20. Juni fand vor allem die Debatte über den Dringlichkeitsantrag Wohlmeier, betreffend den „Ueberfall" auf den Abgeordneten Scheicher, statt (Annahme der Dringlichkeit), welcher die Verhandlung über zwei Berichte des Immunitätsausschusses folgte.

In der Sitzung vom 20. Juni begann auch die erste Lesung des Budgetprovisoriums, die in der sechsten und siebenten Sitzung vom 21. und 23. Juni fortgesetzt und beendigt wurde.

In der Sitzung vom 21. Juni wurde auch die Mißbilligungsaffäre Holansky contra Elderisch erledigt, und in der Sitzung vom 23. Juni die Verhandlung über einen Dringlichkeitsantrag Schönerer, betreffend „die Aufhebung der Gemeinsamkeit mit Ungarn", begonnen, welch letztere in der achten Sitzung vom 26. Juni mit der Ablehnung der Dringlichkeit endete.

In der Sitzung vom 26. Juni wurde auch über einen Dringlichkeitsantrag Daszynski, betreffend die Behandlung russischer Flüchtlinge in Oesterreich, verhandelt. (Annahme des Antrages.)

In derselben Sitzung begann die zweite Lesung des Budgetprovisoriums, die in der neunten Sitzung vom 28. Juni fortgesetzt und beendet wurde.

In der zehnten Sitzung vom 28. Juni wurde die erste Lesung des Handelsvertrages mit Deutschland durchgeführt und über einen Bericht des Gebühren- und Tierseuchenausschusses (kleinere Vorlagen) verhandelt.

In der elften Sitzung vom 4. Juli gelangte zuerst ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten v. Plaček, betreffend die Permanenzerklärung des Gewerbeausschusses, zur Verhandlung. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und der Antrag selbst angenommen. — In derselben Sitzung wurde auch über einen Dringlichkeitsantrag Schönerer, betreffend die Trennung der zwei Reichshälften, verhandelt. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt. — Erledigt wurden ferner noch einige Berichte des Immunitätsausschusses und ein Bericht des Justizausschusses über einen Beschluß des Herrenhauses, betreffend das Gesetz über fundierte Bankschuldverschreibungen. Begonnen wurde die Verhandlung über einen Bericht des Steuerausschusses, betreffend die Abänderung der Gebäudesteuergesetze.

In der zwölften Sitzung vom 5. Juli wurde die Verhandlung über den letzterwähnten Bericht des Steuerausschusses erledigt, desgleichen ein zweiter Bericht des Steuerausschusses, ebenfalls die Gebäudesteuer betreffend. — Ferner ein Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über den Beschluß des Herrenhauses, betreffend die Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe im Gewerbebetriebe (Handelsgewerbe).

In der Sitzung vom 6. Juli gelangte der Handelsvertrag mit Deutschland und in Verbindung damit das Gesetz, womit die Regierung ermächtigt wird, die Handels- und Verkehrsbeziehungen mit der Schweiz und mit Bulgarien provisorisch zu regeln, in zweiter und dritter Lesung zur Erledigung. Verhandelt und erledigt wurde ferner ein Bericht des Justizausschusses über einen Beschluß des Herrenhauses, betreffend den Verwaltungsgerichtshof,

dann ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Udržal, betreffend die Erhöhung des Meliorationsfonds, und ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Choc, betreffend den Sprachengebrauch bei den gerichtlichen und Verwaltungsbehörden in Schlesien. Die Dringlichkeit wurde bei beiden Anträgen abgelehnt. — In dieser Sitzung versuchten die Tschechischradikalen durch massenhafte „Dringlichkeitsanträge" — angeblich über 200 — respektive durch deren Verlesung den Handelsvertrag mit Deutschland zu obstruieren. Der Versuch scheiterte an dem Widerstand des Präsidenten, der die Fortsetzung der Verlesung der „Dringlichkeitsanträge" mit der Motivierung sistierte, daß er die Anträge erst auf ihren Inhalt überprüfen müsse.

In der Sitzung vom 7. Juli begann die Verhandlung über den Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend die Ueberschreitung der Baukredite bei den Alpenbahnen u. s. w., die in der folgenden (letzten) Sitzung vom 8. Juli in zweiter und dritter Lesung zu Ende geführt wurde.

In der Schlußsitzung vom 8. Juli gelangten ferner zur Erledigung: ein Bericht des Eisenbahnausschusses, betreffend die Verstaatlichung der Pinzgauer Lokalbahn, zwei Berichte des Immunitätsausschusses, je ein Bericht des Notstands- und Petitionsausschusses, ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Klofač, betreffend die zunehmende Teuerung der Lebensmittel, ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Stein, betreffend die eventuell notwendige Einberufung des Parlaments (wegen der Vorgänge in Ungarn), und ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Schreiter, betreffend den Neubau der Leitmeritzer Reichsbrücke über die Elbe. Dem Antrag Klofač wurde die dringliche Verhandlung verweigert, den Anträgen Stein und Schreiter die Dringlichkeit zuerkannt und die Anträge bei der meritorischen Verhandlung angenommen. — In der Sitzung erfolgte auch die Wahl eines achtzehngliedrigen Permanenzausschusses, betreffend die Reform der Gewerbeordnung.

Von unseren Genossen beteiligten sich an den Debatten in längeren Ausführungen: Daszynski (Behandlung russischer Flüchtlinge in Ungarn), Elderisch (Permanenzerklärung des Gewerbeausschusses), Ellenbogen (Lokalbahnen, Deutscher Handelsvertrag), Hannich (Budget), Pernerstorfer (Trennung der zwei Reichshälften), Resel (Aufhebung der Gemeinsamkeit mit Ungarn), Schuhmeier (Kongrua, Ueberfall Scheicher).

In diesen Berichtsabschnitt fällt der Sturz des Eisenbahnministers v. Wittek, dessen finanzielle Wirtschaft, die sich in maßlosen Kreditüberschreitungen manifestierte, endlich seinen Sturz herbeiführte. Wittek war immer einer der erbittertsten und tückischesten Feinde der Arbeiterschaft. Unserem Genossen Dr. Ellenbogen gebührt die besondere Anerkennung der Partei dafür, daß er durch sein geschicktes und sachkundiges Eintreten gegen Wittek im Eisenbahnausschuß wesentlich dazu beigetragen hat, Wittek im Parlament und in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren.

Bezüglich der in der Zeit vom 23. September 1903 bis 22. März 1904 vom Verbande eingebrachten Anträge, Interpellationen und Petitionen verweisen wir auf die Angaben, die im Protokoll des Deutschen Parteitages von Salzburg 1904, Seite 69 bis 72, enthalten sind.

In der Zeit vom 17. November 1904 bis 8. Juli 1905 sind folgende Dringlichkeitsanträge von seiten der Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes eingebracht worden:

Hannich, betreffend den Notstand in den politischen Bezirken Reichenberg, Friedland, Gabel, Böhmisch-Leipa, Tetschen, Rumburg und Schluckenau. (Ueberreicht am 17. November.)

Schuhmeier, Daszynski, betreffend die Pläne der Militärverwaltung bezüglich Artilleriebewaffnung der Landwehr. (Ueberreicht am 19. November. Nicht zur Debatte gekommen.)

Daszynski, Pernerstorfer, Hybeš, betreffend die Versammlungsverbote in Galizien und die Uebergriffe der Staatspolizei in Krakau am 2. Februar 1905. (Verhandelt am 6. Februar. Dringlichkeit abgelehnt.)

Schuhmeier und Seitz, betreffend die Einsetzung eines 36gliedrigen Ausschusses zur Erhebung der Zustände in den k. und k. Garnisonsspitälern der diesseitigen Reichshälfte. (Verhandelt am 3. März. Dringlichkeit abgelehnt.)

Daszynski, Pernerstorfer, Hybeš, betreffend den Bau der im Gesetze vom 11. Juni 1901 angeführten Wasserstraßen. (Verhandelt am 10. April. Dringlichkeit abgelehnt.)

Daszynski, betreffend die Behandlung russischer Flüchtlinge in Oesterreich. (Verhandelt am 26. Juni. Die Dringlichkeit des Antrages wurde anerkannt und der Antrag bei der meritorischen Abstimmung angenommen.)

Einfache Anträge wurden in der Berichtszeit folgende eingebracht:

Pernerstorfer, betreffend die Erlassung eines neuen Organisations- und Dienststatuts für die österreichische Finanzwache. (Eingebracht am 26. Jänner. Dieser Antrag wurde dem Budgetausschuß zugewiesen.)

Pernerstorfer und Ellenbogen, betreffend die Lage der Justizdiener. (Eingebracht am 6. Februar.)

Immunitätsfälle, die unsere Genossen betreffen, sind folgende zu verzeichnen:

Eldersch (Bezirksgericht Trautenau). Das Auslieferungsbegehren — wegen Ehrenbeleidigung — gelangte im Plenum des Hauses am 24. März 1905 zur Verhandlung. Die vom Gen. Eldersch selbst gewünschte Auslieferung wurde beschlossen.

Daszynski, wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit nach § 99 St.-G. und wegen Vergehens nach § 305 St.-G.; in diesem Falle wurde die Auslieferung abgelehnt. (Hanssitzung vom 1. Februar.)

Daszynski, wegen Ehrenbeleidigung. Dem Auslieferungsbegehren wurde in der Sitzung vom 24. März 1905 stattgegeben.

Interpellationen wurden in der Berichtszeit 201 eingebracht, von denen wir folgende herausheben:

An die Gesamtregierung und an den Ministerpräsidenten.

Daszynski, betreffend die Auflösung von Versammlungen in Galizien wegen Besprechung der Ereignisse in Rußland. (Eingebracht am 30. Jänner.)

Daszynski, betreffend die Einmischung preußischer Polizeibeamten in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs. (Eingebracht am 3. März.)

Pernerstorfer, Daszynski, Hybeš, betreffend die im Schwurgerichtsprozeß „Guttmann contra Zeit" zur Sprache gebrachte Verleihung von Titeln, Orden und sonstigen staatlichen Auszeichnungen. (Eingebracht am 10. Mai.)

An den Minister des Innern.

Ellenbogen, betreffend einen Fall von Hausfriedensbruch durch die Wiener Polizei. (Eingebracht am 17. November.)

Hybeš, betreffend das Vorgehen des Prager Magistrats gegen die Gehilfenkrankenkasse der Schuhmacher in Prag. (Eingebracht am 24. November.)

Daszynski, betreffend die Beteiligung des Bezirkshauptmannes von Podgorze an wucherischen Geschäftsunternehmungen. (Eingebracht am 24. November.)

Daszynski, betreffend die Ausweisung russischer Flüchtlinge. (Eingebracht am 16. Juni.)

Hybeš, betreffend die Zustände bei der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Mähren und Schlesien in Brünn. (Eingebracht am 16. Juni.)

Hybeš, betreffend die Handhabung des Versammlungsrechtes seitens der politischen Behörde in Brünn. (Eingebracht am 16. Juni.)

Hannich, betreffend das Vorgehen der Polizei in Reichenberg gegen die Streikposten der durch die Reichenberger Baumeister ausgesperrten Arbeiter. (Eingebracht am 4. Juli.)

An den Justizminister.

Daszynski, betreffend die Konfiskation des „Naprzod" in Krakau. (Eingebracht am 1. Februar.)

Daszynski, betreffend die Konfiskation des „Naprzod" in Krakau. (Eingebracht am 16. Februar.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation der „Rovnost" in Brünn. (Eingebracht am 17. Februar.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation des „Zář". (Eingebracht am 3. März.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation des „Hlas lidu" in Proßnitz. (Eingebracht am 9. März.)

Rieger, betreffend die Konfiskation des „Volkswille" in Falkenau a. d. Eger. (Eingebracht am 9. März.)

Pernerstorfer, betreffend die Konfiskation der „Freiheit" in Teplitz. (Eingebracht am 9. März.)

Seitz, betreffend die Handhabung der Geschäftsordnung für die Gerichte bei Protokollarklagen armer Parteien. (Eingebracht am 11. März.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation der tschechischen Maifestschrift in Prag. (Eingebracht am 17. März.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation der „Nová doba" in Pilsen. (Eingebracht am 21. März.)

Ellenbogen, betreffend die Konfiskation der „Pravda". (Eingebracht am 21. März.)

Daszynski, betreffend die Behandlung der Untersuchungshäftlinge. (Eingebracht am 24. März.)

Ellenbogen, betreffend die Konfiskation einer sozialdemokratischen ruthenischen Proklamation. (Eingebracht am 10. April.)

Daszynski, betreffend die Konfiskation der Festschrift zum 1. Mai in Krakau. (Eingebracht am 10. April.)

Daszynski, betreffend die Konfiskation des „Naprzod" in Krakau. (Eingebracht am 10. April.)

Daszynski, betreffend die Konfiskation einer Ansichtskarte in Krakau. (Eingebracht am 11. April.)

Schuhmeier, betreffend die Ausweisung streikender Arbeiter. (Eingebracht am 10. Mai.)

Ellenbogen, betreffend die Konfiskation eines Aufrufes. (Eingebracht am 13. Mai.)

An die Minister des Innern und der Justiz.

Ellenbogen, betreffend die Untersuchung der bei den Personaleinkommensteuerwahlen im IX. Wiener Gemeindebezirk vorgekommenen Wahlfälschungen. (Eingebracht am 16. Februar.)

An die Minister des Innern und des Handels.

Hybeš, betreffend die Nichteinhaltung der Sonntagsruhe seitens der Dampfmühle J. O. Halbmayer in Pilsen. (Eingebracht am 14. März.)

Schuhmeier, betreffend die Behandlung der Heimarbeiter der Musikinstrumenteninduſtrie in Schönbach durch die dortige Berufsgenossenschaft und die Bezirkshauptmannschaft in Eger. (Eingebracht am 21. März.)

An die Minister des Innern und der Landesverteidigung.

Rieger, betreffend das Vorgehen der Gendarmerie gegen die Arbeiter anläßlich eines Streiks bei der Firma Schmeck & Komp. in Brüsau. (Eingebracht am 10. Februar.)

An die Minister des Innern und des Ackerbaues.

Cingr, betreffend die Sanierung der Bruderlade für die fürstlich Schwarzenbergschen Bergbaue in Böhmen. (Eingebracht am 21. März.)

An den Justizminister.

Pernerstorfer, betreffend die Konfiskation der „Volkspresse". (Eingebracht am 14. Juni.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation des „Nový Jihočeský Dělník" in Budweis. (Eingebracht am 15. Juni.)

Daszynski, betreffend die Konfiskation einer Broschüre mit dem Titel „Arbeitersache". (Eingebracht am 21. Juni.)

Hybeš, betreffend die Konfiskation der „Rovnost". (Eingebracht am 28. Juni.)

Hybeš, betreffend eine Zeitungskonfiskation durch die Bezirkshauptmannschaft in Pardubitz. (Eingebracht am 6. Juli.)

Daszynski, betreffend eine Konfiskation in Krakau. (Eingebracht am 6. Juli.)

An den Minister des Innern und den Ackerbauminister.

Resel, betreffend die Gefährdung und Verwüstung bäuerlichen Besitzes der Gemeinde Gößl am Grundlsee durch aus ärarischem Grunde entspringende Wildbäche. (Eingebracht am 19. Juni.)

Rieger, Cingr, betreffend die Grubenkatastrophe in Polnisch-Ostrau. (Eingebracht am 6. Juli.)

An die Gesamtregierung und den Eisenbahnminister.

Ellenbogen, Resel, betreffend die Katastrophe im Bosrucktunnel. (Eingebracht am 14. Juni.)

An den Finanzminister.

Seitz, Schuhmeier, Pernerstorfer, betreffend die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Finanzwachmannschaft. (Eingebracht am 22. November.)

Pernerstorfer, betreffend die Verbesserung der Lage der Münzarbeiter. (Eingebracht am 23. November.)

Pernerstorfer, betreffend die Reorganisierung der Finanzwache. (Eingebracht am 13. Mai.)

Hybeš, betreffend die ärztliche Untersuchung der sich um Arbeit bewerbenden Arbeiterinnen in der Tabakfabrik in Göding. (Eingebracht am 16. Juni.)

Resel, betreffend die Erfüllung der Wünsche der alpenländischen Salinenarbeiter. (Eingebracht am 19. Juni.)

Resel, Elderisch, betreffend die Regelung der Lohn- und Dienstverhältnisse der in Tabakfabriken beschäftigten Professionisten. (Eingebracht am 5. Juli.)

An den Finanz- und den Eisenbahnminister.

Ellenbogen, betreffend die Insertion des Finanzministeriums und der Staatsbahnen in den Zeitungen. (Eingebracht am 2. Dezember.)

An den Unterrichtsminister.

Seitz, betreffend die Heranziehung der niederösterreichischen Pfarrgeistlichkeit für Zwecke der christlich-sozialen Partei. (Eingebracht am 10. Mai.)

An die Minister für Justiz und Unterricht.

Schuhmeier, betreffend die Verweigerung der Ausfolgung der nachgelassenen Schriften des verstorbenen Priesters Petran seitens des Kreisgerichtes in Wels. (Eingebracht am 21. Juni.)

An den Handelsminister.

Elderisch, betreffend die Regelung der Arbeitszeit in den ununterbrochenen Betrieben. (Eingebracht am 2. Dezember.)

Ellenbogen, betreffend die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. (Eingebracht am 9. Dezember.)

Hannich, betreffend die Nichteinberufung einer Gehilfenversammlung der Bauarbeiter. (Eingebracht am 9. Dezember.)

Ellenbogen, betreffend das Verbot des Hausierhandels mit Blumen in Wien. (Eingebracht am 14. März.)

Ellenbogen, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. (Eingebracht am 21. März.)

Ellenbogen, betreffend die Sonntagsruhe der Blumenbindergehilfen. (Eingebracht am 27. März.)

Ellenbogen, betreffend die Verstaatlichung des Poststalldienstes und die Regelung des Ernennungsmodus der Postillone. (Eingebracht am 28. Juni.)

Ellenbogen, betreffend die Nichteinhaltung der Sonntagsruhe im Speditionsgewerbe. (Eingebracht am 8. Juli.)

An den Eisenbahn- und den Handelsminister.

Ellenbogen, betreffend die Fertigstellung der im Bereiche der Stationen Triest-St. Andrea geplanten Anlagen. (Eingebracht am 5. Juli.)

An den Eisenbahnminister.

Hybeš, betreffend die Lage der Lokomotivarbeiter. (Eingebracht am 24. November.)

Ellenbogen, betreffend die Kaiser Ferdinands-Nordbahn. (Eingebracht am 2. Dezember.)

Ellenbogen, betreffend die Verfolgung von Staatsbahnbediensteten wegen ihrer politischen Gesinnung. (Eingebracht am 27. Jänner.)

Ellenbogen, betreffend das Vorgehen der Staatseisenbahndirektion in Linz gegen zwei Lokomotivführer. (Eingebracht am 31. Jänner.)

Ellenbogen, betreffend die Entlassung von Arbeitern aus dem Staatsbetriebe. (Eingebracht am 15. Februar.)

Ellenbogen, betreffend die Dienstverhältnisse der Oberbauarbeiter der Staatsbahnen. (Eingebracht am 22. Februar.)

Ellenbogen, betreffend die Dienst- und materiellen Verhältnisse der Stationsexpedienten und verwandter Dienstkategorien. (Eingebracht am 23. Februar.)

Ellenbogen, betreffend die Dienstverhältnisse der Angestellten der Südbahn. (Eingebracht am 21. März.)

Ellenbogen, betreffend die Verfolgung des Eisenbahnbediensteten Henzl wegen seiner politischen Gesinnung. (Eingebracht am 4. Mai.)

Ellenbogen, betreffend das Vorgehen des Inspektors Gaßmann in Bregenz gegen die sozialdemokratischen Eisenbahnbediensteten. (Eingebracht am 5. Mai.)

Ellenbogen, betreffend das Verhalten des Staatsbahndirektors Messerklinger gegenüber den ihm untergeordneten Beamten. (Eingebracht am 10. Mai.)

Ellenbogen, betreffend das Verhalten des Betriebsdirektors v. Kuttig und des Inspektors Kremser der Nordbahn. (Eingebracht am 10. Mai.)

Hybeš, betreffend die Dienst- und Lohnverhältnisse der Arbeiter in den Staatseisenbahnwerkstätten in Pilsen. (Eingebracht am 14. Juni.)

Ellenbogen, betreffend die Verbesserung der Lage der Bediensteten im Staatsbahndirektionsbezirk Linz. (Eingebracht am 16. Juni.)

Daszynski, betreffend die Entlassung eines Kondukteurs in Podgorze. (Eingebracht am 16. Juni.)

Daszynski, betreffend die Erhöhung des Quartiergeldes der Bediensteten der Staatsbahnen in Galizien und der Bukowina. (Eingebracht am 16. Juni.)

Ellenbogen, betreffend das Verhalten der Generalinspektion der Eisenbahnen gegen einen Lokomotivführer. (Eingebracht am 4. Juli.)

Daszynski, betreffend Verfolgungen der organisierten Eisenbahner durch die Staatsbahndirektion Stanislau. (Eingebracht am 6. Juli.)

Ellenbogen, betreffend die Lage der Kohlenarbeiter der Staatsbahnen. (Eingebracht am 8. Juli.)

An den Minister für Landesverteidigung.

Elderisch, betreffend eine Soldatenmißhandlung in Brünn. (Eingebracht am 30. Jänner.)

Hybeš, betreffend den Selbstmord des Dragoners Eckel beim 15. Dragonerregiment in Göding. (Eingebracht am 10. Februar.)

Hybeš, betreffend die Behandlung der Dragoner beim 7. Dragonerregiment in Lyssa durch den Leutnant Blanka. (Eingebracht am 17. Februar.)

Hybeš, betreffend die fortgesetzte Mißhandlung von Dragonern in Lyssa. (Eingebracht am 23. Februar.)

Ellenbogen, betreffend die Mißhandlung des Rekruten Karl Pelos. (Eingebracht am 28. Februar.)

Ellenbogen, betreffend Soldatenmißhandlungen in Pola. (Eingebracht am 3. März.)

Hybeš, betreffend die Ableistung der Frühjahrswaffenübungen durch die Reservisten in ihren Aufenthaltsorten, respektive Aufenthaltsbezirken. (Eingebracht am 3. März.)

Schuhmeier, betreffend das Vorgehen der Militärbehörden gegen den Reservezugsführer Josef Dollinger wegen Ueberschreitung der Meldevorschriften. (Eingebracht am 21. März.)

Cingr, betreffend das Vorgehen des Leutnants Kolenaty gegen die Mannschaft der 3. Kompagnie des 21. Infanterieregiments in Kuttenberg. (Eingebracht am 24. März.)

Seitz, betreffend die Behandlung der Mannschaft durch den Kommandanten der 1. Kompagnie des Pionierbataillons Nr. 5 in Krems. (Eingebracht am 4. April.)

Ellenbogen, betreffend Maßregelungen von Arbeitern im Marinearsenal zu Pola. (Eingebracht am 23. Juni.)

An den Ackerbauminister.

Cingr, betreffend das Schiedsgericht der Bruderlade in Mährisch-Ostrau. (Eingebracht am 24. Jänner.)

Cingr, betreffend das Vorgehen der Bergbehörden in Elbogen bei Durchführung der Arbeiterschutzgesetze. (Eingebracht am 30. Jänner.)

Hybeš, betreffend das Vorgehen der Bruderlade in Mirošchau gegen die Bergarbeiter. (Eingebracht am 10. April.)

Resel, betreffend das Vorgehen des Bruderladenschiedsgerichtes des Revierbergamtes Wels gegen einen Bergarbeiter. (Eingebracht am 16. Juni.)

Cingr, betreffend das Vorgehen des Platzmeisters Hradil auf dem Albrechtschachte in Peterswalde. (Eingebracht am 27. Juni.)

Hannich, betreffend die Verteilung der Notstandsgelder in der Gemeinde Pelkowitz in Böhmen. (Eingebracht am 5. Juli.)

Cingr, betreffend einen Provisionsanspruch bei der Bruderlade der Ostrauer Bergbauaktiengesellschaft. (Eingebracht am 6. Juli.)

Cingr, betreffend eine Erhöhung der Provisionen für die Witwen und Waisen der anläßlich des Unglücks in Polnisch-Ostrau am 4. Juli 1905 ums Leben gekommenen Bergarbeiter. (Eingebracht am 8. Juli.)

Cingr, betreffend die Dienstordnung für die Bergarbeiter im Ostrau-Karwiner Revier. (Eingebracht am 8. Juli.)

Außerdem wurden von den Mitgliedern des Verbandes in der Berichtszeit sechs **Petitionen** eingereicht.

Sessionsabschnitt vom 26. September bis 6. Oktober 1905.

In der letzten Sommertagung des Abgeordnetenhauses hatte der Ministerpräsident wiederholt das Versprechen gegeben, falls die ungarischen Verhältnisse irgendwie eine Entscheidung des österreichischen Reichsrates notwendig machen sollten, sofort wieder das Abgeordnetenhaus einzuberufen. Nun hatte sich bis Mitte September in Ungarn zwar nichts ereignet, das dieses österreichische Parlament mitsamt der Regierung zu irgend einer Willensäußerung hätte veranlassen können. Dennoch berief Herr v. Gautsch das Abgeordnetenhaus zu einer Tagung für den 26. September ein. Aber wohl war etwas geschehen, was die sozialdemokratische Partei Oesterreichs zu ganz entschiedenen Aeußerungen veranlaßt hatte. Es war bekannt geworden, daß der österreichische Ministerpräsident in einem gemeinsamen Kronrat sich gegen das Fejervaryſche Programm des allgemeinen Wahlrechtes ausgesprochen habe, und zwar mit der Begründung, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Ungarn auch notwendig die Frage des allgemeinen Wahlrechtes in Oesterreich unmittelbar auf die Tagesordnung setzen müsse. Der heftigen außerparlamentarischen Bewegung unserer Partei gegen Gautsch gab der Sozialdemokratische Verband in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses durch einen Dringlichkeitsantrag Ausdruck, durch den Herrn v. Gautsch das schärfste Mißtrauen ausgesprochen werden sollte. Vorerst hielt der Ministerpräsident, der bei seinem Erscheinen im Hause von den sozialdemokratischen Abgeordneten mit einer Flut von eben nicht schmeichelhaften Zurufen empfangen worden war, eine politische Rede über die „Lage". An dieser Rede, in der er auch seine Haltung im Kronrate zu beschönigen suchte, übten die sozialdemokratischen Abgeordneten schon durch häufige Zwischenrufe die schärfste Kritik. In der hierauf eröffneten Debatte vertrat Abgeordneter Pernerstorfer den Standpunkt der Partei. Die Erklärungsdebatte füllte die Sitzungen vom 26., 27., 29. September, 2., 3. und 4. Oktober vollständig aus und erstreckte sich noch in die Sitzung des 5. Oktober. Aber inzwischen hatte die Wahlrechtsbewegung sozusagen auch in das Haus ihren Einzug gehalten. Von sechs Parteien waren Dringlichkeitsanträge auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes eingebracht worden. Den vom Sozialdemokratischen Verband vorgelegten begründete Genosse Daszynski in ausgezeichneter Weise. Zwar wurde die Dringlichkeit aller gestellten Anträge, für deren Annahme die qualifizierte Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen wäre, abgelehnt, aber immerhin ergab das Abstimmungsresultat 155 Stimmen für und nur 114 Stimmen gegen die Dringlichkeit. So hatte die einfache Mehrheit des Hauses sich doch für die Dringlichkeit der Anträge erklärt. Von den abwesenden 156 Mitgliedern des Hauses hat sich gewiß ein bedeutender Teil der Abstimmung aus Schamgefühl enthalten. Vielleicht bedarf es nur eines hinlänglich starken Druckes von außen, um dieses Schamgefühl noch zu läutern.

In diesem kurzen Sessionsabschnitte wurden außer den beiden Dringlichkeitsanträgen:

Pernerstorfer, Daszynski, Hybeš, betreffend ein Mißtrauensvotum gegen Gautsch;

Daszynski, Pernerstorfer, Hybeš, betreffend das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht

keine weiteren Anträge eingebracht.

Interpellationen wurden 20 eingebracht, von denen erwähnt werden sollen:

Cingr an den Leiter des Justizministeriums wegen Konfiskation der Kladnoer „Svoboda";

Elderſch an den Leiter des Justizministeriums wegen Konfiskation des Aussiger „Volksrechts";

Ellenbogen an den Minister des Innern wegen der Praxis der niederösterreichischen Statthalterei bei Wahlrechtsreklamationen;

Hybeš an den Minister des Innern wegen des Verbotes einer Volksversammlung in Beneschau;

Resel an den Leiter des Justizministeriums wegen der Konfiskation einer Flugschrift gegen die Kongruavorlage.

Anträge zum Parteitag.

Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Die österreichische Krise und das Wahlrecht.

1. Antrag des II. Wiener Wahlkreises:

Der Gesamtparteitag fordert die Genossen auf, den Kampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht allerorts fortzusetzen und nicht eher zu ruhen, bis das Ziel des Kampfes errungen ist.

Er beauftragt die Gesamtexekutive sowie die Exekutiven aller nationalen Organisationen in Oesterreich, durch Versammlungen, die Presse und die Ausgabe von Flugblättern und Broschüren die Arbeiterschaft über die Bedeutung des Kampfes aufzuklären und in Bewegung zu bringen.

Er erklärt Demonstrationen größten Stils und gegebenenfalls die Anwendung des politischen Massenstreiks als die geeignetsten Mittel, die Durchsetzung des gleichen Wahlrechtes zu erzwingen, und beauftragt daher die Gesamtexekutive und die Exekutiven der einzelnen nationalen Organisationen in Oesterreich, alles Notwendige zu ihrer Vorbereitung und energischen Durchführung vorzukehren.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Allgemeine Parteiangelegenheiten.

2. Antrag der Lokalorganisation Graz:

Die Parteiorganisation, welche gleichzeitig eine schlagfertige Wahlorganisation sein soll, läßt noch vieles zu wünschen übrig. Die finanziellen Mittel zur Bestreitung der politischen Aktionen stehen in keinem Verhältnis zu den Anforderungen, welche an die sozialdemokratische Arbeiterpartei gestellt werden. Der Gesamtparteitag beschließt daher: In der Erkenntnis, daß nur eine gute Parteiorganisation es ermöglicht, bei Wahlen Erfolge zu erzielen, die Partei in allen politischen Aktionen schlagfertig zu machen und zu erhalten, ist in ganz Oesterreich die Straßen- und Häuserorganisation einzuführen. Als Mindestbeitrag werden per Mitglied und Monat 10 Heller eingehoben. Der Straßenorganisation anzugehören ist jeder Parteigenosse, insbesondere jedes gewerkschaftlich organisierte Mitglied, verpflichtet.

Während der Verhandlungen eingelaufene Anträge.

Zu den Begrüßungsreden.

3. Antrag Adler, Daszynski, Němec, Jaroszewytsch, Pisecl und Kristan:

Resolution.

Der Gesamtparteitag der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich begrüßt mit Begeisterung und dem lebendigsten Gefühl brüder-

licher Solidarität den revolutionären Kampf, den die geknechteten, der Freiheit und der Menschenrechte beraubten Völker gegen den zarischen Absolutismus in Rußland führen. Wir begrüßen sie alle bei ihrem großen, befreienden Werke, aus den Millionen von Sklaven freie Menschen zu machen, den entrechteten, unterjochten Völkern ihr Recht und ihre Selbständigkeit wiederzugeben und die fluchwürdige Gewaltherrschaft des Zarismus zu zertrümmern. Die Sozialdemokraten in Oesterreich folgen der Entwicklung der Revolution in Rußland mit der festen Hoffnung auf den baldigen Sieg des Volkes, einen Sieg, der auch der westeuropäischen Reaktion den Todesstoß versetzen wird. Indem wir in Oesterreich unseren Kampf um die politischen Rechte des Volkes führen, sind wir uns auch dessen bewußt, daß wir unsere revolutionären Pflichten erfüllen. Wir sind ein Teil derselben revolutionären, die Menschheit vorwärts treibenden Kraft, deren politischer Ausdruck der internationale Sozialismus ist, und unser Kampf dient überall denselben großen und erhabenen Zielen. In diesem Sinne senden wir den kämpfenden Scharen des Proletariats aller Nationen in Rußland unsere glühenden Wünsche: Hoch die russische Revolution! Hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Bericht der Gesamtparteivertretung.

4. Antrag der Kontrolle:

Der Exekutive ist das Absolutorium zu erteilen.

5. Antrag Johanis (Prag):

Alle Berichte sowie Publikationen der Gesamtparteivertretung sind in allen Sprachen der einzelnen in der Gesamtpartei in Oesterreich vertretenen Nationalitäten herauszugeben.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

6. Antrag Dr. Czech (Brünn):

Der Parteitag spricht dem Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten das vollste Vertrauen aus und dankt ihm für die energische Vertretung des Proletariats im Parlament.

7. Antrag Weixelberger:

Der sozialdemokratischen Fraktion werden Dank und Anerkennung für ihr Wirken im Reichsrat ausgesprochen; möge sie mit allen Kräften auf die Zertrümmerung des Privilegienparlaments hinarbeiten.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Die österreichische Krise und das Wahlrecht.

8. Resolution des Referenten Dr. Ellenbogen:

Die österreichische Krise, die die Kraft der Völker verwüstet, die Reich, Staat und Länder bis zur Lebensunfähigkeit lähmt, kann nicht überwunden werden, ohne daß Kurienparlament und Kurienlandtage beseitigt werden und Raum geschaffen wird für die Volksvertretung in Staat und Land auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes.

Die sogenannte Interessenvertretung ist von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft stets als Unrecht und als Vergewaltigung gebrandmarkt worden, sie ist heute

von allen politisch Denkenden als ein überlebter Wahnwitz, als ein Verbrechen an den Völkern und am Staate erkannt. Das Flickwerk der fünften Kurie hat das Recht nicht hergestellt und hat den inneren Widersinn und die Arbeitsunfähigkeit dieser Karikaturen von parlamentarischen Körperschaften nur gesteigert. Die Lebensfrage der Völker Oesterreichs: die Herstellung nationaler Ordnung und nationalen Friedens durch die ehrliche Anerkennung des Rechtes aller Nationen auf Selbständigkeit und ungehemmte Entwicklung, kann nur gelöst werden von einer wirklichen Volksvertretung, die allein den Mut und die Kraft haben wird, über volksfeindliche Privilegien und Cliqueninteressen hinwegzuschreiten und Raum zu schaffen für die Umgestaltung und Neugestaltung dieses Staates, dessen Grundlage, soll er leben können, nur die durchgängige Demokratie in Gesetzgebung und Verwaltung, dessen Zukunft nur der freie Nationalitäten-Bundesstaat sein kann.

Der entscheidende Augenblick ist gekommen. Das gegenwärtige Parlament wird in Kürze sein unrühmliches Dasein beendet haben. Alles kommt darauf an, ihm die *rettende Tat der Wahlreform* abzuringen, die einzige, die es leisten *kann und leisten muß*. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist von der *Krone* für Ungarn als notwendiges Prinzip anerkannt; sie kann die Anerkennung dieser Notwendigkeit den Völkern Oesterreichs nicht verweigern. Die *Regierung des Herrn Gautsch* hat die Wahl, entweder den engstirnigen Eigensinn bureaukratischer Borniertheit zu überwinden und selbst die Initiative zur Einführung des gleichen Wahlrechtes zu ergreifen, oder von einem Posten zu verschwinden, dessen Verantwortung zu tragen sie geistig und moralisch unfähig ist. In den Tagen, wo die Gewaltherrschaft des zarischen Absolutismus zusammenbricht unter der Wucht der Empörung der Völker, die für ihr heiliges Recht kämpfen, könnte in Oesterreich nur eine Regierung, die mit verbrecherischer Verblendung geschlagen wäre, sich unterfangen, dem Anspruch des arbeitenden Volkes auf das gleiche Recht entgegenzutreten.

In diesem Augenblick erkennt es der Gesamtparteitag als oberste und heiligste Pflicht der Sozialdemokratie, alles zu tun und kein Opfer zu scheuen, um zu verhindern, daß diese Stunde ungenützt verstreiche; um zu verhindern, daß über die Völker Oesterreichs der Schrecken komme, daß nochmals Neuwahlen ein Kurienparlament erzeugen, daß nochmals die Gefahr entstehe, daß sechs im Leben der Völker unersetzliche Jahre dem absurd gewordenen Privilegienparlament geopfert werden.

Der Gesamtparteitag erwartet darum vom Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten, daß er alles daransetzen werde, um die Wahlreform auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses zu setzen, wie sie der einzige Gegenstand ist, der heute auf der Tagesordnung der österreichischen Oeffentlichkeit steht. Er erwartet, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn es sein kann, im Einvernehmen mit jenen bürgerlichen Parteien, die sich ehrlich zum gleichen Wahlrecht bekannt haben, alle parlamentarischen Mittel anwenden werden, um dem Parlament und der Regierung das Gewissen zu schärfen und sie zu veranlassen, ihre unabweisliche und unvermeidliche Pflicht zu tun: die Wahlreform, das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Angriff zu nehmen und zu Ende zu führen.

Der Gesamtparteitag fordert zugleich die sozialdemokratische Arbeiterschaft aller Zungen auf, die parlamentarische Aktion ihrer Abgeordneten mit aller Kraft zu unterstützen, die Wahlrechtsbewegung, deren Größe und Wucht von Tag zu Tag wächst, nicht erlahmen zu lassen, sondern zu steigern.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, die Massenagitation für das gleiche Recht überall mit stets wachsender Energie weiterzuführen;

kein Mittel zu verabsäumen, das klare Bewußtsein von der Notwendigkeit des entscheidenden Kampfes in die Masse zu tragen;

ihre im Gange befindliche Bewegung rege zu erhalten und die Energie ihres Entschlusses zu festigen, jedes Opfer zu bringen, um dem Proletariat die Bedingung seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortentwicklung zu erringen;

schließlich sich bereit zu halten, falls die Herrschenden durch Einsichtslosigkeit und feige Unfähigkeit, das Notwendige zu tun, es unvermeidlich machen sollten, auch den Massenstreik eintreten zu lassen.

Der Parteitag ist sich der schweren Verantwortung voll bewußt, die diese Stunde der Entscheidung dem klassenbewußten Proletariat Oesterreichs auferlegt, und erwartet, daß es mit Mut, Schlagfertigkeit und Ausdauer seine Pflicht tun werde, zum Heile aller Völker, die nicht länger dulden können, daß der heutige Zustand sie selbst wie den Staat zu unrühmlichem Zugrundegehen verdammt.

9. Antrag des Verbandes der Abgeordneten (Pernerstorfer):

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs **fordert die sofortige Einberufung des österreichischen Reichsrates**, dessen Abgeordnetenhaus in dem gegenwärtigen Augenblick keine andere Aufgabe hat, **als das langjährige Unrecht seiner Existenz zu sühnen und an die Stelle eines verabscheuungswürdigen Privilegienparlaments eine wirkliche Volksvertretung**, aufgebaut auf dem Grundsatz des **allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes**, zu setzen.

Der Parteitag erklärt, daß nach dem glorreichen Siege der russischen Revolution das österreichische Proletariat aller Zungen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit aller Energie fordert und **entschlossen ist, allen Verschleppungsversuchen, wenn es sein muß, auch mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten.**

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Der politische Massenstreik.

10. Resolution der Referenten.

Der Gesamtparteitag steht auf dem Boden des Beschlusses des Amsterdamer Sozialistenkongresses. Er weist daher phantastische Projekte eines nationalen oder internationalen Generalstreiks zum Zwecke der Aenderung der Gesellschaftsordnung ab, mögen diese Projekte von anarchistischer, „anarcho-sozialistischer" oder „syndikalistischer" Seite ausgehen.

Hingegen erkennt der Parteitag an, daß der Massenstreik in einzelnen großen Betriebszweigen ein äußerstes, aber wirksames politisches Kampfmittel sein kann, das in bestimmten entscheidenden Augenblicken zu klar bestimmten und umgrenzten Zwecken die ganze Kraft der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen vermag, um entweder einen reaktionären Anschlag der Machthaber auf das politische und ökonomische Recht des Proletariats abzuwehren oder um ihren letzten Widerstand gegen die endliche Gewährung eines längst fällig gewordenen Rechtes des Proletariats endgültig zu überwinden.

In diesem Sinne ist die Bereitschaft zum Massenstreik nicht die Gefährdung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft, sondern eines der schärfsten Mittel, um die Möglichkeit und Sicherheit jeder Art der proletarischen Organisation dauernd zu schützen.

Der Erfolg dieses Kampfmittels hängt von denselben Bedingungen ab wie der jedes proletarischen Kampfes überhaupt: von dem Grade und der Verbreitung des Klassenbewußtseins, von der Stärke, der Festigkeit und Einheitlichkeit jeder Form, insbesondere der gewerkschaftlichen Form, der Organisation der Arbeiterschaft und schließlich von der einhelligen, energischen und opferbereiten Durchführung.

Der Parteitag fordert darum die Arbeiter Oesterreichs auf, gerade in diesen Tagen der politischen Krise, die zu jeder Stunde die Notwendigkeit einer einschneidenden Aktion herbeiführen kann, mit verdoppeltem Eifer an dem Ausbau ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu arbeiten, die in der Zeit des Kampfes um so leistungsfähiger sein und ihre Gefahren um so sicherer überdauern wird, je gefestigter und größer sie ist.

Der Parteitag legt die Entscheidung, ob und in welchem Augenblick in den Kampf ums Wahlrecht, dessen Erringung eine Lebensnotwendigkeit für das Proletariat geworden ist, auch mit der Anwendung des politischen Massenstreiks eingegriffen werden muß, in die Hände der Vertrauensmänner der Organisationen des Proletariats und weiß, daß sie sich ebenso des vollen Gewichtes der Verantwortung für eine Aktion bewußt sind, die dem Proletariat schwere Opfer auferlegt, als auch der Verantwortung dafür, daß nichts unterlassen werde, was geeignet ist, den Sieg des guten Rechtes der Arbeiterschaft herbeizuführen.

11. Antrag der Gesamtexekutive:

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs an das arbeitende Volk aller Zungen Oesterreichs!

Der Zarismus hat sich vor der Revolution gebeugt. Die Völker Rußlands haben die Despotie besiegt. Die Freiheit ist in Rußland auf dem Marsche!

Der Zar hat sich für das allgemeine Wahlrecht erklärt. Rußland hat Oesterreich überflügelt.

Aber auch der König von Ungarn hat das allgemeine Wahlrecht in sein Programm aufgenommen.

So stehen die Völker Oesterreichs zwischen dem schon erkämpften allgemeinen Wahlrecht in Rußland und dem versprochenen allgemeinen Wahlrecht in Ungarn auf der einen Seite und dem allgemeinen Wahlrecht des Deutschen Reiches auf der anderen Seite mitten drin, behaftet mit einem Parlament, dessen Grundlage die Kurienschande, eine unerträgliche Form der politischen Ungerechtigkeit, ist.

Dieser Zustand ist nicht mehr zu ertragen. Wir fragen: Ist das arbeitende Volk Oesterreichs weniger wert als das Proletariat Rußlands und Ungarns? Soll das bittere Unrecht, das die Völker Oesterreichs nun achtunddreißig Jahre lang gedrückt hat, noch weiterbestehen? Sollen wir nicht allein den Völkern des Westens, sondern sogar denen des Ostens zum Gespött dienen? Haben wir nicht so viel Kraft in uns, den Schrei nach Recht, den wir unablässig erhoben haben seit Jahrzehnten, nun endlich in die Tat umzusetzen? Sollen wir uns noch länger den Uebermut der kopflosen Staatsmänner und hilflosen Parteiführer einer unfähigen Bourgeoisie gefallen lassen?

Nein, arbeitendes Volk in Oesterreich, deine Geduld ist zu Ende! Wir wollen nichts mehr von Vertröstungen und Hinhaltungen wissen. Wir verlangen unser primitivstes Recht in kürzester Zeit. Wir wollen anerkannt werden als gleichwertige Staatsbürger. Der Kurienwahnwitz darf kein neues Parlament mehr gebären.

Wir fordern das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht von der Regierung und dem Parlament. Wir fordern es als unser Recht und als die erste Lebensnotwendigkeit Oesterreichs und seines geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts.

Arbeitendes Volk! In dem großen weltgeschichtlichen Augenblick, den wir eben miterleben, eröffnen wir von neuem den Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Wir sind entschlossen, diesen Kampf mit dem Massenstreik, mit den äußersten Mitteln zu führen.

Aber unsere Worte richten sich auch an unsere Gegner. Die Verständigen unter ihnen mahnen wir, die Unverständigen warnen wir, den Böswilligen kündigen wir unerbittlichen Krieg an.

Arbeitendes Volk, auf zum Kampfe! Auf zum entschlossenen Kampfe, der nicht früher beendet werden kann, bis wir im Siege nach Hause tragen

das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Wien, 1. November 1905.

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Dem Parteitage vorgelegte Erklärungen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Bericht der Gesamtexekutive.

Anfangs September wandten wir uns (die Unterfertigten) vermittelst der Gesamtexekutive an den Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie und stellten einen selbständigen Antrag, in dem wir feststellten, daß die am 1. Mai 1905 entstandene und dem autonom-nationalen Organisationsprinzip der österreichischen Sozialdemokratie entsprechende „Jüdische sozialdemokratische Partei in Galizien" auf Grund des allgemeinen Programms und der gemeinsamen Taktik der ganzen Sozialdemokratie in Oesterreich handelt, und daß wir aus diesem Grunde von dem Parteitage die Anerkennung unserer Organisation als einer gleichberechtigten fordern.

Seit dieser Zeit hatten sich die Verhältnisse gewaltig geändert.

Die mächtige Bewegung des ganzen österreichischen Proletariats hat die Fundamente des alten Oesterreich erschüttert und mit einer bisnun nicht dagewesenen Macht hat sich der politische Moment: der Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, allen aufgedrängt.

In diesem Moment also, wo sich das Proletariat des ganzen Oesterreich einheitlich zum neuen und rücksichtslosen Kampf rüstet;

in diesem feierlichen Moment, wo der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zusammenkommt, um für diesen Kampf neue Mittel zu schaffen und neue Energie zu geben:

in diesem Moment, wo auch die tschechischen Genossen ihre Angelegenheit angesichts der Größe des Augenblicks vor dem Parteitag nicht vorbringen werden:

in diesem Moment wollen wir jüdischen Sozialdemokraten in Galizien, die wir in einer Reihe von Versammlungen in Krakau, Lemberg, Brody, Tarnopol u. s. w. gemeinsam mit dem Proletariat des ganzen Oesterreich um das allgemeine Wahlrecht kämpfen, die Beratungen des Kongresses mit unseren inneren Organisationsangelegenheiten n i c h t beschäftigen, trotz all ihrer prinzipiellen Wichtigkeit, die sie für uns haben.

A n g e s i c h t s d e s s e n z i e h e n w i r u n s e r e n A n t r a g z u r ü c k und verlegen ihn auf einen zukünftigen Augenblick.

Wir betonen jedoch dabei unsere prinzipielle Stellung, die dem österreichischen Programm: Taktik und Organisationsprinzip — nach unserer Meinung vollständig entspricht, nochmals aufs schärfste.

Gleichwie das jüdische Proletariat in den Straßen Warschaus, Lodz und des ganzen Rußland gemeinsam mit dem gesamten Proletariat Polens und Rußlands für gemeinsame Sache sein Blut vergossen hat, wollen auch wir den Beweis erbringen, daß auch das jüdische Proletariat in Galizien seine Pflicht im Kampfe, den das Proletariat in Oesterreich führt, ganz und voll erfüllen wird.

Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Für das Exekutivcomité der Jüdischen sozialdemokratischen Partei in Galizien:

Abraham P o c h. Lennel B l u m. Heinrich G r o ß m a n n, Sekretär.

E r k l ä r u n g.

Die Delegierten der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, versammelt auf dem Gesamtparteitag den 30. Oktober 1905 in Wien, erklären:

Daß sie sich im Hinblick auf den äußerst kritischen Moment seines Zusammentretens, wo das Signal zum gemeinsamen entscheidenden Angriff des Proletariats aller Nationalitäten in Oesterreich auf die Wahlprivilegien und zum Kampfe für das allgemeine Wahlrecht gegeben werden soll, im gegenwärtigen, von ihnen als historisch anerkannten Moment nur dieser Sache widmen wollen.

Im Hinblick auf den Beschluß der Gesamtparteivertretung, namentlich der polnischen, slowenischen und italienischen Genossen, welche eingehende Informationen fordern, verschieben sie die Verhandlungen über ihre Forderungen hinsichtlich der Frage der gewerkschaftlichen Organisationen auf eine der nächsten Sitzungen der Gesamtparteivertretung mit den Prager und Wiener Gewerkschaftskommissionen, eventuell auf einen außerordentlichen gemeinsamen Parteitag, der berufen wäre, sich mit dieser Frage zu befassen.

Sie fordern jedoch eindringlichst, daß diese Angelegenheit in kürzester Zeit erledigt werde, da wir ihre günstige und dem Nationalitätenprogramm der Gesamtpartei entsprechende Austragung für eine unerläßliche Bedingung des weiteren gemeinsamen Vorgehens und der Existenz der sozialdemokratischen Arbeiter-Gesamtpartei in Oesterreich halten.

An diesen Grundforderungen müssen sie schon deswegen festhalten, weil auch das gemeinsame Vorgehen und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation unter dem Proletariat in Oesterreich, entsprechend den Intentionen der internationalen Sozialdemokratie, bedingt sind in der absoluten Gleichberechtigung und Gleichwertung der Arbeiterschaft aller Nationalitäten in Oesterreich.

Vorbesprechung.

Sonntag, 29. Oktober 1905.

Tomschik begrüßt den Parteitag und erklärt ihn im Namen der Gesamtexekutive für eröffnet.

Körbler: Mir wurde die ehrenhafte Aufgabe zuteil, die Genossen und Genossinnen, die in ernster Zeit und zu ernsten Beratungen hierher gesendet wurden, im Namen des Lokalausschusses der Wiener Organisationen auf das herzlichste zu begrüßen. Wenn schon in normalen Zeiten die organisierte Arbeiterschaft auf unsere Parteitage mit dem regsten Interesse blickt — um wie viel mehr ist das heute der Fall, wo der Staatskarren so im Morast steckt, daß er mit gewöhnlichen Mitteln nicht mehr flottgemacht werden kann! Nicht nur die gesamte Arbeiterschaft sieht auf diesen Parteitag, die ganze Bevölkerung Oesterreichs und das Ausland haben Interesse für ihn. In dem Moment, da sich das österreichische Parlament bankerott erklärt hat, tritt das Parlament der österreichischen Sozialdemokratie zusammen und liefert den Beweis, daß die Organisation des Proletariats auf festerem Grunde steht als das Parlament, von dem wir zu glauben Ursache haben, daß es jetzt endlich begraben werden wird. Ich glaube, jeder einzelne von Ihnen wird sich dessen bewußt sein, daß die Arbeiterschaft aller Nationen geeinigt ist in dem Bestreben, das politische Recht des Proletariats endlich durchzusetzen, und daß sie entschlossen ist, ihre Aufgabe in noch wirksamerer Weise zu erfüllen als bisher. (Bravo! Bravo!)

Es wurde in der letzten Zeit manchmal gesagt, daß die Wiener Arbeiterschaft etwas versäumt hätte. Wir sind nicht dieser Ansicht. Wir glauben, es genügt nicht, daß etwas geschehe; es muß die richtige Zeit abgewartet werden. Unserer Meinung nach kommt erst die Zeit, und Sie können versichert sein, daß Sie die Wiener Arbeiterschaft gerüstet finden werden. Von den Wienern ist bisher nichts übersehen worden, was im Interesse der Partei notwendig war. Sie werden sich auf dem Parteitag überzeugen, daß nichts versäumt worden ist und daß, was geschehen muß, zu der Zeit geschehen wird, da es am nützlichsten wirkt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Adler:** Wir hatten seit dem Hainfelder Parteitag, seit Weihnachten 1888, in einer ganzen Reihe von Versammlungen der Vertrauensmänner wichtige entscheidende Fragen zu erörtern. Wir haben unser Programm ausgebaut, unsere Prinzipien oft in heißen Redeschlachten überprüft, wir haben die ungeheuren Schwierigkeiten, eine internationale Organisation in diesem Staate aufzubauen, bis zu dem Grade überwunden, daß wir trotz der Selbständigkeit aller nationalen Gruppen eine geeinte, schlagfertige Partei geschaffen haben; wir haben während dieser Zeit viele Stürme bestanden und wir können zufrieden sein mit der Arbeit, die wir geleistet haben.

Als wir die Partei neu gründeten, als wir sie aus den Trümmern wieder aufbauten, hatten wir über Oesterreich ein System der Unterdrückung und Knechtung, ein System, dessen Absicht es war, jede Regung des Proletariats zu töten. Wir, die Sozialdemokratie — und nur die Sozialdemokratie — haben in einer großen Reihe von Kämpfen, auf die wir stolz sein können — nicht allein wegen des Mutes und der Aufopferung, sondern, was in Oesterreich noch viel schwerer, aber auch viel notwendiger ist, wegen der Zähigkeit und Unverdrossenheit, die sich niemals der Verzweiflung ergab — dem Proletariat den nötigen Bewegungsraum erobert und wir haben heute immerhin einen Zustand, in dem man politisch arbeiten kann. Früher bestand der Hauptinhalt unserer Beratungen in Beschwerden über die politische Unterdrückung und über die Hemmnisse, die uns die Behörden in den Weg legten, Beschwerden, die wir heute in einem unvergleichlich geringeren Umfang vorzubringen haben. Wir haben viele schwere Kämpfe geführt. Aber niemals sind wir meines Erinnerns zu einem so kritischen Zeitpunkt zusammengekommen wie heute.

Dieser Parteitag, *der der Parteitag des Wahlrechtskampfes sein wird*, erinnert uns ein wenig an den Parteitag des Jahres 1894, nicht nur wegen der Analogie, als auch vielmehr wegen der Unterschiede. Damals war der Parteitag zu einer Zeit, wo die Aktion nicht mehr möglich war, wobei ich es vollständig unerörtert lasse, ob sie vorher möglich gewesen wäre. Als wir damals berieten, was zu tun wäre — wobei auch der Generalstreik in Erwägung gezogen wurde — da mußten wir zu dem Schlusse kommen: Die Schlacht ist verloren! Die Schlacht war verloren, da auch durch die größte Anstrengung des Proletariats in jenem Zeitpunkt die Sache nicht mehr zu retten war. Heute stehen die Dinge wesentlich anders. *Eine Koalition gegen das Wahlrecht ist heute nicht mehr möglich.* Die Leute, die damals das Verbrechen begangen haben, die Wahlreform zu verhindern, sind schwer bestraft. Der Staat hat für jenes Verbrechen schwer gebüßt. Die Erfahrungen dieser Jahre sind die, daß heute alle — ob sie es sich zugestehen oder nicht — erkennen, daß der Weg, den das Parlament damals gegangen ist, *ein Holzweg* war. Das gesamte Proletariat vor allem ist heute in einem ganz anderen Maße als damals von dem Bewußtsein erfaßt, daß es so nicht weiter geht. *Wir halten diesen Zustand nicht länger aus!* Es ist eine Möglichkeit da, nun einen entscheidenden Vorstoß zu führen, und die Notwendigkeit, ihn zu führen, ist in dem Hirn jedes Arbeiters so lebendig, daß der Vorstoß mit der ganzen Wucht geführt werden wird, deren das österreichische Proletariat fähig ist. (Lebhafter Beifall.) Die Gesamtexekutive hat natürlich jene Weisheit, die jedem zukommt, der ein Amt hat (Heiterkeit); aber Sie würden uns überschätzen, wenn Sie vermuten würden, daß es unsere Schlauheit oder Weisheit, unsere Voraussicht oder gar Prophetengabe war, daß wir diesen Parteitag zu diesem Zeitpunkt einberufen haben. Der Parteitag hätte ebenso gut acht Wochen früher sein können oder sechs Wochen später. Es ist mehr oder weniger ein Zufall, daß er gerade in dem Moment zusammentritt, wo er notwendig ist und wo er so wirksam sein kann wie nicht einen Tag früher und nicht einen Tag später. Wir treten diesmal — ein Glück, das uns selten beschieden war — in einem Augenblick zusammen, wo wir aber auch noch die Zeit und die Möglichkeit haben, das zu tun, was diese Verhältnisse notwendig machen, in einem Augenblick, der ein wirklich revolutionäres Auftreten im Interesse der Arbeiter Oesterreichs wesentlich erleichtert, ja für jeden zum Herzensbedürfnis macht.

Seit Monaten sehen wir im Osten einen Kampf, an dem jeder von uns mit seinem ganzen Herzen hängt, dem wir mit mehr als mit brüderlicher Sympathie folgen, einen Kampf, dem wir mit jedem Schlage unseres Herzens folgen, den wir als das wichtigste, als das entscheidende Ereignis unseres Jahrhunderts empfinden, dem wir zugleich mit dem leidenschaftlichen Wunsche folgen, etwas dazu beitragen zu können, daß der heldenmütige Kampf unserer russischen und polnischen Brüder mit einem Siege ende (lebhafter Beifall), daß die russische Revolution über die russische Despotie triumphiere. Aber so viel leidenschaftliche Wünsche wir haben, so viel wir selbst mittun möchten,

wir können ihnen nicht helfen, wir können nur zusehen. Aber eines können wir. Ich erinnere Sie an ein Gedicht von Freiligrath, es heißt „Wien". Das Gedicht richtet sich an die deutschen Revolutionäre, die damals um das von Windischgrätz belagerte Wien bekümmert waren, und es hat die Absicht, der deutschen Revolution zu sagen: Ihr könnt Wien nicht retten, ihr könnt nur kämpfen, wo ihr seid! Wenn wir noch beten könnten, so heißt es dort, wir beteten für Wien. Aber dann heißt es zum Schluß: den Jellacic zu schlagen, schlage deinen Jellacic! (Lebhafter Beifall.) Wir können der russischen Revolution nicht helfen, aber wir können in unserem Lande, auf unserem Boden für unser Volk, für unser Proletariat in unseren Kampfformen und mit unseren Kampfmitteln alles tun, um einigermaßen mit Ehren vor jenen Helden und Märtyrern, die dort drüben kämpfen, zu bestehen. (Beifall.) Mögen sie ihre Aufgabe lösen. Bescheiden wir uns, der unseren zu dienen. Und wenn wir einen Wunsch für uns selber haben, so ist es der, daß es diesem Parteitage gegönnt sein möge, die Kräfte dieser Arbeiterschaft, die unter den Sünden dieses Oesterreichs aus Tausenden Wunden blutet, einmal in einem Moment, der siegversprechend ist, zusammenzuraffen zu einem festen, entscheidenden Schlage. (Beifall.) Das ist die Aufgabe dieses Parteitages. Es ist eine große, es ist eine politische Aufgabe, wie sie selten so schön, so entscheidend, so groß der proletarischen Politik gestellt wird.

Nicht nur die Wiener Genossen, auch die Gesamtpartei war wiederholt Vorwürfen ausgesetzt und es gibt niemanden unter uns, der sich nicht immer wieder selbst das Gewissen erforscht hat, ob wir denn zur rechten Zeit immer das Richtige und Notwendige getan haben. Gestatten Sie, daß ich Ihnen meine Meinung sage — denn es handelt sich da ein wenig auch um mich, den Sie als einen besonnenen Mann kennen, ja, der als Bremser in den weitesten Parteikreisen berüchtigt ist. (Heiterkeit.) Gewiß war in diesen fünfzehn Jahren der Kampf um das Wahlrecht nicht immer auf der gleichen Höhe. Wir haben uns, als wir den Kampf begannen, den Weg zum Siege viel kürzer vorgestellt, und wir meinten damals, in einem Ansturm bis ans Ziel dringen zu können. Das war nicht möglich; aber nicht deshalb, weil es uns an Mut gemangelt hätte oder weil wir eine Schlacht versäumt hätten, wo wir hätten siegen können. Es ist ein Gebot unserer Pflicht als Vertrauensmänner der Partei, daß wir die Kraft der Partei nicht ins Feld führen zu Zeiten, wo sie mit großer Wahrscheinlichkeit verschwendet sein müßte. Aber so wie die Besonnenheit eine Pflicht ist, die uns unsere Verantwortlichkeit auferlegt, wo es die Pflicht der Partei ist, abzuwarten und ruhig zu bleiben: so legt uns dieselbe Verantwortlichkeit die Pflicht auf, den entscheidenden Moment zu benützen, um mit der ganzen Kraft vorzugehen — wenn es möglich ist. Parteigenossen! Wir erachten jetzt alle diesen Moment für gekommen. (Stürmischer Beifall.) Wir können natürlich keine Garantie übernehmen für das Maß österreichischer Dummheit, österreichischer staatsmännischer moral insanity, wir können keine Verantwortung dafür übernehmen, was die anderen tun. Aber eines wissen wir: daß die Verhältnisse für uns noch niemals so günstig gelegen sind wie heute.

Wir wissen, daß da gestern ein Manifest einer ungarischen Regierung erschienen ist, das vom Kaiser genehmigt ist, wo vom allgemeinen, gleichen Wahlrecht in Ungarn die Rede ist. Und wenn wir auch auf diesen Anhänger des gleichen Wahlrechtes, der da in letzter Stunde so überraschend gewonnen wurde, vielleicht persönlich nicht einen so großen Wert legen, und wenn wir auch seinen Fanatismus für das gleiche Wahlrecht durchaus nicht überschätzen (Heiterkeit), so erkennen wir doch, daß damit ein großes — ich möchte sagen mechanisches — Hindernis für unseren Kampf hinweggeräumt worden ist. Und dann: Zum erstenmal haben wir im Parlament eine Majorität — ich will gar nicht sagen, für das Wahlrecht — aber doch eine Majorität, die nicht mehr gegen das Wahlrecht sein kann. Und im Parlament bis in den kleinsten elendesten Landtag von Krain — ich bitte die Genossen von Laibach um Entschuldigung (Heiterkeit) — überall sehen wir die Tatsache, daß das Wahlrecht nun im Bewußtsein aller Menschen ist. Wir waren früher allein mit unserem

Schmerz. Niemand hat an das Wahlrecht gedacht als wir. Heute kann kein Mensch an etwas anderes denken als an das Wahlrecht. Gewiß, sie werden es noch versuchen, dagegen zu arbeiten. Aber sie haben ein schlechtes Gewissen und vor allem: sie haben nicht mehr den Glauben an ihre Sache. Und schließlich haben wir — das sehen wir vor allem an den glänzenden Demonstrationen der letzten Wochen — niemals eine Zeit gehabt, wo das Proletariat so von dem Bewußtsein erfüllt war, daß jetzt der Moment gekommen ist, wo uns das ganze Proletariat förmlich entgegenschreit: Jetzt vorwärts! Führt uns zum Kampfe! und wo wir zugleich nach kühler Erwägung aller Faktoren zu dem Schlusse kommen, daß der entscheidende Moment gekommen ist, und daß es nun die nächste, die einzige Aufgabe ist, diesen Kampf vorzubereiten. (Stürmischer Beifall.)

Das Proletariat hat nun keine andere Aufgabe! Genossen aller Nationen! Ich fordere Sie auf, stellen Sie alles andere zurück! Wenn Lassalle recht hatte, daß man das Wahlrecht nur erobern kann, wenn man unablässig daran denkt und alles andere ausscheidet, so ist das gewiß richtig und allein möglich in dem Moment, wo die Schlacht beginnt. Wir stehen am Beginn des Kampfes. Wir können heute nicht feststellen, bis zu welchen Formen und zu welchen Mitteln und Kampfmethoden uns dieser Kampf führen wird. Aber wir wissen: wir stehen am Vorabend dieses Kampfes! Und ich bitte Sie, Delegierte und Gäste, ich bitte alle Sozialdemokraten, in diesem Moment all ihr Denken, alle ihre Energie, alle ihre Kraft und ihre revolutionäre Entschlossenheit auf diesen einen Kampf zu konzentrieren. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne wollen wir den Parteitag führen und in diesem Sinne begrüße ich Sie im Namen der deutschen Exekutive! Der Parteitag wird das Signal geben zu einem Kampfe, der uns, so hoffen wir, Ehre und Sieg bringen wird! Es lebe die revolutionäre, die völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall und Hochrufe.)

Němec (Prag, tschechisch): Wir kommen in einer Zeit zusammen, die so groß ist, wie wir sie in Oesterreich noch nie erlebt haben. Und an uns ist es, diesen Augenblick auszunützen, daß die Arbeiterschaft dahin geführt werde, wo die Arbeiterschaft aller anderen Kulturländer schon ist. (Beifall.) Dr. Adler hat schon darauf hingewiesen, daß der große Augenblick es erfordert, daß alle anderen Dinge zur Seite stehen müssen. Wir wissen das und wir haben unsere Pflicht vollauf erfüllt. (Beifall.) Wenn wir uns umschauen, so wundern wir uns förmlich selbst, daß sich die Verhältnisse so geändert haben. Aus einer Partei, deren Angehörige durch die Gefängnisse gezerrt, die überall ausgewiesen und verfolgt wurden, ist im Verlaufe weniger Jahre eine Partei geworden, die nun beginnt selbst Geschichte zu machen, die anfängt auf das öffentliche Leben Einfluß zu nehmen, die nun von der Verteidigung zum Angriff übergegangen ist. Es ist eine kühne Tat, die wir vollbracht haben, und sie beginnt schon ihre Früchte zu tragen. Unsere Nachbarn im Osten beweisen uns, daß es doch nicht wahr ist, was uns die Weisen und Ueberweisen erzählt haben, daß die Zeit der Revolutionen vorbei sei. In Rußland haben sie uns bewiesen, daß es noch Revolutionen geben kann, wenn nur die richtige revolutionäre Begeisterung, wenn Mut und Entschlossenheit vorhanden ist, unter allen Umständen sein Recht zu erringen. (Stürmischer Beifall.) Die Zeiten haben sich wirklich geändert. Bedenken wir, was geschehen wäre, wenn wir von solchen Demonstrationen, wie wir sie nun veranstaltet haben, vor zehn Jahren auch nur gesprochen hätten. Aber wir müssen unser Recht voll erkämpfen und der Parteitag muß uns den Weg zeigen, der uns zum Siege führen wird. Es ist wahr, die Herren verlassen sich noch darauf, daß sie genug Polizisten, Gendarmen und Soldaten haben, daß sie Bureaukraten und Kriminale genug haben, um uns von neuem zu unterdrücken, unsere Bewegung im Blute zu ersticken. Wir fürchten sie nicht, weil wir wissen, daß das, was ihre Stärke ist, zugleich auch ihre Schwäche ist, weil alle diese ihre Waffen nur aus unserer Arbeit, aus unserem guten Willen ihre Kraft ziehen. Wir brauchen die Quellen ihrer Macht

nur zu verstopfen und ihr werdet sehen, wie klein, wie schwach dieser Staat ist, wie klein unsere großen Staatsmänner sein werden, die das allgemeine, gleiche Wahlrecht nicht einführen, weil es die Herren oben nicht wollen.

Bisher haben wir bloß Versammlungen abgehalten, haben Artikel geschrieben, auch Petitionen überreicht. Und es hat uns nichts genützt. Sie zwingen uns selbst zu anderer Kampfesweise, sie drücken uns selbst andere Waffen in die Hand. Wenn man uns nicht hören, wenn man die Zeichen der Zeit nicht verstehen will, so wird man lauter reden, wird man andere Mittel anwenden müssen. (Lebhafter Beifall.) Und dieser Kongreß wird das Kampfsignal geben, das alle aufruft, die bisher lässig waren, zum äußersten Kampf.

Wir werden auf jenem Boden kämpfen, auf den sie sich stellen mit jenen Waffen, die sie uns aufzwingen. (Beifall.) Das zu erklären und die Vorbereitungen zu dem Kampfe zu treffen, das ist die Aufgabe dieses Kongresses. Im Namen der tschechischen Parteiexekutive begrüße ich den Parteitag und spreche die Hoffnung aus, daß die Beschlüsse dieses Parteitages unserer revolutionären Partei würdig sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Tomášek (Wien, tschechisch): Im Namen der tschechischen niederösterreichischen Landesexekutive begrüße ich den Kongreß auf das herzlichste. Der Kongreß ist unter besonderen Umständen zusammengetreten. In dieser Zeit, wo wir über die Grenzen unseres Reiches herüber Flintengeknatter hören, wo wir den Lärm der großen russischen Revolution widerhallen hören, wo der Glanz der Flammen der russischen Revolution bis zu uns herüberscheint, erfüllt auch uns eine revolutionäre Stimmung. Und zu derselben Zeit sehen wir in dem Staat, der mit uns verbunden ist zu einem Ganzen, das allgemeine, gleiche Wahlrecht verkünden. Es kann nicht zweierlei Maß geben für die Arbeiter in Ungarn und in Oesterreich. Mit demselben Maß, mit dem den Arbeitern in Ungarn gemessen wird, muß man auch uns messen. (Lebhafter Beifall.) Man hat an uns appelliert, daß wir mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Augenblicks alle unsere anderen Sorgen zurückstellen. Wir haben — wie es in unserer Partei schon üblich — manchmal grob und rücksichtslos ausgesprochen, was wir zu sagen hatten. Aber der Moment des Kampfes ist da und alle Streitigkeiten, alle Meinungsverschiedenheiten mögen während des Kampfes zur Seite gestellt werden. (Bravo!) In dem Augenblick, wo der Kampf proklamiert wurde, gibt es zwischen uns keine Unterschiede, keine Streitigkeiten (Beifall.) Arm in Arm schreiten wir gemeinsam vorwärts, dem Feinde entgegen, um unseren großen Ideen zum Siege zu verhelfen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter **Daszynski:** Die Vertreter des arbeitenden Volkes sitzen hier beisammen, dieses Volkes, das vor einem halben Jahrhundert den ersten Kampf um die Freiheit, um die Menschenrechte in dem Polizeistaat Oesterreich führte. Dann kamen Jahre der Reaktion und lange rührte sich nichts in diesem gebeugten, ausgebeuteten Volke. Aber auch Oesterreich konnte den ehernen Gesetzen der ökonomischen Entwicklung nicht entgehen; und in den Städten sammelte sich die Kraft des Proletariats, das dann vor einem Menschenalter auf dem Wiener Pflaster das Recht der Koalition errang. Man mußte sehen, daß da eine neue Kraft entstand, die nach ihren Rechten rang, die Arbeiterschaft und mit ihr die Arbeiterpartei. Und wieder vergehen Jahre, Jahre der Ruhe und Jahre des Kampfes. Und nun greifen wir mit mutiger Hand nach dem höchsten Recht, nach dem Recht, das jeder in sich trägt, indem er sich Staatsbürger nennt, indem er diesen Staat erhält und ihn gegen äußere Feinde verteidigt. Und die Woge schwillt immer höher und das Volk pocht in allen Provinzen an die bis nun geschlossenen Tore der Landtage. Ruhig und friedlich sind bisher diese Demonstrationen, für mich ein Symbol der Zeit, die wir erleben, der Stimmung, die uns erfüllt, verlaufen. Ohne Sang, ohne Klang marschieren wir durch die Straßen, imponierend durch die Zahl, wollen wir auch den borniertesten Gegnern klar machen: Schaut, hier ist die Majorität, hier ist das schaffende, das nützliche Volk, das

Volk, dem ihr ein gefälschtes, vergiftetes Recht gegeben habet, statt des Rechtes die Karikatur eines Rechtes. Eine tiefe Wahrheit steckt in den Worten, die ein alter Reaktionär einmal gesprochen hat: Wer das Volk öffentlich versammelt, der reizt es auf! Es ist die tiefe Wahrheit, daß sich dieses Volk nur zu zählen braucht, um zu erkennen, welche Macht es bildet. Nicht nur die brutale Uebermacht der Zahl ist unser stärkstes Argument in unserem Kampfe um das Wahlrecht. Gerade unsere Partei, gerade unsere Parteitage sind der schlagendste Beweis, wie viel an politischer Bildung und an politischem Bewußtsein in diesem Proletariat sich verkörpert. Unsere Politiker mögen nicht glänzen durch ihre Geburt oder durch ihre hohe Stellung, vielleicht auch nicht durch gesellschaftlichen Schliff, aber sie repräsentieren die einzige vernünftige Vereinigung des politischen Bewußtseins in diesem Staate. Wir haben uns jahrzehntelang in diesem Staate der Knechtschaft und der Rechtlosigkeit unter der Oberfläche entwickelt, wir waren schon mächtig, als wir uns endlich an der Oberfläche zeigen durften.

Wir stehen jetzt wieder vor dem Kampfe und wir stärken uns, indem wir nach Rußland hinüberschauen, wo unsere Brüder einen Heldenkampf um die Freiheit führen. Dr. Adler sagte, daß er mit allen Fibern seines Herzens die Revolution in Rußland verfolge. Was soll ich denn sagen, ich, in dessen Adern dasselbe Blut fließt, welches fließt in den Adern der zahllosen Märtyrer, die sich in den Straßen von Warschau, Lodz, Czenstochau den Schergen entgegenstellen. (Stürmische Hochrufe.) *Sind wir denn hier so elend, daß wir für unser Recht, für unsere heilige Ueberzeugung nicht zu sterben verstehen?* Sind wir durch diese österreichische Niedertracht so korrumpiert, daß wir schwächer, jämmerlicher geworden sind als dieselben polnischen Arbeiter, die einige Kilometer von Krakau in den Bergwerken von Dombrau und Sosnowice kämpfen? Sie werden es begreifen, daß diese russische Revolution auch unsere Hoffnungen belebt, daß wir uns nicht nur solidarisch, daß wir uns identisch mit unseren Brüdern drüben fühlen und neue Kraft lebt auf im polnischen Proletariat auch in Oesterreich, neue Lust zum Kampfe um unsere Rechte. (Lebhafter Beifall.) Und obwohl wir schwächer sind als die deutschen und tschechischen Genossen, werden die polnischen Arbeiter auch ihre Pflicht in diesem Kampfe erfüllen wie Sie. (Stürmischer Beifall.)

Das andere, was unmittelbar, wenn auch nicht so imposant, in unser politisches Leben in Oesterreich eingreift, das ist der Streit zwischen der ungarischen Gentry und der Krone. Ich will nichts über die Krone sagen. Für mich ist es schon ein großer Triumph, wenn wir in gewissen Regionen auch nur einen einzigen Anhänger des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes gewonnen haben. (Heiterkeit und Beifall.) Gerade in diesen Regionen pflegt man ja nicht fanatische Anhänger des gleichen Wahlrechtes zu finden, und es ist ein Triumph für uns, wenn wir in einem solchen Maße werbende Kraft besitzen, daß wir in diesen hohen Regionen gezwungene oder freiwillige, aber offene — nicht Genossen (Heiterkeit), aber Anhänger des gleichen Wahlrechtes gewinnen. Lesen Sie nur die Rede des Feldzeugmeisters Fejervary an irgend einen Herrn Kiss. Diese Rede ist fast revolutionär; diese Rede ist radikal. Sie führt so viele ausgezeichnete Argumente für das allgemeine, gleiche Wahlrecht an, daß man auch darüber sich zu freuen das Recht hat. Glauben Sie, daß die Hofräte in Oesterreich dümmer sind als in Ungarn? Der Meinung bin ich nicht. Aber ob sie dümmer und schlechter sind oder nicht, sie werden gewissermaßen an ihren Ohren aus den Bureaux herausgezerrt werden und sie werden auf der Straße die Macht des kämpfenden Volkes sehen. Sie werden das ganze Staats- und soziale Leben stocken sehen — und da werden sie Vernunft annehmen und sie werden dann an dem ungarischen Minister ein schönes Vorbild haben. Nur ein einziges Bedenken habe ich. Die ungarischen Hofräte werden von einem Kristoffy und Fejervary kommandiert, die unseren von Gautsch. (Heiterkeit und Beifall.) Aber ist denn der Gautsch eine ewige Institution in Oesterreich? (Neuerliche Heiterkeit.) Ist dieser Gautsch denn nicht zu beseitigen? Der Mann ist ja krank und in diesem Zustande pflegen

die Minister pensioniert zu werden. Helfen wir ein bißchen dazu. (Heiterkeit.) Vergiften wir ihm ruhig das bißchen Leben, das er noch zu leben hat, das parlamentarische Leben natürlich nur. (Heiterkeit.) Lassen wir keinen Zweifel darüber, daß es über diese Bewegung kein Hinweggehen, kein Hinwegfälschen und Hinwegschachern gibt. (Lebhafter Beifall.) Mögen die anderen sehen, daß diese ruhig einherziehenden Massen der Arbeiterschaft eine wirkende Kraft auszulösen verstehen, und der Gautsch wird hinweggefegt werden, wirklich wie ein Phantom (Heiterkeit), wie ein trügerisches Bild.

Das ist die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Und in diesem Sinne kann ich Sie als Vertreter der Exekutive der polnischen Sozialdemokratie aufrichtig begrüßen. Wenn wir einig und mutig vorgehen, werden wir und müssen wir siegen. (Stürmischer Beifall.)

Kristan (Laibach): Es ist selbstverständlich, daß in dem Kampfe, der jetzt entbrennt, das gesamte bewußte Proletariat Oesterreichs in einer Reihe kämpfen muß und daß es nicht anders sein kann. Es ist das allgemeine Bewußtsein und selbst in der kleinen slowenischen Nation lebt es: In Oesterreich ist die Kultur auf die Tagesordnung gesetzt worden. Wir empfinden es, daß es keine Kultur, keine Entwicklung und keinen Fortschritt gibt, solange das gleiche Recht in Oesterreich nicht verwirklicht ist. So klein und kleinlich auch die Verhältnisse sind, in denen wir leben und arbeiten, trotzdem haben die slowenischen Arbeiter in der kurzen Zeit des Kampfes, die dem Parteitag vorausgegangen ist, bewiesen, daß sie bereit sind, dasselbe zu tun, was die Arbeiterschaft aller Nationen tut. Wir haben nicht Hunderttausende auf die Straße mobilisieren können, weil es bei uns solche Massen von Arbeitern nicht gibt, aber in dem Lande Krain, wo bis vor kurzem vom politischen Leben kaum eine Spur zu finden war, haben wir es doch zustande gebracht, daß nahezu die gesamte Arbeiterschaft Laibachs beiströmendem Regen zusammengekommen ist, um ihrem unbeugsamen Willen Ausdruck zu geben, daß sie nicht länger gewillt ist, die Schmach zu tragen, von der sie bisher gedrückt war.

Es ist ein eigentümliches Schauspiel, das sich uns bietet. Ein sozialdemokratischer Parteitag tritt zusammen und es reden nicht nur die Vertreter der Arbeiter, es reden in viel wirklicherem Sinn, als es je der Fall war, die Vertreter der Nationen Oesterreichs. Wohin man sich auch wendet, überall sieht man die Gegner des gleichen Wahlrechtes sich verstecken und in die Schlupfwinkel zurückziehen. Was im hellen Tageslicht bleibt, tritt für das gleiche Wahlrecht ein. Leute, die noch vor kurzer Zeit vom gleichen Wahlrecht mit Hohn gesprochen haben, mußten sich in wenigen Wochen bekehren und für die Forderung des arbeitenden Volkes eintreten. Es sind oft kleine Vorkommnisse, die das beweisen; aber alles zusammengenommen, sind sie Symptome dafür, daß sich etwas geändert hat. Wir haben das Bewußtsein, daß in diesem Kampfe das österreichische Proletariat nicht unterliegen kann, weil wir es mit eigenen Augen sehen, daß noch niemals in der arbeitenden Bevölkerung Oesterreichs so viel Begeisterung und so viel Heldenmut zu finden waren, wie heute Christlich-Soziale und klerikale Parteigänger, die immer blindlings dem Rufe ihrer schwarzen Herren gefolgt waren, wohin auch ihr Weg geführt haben mag, haben ihre Führer gezwungen, sich der sozialdemokratischen Bewegung unterzuordnen und für dasselbe einzutreten wie wir. Wir sind natürlich nicht genug borniert, zu glauben, daß das Verlangen von Klerikalen und Liberalen einem wirklichen Herzensbedürfnis entspringt. Aber ein Beweis für die sieghafte Kraft der Forderung des Proletariats ist es, daß die Gegner nicht mehr zu widersprechen wagen.

Genossen und Genossinnen! Auch wir in unserem kleinen Lande sind bereit, alles zu tun, was der Parteitag beschließen wird, damit das allgemeine, gleiche Wahlrecht erlangt werde. (Lebhafte Bravorufe.) Vor nahezu hundert Jahren sagte bei uns unter solchen Verhältnissen, die auch mit der Trübsal der heutigen Zeit keinen Vergleich aushalten, wo es ein Slowenisch noch so gut wie gar nicht gegeben hat, der Mann, an den man vor kurzem eine Ehrenschuld abgetragen hat, der slowenische Dichter Prešchern: „Hin

finden wir den Weg, wo frei das Volk Gesetz sich wählt und Glauben." Wenn ein einziger das gesagt hat, der gestanden ist in der Hochflut der Reaktion und des Indifferentismus, kann ich die Versicherung geben, daß in unserer kleinen Nation Tausende und Tausende das glühende Verlangen haben, die Waffen nicht aus der Hand zu legen und nicht zu ruhen und zu rasten, bis das Volk sich selbst Gesetze geben und nach eigenen Gesetzen leben wird. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Pisecl (Trient, italienisch): Ich begrüße im Namen der Italiener die Parteigenossen anderer Zungen und die Abgeordneten anderer Nationen, die zugleich die einzigen Vertreter des italienischen Proletariats sind, weil die italienische Arbeiterschaft mit den italienischen Abgeordneten nichts gemein haben will und haben kann. Als im Jahre 1893 die Wiener Arbeiterschaft um das Wahlrecht den Kampf begonnen hatte, da wußte man in den südlichen Ländern davon noch sehr wenig; heute steht es anders: auch in den entlegensten Tälern der Trientiner Alpen und in den kleinsten Fischernestern der adriatischen Küste ist das Verständnis für das Recht geschaffen worden und mit ihm der Wille entstanden, für dieses Recht zu kämpfen. Auch die italienische Arbeiterschaft wird diesmal an dem gewaltigen Kampfe teilnehmen und wird mit ihrer ganzen Kraft einsetzen, bis das gemeinsame Ziel erreicht sein wird. Wir wollen uns die Freiheit erkämpfen und sie ist im Zuge: Hoch die Befreiung der Völker in Rußland, in Ungarn, in Oesterreich! (Stürmische Hochrufe.)

Sodann erfolgt **die Konstituierung des Parteitages.**

Skaret erstattet nachstehende Vorschläge für das Bureau sowie die Mandatsprüfungskommission. Zu geschäftsführenden Vorsitzenden werden gewählt: Tomschik (Wien) und Němec (Prag), als Beisitzer für die anderen Nationen Dr. Diamand (Lemberg, Pole), Pittoni (Triest, Italiener), Kopač (Triest, Slowene) und Dr. Jaroszewytsch (Ruthene); zu Schriftführern: Frankl (Wien), Hillebrand (Karlsbad), Tusar (Brünn) und Hudec (Lemberg).

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Gröbner (Wien), Schrammel (Aussig), Habermann (Pilsen), Hornof (Prag), Dr. Diamand (Lemberg), Kristan (Laibach), Pittoni (Triest) und Melen (Przemysl).

Die von der Exekutive vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt.

Ueber die Geschäftsordnung der früheren Parteitage wird auch diesmal abgestimmt und wird beschlossen, daß bei den Punkten: „Die österreische Krise und das Wahlrecht" und „Der Generalstreik" die Redezeit nicht wie bei den übrigen Punkten zehn, sondern zwanzig Minuten beträgt.

Als Verhandlungszeit werden die Stunden von 9 bis 4 Uhr ohne Unterbrechung bestimmt, weil es notwendig werden könnte, daß am Abend Besprechungen der Exekutiven stattfinden.

Alle Wahlen und die Annahme aller Anträge erfolgen einstimmig.

Abgeordneter Pernerstorfer teilt mit, daß bei den Gemeinderatswahlen des vierten Wahlkörpers in Neunkirchen und Reichenau am Schneeberg die Sozialdemokraten gewählt wurden. (Lebhafte Bravorufe.) In Neunkirchen mit Zweidrittelmajorität, was beweist, daß Neunkirchen nun für die Partei wieder gewonnen ist. (Lebhafter Beifall.)

Damit ist die konstituierende Sitzung des Parteitages beendet.

Erster Verhandlungstag.

Montag, 30. Oktober 1905.

Um 10 Uhr vormittags wurde im großen Saale des Arbeiterheims der erste Verhandlungstag eröffnet.

Den Vorsitz führten Tomschik (Wien) und Němec (Prag).

Vorsitzender **Tomschik**: Die Wichtigkeit dieses Kongresses wurde bereits in der gestrigen Vorbesprechung betont und ich glaube, jeder von Ihnen ist mit dem Bewußtsein erfüllt, daß es unsere Aufgabe ist, dem großen Momente, den wir vor uns haben, gewachsen zu sein, und wir werden unsere Verhandlungen darnach einrichten. (Zustimmung.)

Bevor wir in die Beratungen eingehen, habe ich eine traurige Pflicht zu erfüllen und derjenigen Genossen zu gedenken, die der Tod unseren Reihen entrissen hat. (Die Delegierten erheben sich von ihren Sitzen.) Ich kann nicht alle die braven Genossen namentlich anführen, die in den letzten zwei Jahren uns entrissen wurden; aber wir erinnern uns ihrer aller mit Dank, weil wir wissen, wie hingebungsvoll sie im Interesse der Partei gewirkt haben. Besonders will ich hervorheben den Verlust, den wir durch den Tod des Gen. Josef Schen, des Komponisten des Liedes der Arbeit, der tschechischen Genossen Pravoslav Wesely, Josef Vesely aus Nimburg, Volemann aus Tabor, Steiner aus Pilsen, des polnischen Gen. Witold Reger und des Gen. Grablovic von der slowenischen Sozialdemokratie erlitten haben.

Nach der traurigen habe ich auch eine angenehme Pflicht zu erfüllen und die Genossen des Auslandes zu begrüßen, den Gen. Reichstagsabgeordneten Molkenbuhr aus Deutschland, den Gen. Buchinger von der ungarländischen Sozialdemokratie (Beifall) und den Gen. Wronski von der polnischen sozialdemokratischen Partei in Russisch-Polen. (Brausender Beifall.) Gen. Resel hat ein Entschuldigungsschreiben gesendet, in dem er bedauert, daß er durch Verhandlungen des steirischen Landtages und des Grazer Gemeinderates verhindert sei, an diesem hochwichtigen Parteitage teilzunehmen. Er wünscht den Verhandlungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch der zweite Vorsitzende **Němec** die tschechische Eröffnungsansprache gehalten hat, folgen die **Begrüßungsreden der ausländischen Delegierten.**

Reichstagsabgeordneter **Molkenbuhr**: Parteigenossen! Wenn irgendwo auf der Welt die Sozialdemokraten einen Kongreß abhalten, dann ist es ja immer eine Gruppe der großen internationalen Familie, eine Gruppe des internationalen Proletariats, die in allen Ländern das gleiche Ziel anstreben und die nur das eine zu erreichen gedenken: die Arbeiter von jeglicher Unterdrückung zu befreien. Die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten verbinden aber noch engere Bande: sind wir doch gewissermaßen Blut von einem und demselben Blute und sind nur auseinandergerissen worden durch die Politik der Herrschenden. Durch diesen Riß des Jahres 1866 hat man zwar zwei Ländergruppen geschaffen, das Proletariat aber fühlt sich heute noch ebenso einig wie früher. Der Riß hatte für das Proletariat unseres Teiles gewissermaßen eine Art Vorteil gebracht, indem Norddeutschland nach dem Riß eine Art Schmerzenspflaster gegeben wurde und dieses Schmerzenspflaster war das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Das war das einzige, womit man glaubte, das Volk mit den neuartigen Zuständen aussöhnen zu können. Wenn auch die Aussöhnung nicht stattgefunden hat, so wissen wir doch, daß es viel beigetragen hat, die proletarische Bewegung aller Länder zu fördern; war doch die Losung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht bis dahin die vornehmste Forderung der Arbeiter aller Länder. Nun hatte die Arbeiterschaft Deutschlands die gewünschte Waffe. Wer in ihr eine Wünschelrute gesehen, die nur zu gebrauchen war, um schnell zu allen unseren Zielen zu kommen, hat sich getäuscht: sicher aber ist, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht die Organisation des Proletariats bedeutsam gefördert und die Arbeiterschaft überall einiger gemacht hat. (Beifall.)

Aber auch noch andere weitere Vorteile sind uns erwachsen. Es ist ohne Zweifel, daß Preußisch-Deutschland nach seiner Trennung ein Staat wurde, in dem die kapitalistische Entwicklung so rasche Fortschritte gemacht hat, wie sie in Europa einfach ohne Beispiel dasteht; höchstens kann man

ihm die Entwicklung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenüberstellen. Das war auch der Zweck des Staatsmannes, der den Riß herbeigeführt, der einmal auch offen gesagt hat, es müsse seine Aufgabe sein, mehr Millionäre zu züchten. Das Millionärzüchten hat Bismarck meisterhaft verstanden. Lediglich im Interesse der Kapitalisten wurde auch die Arbeiterpolitik getrieben. Wenn manchmal mit der Versicherungsgesetzgebung und dem „sozialen Königtum" geprahlt wird, so muß konstatiert werden, daß auch das nur eine Tätigkeit im Dienste des Kapitalismus war. Jene Gesetze waren Vorbedingungen der kapitalistischen Entwicklung. Sonst hat das soziale Königtum vollkommen Bankerott gemacht, hat in allem eingepackt vor dem kapitalistischen Königtum.

Die Entwicklung des Kapitalismus brauchte allerdings eine solche Sozialpolitik, aber sie kommt bald auf einem Punkte an, wo alle diese Hilfsmittel der kapitalistischen Entwicklung erschöpft sind. Im einzelnen sind wir schon so weit. Man sieht schon weite Branchen, in denen die Konkurrenz, diese eine Grundlage der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, bereits beseitigt ist; so in der Steinkohlenproduktion, bei den Stahlwerken und anderen. Gerade in solchen Momenten der Entwicklung kommt dann der Anlauf zum Rückschritt. Da kann die Junkerpolitik betrieben werden, deren eigentlicher Zweck es ist, die Industriearbeiterbevölkerung zu dezimieren. Das wurde vom Reichskanzler direkt ausgesprochen, und wenn er es nicht gesagt hätte, hätte man es schon an den Tatsachen gesehen. Die hohen Agrarzölle verfolgen denselben Zweck. In solchen Augenblicken ist es gar nicht zu verwundern, daß man es versucht, die Rechte der Arbeiter zu verkürzen. Wir haben auch schon in verschiedenen Landtagen gesehen, daß Angriffe auf das Wahlrecht mit Erfolg durchgeführt wurden, und es sind Anzeichen vorhanden, daß man darangehen will, das allgemeine Reichstagswahlrecht zu beseitigen. Darüber sind wir uns klar, daß solche Verschwörungen unter den Herrschenden bestehen. Weiter sucht man die Arbeiterschaft dadurch zu treffen, daß man auch ihr Koalitionsrecht raubt. Deshalb ist es nicht zu verwundern, daß vor dem Zollgesetze das Zuchthausgesetz vor den Reichstag gekommen ist. Das Zuchthausgesetz wurde glücklich abgeschlagen, aber wir sehen, daß man jetzt auf anderem Wege zu erringen sucht, was man durch das Zuchthausgesetz erreichen wollte. Wir haben im ersten Monate dieses Jahres den gewaltigen Kampf der Bergarbeiter des Ruhrreviers gehabt. Die Arbeiter wollten eine Verbesserung ihrer Lage erstreben, aber das Koalitionsrecht versagte fast solchen mächtigen Kapitalistenorganisationen gegenüber, weil diese Organisationen nicht durch Stilllegung der Arbeit in demselben Maße geschädigt werden können wie einzelne Unternehmer. Sie haben mit ihren Abnehmern Verträge geschlossen, nach denen sie im Falle eines Streiks gar nicht zu liefern brauchen. Jeder kleine Streik wird zu Aussperrungen ausgenützt, um die Gewerkschaften lahmzulegen, damit, wenn der Wuchertarif in Kraft tritt, die Gewerkschaften so geschwächt sind, daß die Arbeiter sich nicht durch Streiks erobern können, was ihnen durch den Wuchertarif genommen wird.

Ist nun in Deutschland alles darauf gerichtet, eine rückläufige Bewegung durchzusetzen, so kommen uns jetzt gerade unsere Brüder in Oesterreich und Rußland zu Hilfe. Der Stoß, den unsere russischen Genossen führen, trifft nicht nur den Zarismus in Rußland, sondern auch die Bedienten des Zarismus in Deutschland. (Lebhaftes Bravo!) In demselben Augenblick, wo Rußland das allgemeine Wahlrecht erkämpft, in demselben Augenblick, in dem die österreichischen Genossen im Süden mit einem Kampfe für das gleiche Wahlrecht einsetzen und siegreich beenden, in dem Augenblick wird auch für Deutschland Arbeit geleistet. Der Sieg des österreichischen Proletariats schlägt die Wahlrechtsfeinde in Deutschland nieder und sichert dort die Position des allgemeinen Wahlrechtes. (Stürmischer Beifall.) Wir wünschen Ihnen daher schon auch aus diesem Grunde den besten Erfolg. Drum Glück auf zum Kriege, Glück auf zum Siege!

Buchinger (Budapest): Werte Genossen! Ich bringe Ihnen die herzlichsten Grüße der ungarländischen Sozialdemokratie. (Bravo!) Inniges Solidaritätsgefühl und gemeinsame Ziele sind es, die uns immer wieder zusammenführen. Heute, da Sie den Wahlrechtsparteitag halten, kann ich Ihnen sagen, daß wir es in Ungarn mehr als je voller Freude lesen, daß in Oesterreich für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ein Kampf entbrannt ist, heißer, entschlossener als in den Jahren 1893 und 1895, wo Sie im Reichsrat die erste bedeutende Bresche schlugen. Ich komme in Vertretung eines Proletariats, das sich dessen bewußt ist, daß das unterjochte Proletariat als Klasse nichts zu verlieren hat im Kampfe, und wenn wir auch noch nicht am Ziele sind, unsere Feinde, sie fühlen es, daß der Zahltag nahe ist, und das ungarländische Proletariat will auch pünktlich zahlen. Was sich die ungarländische Sozialdemokratie besonders zugute schreibt, ist: die heutige politische Situation zum größten Teile herbeigeführt zu haben, eine mit Hilfe des unsinnigsten Wahlrechtes der Welt nun zur Majorität gewordene Demagogie, wie sie verlogener nie existiert hat, vor der ganzen Welt entlarvt zu haben und daß sie das elementarste aller Volksrechte: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, an die erste Stelle der politischen Tagesordnung gesetzt und es als einzigen Ausweg zur Lösung einer furchtbaren Staatskrise gewiesen hat. Das ist es, auf was sie als die Frucht jahrzehntelanger Arbeit mit größter Genugtuung hinweist. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) Die Lüge, mit der sich die in der Koalition vereinigten Parteien seit Jahrzehnten genährt haben, wird zum sicheren Verrecken derselben Koalition führen. Wie steht es denn mit den großen Schlagworten der Koalition? Jetzt, da eine Regierung ein Programm der Verwirklichung näher bringt, ein Programm der Parlamentsreform, der Sozialpolitik und von Reformen aller Art, die vom Volke längst ersehnt wurden und das die einzige Möglichkeit schafft, der Opposition das Wasser abzugraben; heute, wo die Regierung — ich frage in dem Moment nicht, von welchen Hintergedanken getrieben — dieses Programm annimmt, heute laufen sich die Koalitionshelden die Füße zur Kamarilla wund und bieten Punkt für Punkt ihres Programms als Sühnungsopfer. (Heiterkeit.) Aber sie haben kein Glück. Man weiß, die Koalition ist loyal und königstreu, wenn es in den geheimen Memoranden der Apponyi und Banffy geht, und sie will mit Drohungen schrecken, wenn es nicht so geht. Jetzt schreibt der Abgeordnete Mocsári: „Wir müssen mit dem Programm so verfahren, wie es unsere ehrwürdigen Alten mit den großen Reformen Kaiser Josefs getan haben. Kaiser Josef, ‚dieses Wundertier', ließ unzählige Elaborate verfertigen, Volkszählungen, Kataster aufnehmen und dergleichen mehr. Nun, als er gestorben war, war es die erste Arbeit unserer Väter, daß sie dieses wertvolle Material zusammenpackten und im Hof des Komitats verbrannten. Die Zivilisierten der ganzen Welt riefen Tod und Teufel wegen dieses Barbarismus, aber unsere Vorfahren rieben sich mit Recht die Hände ob dieses Werkes." — Natürlich: „Der König absolut, wenn er unsern Willen tut". Die größten Volksbetrüger der gräflichen Reaktion, unter der wir in Ungarn seit jeher leiden, sind nun in der größten Verlegenheit und der größte Mann der Koalition, Graf Apponyi, sagte gar schon, sollte das Programm Fejervary die Majorität doch gewinnen, dann wandert er nach Amerika aus. (Heiterkeit.) Aus Ungarn wanderten bisher monatlich 30.000 Personen nach Amerika aus und da muß ich schon sagen, daß es uns mit freudigen Gefühlen erfüllt, wenn sich jetzt in Ungarn eine edle Grafenseele so verzweifelt zeigt. (Beifall.)

Verschiedenemal vernahmen wir auch leise Vorwürfe. Es hieß da, wir hätten Hilfe geleistet zu einem Coup, der, wenn er gelingt, eine gewisse Schädigung bereits bestehender demokratischer Institutionen, eine Vermehrung des Herrscherabsolutismus, die Vernichtung bestehender Verfassungsrechte nach sich ziehe. Aber nur zu gut haben wir die Dinge eingeschätzt; denn das ungarländische Proletariat verspürt sie ja am eigenen Leibe. Kein Absolutismus ist für uns peinlicher als der der Rechtlosigkeit, den die

gräflichen Bedrücker uns für neue Jahrzehnte aufbürden möchten; kein Parlamentarismus ist uns verwerflicher als das Privilegienparlament und in erster Linie das Klassenparlament Ungarns, als dessen Früchte Sie ja Schandgesetze zahllos finden. Unsere Bilanz ist ehrlich, das Endergebnis unserer Politik muß unser Sieg sein. Und so wie Sie heute als ultima ratio den politischen Massenstreik auf die Tagesordnung setzen, so rüsten auch wir immer fort, um im nötigen Moment unser kostbares Gut und Blut daran zu setzen, um uns nun und nimmer von einer Magnatenclique knechten zu lassen. Und sollte es an der maßgebenden Stelle vielleicht schließlich doch noch als glückliche Lösung betrachtet werden, dieser Clique unser Volk auszuliefern, dann nur zu! Wir haben viereinhalb Millionen landwirtschaftliche Arbeiter und eine halbe Million industrielle Arbeiter, und die großen Ernteſtreiks und die mit größter Umsicht durchgeführten Streiks der industriellen Gewerkschaften haben wohl schon ahnen lassen, was im gegebenen Moment der Volkszorn imstande ist. (Stürmischer Beifall.) So rüsten wir in dem Bewußtsein, daß Ihr Beschluß unseren Parteigenossen zu Hause neuerlich Mut bringen wird, in dem Bewußtsein, daß diese Beschlüsse für uns von ebenso großer Wichtigkeit sind als für Sie. Darum wünsche ich Ihrer Tagung den größten Erfolg und schließe: Unser beider Lebensziel, der internationale Sozialismus, und unser nächstes Ziel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, leben hoch! (Allgemeiner brausender Beifall.)

Wronski (Warschau, mit lauten Bravorufen empfangen): Ich komme aus dem Lande der Knechtung, aus dem Lande, wo der Kosak in der Fabrik eine ebenso unentbehrliche Einrichtung, wo der Kosak einen Teil der Produktion bildet wie Dampf und Kohle, wo Arbeitermetzeleien eine ständige Staatsinstitution bilden, aus diesem Lande komme ich in Ihr relativ freies Land, um Ihnen unsere herzlichsten Wünsche zu bringen, die Wünsche des polnischen und jüdischen Proletariats Russisch-Polens. Ich erkläre Ihnen, daß wir mit vollem Eifer den heldenmütigen Kampf verfolgen, den Ihr, mustergültig organisiert, speziell jetzt für das gleiche Recht führt. Es ist nicht bloß Gefühlssache, die uns hierzu bewegt, es ist Ueberzeugung, daß dasjenige, was Ihr angefangen, nicht nur Eure Sache, sondern auch unsere Sache ist. Wenn Ihr dazu kommt, das alte Oesterreich zu demokratisieren, fällt auch eine Scheidewand, die uns von der Freiheit scheidet, und wir kommen dem Tage näher, wo für den Vampyr Zarismus, der das Blut aus unseren Adern saugt, auch der Zusammensturz kommen wird.

Wir sympathisieren aber nicht nur aus diesen Gründen mit Ihnen, sondern auch mit der österreichischen Sozialdemokratie als der Organisation der Nationalitäten dieses Landes. Ihr habt ein großes Werk vollbracht. In einem Lande, wo acht Nationalitäten beisammen leben, die gegeneinander gehetzt werden, habt Ihr es dazu gebracht, daß in der österreichischen Sozialdemokratie Deutsche und Tschechen, Polen und Italiener, Slowenen und Rumänen Hand in Hand arbeiten. Das ist groß, Genossen, und es ist nur dem Taktgefühl und Gerechtigkeitsgefühl gelungen, mit dem Ihr die nationale Frage behandelt habt. Ihr habt es begriffen, daß, wie jede Nation ihre Besonderheiten, jedes Proletariat seine nationalen Eigentümlichkeiten hat und daß Taktik und Bestrebungen nicht überall dieselben Formen haben müssen. Deshalb ward Ihr immer stark.

Nun zu uns, die wir das in kleinem Maßstabe sind. Auch wir sind eine Partei verschiedener Nationalitäten. Wir haben neben dem polnischen Proletariat Rußlands das polnisch-jüdische Proletariat, wir haben Litauer, Weißrussen, ja wir haben sogar Deutsche in unseren Reihen und ich kann Ihnen mit Freuden mitteilen, daß wir sogar ein deutsches Arbeiterblatt gegründet haben. Jetzt gerade in dem Augenblick brauchen wir es am meisten dieses Zusammenschweißen aller Elemente. Wir stehen seit einem Jahre in einem Kampfe auf Leben und Tod im ganzen Sinne des Wortes. Wir befinden uns in einem Kampfe, wo nicht bloß mit

dem sozialdemokratischen Wort gekämpft wird, sondern wo man Kugeln mit Kugeln wechselt. (Allgemein begeisterte Sympathiekundgebungen.) In diesem Verhältnis haben wir während dieses Jahres fünfmal das Kampfmittel angewendet, über dessen Anwendung nun auch Ihr beraten und entscheiden wollt: wir haben fünfmal den Massenstreik durchgeführt (brausender Beifall) und es sind immer 200.000 bis 300.000 Arbeiter auf die Straßen gegangen und wochenlang auf der Straße geblieben, um für ihre politischen Rechte zu kämpfen. Ich sage das nicht deshalb, um Ihr Mitleid zu wecken; Ihre Sympathien haben wir schon. (Zustimmung.) Ihre Presse hat sich in wirklich musterhafter Weise während des ganzen Kampfes gehalten und so objektiv, so sympathisch und treffend unsere so schwer verständlichen Verhältnisse behandelt, die unseren Dank und unsere Bewunderung weckte. Sie haben uns auch materielle Hilfe gegeben und die hat uns viel besser geholfen als die französischen Anlehen dem russischen Despotismus. (Heiterkeit und Bravo!)

Von verschiedenen Seiten wurde unser Sozialismus angezweifelt und behauptet, daß wir nicht auf sozialistischem, sondern auf nationalem Boden stehen, da wir unser Bestreben nicht nur nach einer russischen demokratischen Republik, sondern auch nach einer polnischen demokratischen Republik richten. Lest unser Programm, das identisch ist mit dem sozialdemokratischen Programm aller Länder, lest unsere Schriften und bedenkt, daß keine Partei in Polen so von der Bourgeoisie gehaßt und mit solcher Wut bekämpft wird als wir. Das wird Ihnen zeigen, daß wir keine Nationalisten, sondern ihre erbittertsten Feinde sind. Wie wäre es sonst auch möglich, daß die galizische Sozialdemokratie Hand in Hand mit uns ginge, die alles prüfen kann, was wir machen? Wie wäre es sonst möglich, daß das polnische Proletariat sich auf unseren Ruf erhebt? Bei den drei von den geführten fünf Massenstreiks, die als Protestbewegung gegen die Scheinverfassung geführt wurden, folgte das polnische Proletariat direkt unserem Rufe. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß wir dieses Jahr einige Millionen sozialistischer Schriften verbreiteten? Wir sind internationale Sozialdemokraten und arbeiten Hand in Hand mit dem russischen, lettischen, litauischen und kaukasischen Proletariat und kämpfen für dasselbe Ziel. Wenn auch noch viel Blut fließen sollte, schimmert uns doch schon ein Lichtstrahl einer besseren Zukunft. Schon wankt der Feind und fängt an, das Volk mit Scheinkonzessionen beruhigen zu wollen. Wir werden sie in wirkliche verwandeln und werden uns nicht früher begnügen, bis der Zarismus gestorben ist. Wenn ich jetzt hier diese sozialistische Luft atme, bin ich sicher, daß sich, wenn ich zu unseren Genossen zurückkomme, vieler bei uns zu Hause verstärkte Kampfeslust und Kampfesfreude bemächtigt, wenn sie von Eurem erfrischenden Kampfe fürs gleiche Recht vernehmen. Darum schließe ich: Wanket nicht, geht weiter auf dem Wege, auf dem Ihr Euch befindet, und wir werden noch erleben, daß neben einem freien Oesterreich ein freies Rußland und ein freies Polen erstehen werden. (Tosender, sich immer erneuernder Beifall.)

Adler: Von allen Begrüßungen, die uns von den ausländischen Sozialdemokraten zugekommen sind, die wir alle mit brüderlicher Sympathie erwidern, war uns eine heute ein ganz besonderes Erlebnis. Das ist jener Gruß, der uns aus dem revolutionären Rußland zugekommen ist. Wir haben die Sehnsucht, unsere Stimme diesem kämpfenden Proletariat jenseits der Grenzen irgendwie verständlich zu machen. Wir können es nicht anders tun, als durch einen Beschluß, der die Gefühle der brüderlichen Sympathie verdolmetscht, die uns beseelen. Ich brauche es nicht zu begründen, wenn ich Ihnen hier im Namen der deutschen, tschechischen, polnischen, slowenischen, italienischen und ruthenischen Sozialdemokraten, die die Resolution durch je einen Delegierten unterzeichnet haben, folgende Resolution vorlege:

Der Gesamtparteitag der internationalen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich begrüßt mit Begeisterung und dem lebendigsten

Gefühl brüderlicher Solidarität den revolutionären Kampf, den die geknechteten, der Freiheit und der Menschenrechte beraubten Völker gegen den zarischen Absolutismus in Rußland führen. Wir begrüßen sie alle bei ihrem großen, befreienden Werke, aus den Millionen von Sklaven freie Menschen zu machen, den entrechteten, unterjochten Völkern ihr Recht und ihre Selbständigkeit wiederzugeben und die fluchwürdige Gewaltherrschaft des Zarismus zu zertrümmern. Die Sozialdemokraten in Oesterreich folgen der Entwicklung der Revolution in Rußland mit der festen Hoffnung auf den baldigen Sieg des Volkes, einen Sieg, der auch der westeuropäischen Reaktion den Todesstoß versetzen wird. Indem wir in Oesterreich unseren Kampf um die politischen Rechte des Volkes führen, sind wir uns auch dessen bewußt, daß wir unsere revolutionären Pflichten erfüllen. Wir sind ein Teil derselben revolutionären, die Menschheit vorwärtstreibenden Kraft, deren politischer Ausdruck der internationale Sozialismus ist, und unser Kampf dient überall denselben großen und erhabenen Zielen. In diesem Sinne senden wir den kämpfenden Scharen des Proletariats aller Nationen in Rußland unsere glühenden Wünsche: Hoch die russische Revolution! Hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie!

Adler — Daszynski
Dr. Jaroszewytsch — Němec
Ethin Kristan — Pisecl.

(Stürmischer Beifall und Hochrufe. Die Tschechen und Polen singen die „Rote Fahne".)

Skaret: Die französischen Sozialisten, die zugleich mit uns einen Parteitag in Chalons haben, laden uns zu ihrem Parteitag ein. Ich glaube, wir können diese Einladung nicht besser beantworten, als indem wir das Präsidium beauftragen, ein Begrüßungstelegramm an diesen Kongreß zu entsenden. (Angenommen.)

Tomschik: Das Präsidium gibt Ihnen bekannt, daß im Nebensaal die Reichskonferenz der Bergarbeiter stattfindet, und ich glaube, daß Sie mit mir einig sind, daß, indem wir die Konferenz begrüßen, wir die Delegierten einladen, wenn es ihnen die Zeit erlaubt, an unserem Tage als Gäste teilzunehmen.

Soukup: Die tschechische Delegation hat folgende Erklärung beschlossen, die ich Ihnen mit der Bitte vorlege, der Kongreß möge sie zur Kenntnis nehmen.

Erklärung:

Die Delegierten der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, versammelt auf dem Gesamtparteitag den 30. Oktober 1905 in Wien, erklären:

Daß sie sich im Hinblick auf den äußerst kritischen Moment seines Zusammentretens, wo das Signal zum gemeinsamen entscheidenden Angriff des Proletariats aller Nationalitäten in Oesterreich auf die Wahlprivilegien und zum Kampfe für das allgemeine Wahlrecht gegeben werden soll, im gegenwärtigen, von ihnen als historisch anerkannten Moment nur dieser Sache widmen wollen.

Im Hinblick auf den Beschluß der Gesamtparteivertretung, namentlich der polnischen, slowenischen und italienischen Genossen, welche eingehende Informationen fordern, verschieben sie die Verhandlungen über ihre Forderungen hinsichtlich der Frage der gewerkschaftlichen Organisationen auf eine der nächsten Sitzungen der Gesamtparteivertretung mit den Prager und Wiener Gewerkschaftskommissionen, eventuell auf einen außerordentlichen gemeinsamen Parteitag, der berufen wäre, sich mit dieser Frage zu befassen.

Sie fordern jedoch eindringlichst, daß diese Angelegenheit in kürzester Zeit erledigt werde, da wir ihre günstige und dem Nationalitätenprogramm der Gesamtpartei entsprechende Austragung für eine unerläßliche Bedingung

des weiteren gemeinsamen Vorgehens und der Existenz der sozialdemokratischen Arbeiter-Gesamtpartei in Oesterreich halten.

An diesen Grundforderungen müssen sie schon deswegen festhalten, weil auch das gemeinsame Vorgehen und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation unter dem Proletariat in Oesterreich, entsprechend den Intentionen der internationalen Sozialdemokratie, bedingt sind in der absoluten Gleichberechtigung und Gleichwertung der Arbeiterschaft aller Nationalitäten in Oesterreich.

Adler: Ich beantrage zur Geschäftsordnung, daß wir diese Erklärung ohne Debatte zur Kenntnis nehmen und sie dem Protokoll anschließen.

Hueber: Unter voller Würdigung der Anschauungen der tschechischen Parteiexekutive über die Frage der Regelung unseres Streitfalles glaube ich dasselbe Recht zu haben wie die tschechischen Genossen, auch dazu Stellung zu nehmen. Wir sind es unserer Gewerkschaftsorganisation schuldig, daß wir nicht in dieser Art über sie zur Tagesordnung übergehen. So geht es nicht. Man hätte es sich früher überlegen sollen. Ich bitte, den Antrag abzulehnen.

Adler: Es ist mir nicht eingefallen, über die Gewerkschaften oder ihre Fragen zur Tagesordnung übergehen zu wollen, sondern ich habe gemeint, nachdem die Tschechen hier die Erklärung abgegeben haben — was immer ihre Absichten und Anschauungen sein mögen — sie hier nicht geltend machen zu wollen, daß Sie es verstehen werden, wenn wir sagen: Wir nehmen die Erklärung, die eine Verzichtleistung für diesen Parteitag ist, zur Kenntnis und überlassen diese Angelegenheit jenem Gebiet, jenem Tage und jenen Kompetenzen, vor die sie gehört. Etwas anderes war damit nicht gemeint. Wir haben mit der Erklärung nichts zu tun, als davon Kenntnis zu nehmen.

Hueber (zur Richtigstellung): Nachdem Adler erklärt hat, daß die Frage an jenem kompetenten Orte zur Austragung kommt, und da der außerordentliche Gewerkschaftskongreß bereits einberufen ist, glaube ich erklären zu können, daß wir nicht darauf bestehen, daß diese Angelegenheit hier zur Sprache komme. Wir werden noch vor dem Kongreß Zeit und Gelegenheit haben, darüber zu reden. Aus diesen Gründen haben wir auch keine Einwendung dagegen, daß die tschechische Erklärung dem Protokoll einverleibt werde.

Der Antrag Adler wird hierauf angenommen.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingegangen. Den **Bericht der Gesamtexekutive** erstattet

Skaret: Ein Blick auf die vorliegenden Berichte zeigt uns, daß unsere Partei in den letzten Jahren sowohl politisch als auch gewerkschaftlich außerordentlich schöne Fortschritte zu verzeichnen hatte; und wir können in der Tat sagen, daß wir infolge der fortschreitenden guten Organisation bei den Wahlen auch in privilegierten Wahlkörpern und Kurien, wo wir früher vergeblich gekämpft haben, sehr schöne Erfolge zu verzeichnen haben. Ich kann Sie da auf den Bericht verweisen und möchte nur einer Aktion Erwähnung tun, nämlich der Aktion, die wir vor etwa zwei Jahren für die Alters- und Invaliditätsversicherung begonnen haben. Wir haben da alle Kräfte angespannt und wir können sagen, daß wir den allerdings sehr vorläufigen und sehr problematischen Erfolg errungen haben, daß die Regierung Koerber mit ihrem Programm einen wohl keineswegs zufriedenstellenden, so doch aber immerhin ersten Schritt gemacht hat. Allerdings wurde das Programm von der nachkommenden Regierung des berüchtigten Gautsch so gut wie fallen gelassen, zumindest hat er es in seiner Antrittsrede gar nicht erwähnt. Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, daß diesem einen Schritt mehrere andere folgen, bis die Arbeiter im Besitze der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung sind.

Gestatten Sie mir, daß ich mich nun mit der Tätigkeit der Gesamtexekutive beschäftige. Wir hatten in den letzten Jahren in der Exekutive ab

und zu Lücken aufzuweisen, da einzelne Genossen den Wiener Wohnsitz verließen, wodurch manche Nation dann nicht ordnungsgemäß vertreten war. Es hat sich überhaupt auch die Unannehmlichkeit gezeigt, daß die Prager tschechische Exekutive, seitdem sie von Wien nach Prag übersiedelt ist, nicht in derselben Stärke an den Sitzungen teilnehmen konnte wie die Wiener deutsche. Um aber nicht den Schein aufkommen zu lassen, als ob wir die anderen Nationen irgendwie oder irgendwann majorisieren wollten, haben wir eine Vereinbarung getroffen, daß jede Nation eine bestimmte Zahl von Stimmen haben soll. Ich muß allerdings sofort konstatieren, daß immer und bei allen Fragen — mit einer einzigen Ausnahme — in der Gesamtexekutive volles Einvernehmen erzielt wurde. Der Schlüssel, den wir gefunden haben, ist von allen beteiligten Exekutiven akzeptiert worden. Es soll nun in allen jenen Fällen, wo ein Einvernehmen nicht erzielt werden kann, nach Nationen abgestimmt werden, wobei die Deutschen vier, die Tschechen drei, die Polen zwei, die Ruthenen, Italiener und Slowenen je eine Stimme erhielten. Außer mit dieser Frage hatten wir uns in der Gesamtexekutive noch mit der Frage der Zulassung einer neuen Gruppe zu beschäftigen. Am 1. Mai 1905, an einem Tage also, wo die ganze Arbeiterschaft ihre Verbrüderung feiert, fühlte eine Anzahl von Leuten das Bedürfnis, sich von der polnischen Sozialdemokratie loszusagen und sich als sogenannte „Jüdische sozialdemokratische Partei Galiziens" zu konstituieren. Sie wendeten sich an uns und verlangten die Anerkennung als nationale Gruppe. Die Gesamtexekutive hat dann in zwei Sitzungen beraten, an denen ein Delegierter der jüdischen Separatisten teilnahm. Wir konnten aber durchaus nicht zu der Ueberzeugung gelangen, daß eine organisatorische oder sonst eine Notwendigkeit vorhanden wäre, eine derartige Gruppe zu schaffen. Wir haben deshalb die Anerkennung dieser neuen „nationalen" Gruppe abgelehnt. Natürlich in der Meinung, sie würden nun wieder zurückkehren und mit den übrigen Genossen Galiziens weiter arbeiten. Allerdings erklärte uns der Vertreter dieser jüdischen Gruppe schon vor Eingang in die Diskussion, daß, was immer wir beschließen, sie sich nicht abhalten lassen werden, sich als selbständige Gruppe zu konstituieren. Nun sind die Vertreter dieser Gruppe neuerlich an die Gesamtexekutive herangetreten, mit der Erklärung, daß sie an den Parteitag appellieren. Wir haben uns in der Vorbesprechung damit beschäftigt und sie haben schließlich mit Rücksicht auf den politischen Moment, in dem wir uns befinden, und die Kämpfe, denen wir entgegengehen, die Berufung an den Parteitag zurückgezogen. In diesem Sinne haben sie auch eine Erklärung abgegeben, die ich beantrage, daß sie dem Protokoll einverleibt werde, so daß wir über diese Angelegenheit keine Diskussion hier haben werden. Es bleibt also beim Beschluß der Gesamtexekutive in dieser Sache.

Die Gesamtexekutive hat sich natürlich auch mit dem Wahlrechtskampf befaßt. Als bei der Ischler Konferenz Gautsch seinen Einspruch gegen das allgemeine Wahlrecht in Ungarn erhob, hatte wohl weder Gautsch noch irgend ein Hofphantom geglaubt, daß dieser Einspruch eine so gewaltige Bewegung in Oesterreich auszulösen vermögen werde, wie es nun geschehen ist. Man hat jedoch in verschiedener Weise gegen uns den Vorwurf erhoben, als ob wir zu dieser Frage etwas oder sehr viel versäumt hätten. Es kann ja jeder Genosse über das, was hätte geschehen sollen und geschehen können, verschiedener Meinung sein, aber es geht nicht an, daß ohne zureichenden Grund in privatem Zirkel wie auch in öffentlicher Form der Vorwurf erhoben wird, wir hätten unsere Pflicht vernachlässigt. Es wurde dabei insbesondere gegen Wien anläßlich der Eröffnung des Landtages der Vorwurf erhoben, daß nichts geschehen sei. Ich glaube, daß doch keiner sich der Meinung hingibt, wir würden so töricht sein, vor dem niederösterreichischen Landtag eine Demonstration zu veranstalten. (Zwischenrufe: Warum?) Das alles sind Fragen, welche wir nur in Wien allein zu beurteilen haben und welche wir nur in Wien allein beantworten können. (Beifall.) Der niederösterreichische Landtag ist wesentlich verschieden von den Landtagen der anderen Länder, und wenn wir hier in Wien nicht vor das Landhaus ziehen, so tun wir das vor allem

aus Reinlichkeitsgefühl und weil wir von diesen Christlich-Sozialen wissen, daß, was sie machen, die reinste Heuchelei und Komödie ist. Ich meine daher, daß Sie uns im Ernst doch nicht den Vorwurf machen können, daß wir etwas versäumt hätten. Wenn das Parlament zusammentritt, dann werden Sie sehen, daß unsere Wiener Demonstration den Demonstrationen in der Provinz — ich bin bescheiden — würdig zur Seite stehen wird. (Beifall.) Das wollte ich auch gegenüber jenen bemerken, die bei der letzten kurzen Session des Reichsrats den Vorwurf erhoben, es sei auch hier zu wenig geschehen. Es ist nicht meine Sache, sich auf alle diese Einzelheiten einzulassen. Wenn wir aber wissen, daß das Parlament nur für wenige Tage einberufen wurde, so konnten wir doch nicht eine Aktion unternehmen, die dann wieder durch die Vertagung des Hauses lahmgelegt wird. Nun ist der Sturm entfesselt und wir werden alles tun, was an uns ist, um die Bewegung zu entsprechender Höhe anzufachen. Ich bin überzeugt, daß die Wogen *nicht früher zur Ruhe kommen werden, als bis die Arbeiter ihr ganzes und volles Recht errungen haben.* (Beifall.) Die Arbeiterschaft ist in ihrer Masse von dem Bewußtsein getragen: *Jetzt gibt es kein Zurück! Jetzt gibt es nur ein Vorwärts!* Und die Aufgabe dieses Parteitages wie die Aufgabe der Gesamtexekutive wird es sein, dafür zu sorgen, daß der große Moment nicht vielleicht ein kleines Geschlecht finde. (Lebhafter Beifall.)

Den **Kassenbericht** erstattet

Kořinek: Sie ersehen aus dem Bericht, wie es mit der Kasse steht, und ich brauche daher nicht viel hinzuzufügen. Auch aus der Kassegebarung ist zu ersehen, daß die Partei wächst. So hatte die Gesamtexekutive vor zwei Jahren 3700 Kr. Einnahmen, heute hat sie 4500 Kr. Die Gesamtexekutive hat es auch diesmal als eine ihrer wesentlichen Aufgaben erachtet, die schwächeren Organisationen zu stützen. So wurden den Slowenen, die ja die schwächste nationale Organisation sind, auch die meisten Unterstützungen gewährt. Auch die Ruthenen wurden ausgiebig unterstützt, soweit es eben unsere immerhin beschränkten Mittel zulassen. Erfreulich ist es, daß auch die schwächeren nationalen Organisationen ihre finanziellen Pflichten zu erfüllen beginnen. Manche Organisation, von der wir früher keinen Kreuzer erhielten, trägt heute schon zu den gemeinsamen Lasten bei. Aus der Bilanz, die ich diesmal aufgestellt habe, können Sie ersehen, wie groß die Mittel der Gesamtexekutive sein könnten, wenn nicht so viele Organisationen im Einnahmenkonto durch ihre Abwesenheit glänzen würden. Dann könnten wir auch leichter unsere Schuldigkeiten erfüllen, unter denen auch eine Forderung des Zentralwahlfonds im Betrage von 500 Kr. ist.

Seitz erklärt im Namen der *Kontrolle*: Wir haben eine genaue Prüfung der Gebarung der Exekutive vorgenommen und alles in Ordnung befunden. Ich *beantrage* daher, der Exekutive *das Absolutorium zu erteilen.*

Es folgt nun die *Debatte.*

Johanis (Prag, tschechisch): Ich habe zunächst die Beschwerde vorzubringen, daß der Bericht der Exekutive nur deutsch herausgegeben wurde. Die Zahl der tschechischen Genossen ist so groß, daß alle Druckschriften der Exekutive, auch der Bericht, in tschechischer Sprache herausgegeben werden müssen; selbstverständlich auch in anderen Sprachen, soweit es diese nationalen Gruppen für notwendig finden. Wir alle steuern ja zu diesen Druckschriften bei und es sind auch immer Genossen unter uns, die nicht Deutsch verstehen, daher die deutschen Berichte nicht lesen können. Ich stelle daher den folgenden *Antrag*:

> Alle Berichte sowie Publikationen der Gesamtparteivertretung sind in allen Sprachen der einzelnen in der Gesamtpartei in Oesterreich vertretenen Nationalitäten herauszugeben.

Dann möchte ich noch auf folgendes hinweisen: Die deutschen Genossen haben bei unseren Schulkämpfen so getan, als ob das sie nichts anginge. Ich

meine, es handelt sich aber da um eine Kulturfrage, bei der die deutschen Genossen auch einzugreifen hätten. Das hätte zumindest im Bericht erwähnt werden sollen.

Borek (Pardubitz, tschechisch): Als die Genossen in Böhmen im heftigsten Wahlrechtskampfe standen, haben — das ist unser aller Ueberzeugung — die Wiener Genossen noch weiter gezaudert, ohne einzugreifen. Ich bin überzeugt, daß auch die deutschen Wiener Genossen nicht Freunde des Wartens sind und besonders die revolutionären Bezirke des V. Wiener Wahlkreises werden mit dieser Politik nicht zufrieden gewesen sein. Das Wien, das gegen Lueger die Straße zu mobilisieren vermochte, wäre gewiß auch imstande gewesen, dem niederösterreichischen Landtage die Macht der organisierten Massen zu demonstrieren. Glauben Sie denn, daß der böhmische oder mährische Landtag besser oder weniger reaktionär sind als der niederösterreichische? Wir wissen, daß die Hauptschlacht in Wien geschlagen werden muß, und waren sehr verwundert, daß sich in Wien nichts rührte. Dr. Adler sagte in einer Versammlung in Margarethen: „Wartet nur!" Wir haben gewartet; es ist aber nichts gekommen. Skaret hat auch die Fraktion verteidigt, deshalb mag es mir auch gestattet sein, darüber zu sprechen. Nach der Reichskonferenz dachten alle, daß die Fraktion es nun dem Gautsch zeigen werde. Aber diese Fraktion, deren Energie wir noch aus dem Jahre 1897 in Erinnerung haben, hat diese Erwartungen enttäuscht. (Beifall und Widerspruch.)

Tusar (Brünn, tschechisch): Darüber, daß Wien früher hätte eingreifen sollen, wurde bei uns viel gesprochen. Es hat uns alle sehr überrascht, daß nach der Reichskonferenz in Wien alles ruhig geblieben ist, ebenso auch, wie wenig die Fraktion getan hat. Schuld an diesem ist, daß auf dieser Reichskonferenz so viel angekündigt wurde, was im Parlament nicht ausgeführt werden konnte. Das wird eine Warnung sein, auf Konferenzen so weitgehende Beschlüsse zu fassen. Anders ist es aber mit Wien. Während das Wahlrecht im Parlament auf der Tagesordnung stand, wurde hier keine einzige Kundgebung auf der Straße veranstaltet, und nicht einmal auf der Galerie des Parlaments wurden die Stimmen der Arbeiter gehört.

Kristan (Laibach): Es ist bei uns eine eigentümliche Sitte aus Deutschland übernommen worden, daß die Genossen in den Blättern einander anrempeln. Mögen diese Streitigkeiten in Deutschland nicht schaden, bei uns schaden sie sehr viel, und es wäre sehr erwünscht, daß man in Hinkunft da etwas mehr Ueberlegung an den Tag legen würde. (Beifall.) Was nun die Vorwürfe gegen die Taktik der Fraktion und der Wiener betrifft, so meine ich, daß jene Genossen, die sich da enttäuscht fühlen, selbst daran schuld sind. Was hätten die Abgeordneten denn tun sollen? Ich habe schon bei der Reichskonferenz gewarnt, sich allzu große Illusionen zu machen, und ich sagte: Die Abgeordneten werden ihre Pflicht erfüllen, aber viel wird es nicht sein können. Wir hatten damals falsche Voraussetzungen; wir dachten, wenn Gautsch das Haus betrügt und die Sozialdemokraten auffahren, so werde mindestens das halbe Parlament mit ihnen aufschreien. Das ist nicht gekommen, und ich weiß nun nicht, was für Wunder Sie von unseren Abgeordneten verlangen. (Beifall.) Und was Wien anlangt, so scheint es mir viel nützlicher, daß mit den Demonstrationen in Wien etwas mehr zurückgehalten werde. Denn wenn einmal die Arbeiterschaft von Wien aufmarschiert, dann werden neben diesen Massen unsere paar Tausend Demonstranten in der Provinz wohl stark in ihrer Wirkung beeinträchtigt werden. Etwas anderes ist es, wenn sich die Demonstrationen in der Provinz, die gewiß ganz bedeutend sind, immer mehr steigern bis zur mächtigen Demonstration in Wien! Man kann auch von der Qualität des niederösterreichischen Landtages welche hohe Meinung immer haben, aber wichtiger ist doch der Reichsrat, und immer in derselben Form demonstrieren: heute vor dem Landtag, morgen vor dem Rathause, übermorgen vor dem Parlament, das ist gewiß nicht die wirksamste Art, Eindruck zu erzielen. Anstatt der nörgelnden Kritik wäre es angezeigt, darüber zu reden, wie wir uns für das rüsten, was nun kommen soll. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Adler**: Es ist selbstverständlich, daß der Bericht des Parteivorstandes nicht diskutiert werden kann, ohne daß man verschiedentlich auch von den anderen Punkten der Tagesordnung spricht. Aber ich will mich einschränken und nur folgendes sagen: Die Genossen Borek und Tusar haben sich mit der Haltung der Wiener beschäftigt und einer hat gerade mich als das Karnickel bezeichnet, das diesmal nicht angefangen hat. (Heiterkeit.) Wir haben auf der Konferenz dem Gautsch den Krieg angesagt. Wir haben gewußt, daß dieser Krieg im Abgeordnetenhaus schwer zu führen ist, und diejenigen, die sich über die Aktion abenteuerliche Vorstellungen gemacht haben, sind selbst schuld daran, wenn ihre Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen sind. (Beifall.) Wir anderen können nur sagen, daß wir über den Verlauf der von unseren Abgeordneten im Parlament angezündeten Bewegung auf das freudigste überrascht sind. Denn unsere Aktion konnte sich nicht darauf beschränken, Herrn Gautsch durch unsere Abgeordneten mehr oder weniger freundlich zu empfangen, sondern es sollte vor allem auch dort jener Feldzug begonnen werden, der nun in vollem Gange ist. (Zustimmung.) Ich habe in jener Versammlung in Margarethen gesagt: Warten wir ab, bis es Zeit sein wird, einzugreifen. Daß wir den richtigen Zeitpunkt abwarten, ist ebenso notwendig, als daß wir im richtigen eingreifen. Es war diesmal Ihnen in Böhmen vorbehalten, den Eröffnungskampf zu führen. Aber es war ganz ausgeschlossen, daß wir in Niederösterreich den Kampf für das böhmische Landtagswahlrecht führen (Zwischenrufe: Für das niederösterreichische!) und den Kampf für das niederösterreichische Landtagswahlrecht. Sie nehmen es mir nicht übel — das verstehen wir besser. Wir können und wollen uns da nicht in eine Diskussion der Einzelheiten einlassen; aber wir wollten uns vor allem mit gutem Bedacht aller Verhältnisse unsere Kräfte für jene Kämpfe aufsparen, wo Wien berufen ist, gewissermaßen als die Delegation des gesamten österreichischen Proletariats vorauszugehen. (Stürmischer Beifall.) Wir sind weit entfernt, das, was Sie getan haben, zu unterschätzen, wir erkennen es an; aber wenn wir Ihnen nicht hineingeredet haben, wie Sie Ihre Aktion führen, so müssen auch Sie die Güte haben — nicht, als ob wir Ihnen die Kritik wehrten — aber doch etwas Vertrauen zu uns zu haben. (Beifall.) Wir führen diesen Kampf nicht zum erstenmal und haben auch schon Beweise erbracht, daß wir im entscheidenden Moment das Notwendige zu tun wissen. Ich bin ja sehr erfreut, wenn man uns vorwärts drängt; aber wir glauben doch, diese Mahnungen nicht notwendig zu haben. Die Kunst des Wartens ist auch eine schwierige Kunst und Sie werden Sie in Ihrer politischen Entwicklung auch noch lernen.

Zum Schluß möchte ich noch auf eine Episode zurückkommen, auf den Versuch einer Gruppe in Galizien, eine eigene Partei zu gründen. Wir haben keinen Grund, von dem einmal gefaßten Beschluß abzugehen, daß diese Gruppe außerhalb der Partei steht.

Winarsky (Wien): Ich bin gewiß nicht der Meinung, daß die Kritik schädlich ist. Aber im vorliegenden Falle sind die tschechischen Genossen im Unrecht. Die Wiener Parteigenossen sind sich bewußt der Pflichten, die sie auf dem vorgeschobenen Posten hier zu erfüllen haben, und Sie können versichert sein, daß die Wiener Organisation, wie sie ihre Pflicht in vielen harten Kämpfen erfüllt hat, sie auch jetzt wieder erfüllen wird und auch bis jetzt schon erfüllt hat. Gerade aus den Reihen der Wiener Genossen ist ja schon in früheren Jahren der Wunsch ausgesprochen worden, daß ein schärferer Kampf für das allgemeine, gleiche Wahlrecht eine dringende Notwendigkeit für die Partei ist; und da wollen Sie behaupten, daß wir jetzt, wo der geschichtliche Moment endlich gekommen ist, nicht wissen, was unsere wichtigste Pflicht ist! Das ist ein unberechtigtes Mißtrauen gegen uns, und Sie können keine Handlung nennen, die dieses Mißtrauen begründen könnte. Wir haben nach der Reichskonferenz zahlreiche Versammlungen abgehalten, Demonstrationen in kleinerem und größerem Umfange veranstaltet, und Sie wissen sehr wohl, daß bei allen unseren Kundgebungen eine Beteiligung der Arbeiter zu verzeichnen ist wie in gleicher Weise nie in früheren Jahren. Wir hätten vor den Reichsrat ziehen sollen, sagen Sie. Aber das konnte nicht unsere Aufgabe

sein damals, wo der Kampf erst begonnen hatte, wo die Kampfparole erst verbreitet werden mußte und wo — wie wir alle wußten — die Entscheidung im Reichsrat noch gar nicht fallen konnte. (Zustimmung.) Wir mußten die Kraft der Wiener Organisation aufsparen bis zu dem Zeitpunkt, wo die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, diesem Parlament den eisernen Zwang der Notwendigkeit aufzuerlegen, endlich der arbeitenden Masse das gleiche Wahlrecht zu geben. Und eine Demonstration vor dem Landhause? Wir wußten zu gut, daß wir hier keine Aussicht haben, eine Reform des Landtagswahlrechtes durchzusetzen, bevor wir eine Reform des Reichsratswahlrechtes durchgesetzt haben; und für den Kampf um diese Reform wollten wir unsere Kraft konzentrieren, für diesen Kampf, der zugleich bahnbrechend werden muß für die Landtage aller Länder Oesterreichs. Es ist selbstverständlich, daß wir die heuchlerischen Freundschaftserklärungen der Christlich-Sozialen für das gleiche Wahlrecht, diese gemachte Begeisterung, gespickt mit der fünfjährigen Seßhaftigkeit, nicht ernst nehmen können. Aber ein Aufmarsch vor dem Landhause hätte beinahe dazu führen müssen, daß aus dem Kampfe um das Wahlrecht ein Kampf zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten geworden wäre. Und so sehr die Christlich-Sozialen unsere Feinde sind, denen wir bei jeder Gelegenheit entgegentreten, so wenig kann es unser Interesse sein, daß der große Kampf um das Wahlrecht in eine solche Episode ausgehe. Sie können versichert sein, daß wir unsere Pflicht erfüllen werden. Wir haben alles Notwendige vorbereitet (lebhafter Beifall) und wenn der Reichsrat im November zusammentritt, werden Sie die Wiener auf ihrem Posten finden. (Neuerlicher stürmischer Beifall.) Jede Kritik kann nützlich sein, aber im gegenwärtigen Augenblick scheint es mir im Interesse des Gelingens unserer großen Sache wichtiger, daß wir alle Zeit, die wir zur Verfügung haben, nicht dazu benützen, um vergangene Dinge zu diskutieren, sondern um das große Werk des Kampfes vorzubereiten. (Lebhafter Beifall.)

Tomášek (Wien, tschechisch): Es ist gewiß außer allem Zweifel, daß, wenn einmal der Kampf im Zuge sein wird, die Wiener Arbeiter ihre Pflicht erfüllen werden. Die Frage ist nur, ob man früher hätte beginnen sollen oder nicht; und ich sage, daß der Kampf schon etwas spät beginnt. Man redet sich darauf aus, daß das Parlament nur auf vierzehn Tage einberufen war. Aber in diesen vierzehn Tagen ist eine ganze Reihe von Anträgen verhandelt worden und es ist ein Versäumnis, daß in jener Zeit die Wiener Straße nicht eingegriffen hat. Wenn der Druck der Straße nachgeholfen hätte, hätte so mancher auf der Seite des deutschen Bürgertums vielleicht ganz anders gestimmt. Heute werden sie dem „Terrorismus der Straße" nicht mehr nachgeben, nachdem sie das erstemal schon gegen das Wahlrecht gestimmt haben. Auch in Böhmen war der Kampf erst im Anfang und doch haben wir demonstriert. Braucht man denn zu diesem Kampfe gar so lange Vorbereitungen? Und ist nicht erst kurz vorher die Reichskonferenz gewesen? Es waren ja nicht nur die Tschechen unzufrieden, sondern auch die Steirer. Der „Arbeiterwille" schrieb noch viel schärfer als unsere Blätter. Dort stand, man habe erwartet, daß die Wiener dem Gautsch die Fenster einschlagen würden. Und damals, an demselben Abend, da das geschrieben wurde, sagte Adler: „Wir werden warten." Unsere Vorwürfe gehen nicht gegen die deutschen Arbeiter. Die waren genau so wie wir für den Aufmarsch der Straße; wohl aber gegen die Führung, die sie zurückhielt. Wir werden im bevorstehenden Kampfe Arm in Arm marschieren. Aber das kann uns nicht hindern, daß wir auch über den bisherigen Verlauf der Aktion in Wien unsere Meinung sagen.

Vaněk (Brünn, tschechisch): Wie es keine Regierung ohne Opposition gibt, so hat auch die sozialdemokratische Regierung ihre Kritiker. (Heiterkeit.) Sie hatte sie auf allen Kongressen, und wie Sie sich erinnern, war Winarsky immer unter denen, die ihr den Vorwurf gemacht hatten, daß sie in der Frage des Wahlrechtes zu lässig vorgehe. Und immer hörten wir auch die Antwort: Die Verhältnisse sind noch nicht so, daß wir eine intensive Bewegung hervorrufen könnten; wir müssen warten. Ich habe das immer begriffen und stand nie auf seiten der Kritiker. Aber heute habe ich selbst den Eindruck, daß die Vor-

würfe gegen die Parteivertretung und die Wiener Genossen berechtigt sind. Wir alle, die wir auf der Reichskonferenz waren, dachten, daß, sobald das Parlament zusammenkomme, der Kampf beginnen werde. Als wir dann aber sahen, was im Parlament geschah, da sagten wir uns: Der kreißende Berg gebar eine Maus. Nun sagt man uns: Was hätte man tun sollen; Gautsch ist ein alter, kranker Mann, was sollten wir mit ihm anfangen? Ich meine, unsere Genossen hätten keinen Anlaß, gerade diesen alten Herrn zu schonen. Wer krank ist, der mag in Pension gehen; der soll aber keine Regierung übernehmen. Das hätte man dem Gautsch viel deutlicher im Parlament und auf der Straße sagen müssen. Aber man tröstet uns, daß nichts versäumt sei und daß jetzt erst der richtige Augenblick da sei. Wir waren gewöhnt, daß die Wiener Genossen immer das erste Wort in solchen Dingen sprachen, nicht daß sie erst vorwärts gestoßen werden mußten. Früher sagten die Staatsmänner unserer Partei: „Wir an der Spitze, vorwärts, uns nach!" Jetzt sagen sie: „Ihr müßt uns vorwärtsstoßen." Das ist zwar für sie bequem, aber für unsere Partei ungesund.

Prokesch (Mährisch-Ostrau, tschechisch): Wir stellen uns in der Provinz immer vor, daß in Orten, wo unsere Partei am stärksten ist, auch der erste Angriff erfolgen soll. Aber der Angriff ist diesmal im Zentrum unserer Bewegung, in Wien, nicht erfolgt. Wir hatten in den kleinsten Nestern große Demonstrationen; in der Millionenstadt Wien war noch nichts. Ich glaube aber, daß die Politik des Wartens nicht gesund ist. Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre Partei und ihre Taktik muß daher eine andere sein. Die Reichskonferenz kündigte ein Gewitter an, aber das Gewitter ist ausgeblieben. Gegen diese Politik müssen wir uns auf das entschiedenste wenden.

Muchitsch (Graz): Ich hätte es für überflüssig gehalten, zu diesem Punkt der Tagesordnung zu reden, wenn sich nicht Tomaschek und Vaněk auf uns berufen hätten. Gewiß, wir waren auf früheren Parteitagen die Dränger und es ist auch richtig, daß wir im Anfang dieser Wahlrechtsbewegung mit dem Vorgehen der Parteivertretung nicht zufrieden waren. Aber wir gestehen, daß wir heute keine Ursache haben, an dem Vorgehen der Parteivertretung oder der Wiener Genossen herumzunörgeln. Der Verlauf der bisherigen Wahlrechtsbewegung ist derart, daß wir damit vollauf zufrieden sein können. Wir dachten anfangs auch, daß dieses Parlament im Sturmlauf beseitigt werden müsse und daß dieser Sturm schon am Tage der Parlamentseröffnung unternommen werden müsse. Nun hat aber doch die bisherige Entwicklung des Wahlrechtskampfes gezeigt, daß der entscheidende Schritt erst zu machen sein wird. Die letzte große Versammlung in den Sophiensälen wie auch die Haltung unseres Zentralorgans „Arbeiter-Zeitung" hat uns gezeigt, daß wir uns auf die Parteivertretung wie auf die Wiener Genossen vollauf verlassen können. (Beifall.) Ich meine auch, daß es durchaus unberechtigt ist, wenn man heute die Genossen wegen der angeblichen Versäumnisse in der Weise kritisiert, wie es die tschechischen Genossen heute tun. (**Borek:** Was hat der „Arbeiterwille" geschrieben?) Das war damals, als Gautsch sein unerhörtes Attentat verübte. Lesen Sie doch, was der „Arbeiterwille" in der letzten Zeit geschrieben hat! (**Tomášek:** Jetzt sind wir auch zufrieden!) Dann sehe ich nicht ein, warum Sie diesen so bedeutsamen Parteitag mit Ihren kleinlichen Nörgeleien aufhalten . . . Es wurde dann auch gesagt, daß die Wiener Arbeiter vor dem Landtag hätten aufmarschieren sollen. Ich muß Ihnen sagen, daß wir mit der Meinung der Wiener Genossen, daß das ganz zwecklos wäre, ganz einverstanden sind. Die Leute haben sofort, als sie hörten, daß Seitz einen Dringlichkeitsantrag für das gleiche Wahlrecht vorbereite, einen solchen Antrag gestellt. Die Demagogie der Christlich-Sozialen ist so ausgeprägt und so bekannt, daß es ganz zwecklos wäre, sich mit dieser Gesellschaft in eine Auseinandersetzung einzulassen.

Nun haben sich die Genossen auch über die Haltung der Fraktion empört. Da stimme ich Adler bei, daß wir von dem, was im Parlament geschehen ist, vollkommen befriedigt waren und daß, wenn andere enttäuscht sind, es eben ihre eigene Schuld ist. Darüber sollten wir doch schon hinaus

sein, zu erwarten, daß unsere Abgeordneten im Parlament alles machen können, was wir vom Parlament verlangen. Die Abstimmung über die Dringlichkeit war ein bedeutendes Ereignis, das dem Wahlrechtskampf zweifellos einen starken Nachdruck gegeben hat, und wir müssen anerkennen, daß an dem Resultat dieser Abstimmung unsere Abgeordneten doch nicht ganz unschuldig sind.

Kristan hat die Unsitte beklagt, daß in den Zeitungen jetzt so unangenehme Polemiken geführt werden. Da muß ich demgegenüber doch erklären, daß, wenn man angerempelt wird, man sich wehren muß. Wenn man solche Polemiken nicht liebt, möge man mit den Nörgeleien nicht beginnen, dann wird der andere keine Antwort darauf geben müssen; und die deutschen Genossen sind wirklich mehr als zurückhaltend gewesen. Ich meine, daß der Parteitag nicht der Ort ist, um solche kleinliche Nörgeleien fortzuspinnen, sondern daß es viel notwendiger ist, alle Kraft zu konzentrieren auf den kommenden Kampf, der für uns ein entscheidender Kampf sein wird. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Soukup** (Prag, tschechisch): Kristan hat uns die verschiedenen Preßpolemiken vorgeworfen und da kann er bloß die Polemik zwischen dem „Pravo Lidu" und der „Arbeiter-Zeitung" wegen der fünften Kurie im Landtag gemeint haben. In diesem Falle aber haben wir nichts getan, als daß wir uns dagegen wehrten, daß der Anschein erweckt werde, als ob wir mit dieser Reform zufrieden wären. Wir standen auf dem Standpunkt: Lieber nichts als die fünfte Kurie! und wir konnten im Interesse der Gesamtpartei nicht anders handeln. Adler hat von der Kunst des Wartens gesprochen. Diese Kunst haben wir damals in Böhmen angewendet. Wir können auf die Landtagswahlreform warten, weil wir die revolutionäre Energie des böhmischen Proletariats nicht durch eine nichtsnutzige fünfte Kurie lahmlegen lassen, sondern sie für den Hauptangriff, der dem Reichsrat gelten muß, erhalten wollten. Sie beweisen uns, daß eine Demonstration gegen den niederösterreichischen Landtag zwecklos gewesen wäre. Aber uns handelte es sich nicht um den Landtag als vielmehr um das Parlament, um Gautsch. (Sehr richtig!) Ihre letzte Versammlung im Sophiensaale wurde bei uns mit großem Enthusiasmus begrüßt. Da will ich nur nebenbei bemerken, daß noch vor zwei Monaten Adler sich auf einen Feldzug gegen den Reichsrat nicht einlassen wollte. (**Austerlitz**: Ihr auch nicht!) Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß der Kampf nun auch in Wien beginnt; wir meinen, daß die Wahl Adlers in Böhmen seine alte Energie etwas gestärkt hat. (Heiterkeit.) Wir möchten nur, daß die Reichskonferenz kein Analogon im Parteitag finde. Wir gingen damals in den Kampf und warteten mit Spannung, was im Parlament geschehen werde. Aber von dort kam uns nur eine Enttäuschung. Statt des erwarteten großen Sturmes auf Gautsch kamen nur einige unschuldige Zwischenrufe und schließlich ein trauriger Zusammenstoß mit einem Menschen wie der Geßmann. In Böhmen und Mähren haben die Infanterie und Kavallerie das Feuer eröffnet, nun muß das Feuer der Artillerie in Wien folgen.

Špera (Brünn, tschechisch): Schon auf dem letzten Parteitage wurden, und zwar auch seitens der deutschen Genossen, Vorwürfe erhoben, daß wir in der Frage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes nicht scharf genug vorgehen. Als wir in Brünn und Prag mitten im Kampfe standen, sind die Wiener abseits geblieben von der großen Bewegung. Es scheint mir überhaupt, daß die Wiener Genossen allzuviel hohe Politik machen. Damit kommt man aber nicht weit. Was wir errungen haben, haben wir durch unsere proletarische Rücksichtslosigkeit errungen. Wenn wir unsere Vorwürfe jetzt vorbringen, so tun wir das nur deshalb, damit nicht nächstens wieder dieselben Fehler begangen werden. Hoffen wir, daß die Wiener Genossen die begangenen Fehler durch die Macht ihrer Demonstration wettmachen werden.

Pölzer (Wien): Ich habe mich zum Worte gemeldet, weil Tomášek sagt, die Wiener Arbeiter dächten anders, aber die Vertrauensmänner seien es, die sie zurückhalten. Demgegenüber kann ich feststellen, daß wir alles mit

unseren Vertrauensmännern aus den Werkstätten sehr eingehend beraten haben und daß sie unsere Taktik gebilligt haben. Ein Prager Genosse hat sich auf den „Arbeiterwille" berufen, daß wir dem Gautsch hätten die Fenster einschlagen sollen. Ja, haben denn Sie in Prag jemandem die Fenster eingeschlagen? Wir haben es nicht getan und wollen es auch nicht tun. Wenn Sie jetzt sagen, daß Sie mit uns nun zufrieden sind, so müssen wir Ihnen antworten, daß uns diese Ueberhebung nicht gefällt. Warum kommt jeder von Ihnen mit demselben Anwurf? Wir haben jetzt anderes zu tun. Wir haben den Kopf voll, wie wir die Demonstration möglichst großartig gestalten, und haben nicht Zeit, uns mit Ihren Quengeleien zu befassen. Sie sagen, die Wiener Arbeiter hätten nicht ihre Pflicht erfüllt. Waren wir nicht immer die ersten, die zum Parlament gezogen sind, wenn der richtige Moment da war? Sie können sich verlassen, die Demonstration, die nun kommen wird, wird so sein, daß sie sich neben Ihren sehen lassen kann. Lassen wir diese kleinlichen Dinge und rüsten wir zum großen Kampfe, der im Interesse der Arbeiter geführt werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Wolf (Wien) — zur Geschäftsordnung — beantragt Schluß der Debatte.

Austerlitz (Wien) bittet, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird angenommen. Zum Worte gemeldet waren noch Volkert (Wien), Kräpka (Proßnitz), Nießner (Brünn), Aust (Kladno), Austerlitz (Wien) und Němec (Prag).

Volkert (Wien) zu einer Richtigstellung: Es wurde vorhin gesagt, daß die deutschen Genossen des fünften Wahlkreises mit der Taktik der Parteivertretung nicht einverstanden sind. Demgegenüber habe ich festzustellen, daß das unrichtig ist. Wir hatten eine Wahlrechtsversammlung, wie sie in diesem Wahlkreis noch nie gewesen war, und in dieser Versammlung hat Schuhmeier erklärt, daß wir bei der neuerlichen Parlamentseröffnung im November in Massen vor dem Parlament aufmarschieren werden. Wir haben dazu unsere Zustimmung gegeben und beschlossen, uns deshalb mit einem Schreiben an die Parteivertretung zu wenden. Die Parteivertretung hat auch demgemäß beschlossen. Ich kann demnach erklären, daß wir mit der Taktik der Parteivertretung vollkommen einverstanden sind.

Es folgt nun das Schlußwort von

Skaret: Diese Debatte hat einen Umfang angenommen, den ich allerdings nicht vorausgesehen habe. Es wurde eine ganze Reihe von Dingen hereingezogen, die eigentlich mit dem Gegenstand des Berichtes so gut wie nichts zu tun haben, da sie sich eigentlich gegen den Verband wenden. Die Angriffe gingen aber auch gegen die Gesamtexekutive und noch mehr gegen die Wiener Parteiorganisation. Wenn Soukup sagt, er sei sehr enttäuscht von dem, was der Reichskonferenz folgte, so meine ich, dann hätte er so objektiv sein müssen, alle jene Momente in Berücksichtigung zu ziehen, die sich nach der Reichskonferenz ereigneten. Wir alle hatten damals das Bewußtsein, daß Gautsch nicht mehr Ministerpräsident bleiben darf. Aber geht denn unser Wunsch nicht manchmal weit über unsere Kraft? Vergessen wir nicht bei unseren Wünschen gar oft auch in Kalkül zu ziehen, ob auch die Erfüllung unserer Wünsche in der Macht unserer Genossen gelegen ist? Die tschechischen Genossen haben ja auch ihre Vertreter im sozialdemokratischen Verband und der Vorwurf Soukups richtet sich nicht weniger gegen ihre Abgeordneten als gegen unsere. Und nun zum Vorwurf gegen die Wiener Organisation. Wir haben Ihnen gesagt, warum wir diese und keine andere Taktik einnahmen. Für uns in Wien war es für jeden Genossen klar, daß man nicht zum Landtag ziehen kann. Uebermannt Sie nicht der Ekel, wenn Sie daran denken, daß wir vielleicht eine Deputation zum Prälaten Schmolk oder gar zu seinem Stellvertreter, dem Luger, schicken sollen? Es ist ja ganz erfreulich, wenn Sie vorwärts drängen und verlangen, daß man energischer vorgehe. Aber ich bitte, bei Ihrer Kritik der Parteiexekutive nicht unrecht zu tun, sondern auch zu erwägen, ob denn die Situation immer so war, daß alles schon hätte geschehen können, was jetzt geschehen soll und zweifellos geschehen wird.

Nun noch einige technische Angelegenheiten. Wir schließen nach unseren Organisationsbestimmungen unsere Berichterstattung am 30. Juni ab und es wäre darum ein leichtes, vom 1. Juli bis Ende September alle Berichte fertigzustellen, und es könnten uns die nationalen Exekutiven die Berichte rechtzeitig einsenden. Wir haben rechtzeitig die Zirkulare hinausgeschickt, aber der tschechische Bericht ist vier Tage vor der Ausgabe des Berichtes — also in der vorletzten Woche — gekommen, der polnische Bericht gar erst drei Tage vor dem Parteitag, und die Slowenen und Ruthenen sind uns bis zur Stunde ihre Berichte noch schuldig. Da müssen Sie schon begreifen, daß in dieser kurzen Zeit nicht auch noch eine Uebersetzung besorgt werden kann. Wir sind selbstverständlich gern bereit, im Einvernehmen mit den nationalen Exekutiven den Wünschen nach Uebersetzung der Berichte Rechnung zu tragen. Ich ersuche Sie daher, den Antrag Johanis der Gesamtexekutive zuzuweisen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Johanis der Gesamtexekutive zugewiesen, der Antrag Seitz auf Erteilung des Absolutoriums angenommen.

Den **Bericht der Fraktion** erstattet

Referent Abgeordneter **Pernerstorfer**: Der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit liegt Ihnen bereits im Druck vor. Ich werde jetzt auch nicht neuerlich ein genaues Bild unseres Parlaments vorführen. Die letzten zwei Jahre, über die wir zu berichten haben, blieb zum großen Teile das Parlament überhaupt untätig. Im Herbst 1903 war nur eine kurze Session von drei Tagen, die durch die Ungeschicklichkeit der österreichischen Regierung und des österreichischen Parlaments notwendig geworden war, um das gewöhnliche Rekrutenkontingent zu bewilligen, da im Frühjahre das Parlament im Uebereifer schon das erhöhte bewilligt hatte, während in Ungarn obstruiert wurde. Auch im Jahre 1904 ist in einer dreiwöchentlichen Session wieder nichts Bedeutendes vorgekommen als unser Dringlichkeitsantrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, bei dessen Begründung unser Gen. Ellenbogen dem Parlament und der Oeffentlichkeit wieder alle Argumente für das allgemeine, gleiche Wahlrecht vorführte. Sonst wurde die Session mit bloßen Dringlichkeitsanträgen für Obstruktionszwecke aufgebraucht. Am Ende des Jahres mußte dann Dr. v. Koerber demissionieren, weil die Jungtschechen glaubten, dadurch aus der Verlegenheit, in der sie sich infolge ihrer sinnlosen Politik schon lange befunden hatten, herauszukommen, und auch die deutschbürgerlichen Parteien nicht den geringsten Versuch mehr machten, den Minister Koerber zu halten, da auch bei ihnen Grund zur Unzufriedenheit war. Sie verlangten schon dringend Ministersitze, und besonders die Volkspartei wartete schon, sich nach Koerber auf den Ministerstuhl niederzusetzen.

Am Anfange des heurigen Jahres wurde dann Gautsch ernannt. Alle Beratungen erfolgten nun unter dem Drucke, daß die einzelnen Parteien immer und immer darauf gewartet haben und damit vertröstet worden sind, daß die sogenannte Parlamentarisierung des Kabinetts vor sich gehen werde. Nun, heute kann gar nicht beurteilt werden, wie weit es dem Ministerpräsidenten Gautsch mit dieser Lockung Ernst war. Wir haben nun nur die Tatsache vor uns, daß er — und auch andere — weniger denn je ernstlich daran denken können, das Kabinett zu parlamentarisieren. Von der Angelegenheit des laufenden Jahres ist hervorzuheben der Antrag Daszynski betreffend die russischen Flüchtlinge, bei dem wir sogar das Glück gehabt, im Parlament einen Erfolg zu erringen. Die Rede Daszynskis hat großen Eindruck auf das Haus und die gesamte Oeffentlichkeit gemacht. Von Wichtigkeit war dann auch die Einsetzung eines permanenten Ausschusses zur Reform der Gewerbeordnung. Dieses Parlament, das im Grunde genommen nur dienstbar ist den zünftlerischen und agrarischen Interessen, hat den Antrag angenommen, weil die bürgerlichen Abgeordneten das Interesse hatten, sich vor den Wahlen ihren Wählern als „treue Freunde der Reform der Gewerbeordnung" in Erinnerung zu bringen. Wir nahmen gegen den Antrag Stellung, und da wir unterlagen, sendeten wir den Abge-

ordneten Elderisch in den Ausschuß, damit dort auch die Stimme der Arbeiter erhoben werde. Die wichtigste Tatsache des laufenden Jahres war aber gewiß die Entfernung des Eisenbahnministers Wittek. Sie wissen, welch großer Feind der Arbeiter und ihrer Organisation und welch großer Freund der Christlich-Sozialen er ist. Seine Entfernung hatte also das Angenehme, zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen. Wir haben während der Verwaltung des Eisenbahnressorts durch Wittek wiederholt Gelegenheit gehabt, ihn in der schärfsten und energischesten Art im Parlament anzugreifen, aber mit der glatten und öligen Art, die ihm eigen, verstand er es, durch alle Fährlichkeiten durchzuschlüpfen, bis endlich bei der Kreditüberschreitung beim Bau der Alpenbahnen die Zeit gekommen war, den Hauptschlag zu führen. Es ist vielleicht nicht ganz in der Ordnung, aber ich fühle mich verpflichtet, es hier auszusprechen, daß Gen. Dr. Ellenbogen im Eisenbahnausschusse den Kampf gegen Wittek so klug und erfolgreich zu führen verstand, daß ihm gewiß ein großer Teil des Verdienstes zuzuschreiben ist, daß wir diesen zweifelhaften Charakter des Herrn Wittek hoffentlich für immer losgeworden sind. (Beifall.)

Wir haben im Laufe der nun abgeschlossenen Debatte schon eine Reihe von Vorwürfen gegen den parlamentarischen Verband zu hören bekommen. Parteigenossen! Ein Vertretungskörper, der so beschaffen ist wie das österreichische Parlament, ist überhaupt für Sozialdemokraten ein nicht sehr angenehmes Feld der Betätigung. Sie wissen ja doch, was wir in den letzten acht Jahren erlebt haben. In diesem Privilegienparlament haben es die sozialdemokratischen Abgeordneten weitaus schwieriger als in einem wirklichen Parlament, das auf demokratischer Grundlage ruht und in dem sozialdemokratische Abgeordnete insbesondere jene Aufgaben erfüllen können, die ihnen vor allem anderen von den Parteigenossen übertragen werden: auf die Gesetzgebung einzuwirken und auf legislatorische Maßregeln hinzuarbeiten, die zum Wohle der Arbeiter sind. In diesen fünf Jahren dieses Parlaments können wir nur auf eine solche positive Arbeit hinweisen: auf das Bergarbeitergesetz des Jahres 1902.

Man hat uns vorgeworfen, daß wir insbesondere den Kampf gegen Gautsch nicht mit jener Energie geführt haben, der von uns erwartet wurde. Es wurde auf die Reden Schuhmeiers und Daszynskis und auch auf meine hingewiesen, die auf unserer Reichskonferenz gehalten wurden, und gesagt, daß die großen Worte von damals nicht den Taten im Parlament entsprachen. So viel ich mich erinnere, so habe gerade ich damals mit großen Worten gespart. Was aber die Reden Daszynskis und Schuhmeiers betrifft, so haben die gewiß viel mitgewirkt, daß die öffentliche Meinung so ausfiel, wie sie ausgefallen ist. Oder glauben Sie, daß diese so ausgefallen wäre, wenn auf dieser Konferenz nicht so energisch gesprochen worden wäre? (Zustimmung.) Glauben Sie, die bürgerlichen Parteien wären aufgerüttelt worden, wenn ihnen nicht die Reichskonferenz das Bild der Erbitterung der Arbeiterschaft so deutlich vor Augen geführt hätte? Was auf der Reichskonferenz gesprochen wurde, das verantwortet jeder von uns mit gutem Gewissen vor allen Parteigenossen.

Auf der Konferenz wurde der Verband ermächtigt, alle jene Schritte zu tun, die ihm geeignet erscheinen, das Wahlrecht zu fördern. Der Verband wurde auch beauftragt, einen Gesetzesvorschlag über das gleiche Wahlrecht auszuarbeiten und einzubringen.

Abgeordneter **Seitz**: Zur geeigneten Zeit!

Abgeordneter **Pernerstorfer**: Ja, zur geeigneten Zeit, hieß es auch noch. Wir haben im Verband sehr ausführlich besprochen, was zu tun ist. Es tut mir sehr leid, wenn hier Parteigenossen auftreten und, wenn nicht deutlich, so doch unter nicht mißzuverstehendem Hinweis auf die Novembertage des Jahres 1897 andeuten, wir hätten wieder eine ähnliche Handlung vollbringen sollen wie damals die sozialdemokratische Fraktion. Im Jahre 1897 handelte es sich im Parlament, der Revolution von oben die Revolution von unten entgegenzustellen. Jetzt handelt es sich aber um einen Kampf gegen die Regie-

rung, insbesondere gegen die Person des Ministerpräsidenten Gautsch. Auf den Zuruf des Gen. Seitz, wie sich denn die Genossen den Kampf im Parlament vorstellen, wurde geantwortet: „Das geht uns nichts an, darum hat sich die Fraktion zu kümmern." Nun, Genossen, so steht die Sache denn doch nicht. Ich will schon annehmen, daß Sie nicht gerade die Dümmsten zu Abgeordneten wählen (Heiterkeit) und ihnen zutrauen, daß sie das Richtige finden. Wenn Sie aber unsere Haltung tadeln und von uns Besseres verlangen, als wir mit dem Aufwande unserer Ueberlegung leisteten, dann sind Sie schon verpflichtet, uns zu sagen, wie wir es hätten besser machen können und besser hätten machen sollen. (Zustimmung bei der Mehrheit des Parteitages. Widerspruch der Tschechen.)

Die Novembertage des Jahres 1897 waren gewiß glorreich für unsere Partei, aber sie haben auch eine andere Seite gehabt: In einer großen Zahl von Leuten ist der Glaube entstanden, jeder Tag im Parlament, wo nicht ein Präsident hinausgeworfen wird, ist ein verlorener. (Heiterkeit.) Diese Denkweise verträgt sich aber nicht mit dem Parlamentarismus. Wir wissen, wie wertvoll unter Umständen ein Parlament sein kann, und darum verlangen wir ja auch seine Demokratisierung durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Aber wenn man das Parlament grundsätzlich will, dann darf man das Parlament nicht ebenso grundsätzlich demolieren. Die Mittel des parlamentarischen Kampfes sind denn doch vorerst die Reden, die wir halten, denn die Fäuste, die wir gebrauchen, gehören doch nur für die Ausnahmsfälle. Die Eröffnung des Kampfes gegen Gautsch wurde vorbereitet durch die Reichskonferenz und — wie ich hervorheben will — insbesondere durch die Presse. Sie haben bewirkt, daß im Parlament eine Stimmung erzeugt wurde, die ohne diese Vorbereitung nicht vorhanden gewesen wäre. Deshalb war die Konferenz am Platze und wir haben getan, was wir tun konnten. Und es muß ausgesprochen werden: Dieser letzte Parlamentsabschnitt war ein großer Erfolg der Sozialdemokraten, und ich weiß nicht, wer das leugnen könnte.

Diejenigen, die uns Vorwürfe machen, müssen schon so gütig sein, uns zu sagen, welche Mittel wir hätten anwenden sollen. Ich weiß nur noch das eine: Gautsch nicht zu Wort kommen zu lassen. Wir hatten aber ein Interesse daran, zu hören, wie er sich ausredet. Daß wir ihn charakterisierten und mit Zwischenrufen empfingen, war selbstverständlich; ihn am Reden zu hindern, wäre aber direkt gegen unser politisches Interesse gewesen und wir hätten dadurch wohl nur die große Wahlrechtsdebatte vereitelt, die unseren Zwecken am besten gedient hat. Vielleicht sagen noch andere, wir hätten ihn hinauswerfen sollen. (Heiterkeit.) Das habe ich aber schon ausgeführt, daß die Situation denn doch ganz anders als im Jahre 1897 war. Zudem sind unser auch nur zehn und wir hätten bei diesem Hinauswurf nicht auch wieder die Deutschen an unserer Seite gehabt. Alle diese Vorwürfe fallen also in nichts zusammen.

Vielleicht haben manche auch gemeint, es hätten in dieser Session wir den ersten Dringlichkeitsantrag für das gleiche Wahlrecht einbringen sollen. Wir Sozialdemokraten haben diesen Wettlauf nicht notwendig. Mögen noch so viele Dringlichkeitsanträge einbringen, uns Sozialdemokraten wird man in der Wahlrechtsfrage die Priorität nicht rauben; denn solange es eine Sozialdemokratie in Oesterreich gibt, kämpft sie für das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Für unsere politischen Zwecke war es aber sehr nützlich, daß von anderen Parteien Dringlichkeitsanträge auf die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes kamen. (Sehr richtig!) In der Geschichte wird kein Zweifel obwalten, daß die Sozialdemokraten die ersten waren, die diese politische Notwendigkeit erkannten.

Vielleicht haben wir Abgeordnete manchmal etwas unterlassen oder auch etwas getan, was nicht in der Ordnung war. Aber es handelt sich um die bedeutenden Dinge, die für die Partei wichtig und durchschlagend

sind, und da muß ich schon erklären, hat der Verband seine Pflicht bestimmt getan. (Beifall.) Die günstige Situation, in der wir uns jetzt befinden, ist wesentlich mit ein Verdienst der Partei. Es ist zum großen Teil eine Frucht unserer Aufklärungstätigkeit, die wir jetzt allüberall als politische Erkenntnis reifen sehen. Die achtjährige Wirksamkeit des Wahnsinns der fünften Kurie und unsere Erläuterungen dazu haben viele weitere Kreise als die Arbeiterschaft von der Unmöglichkeit des Kurienparlaments überzeugt, und so haben wir es vielleicht gerade dieser Mißgeburt zu verdanken, daß wir rascher zum allgemeinen Wahlrecht kommen. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn im gegenwärtigen Augenblick von uns mit dem nötigen Nachdruck in den Kampf gegangen wird, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht errungen wird und in der allerkürzesten Zeit. (Allgemeiner lebhafter Beifall.) So dumm auch unsere Herrschenden sind, die Ueberzeugung, daß diese Reform nicht aufzuhalten ist, macht von Tag zu Tag Eroberungen. Das in Verbindung mit der Krise in Ungarn zeigt uns mit fröhlicher Deutlichkeit, daß wir bald am Ende des Wahlrechtskampfes stehen werden. Kritisieren Sie uns, man lernt ja dabei immer. Aber im großen und ganzen glaube ich doch, daß es heute unsere Aufgabe ist, zusammenzustehen und zusammenzufassen alle Faktoren, alle Elemente der Partei, nur von einem Gedanken, einem Wunsche beseelt: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu erkämpfen. Wir im Parlament sind dabei gar nicht die Allerersten und Wichtigsten. Das Erste und Wichtigste sind die Massen, die hinter uns stehen, und wenn diese Massen den nötigen Marsch vorwärts machen, dann wird auch im Parlament das Notwendige, das Unvermeidliche geschehen. (Großer Beifall.)

Austerlitz (Wien): Der Berichterstatter kann nicht überrascht sein, daß man den Einzelheiten des Berichtes über dieses Agonieparlament wenig Interesse entgegenbringt und daß es uns wie ein Märchen aus hoffentlich bald ganz verklungenen Zeiten anmutet, wenn man uns die einzelnen Stadien seiner sogenannten „Tätigkeit" vorführt. Es ist auch nicht überraschend, daß sich die ganze Aufmerksamkeit der Partei in Sachen der Tätigkeit der Abgeordneten auf die Frage konzentriert, was sie für den Wahlrechtskampf geleistet haben, und für den ernsten Politiker weit mehr noch auf die Frage, was sie dafür noch zu leisten haben werden. Es ist also nicht verwunderlich, daß sich Pernerstorfer gegen den schon beim vorigen Punkte laut erhobenen (und er ist erhoben worden, obwohl er nicht immer verstanden wurde) Vorwurf verteidigen mußte, daß die Fraktion, wie das Wort jetzt lautet, dem großen Moment der Reichskonferenz gegenüber zu klein befunden worden ist; und er hat nicht mit Unrecht die Frage aufgeworfen, was denn die Fraktion hätte tun können und tun sollen. Einen Zuhörer dieser Debatte, der die eigentümliche Politik Oesterreichs nicht kennt, würde es außerordentlich überraschen, daß sich der Referent über die parlamentarische Tätigkeit mit der Frage beschäftigen muß, ob man dem Gautsch hätte auch ein paar Hiebe versetzen können; daß man nun auf sozialdemokratischen Parteitagen gezwungen ist, die Frage ernsthaft zu erörtern, ob man den Minister mit Brachialgewalt hätte anfallen sollen, ist kein besonderer Beweis des Verständnisses für den Augenblick, der uns heute unsere Tätigkeit vorschreibt. Man sagt, die Reichskonferenz habe große Worte gebraucht, denen dann kleine Taten nachfolgten. Haben denn die tschechischen Genossen, diese beredten und in Unermüdlichkeit und bewunderungswürdiger Einmütigkeit vereinigten Kritiker der Fraktion, wirklich geglaubt, daß die Reichskonferenz etwa die Tätigkeit oder die Arbeit für einen bestimmten Moment festlegen wollte? Oder haben sie geglaubt, daß, weil auf der Reichskonferenz ein ernstes politisches Werk geleistet worden ist, dann eben die notwendigen Bedingungen der gewöhnlichen Arbeit aufgehoben sind? Haben sie geglaubt, weil wir uns hier einmal versammelt haben, sei aus Oesterreich schon ein ganz anderer Staat geworden? Damit hängt auch zusammen, daß man den Wienern den Vorwurf macht, sie hätten etwas „ver-

säumt", und ich habe es nur mit Bedauern gehört, daß Wiener Genossen auf diesen Vorwurf erwidert haben, als hätten wir nicht früher losschlagen können, daß sie geglaubt haben, sich entschuldigen zu sollen, darauf sich berufen zu müssen, daß die Werkstättenvertrauensmänner die Taktik gutgeheißen. So liegt die Sache aber nicht. Es ist zweifellos ein wohlerwogener Beschluß der Wiener Vertrauensmänner gewesen, ihr Pulver nicht vorzeitig zu verschießen, und ich frage jedermann, der behauptet, daß etwas „versäumt" wurde, was man denn sonst erreicht hätte, wenn man anders vorgegangen wäre, wo anders wir jetzt stünden. Was ist denn das Problem unserer Situation? Das Problem ist: erstens in der Arbeiterschaft die Stimmung zu erzeugen, daß sie in einem bestimmten Augenblick auch zu den radikalsten Mitteln greifen muß; zweitens aber, unter der herrschenden Klasse über die Entschlossenheit der Arbeiter keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Und beides ist geschehen, und ausreichend geschehen. Was wäre geschehen, wenn wir die Demonstrationen schon durchgeführt hätten? Mit der politischen Taktik steht es so, daß simple Wiederholungen jeder Sache vermieden werden sollen. Ich zweifle gar nicht, daß jede der Städte, die so ausgezeichnete und wirkungsvolle Landtagsdemonstrationen zustande gebracht haben, imstande wäre, diese Demonstrationen gegebenenfalls zu wiederholen, aber ich zweifle auch nicht an dem politischen Verstand der Genossen, daß sie wissen, eine zweite und gleiche Demonstration würde die Bedeutung und den Höhepunkt der ersten nicht erreichen. Was das erstemal eine Demonstration war, könnte das zweitemal ein Schaugepränge werden. Es ist also klar, daß man einen politischen Kampf steigern muß, und selbstverständlich ist, daß jede Demonstration gleichsam ein körperliches Objekt haben muß. Dieses „Objekt" kann aber in Wien nur das tagende Parlament sein. Deshalb glaube ich nicht ganz an die Aufrichtigkeit der Kritik, die an den Wiener Genossen geübt wurde. Darüber wird wohl unter uns kein Zweifel bestehen, daß, wenn die Wiener glauben, daß zum Losschlagen die richtige Zeit ist, sie das Losschlagen schon treffen. Wenn sie es nicht getan haben, so wohl aus der Erwägung, daß der richtige Zeitpunkt noch nicht da ist und daß es ein Verbrechen wäre, zu unrichtiger Zeit loszuschlagen, um es zur richtigen Zeit vielleicht nicht mehr tun zu können. Nun ist es ja möglich, daß wir Wiener über die Wiener Verhältnisse keinen so guten Ueberblick haben wie die Genossen von Brünn und Ostrau. Aber das müssen Sie uns schon zugestehen, daß wir nur mit unserem eigenen Verstand operieren können, und der hat uns gesagt, daß in dem Augenblick, wo sich die Bewegung in der Provinz sammelte, wir noch nicht loszuschlagen haben. Es ist nun, wie gesagt, natürlich, daß sich eine politische Bewegung weiter entwickeln muß, und Sie werden wohl zugeben, daß in dem Augenblick, wo im Parlament die Wahlreformfrage ernstlich verhandelt wird, eine Demonstration auf den Straßen Wiens nicht das Nützendste gewesen wäre. Denn so fanatische Wahlrechtsfreunde sind die 155 Abgeordneten, die für die Dringlichkeit gestimmt haben, gerade nicht, daß sie nicht gern die Gelegenheit ergriffen hätten, sich auf den „Terrorismus der Straße" auszureden. So wäre vielleicht das Votum für die Dringlichkeit, das eine unerläßliche Bedingung des Kampfes ist, nicht gekommen und wahrscheinlich hätten dann die Kritikaster, die jetzt unser Zaudern so angreifen, unseren politischen Verstand angeklagt, weil wir statt der da allein zweckmäßigen Politik der Vernunft eine Politik der Leidenschaft und des Temperaments gemacht. So einfach ist die Sache eben nicht. Es mag gewiß einen Nutzen haben, daß den deutschen Genossen und namentlich den Wienern das Gewissen geschärft wird, aber ein freundliches Wort, einmal vorgebracht, hätte, wie ich glaube, mehr Nutzen gestiftet als die verbissene, gehässige Kritik, die heute gleich von acht tschechischen Rednern geübt wurde.

Dr. Soukup hat gemeint, daß sich Dr. Adler vor zwei Monaten auf einen Wahlrechtskampf nicht einlassen wollte. Ich glaube, Soukup hat das, wohl unbewußt, falsch ausgedrückt. Er wollte gewiß sagen, daß Adler an einem bestimmten Punkte nicht geglaubt hatte, daß ein solcher Kampf Aussicht biete. Das mag ein Irrtum gewesen sein, aber es haben ja viele Leute in diesen sieben Jahren oft die Meinung gehabt, daß der Zeitpunkt schon ge-

kommen sei, und es hat sich oft gezeigt, daß der Wille, wenn auch die Hauptsache, doch zum Kampfe nicht ausreicht. Ein Problem, das darin besteht, die gesamte Grundlage des Staates umzuformen, ist mit dem bloßen Willen allein, wenn er auch noch so energisch und leidenschaftlich ist, nicht in Bewegung zu setzen; die Grundfesten des Unrechtes sind viel stärker, als daß sie einfach niedergerannt werden könnten. Ueber die politische Situation, darüber, was möglich ist, haben sich also auch andere und vielleicht nicht selten „getäuscht". Das ist nicht und war nie ein Fehler ihrer Politik, sondern das ist eben nur die Folge der unaufhörlichen Veränderung der österreichischen Dinge, in denen nichts feststeht und in denen jeder Tag neue Bedingungen erzeugt. Die tschechischen Genossen sind mit Recht stolz auf ihre Bewegung für das Landtagswahlrecht. Aber wenn sie aufrichtig sind, so müssen sie bekennen, daß sie noch im Juni skeptisch darüber gedacht haben, ob es möglich sein wird, selbst eine Kurie mit der gebührenden Anzahl der Mandate zu erringen, daß sie sogar der Landeskonferenz nur mit einem gewissen Zweifel entgegengeblickt haben. Es ist nicht gut, diesen Treppenwitz der politischen Kritik allzu üppig zu betreiben, sonst könnte nachgewiesen werden, daß die politische Voraussicht aller Genossen, wie eigentlich selbstverständlich, durch die Unverläßlichkeit und Wandelbarkeit der österreichischen Verhältnisse bedingt und beschränkt ist.

Nun möchte ich noch folgendes sagen: Es ist wohl noch nie dagewesen in der Geschichte einer Partei, daß sie sich nach einem so ganz unheimlichen, überraschend gewaltigen und ungeahnten Erfolg auf ihrem Parteitag mit Vorwürfen traktiert, die im Wesen auf die in der Distanz aller Dinge nur unwesentliche Bagatelle hinausgeben, ob eine Versammlung oder eine Demonstration früher oder später abzuhalten sei. Wir sind in einer ungewöhnlich günstigen Situation, die durch verschiedene, auch von uns unabhängige Umstände entstanden ist. Aber was wir mit Recht von uns sagen können, das ist, daß wir diese Gunst des politischen Wetters, die Gunst des geschichtlichen Augenblicks mit einer Verve, einer Energie und einer Kraft benützt haben, wie sie beispiellos ist; und ich glaube, mehr als das Bewußtsein der Unerläßlichkeit der Reform und die Gefahr, die dem Staate von den Mächten, die „da unten wohnen", droht, konnte in diesen zwei Monaten nicht geleistet werden. Wenn wir die Demonstration in Wien gehabt hätten, wären wir nicht um einen Schritt weiter. Deshalb ist es nicht nützlich, darüber zu streiten, ob man den Gautsch hätte hinauswerfen sollen, ob man zehn Minuten länger Zwischenrufe hätte machen können, sondern wir können einander alle bezeugen, daß jeder an seinem Platze tüchtig gearbeitet hat. Und wenn wir die Arbeit der tschechischen Genossen anerkennen und bewundern, wie sie es verdient, so sollten sie uns doch auch in Ruhe lassen mit einer geradezu verabredeten Kritik, daß anderswo etwas versäumt ward. Es ist nichts versäumt worden; wahr ist aber, daß noch sehr viel zu leisten ist. Und für diesen Kampf sollten wir uns rüsten, ihm allein unsere Arbeit hier widmen. (Lebhafter Beifall.)

Stein (Wien, tschechisch): Es ist ja richtig, daß die Abgeordneten ihre Aufgaben zumeist erfüllen. Aber in der letzten Zeit haben sie die Erwartungen der breiten Massen enttäuscht. Wir haben die Pflicht, auf den Unterschied zwischen den Erwartungen des Volkes und den Taten der Abgeordneten hinzuweisen. Wenn es wahr ist, daß es nicht möglich war, mehr zu tun, dann war es die Pflicht der Abgeordneten, auf der Reichskonferenz vor allzu großen Erwartungen zu warnen. Früher waren unsere Abgeordneten immer stolz darauf, daß sie konkrete Anträge stellten, diesmal aber haben sie sich mit einem Antrag sehr akademischen Inhalts begnügt, mit einem Antrag, der nur eine Aufforderung war, das Wahlrecht zu geben, wo sie doch im Jahre 1897 einen viel konkreteren Antrag eingebracht hatten. Wenn die Abgeordneten — was gewiß richtig ist — wissen, was sie zu tun haben, so mußten sie trachten, einen Einklang zwischen den Wünschen des Volkes und ihren Taten herzustellen. Daß man verlangt hätte, unsere Abgeordneten sollten den Gautsch prügeln, erinnere ich mich nicht. Man hat bloß verlangt, daß der Empfang etwas kerniger ausgefallen wäre, als er ausgefallen ist. Deshalb die Auf-

richtigkeit unserer Argumente zu bezweifeln, wie es Austerlitz getan hat, geht durchaus nicht an.

Krapka (Proßnitz, tschechisch): Es fällt uns nicht ein, unseren Abgeordneten Aufgaben zuzuleiten, die sie als ein so kleiner Bruchteil des Reichsrates nicht leisten können. Trotzdem ist es wahr, daß zwischen dem, was der Verband getan hat, und dem, was die Organisationen erwartet haben, eine große Differenz ist. Das aufgeregte Auftreten des Gen. Austerlitz bestätigt nur die Worte des Gen. Adler, der gesagt hat: Wir haben alle das Gefühl, daß etwas mehr geschehen sollte. Es herrschte allgemeine Enttäuschung nicht nur bei den Tschechen, sondern auch bei den Deutschen, und wenn wir jetzt Kritik an Ihnen üben, so tun wir es, damit die Fehler, die nach der Reichskonferenz begangen wurden, nicht wieder begangen werden.

Nießner (Brünn): Wir haben schon beim ersten Punkt einen Redner nach dem anderen auftreten sehen und haben gehört, daß sie immer dieselben Vorwürfe gegen die Wiener Genossen erhoben haben, obzwar sie schon gehört haben, daß die Wiener im Begriff sind, eine energische Aktion für das Wahlrecht zu beginnen. Ich will gewiß niemandem das Recht der Kritik beschneiden; aber die Kritik darf nicht so ausgeübt werden, daß sie eine Bevormundung wird. Das Wort „Wien" ist ein Schlagwort (Beifall und Widerspruch) und gerade deshalb sollten Sie etwas mehr Zurückhaltung beobachten. Unter einem großen Teile der indifferenten tschechischen Arbeiterschaft herrscht die Ansicht, daß alles Böse von Wien kommt, darum bedeutet der Kampf gegen die „Wiener" draußen mehr, als Sie zugeben wollen. Kritik soll sein, aber nicht eine solche, die verbitternd wirken muß. Ich meine auch, daß die Wiener Genossen etwas mehr hätten tun sollen, schon damit die Aktion gemeinsam geführt werde. Aber deshalb ist der Vorwurf, daß sie ein Versäumnis begangen haben, doch unberechtigt. Was da und sonst vom Unterschied gewisser parlamentarischer Kampfesweise und von Diplomatie oder hoher Politik gesprochen wird, ist natürlich ganz grundlos. Proletarische Taktik heißt doch nicht, nur mit Schlagworten arbeiten, heißt nicht, blind darauf losgehen. Proletarische Taktik heißt manchmal auch zuwarten, wenn es notwendig ist. (Beifall.) Wenn Sie den Wienern ein Versäumnis vorwerfen, so ist das nur eine Redensart, die durch nichts belegt ist. Sie sollten doch auch bedenken, daß Sie mit solchen Vorwürfen nur Unfrieden stiften, nur neue Gegensätze schaffen. Wir sind der Ansicht, daß in Wien nichts versäumt wurde, und wir begrüßen es mit Freuden, daß die Wiener Genossen sich rüsten, den Kampf zu beginnen. (Beifall.)

Die Debatte wird hierauf abgebrochen.

Schluß der Sitzung um 4 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, 31. Oktober 1905.

Vorsitzender **Tomschik**: Ich eröffne den zweiten Verhandlungstag und teile mit, daß Abgeordneter Gen. Seitz durch eine Sitzung des Landtages am Erscheinen verhindert ist und sich entschuldigt hat.

Die Debatte über den **Bericht des parlamentarischen Verbandes** wird fortgesetzt.

Vaněk (Brünn, tschechisch): Gestern wurden die Genossen, die nicht die Tätigkeit unserer Genossen im Parlament anerkennen wollten, von einzelnen Rednern, namentlich vom Gen. Austerlitz, einigermaßen ungebührlich in die Grenzen gewiesen. Unsere Angriffe wurden giftig, haßerfüllt, verabredet genannt. Das ist ein Ton, der in unseren Beratungen doch ungewohnt ist,

und wir müssen uns gegen diese Pauschalverdächtigungen auf das schärfste verwahren. Unsere Angriffe sind von bester Absicht erfüllt. Wenn wir kritisieren, tun wir es nicht aus Haß, sondern üben nur unser gutes Recht als Parteigenossen aus. Merkwürdig ist es, daß die Genossen, die fast regelmäßig die Tätigkeit der Fraktion kritisieren, namentlich der Genosse aus Graz und Gen. Nießner, jetzt alles in Ordnung finden. Uns anderen in Brünn scheint es, daß zu wenig im Parlament getan wurde. Nießner aber gebraucht eine Fiktion von dem Schlagworte „Wien". Ebenso könnte ich vom Schlagworte „Prag" bei den deutschen Genossen in Brünn sprechen, die meinen, daß alles Schlechte aus Prag kommt. Es scheint, daß Nießner die Sache auf ein anderes Gebiet ablenken möchte . . . Ich bin auch der Ansicht, daß unsere Genossen im Parlament mehr hätten tun können. Nicht darauf kommt es an, ob man etwas mehr schreit. Wir meinen, daß es noch andere Mittel im Parlament gibt. So haben unsere Genossen in Prag, Brünn die Galerie benützt, obzwar sie in diesen Landtagen nicht vertreten sind. Zur parlamentarischen Tätigkeit gehört es auch, daß sich die Abgeordneten die nötige Resonanz auf der Galerie und im Volke verschaffen. Dagegen müssen wir uns nochmals verwahren, daß Austerlitz mit seiner Aufregung gegen uns losgeht und uns so von oben herab behandelt. Auf solche Art wird eine künstliche Verbitterung zwischen den deutschen und tschechischen, zwischen den Wiener und Provinzgenossen geschaffen. (Widerspruch.)

Abgeordneter **Daszynski:** Ich muß einige Begriffe, die in den Köpfen mancher Mitglieder des Parteitages ihr besonderes Leben führen, auf eine einheitliche Basis stellen. Man fragt: Warum hat die Reichskonferenz so große Worte gebraucht? Warum hat sie die öffentliche Meinung so stark beeinflußt? Und warum haben sich dann die Abgeordneten so waschlappig benommen? Man betrachtet die Aufreizung der öffentlichen Meinung als etwas Nutzloses, wenn nicht unmittelbar nachher ein großer Krawall im Parlament gemacht wird und wenn die Regierung nicht gestürzt, ja nicht einmal geprügelt wird. (Heiterkeit.) Aber die Sache liegt ganz anders. Die Aufpeitschung der öffentlichen Meinung war nützlich, war notwendig und war wirksam. Das müssen Sie aus dem Laufe der Dinge in der kurzen Parlamentssession ersehen. Wie die Abgeordneten die öffentliche Meinung bewußt machen, energisch machen, wenn sie den Willen des Volkes auslösen, ist das an sich sehr nützlich, ob darauf ein Krawall folgt oder nicht. Denn unser Kampf konnte sich nicht konzentrieren auf diese kurze Session, die uns zu anderem dienen sollte. Sie sollte klarmachen, daß die Regierung Gautsch bankerott ist. Dieser Beweis wurde in der Session erbracht und diese Regierung kann sich durch keine gewöhnliche politische Maßregel mehr retten. Wie verlief denn die Session? Gautsch trat in den Saal und eine halbe Stunde lang wurde er wie ein Verbrecher, wie ein Dummkopf behandelt. Es wurde ihm das in den brutalsten Worten an den Kopf geworfen. Aber das war zu wenig; für wen zu wenig? Täuschen Sie sich nicht, Genossen, Sie sind teilweise nur ein Echo. Es war zuerst dem Fresl ein Echo, der sich einmal sagte: Jetzt werde ich zuschauen, wie die Sozialdemokraten pfeifen und wie sie toben (Widerspruch), und ich habe strikt Beweise, daß manche Genossen unter Ihnen immer offiziell in der Sitzung des Verbandes auf die Aufgeregtheit des Fresl hingewiesen haben. (Widerspruch.) Es ist eine Tatsache, daß ein Teil von Ihnen unter der Einwirkung der Unzufriedenheit der Nationalen stand. (Lebhafter Widerspruch der Tschechen.) Sie mögen mich unterbrechen, solange Sie wollen. Ich bin vom österreichischen Parlament her an Zwischenrufe gewöhnt; Sie werden mich nicht niederschreien! (Rufe: Das ist zu viel Ehre für Fresl!) Mag er sich auch einmal freuen. (Heiterkeit.)

Unser Vorgehen war zu wenig radikal, nicht nur für Sie, sondern in erster Linie für jene Leute, die, wenn sie oppositionelle Politik treiben, sie immer romantisch ausgestalten; und das war charakteristisch, daß uns damals der Fresl zurief: „Warum prügelt ihr den Gautsch nicht? Warum jagt ihr ihn nicht hinaus?" Obwohl dieser auch niemals einen Minister hinausgejagt hat (Heiterkeit), was in seinen Augen gewiß die erste Pflicht eines Oppositi

tionellen ist. Sofort, nachdem Gautsch gesprochen hatte, wurde eine politische Debatte über seine Erklärung beantragt. Denken Sie nun, daß es im Parteiinteresse gelegen wäre, daß es vernünftig gewesen wäre, diese Debatte unmöglich zu machen, in der — wir wußten es aus Erfahrung — fast lauter unbequeme oppositionelle Redner zu Wort kommen werden, in der diese Regierung tagelang von allen Seiten beschimpft werden mußte. Niemand wird mir einreden, daß wir diese Debatte irgendwie zu stören die Pflicht gehabt hätten. Dann kam Brünn und damit kam wieder die österreichische Unvernunft, die österreichische Unmöglichkeit, das österreichische Chaos zu Worte, der Tod jeder vernünftigen Regierung, jedes vernünftigen Parlaments, jedes vernünftigen Staates. Sollten wir nach dieser Debatte schärfere Töne, als wir gebraucht haben, gegen Gautsch brauchen, für den jede Hoffnung geschwunden war, Deutsche und Tschechen unter ein Dach zu sammeln? Jede Möglichkeit, die deutschen und tschechischen Streber mit Portefeuilles zu beteilen, war beseitigt, diese Möglichkeit, die der einzige Grundpfeiler der Gautschschen Existenz war.

Was konnte denn Gautsch noch machen, wenn die bezüglichen Parteien wieder übereinander herfielen? Wozu sollten wir den Zerfall dieser Politik stören durch irgend welches unnütze Geschrei, nur damit die Galerie auf ihre Kosten komme? Denken Sie sich nur in unsere Lage hinein. In dem Augenblicke, da die Gautschsche Politik vor unseren Augen starb — wenn auch dieses Sterben für andere, Ungeübte nicht sichtbar ist — sollten wir eine tragische Pose annehmen und sagen: Nein, nicht an der österreichischen Unvernunft stirbst du, elendes Luder (Heiterkeit), sondern mit unserer Klinge bist du erdolcht worden. (Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig!) Das wäre theatralisch wirksam. Da wäre der Fresl vor Neid gelb und stumm geworden. (Heiterkeit. — **Soukup:** Lassen Sie ihn ruhig gelb werden!) Ich meine ja nur, daß die Fresls eine österreichische Institution sind. Ich habe ein ganz ruhiges Gewissen. Ich habe auch etwas durchgemacht im Verbande wegen dieser Geschichten. Man könnte sagen: Ja, warum habt ihr denn euren Wahlrechtsantrag nicht als den ersten, sondern als den sechsten eingebracht? Nun, daß wir für das Wahlrecht sind, das im Parlament erst zu beweisen, das mit besonderer Sorgfalt zu unterstreichen, wäre nichts als politische Koketterie gewesen. Wir waren in diesem Hause immer die einzige Partei, die wirklich die treibende Kraft für die Wahlreform darstellte. Und es ist besser, daß bei bürgerlichen Parteien, nachdem ihre Hoffnungen auf Portefeuilles zu nichts wurden, sich nun der Gedanke einstellte des allgemeinen Wahlrechtes. Sollten wir die Herren stören und ihnen beweisen: Das ist gar nicht euer Gedanke, sondern ihr seid von uns an der Leine gezogen wie widerspenstige Esel! (Heiterkeit und Beifall.) Sie sollen nur weiter kämpfen für das Wahlrecht, sie sollen nur die Positur einnehmen, wir werden schon dreinschlagen, wenn es notwendig ist. Und deswegen war für uns, für die große Majorität im Verband — für die Neunzehntelmajorität — wirklich nicht von großer Wichtigkeit, ob wir den Gautsch persönlich geprügelt hatten oder ob wir ihn als einen abgefertigten Saisonminister ansahen. Für uns war wichtiger, daß wir vor uns die Ohnmacht der Regierung sahen, daß wir dieses Parlament zu fast zwei Dritteln auf der Seite der Wahlreform sahen — nicht als aufrichtige Anhänger und Freunde des gleichen Wahlrechtes, sondern als die Anhänger irgendwelcher Rettung aus dieser unmöglichen Situation, wo sich nicht einmal der beschränkte bürgerliche Egoismus durchzusetzen imstande war. Wir haben zu wenig für die Galerie getan, zu wenig theatralische Pose eingenommen. Wir haben zu wenig geschrien, wir haben gar nicht gepfiffen, die Tschinellen und Küchenteller ließen wir leider in Ruhe und trotzdem haben wir das Recht, vor Ihnen zu erscheinen und zu sagen: Wenn es wirklich notwendig wäre, wenn es die Durchsetzung der politischen Kraft des Proletariats erforderlich machte, würden wir von allen Mitteln Gebrauch machen. Aber das war nicht nötig. Denn wir hatten vor uns eine tödlich getroffene Regierung und ein Parlament, das in seiner letzten Abstimmung 155 Stimmen für und nur 114 Stimmen gegen die Wahlreform aufgebracht hat. (Lebhafter Beifall.)

Kubalek (Wien, tschechisch): Es ist weder Pernerstorfer noch Daszynski gelungen, unsere Anwürfe zu entkräften. Wir mußten alle nach der Reichskonferenz annehmen, daß Herrn Gautsch mit jenen Mitteln aufgewartet werden wird, die Herrn Badeni im Jahre 1897 zuteil wurden. Von dieser Stelle hier hat Abgeordneter Rieger erklärt: „Morgen ist der Tag, wo Gautsch weggefegt werden wird." Aber am nächsten Tage wurde Gautsch nicht weggefegt, sondern es wurde eine halbe Stunde spektakelt. Und nach dieser halben Stunde stand Gautsch auf und sagte: Ich bin nicht so schlecht, wie ihr mich darstellt, ich bin gar nicht gegen das Wahlrecht. Unsere Genossen lassen sich rasch dadurch besänftigen, setzen sich nieder und alles ist in Ordnung. Seit Jahren wird von Wien aus gebremst und da ist es selbstverständlich, wenn die Arbeiterschaft apathisch wird. Wenn Sie sich darauf berufen, daß Ihre Taktik von der Arbeiterschaft gebilligt wird, so verweise ich nur auf den Dritten Wahlkreis, wo man ganz bestimmt mit Ihnen unzufrieden ist. (Widerspruch.) Das alles sind Ausreden. Es wäre besser, zu sagen, daß Sie einen Fehler gemacht haben, dann brauchte man darüber nicht weiter zu reden. So aber können Sie sich nicht herauswinden. Darum zeigt sich aber auch Ihre Unaufrichtigkeit. Weil wir das Recht der Kritik übten, sind wir in unwürdiger Weise angefallen worden. Man sagt, daß wir damit die tschechischen Arbeiter gegen die deutschen hetzten. Wer kann uns beweisen, daß wir die tschechischen Arbeiter gegen die deutschen hetzen, wie es die „Arbeiter-Zeitung" sagt? (Rufe: Das sagt sie gar nicht!) Wer das geschrieben hat, hat absichtlich die Unwahrheit geschrieben, um zu verdecken, was die deutschen Genossen versäumt haben. (Widerspruch.) Was ich sonst noch über die bei Eröffnung des Parlaments geplante Demonstration zu sagen habe, behalte ich mir vor, an anderer Stelle auseinanderzusetzen. Wohl aber muß ich noch folgendes hier vorbringen: Die deutschen Genossen tun so, als ob es in Wien überhaupt keine Tschechen gäbe. Sie wissen nicht, daß hier eine Viertelmillion Tschechen leben (Zwischenrufe: Das ist etwas übertrieben!), die hier ihre eigene Kultur leben. Die deutschen Genossen haben sich erregt, daß in Floridsdorf ein Richter tschechisch gesprochen hat. (Widerspruch.) Von der deutschen Presse wird alle unsere Arbeit totgeschwiegen. Die deutschen Genossen wissen nichts von unseren nationalen und sprachlichen Kämpfen, ganz abgesehen, daß sie uns in unseren Aktionen vor dem Reichsgericht nicht unterstützen. Es lebt ein anderer Geist in den Kreisen der deutschen Genossen. Man nennt uns Chauvinisten, wenn wir tschechische Schulen verlangen. Wenn Sie sich dagegenstellen, so soll das kein Nationalismus sein. Bei Ihnen sind die Gefühle und Gedanken für die nationale Selbständigkeit um vieles entwickelter als bei uns. Ich mußte das anführen, damit die tschechischen Genossen in Böhmen informiert seien, wie stiefmütterlich wir behandelt werden. Da können Sie sich nicht wundern, wenn es manchmal zu Konflikten kommt und wir unserer Unzufriedenheit Ausdruck geben. Und das wird immer so bleiben, solange die deutschen Genossen nicht zur Einsicht kommen, daß sie die Kluft nicht immer vergrößern dürfen. Man kann über uns nicht zur Tagesordnung übergehen. (Beifall.)

Abgeordneter **Dr. Adler:** Wir sind in der Diskussion über den Bericht der Parlamentsfraktion; wir wollen die Parteitaktik in der abgelaufenen Zeit kritisieren und die Taktik für die nächste Zukunft feststellen. Es wurde hier die Fraktion mehrfach angegriffen. Die Abwehr ist ganz ausreichend erfolgt und ich zweifle nicht, daß sich die Abgeordneten Hybesch und Cingr dieser Abwehr der Angriffe anschließen. Für jeden, der die Dinge kennt, steht die Sache so. Wir können natürlich auf einer Konferenz und in unseren Versammlungen ganz ungehemmt unseren Wünschen Ausdruck geben, auf dem Boden des Parlaments aber, eingeengt durch die Geschäftsordnung und durch Parteiverhältnisse aller Art, sieht man die Dinge natürlich anders, und wer nicht die Natur des Parlaments und des parlamentarischen Kampfes kennt, erkennt und daraus seine Schlüsse zieht, hat es sich und seiner Unkenntnis zuzuschreiben und seiner Phantasie, wenn dann seine Erwartungen nicht in Erfüllung gehen. Die Straße ist eben die Straße und das Parlament

ist das Parlament. Man kann im Parlament nicht das machen, was man auf der Straße macht, und wenn ihr alle im Parlament wäret, was ich vom Herzen wünsche (Heiterkeit), könntet ihr das auch nicht. Dann würden sich aber eure Ansichten ändern. Aber die Debatte ist selbstverständlich — wie könnte sie sich denn an den Gegenstand halten? — weit darüber hinausgegangen, und es hat mich gefreut, daß einer der Genossen sagte, auch die deutschen, nicht nur die tschechischen Genossen sind unzufrieden, und daß er an Winarsky appelliert, hat meinem Herzen wohlgetan. (Heiterkeit.) So gescheit, wie Winarsky heute ist, werden Sie alle noch werden. (Neuerliche Heiterkeit.) Verzweifeln Sie nicht daran. Allerdings sind Sie gar nicht sicher, daß Winarsky auch noch rückfällig wird. Aber darüber dürfen Sie sich doch nicht wundern, daß man sagt: Ja, die tschechischen Genossen stehen auf der einen, die deutschen auf der anderen Seite. Wenn ein tschechischer Abgeordneter die Fraktion hier verteidigt hätte oder wenn ein tschechischer Genosse es über sich gebracht hätte, die immerhin nicht gar so schuldigen angeklagten Abgeordneten mit einem Worte in Schutz zu nehmen, dann könnte man vielleicht anderer Ansicht sein.

Aber diese geschlossene Haltung der tschechischen Genossen drückt sich auch noch auf andere Weise aus. Denn der Angriff wird nicht nur gegen die Fraktion, sondern auch gegen die deutschen Genossen, insbesondere gegen die Wiener gerichtet. Und gestatten Sie, daß ich Ihnen — in aller Freundschaft, in aller Ruhe, aber in aller Bestimmtheit — folgendes sage: Sie sind entschieden auf dem Holzwege. Wir haben, nicht seit gestern und nicht seit vorgestern, sondern in einer langen Reihe von Jahren in den schwierigsten Momenten gewußt, jedes störende Wort zu vermeiden, haben insbesondere auf dem Parteitag jeden Ton zu unterdrücken gewußt, der irgendwie Schwierigkeiten hätte schaffen können. (Rufe: So ist es!) Wir geben uns ja gar keiner Täuschung hin, daß dieses schwere nationale Problem, das feuergefährlich ist in jedem einzelnen Punkte, von uns nur überwunden werden kann bei dem größten Grad von Einsicht und Selbstverleugnung (lebhafte Zustimmung) und mit dem größten Grad der Verantwortlichkeit für jedes Wort, das ausgesprochen wird. Wir Sozialdemokraten — da spreche ich nicht als deutscher Sozialdemokrat, sondern als Sozialdemokrat in Oesterreich — können uns rühmen, die einzigen zu sein, die die M ö g l i c h k e i t haben, mit diesem Problem fertig zu werden. Das ist unser Ruhm, das ist unsere Kraft. Aber wir geben uns nicht der Täuschung hin, daß wir in allen Einzelheiten damit schon fertig geworden sind. Da wären wir ja Toren, denn wir wissen, daß es hundert Schwierigkeiten zu überwinden, hundert Streitfälle zu ordnen, hundert Reibungsflächen zu beseitigen gibt. Das wissen wir; doch wißt ihr auch und wir wissen, daß wir das nur durchsetzen können, wenn wir alle Menschlichkeiten verzeihen. Wir sind nicht so streng und ihr müßt es auch nicht sein, denn wir sündigen selbst mitunter; vielleicht gesteht ihr euch das auch. Alles das sind Kleinigkeiten, aber wir können nur dann damit fertig werden, wenn wir in letzter Linie unsere Diskussion nicht von unserem Willen, sondern von unserer Einsicht auch für die Notwendigkeiten des anderen Volkes leiten lassen. An dieser Selbstzucht und internationalen Disziplin haben es die Deutschen nie fehlen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Vielleicht ist der Vorwurf, der ihnen gemacht werden kann, daß sie es hierin zu weit getrieben haben, an einzelnen Punkten nicht ganz unberechtigt. (Sehr richtig!) Aber überspannen Sie nicht Ihre Anforderungen an unsere Selbstbeherrschung, insbesondere nicht in diesem Moment.

Es ist eine einfache Regel der Oekonomie in der Politik, daß man nicht zu viel auf einmal will. Sie aber kommen mit sehr viel und insbesondere die ziemlich aufgeregte Rede Kubaleks, die mir — ich kann nicht tschechisch — so beim Anhören des Originals ein bißchen kräftiger geklungen hat als in der blonden Uebersetzung Vaněks. (Lebhafte Heiterkeit. — **Vaněk:** Jede Uebersetzung ist etwas blond!) Ich nehme es Ihnen nicht übel, ich hätte es vielleicht noch zahmer gemacht. (Heiterkeit.) . . . Aber das alles sind doch Dinge, die förmlich herbeigeschleppt werden, die gar nicht hierher gehören. Und dann hat er auch noch unrichtige Tatsachen angeführt. (**Kubalek:**

Austerlitz!) Austerlitz ist eine Tatsache, aber keine unrichtige. (Heiterkeit.) Kubalek hat Ihnen eine Räubergeschichte aus Floridsdorf erzählt. An der ganzen Geschichte ist nichts wahr, als daß bei jenen paar tschechischen Worten des Richters berichtet wurde, auch Arbeiter, die aber keine Parteigenossen sind, seien erregt. Nun kommt Kubalek und macht aus der unbeträchtlichen Mücke einen nationalen Elefanten, wobei ich ganz davon absehen will, daß das gar nicht zum parlamentarischen Bericht gehört.

Dann beklagt er sich, daß die Entwicklung der Tschechen organisatorisch und kulturell hier in Wien durch die Deutschen nicht genügend gewürdigt, sondern sogar gehemmt werde. Diese Anklage kann ich getrost dem Urteil aller überlassen, die in Wien in der Organisation gearbeitet haben. (Beifall.) Es ist kein Rühmen, sondern nur die Konstatierung einer Tatsache, wenn ich feststelle, daß diese tschechische Organisation in Wien nicht nur neben, sondern mit und durch uns und zu unserer Freude sich entwickelt hat, womit ich aber wieder nicht gesagt haben will, daß alle Erscheinungen, die sich an diese Entwicklung geknüpft haben, auch immer erfreulich waren. Wenn Kubalek hier von Schulen und Reichsgericht und von dergleichen gesprochen hat, lehne ich es entschiedenst ab, hier auf diesem Parteitage über diese Dinge zu sprechen (Beifall; Widerspruch bei Kubalek); und ich handle da mehr in meiner Pflicht und mehr als Sozialdemokrat als Sie. (Beifall.) Wenn wir diese schwierigen und heiklen Dinge erörtern wollen, werden wir es nicht nebenbei bei einem anderen Punkte behandeln, sondern wir werden sie in ihrem ganzen Umfange erörtern, so ausführlich und so aufrichtig, als Sie wollen.

Im übrigen bin ich überzeugt, daß diese kleinen Explosionen, die daneben hergehen, uns nicht hindern werden, gemeinsam zu marschieren, und ich weiß, derselbe Genosse Kubalek, der da so schreit und so aufgeregt ist, marschiert sehr gut mit uns und gar nicht in der letzten Reihe. (Lebhafter Beifall.) Und wer etwa glaubt, daß aus diesen kleinen Mißhelligkeiten Schwierigkeiten entstehen, wird sich täuschen. Aber alles hat doch sein Maß, und ich habe den Eindruck, daß wir uns den Grenzen dieses Maßes nähern. Die Sache war hübsch, aber ich denke, sie genügt, und mehr wäre schädlich. (Lebhafter Beifall.)

Němec (Prag, tschechisch): Gestern wurde ein Ton hierher gebracht, der uns eigentlich zeigt, wohin wir noch kommen, ein Ton, den ich nicht erwartet habe — sowohl von Austerlitz als von Adler. Austerlitz hat sich sehr geärgert, daß die tschechischen Genossen die Mattheit der Wiener Genossen kritisierten, und er hat diese Kritik verbissen, haßerfüllt, feindselig genannt. Ich verfolge die Tätigkeit Austerlitz' schon lange genug und er hat schon wieder einen Zwiespalt zwischen Deutschen und Tschechen konstatiert, während es doch eher einen Zwiespalt zwischen den Wienern und der Provinz, die jenen ein Versäumnis vorwarf, war. Es war ein taktischer Streit und das zeigt sich doch auch darin, daß Nießner, der ja den Wiener Genossen zu Hilfe kam, zugibt, die Wiener Genossen hätten etwas tun sollen; aber weil Austerlitz das nationale Moment hereingetragen hat, hat Nießner sofort mitgetan und hat behauptet, daß wir die indifferenten Arbeiter zum Nationalismus hetzen. (**Nießner:** Das habe ich gar nicht gesagt!) Wenn bei uns so vorgegangen wird, ist ja jede Diskussion ausgeschlossen. Wenn ein tschechischer Genosse kommt und etwas sagt, ist es Nationalismus; hängt ihn! (**Beer:** Und uns nennt ihr Germanisatoren!) Ja, das seid ihr (Widerspruch) und besonders Genosse Beer. Sie sind, wie Austerlitz gesagt hat, gehässig, feindselig, verbitternd. Das ist die einzige Tätigkeit Beers, sonst hat er noch nichts getan und er vermag auch nichts anderes zu leisten. (Widerspruch.) Wir fragen Sie: Worin erblicken Sie unseren Nationalismus? Wenn über Sie solche Zeiten kämen, wie wir sie durchgemacht haben, glaube ich nicht, daß Sie sich so gegen den nationalen Strom gestellt hätten. Alles brannte lichterloh und wir tschechischen Sozialdemokraten hielten unsere Arbeiter ab, sich zu beteiligen, ja wir forderten sie auf, dagegen einzuschreiten. In Lieben, Zizkov, in den Arbeitervierteln, wurde nicht eine einzige Fensterscheibe zerbrochen. Die tschechischen Genossen gingen auf die Straße und verteidigten die deutschen

Bourgeois. (Rufe: Das war vor acht Jahren!) Wir haben uns immer gegen den nationalen Strom gestellt und werden es auch in Zukunft tun. (Beifall.) Es wäre gut, wenn Sie weniger Angst vor unserem Nationalismus, aber mehr Rücksicht auf uns hätten, damit wir nicht immer die Verantwortung für Ihre Fehler übernehmen müssen.

Was dem Verband der Abgeordneten vorgeworfen wurde, war nach meiner persönlichen Anschauung nicht alles berechtigt. Aber noch weniger ist es in Ordnung, wie sich Daszynski verhalten hat. Er hat hier eine Person gepriesen, die uns immer auf das wahnsinnigste beschimpft, und er hat gesagt, daß wir das tun, was Fresl will, und daß wir unter dem Kommando Fresls stehen. Ebensogut könnte ich sagen, daß unsere deutschen Genossen unter dem Kommando des Stein stehen. Ich weiß nicht, was Sie uns dann sagen würden. (**Daszynski:** Das ist doch gräßlich. Jedes Argument wird da übertrieben!) Und wenn Sie diesen Fresl hier so loben, dann wird er sich immer auf Daszynski berufen. Dagegen müssen wir uns verwahren. (Beifall.) Auf diese Weise hetzt man die deutschen Arbeiter gegen uns, indem man ihnen erzählt, daß Fresl der Führer der tschechischen Sozialdemokratie ist. (**Daszynski:** Aber wer sagt denn das?)

Und nun noch einige Worte zu Adler. Es ist zum Teil richtig, daß sich Kubalek zu sehr auf Dinge einließ, die nicht zur Tagesordnung gehören. Aber das haben Austerlitz und Nießner verschuldet, die aus diesen taktischen Fragen immer nationale Fragen machen wollten, um jede Versöhnung von vornherein unmöglich zu machen. Auch Adler hat erklärt, daß ihm die Geschlossenheit der tschechischen Genossen so auffällig ist. Wenn wir so geschlossen vorgingen wie Sie, wenn die tschechische Gemeinbürgschaft so fest wäre wie Ihre, dann müßten sie anders mit uns sprechen, als es Adler getan hat. Er macht Witze über uns, höhnt uns, wirft uns vor, daß wir das störende Element sind . . . Was wir tun, will nicht die gemeinsame Partei schädigen, sondern es will uns die Möglichkeit des Fortschrittes erringen und dadurch die Gesamtpartei stärken. (Beifall.) Adler hat auch erklärt, daß wir mehr internationale Disziplin halten sollen; an der hat es den tschechischen Genossen nie gefehlt. Aber er hat noch hinzugefügt: Ueberspannt eure Anforderungen an unsere Rücksicht nicht. Das sind böse Worte, die auf einem gemeinsamen Kongreß nicht fallen sollten. Ich weiß nicht, was mit dieser versteckten Drohung beabsichtigt ist. Was können Sie uns tun? Wir fürchten uns nicht. Und wenn Sie damit einen bestimmten Zweck verfolgen, so möge man es uns nur sagen, damit wir wissen, woran wir sind. Austerlitz wieder hat es gewagt, vom Genossen Prokesch, der auch Kritik geübt hat, in einem unerhörten Tone zu sprechen. Er sprach von ihm „dieser Jüngling". Was würden Sie sagen, wenn wir so über Nießner sprächen. (**Nießner:** Ich bin 33 Jahre alt, und überdies ist das gar keine Beleidigung! (Heiterkeit.) Wir sind nicht hierher gekommen, um mit den deutschen Genossen zu streiten, auch nicht, um etwas zu verlangen, was uns nicht gebührt oder was mit den Grundsätzen der Partei unvereinbar wäre. Aber wir verlangen dasselbe Recht, das Sie für sich verlangen. Und wenn Sie uns drohen, so erkläre ich Ihnen, daß wir Ihre Drohungen nicht fürchten. (Beifall.) Wir wollen nicht, daß wir immer Amboß sind und Sie Hämmer, und wenn auch das geschieht, was uns Adler angedroht hat, wir bleiben internationale Sozialdemokraten und wir werden dann sehen, ob es auch die deutschen Genossen bleiben.

Kristan (Laibach): Ich beantrage Schluß der Debatte. Wir haben diese Debatte schon gründlich satt. (Lebhafter Beifall.) Wer das erste Wort in dieser Sache ausgesprochen hat, mag die Verantwortung dafür tragen. Auch wir sind Slawen und haben auch manchen Wunsch am Herzen. Aber ich muß Ihnen sagen, daß die Genossen, die in einer solchen Stunde mit solchen Dingen daher kommen, sich die Sympathien überall gründlich verscherzt haben. (Beifall und Widerspruch.)

Vaněk (Brünn, tschechisch): Wir stimmen dem Antrage zu. Wir müssen uns aber dagegen verwahren, daß uns Kristan so angefallen hat und uns

droht, daß wir alle Sympathien verlieren. Wir sind nicht wegen Ihrer Sympathien hergekommen.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Zum Worte gemeldet waren noch Turek, Schuhmeier, Soukup, Arbeitel, Tusar, Czech, Nießner, Prokesch, Stein, Schloßnikel, Pölzer und Němec.

Nun folgen einige tatsächliche Richtigstellungen.

Daszynski: Ich muß feststellen, daß ich Fresl gar nicht verherrlicht oder gepriesen habe. Ich berufe mich sowohl auf meine Rede als auf die Worte, die ich in offener Parlamentssitzung zu Fresl über Fresl gesprochen habe. Noch weniger ist es mir eingefallen, zu behaupten, daß Sie unter dem Kommando von Fresl stehen. Ich habe erzählt, daß Fresl eine ständige Institution ist, um die schreiende theatralische Politik zu charakterisieren, die bisher niemals unsere Sache war und es hoffentlich nie werden wird.

Beer: Němec hat auf einen Zwischenruf, den ich machte, in einer Weise reagiert, die ich mir nicht gefallen lassen kann, weil das, was er sagte, den Tatsachen in der gröblichsten Weise widerspricht und überdies mich persönlich herabzusetzen geeignet ist. Er nannte mich nicht nur wirklich und im Ernst einen Germanisator, sondern auch einen gehässigen, feindseligen, und meinte, daß das meine einzige Tätigkeit sei und daß ich fast nichts geleistet habe oder zu leisten vermöge. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß sich Němec zum Richter über meine Tätigkeit aufwirft, und dann muß ich ihm mit allem Nachdruck sagen: Es gibt in der Organisation eine solche Summe von Arbeit, die zumindest so nützlich ist wie die des Gen. Němec, ohne daß man viel davon hört oder sieht. Ich habe das feststellen wollen, weil ich davon überzeugt bin, daß leider ein Krieg der persönlichsten Art beginnt und man sich wahrscheinlich später auf diese unstichhältigen Aeußerungen des Němec gerade im Kreise der tschechischen Arbeiter berufen würde, wenn ich den durch nichts gerechtfertigten, ungehörigen und gehässigen persönlichen Angriffen, die Gen. Němec auf mich unternahm, nicht beizeiten entgegentrete.

Vorek: Gegenüber Pernerstorfer, der bestreitet, daß er auf der Reichskonferenz große Worte gemacht habe, führe ich an, daß er dort gesagt hat: Dieser Augenblick fordert uns auf, uns mit Tod und Teufel zu verbinden, um Gautsch zu Fall zu bringen. Ich überlasse es dem Parteitag, ob das große Worte sind oder nicht. (Lebhaftes Gelächter.)

Abgeordneter **Pernerstorfer** (Schlußwort): Zunächst muß ich einige Mitteilungen nachtragen, die ich in meinem Referat vergessen habe. Wir hatten, wie Ihnen bekannt ist, im Frühjahr dieses Jahres die Freude, die Zahl unserer Vertreter im Parlament durch einen vermehrt zu sehen. Unser alter und auch im Parlament bewährter Kampfgenosse Resel hat ein Mandat in der vierten Kurie in Steiermark erobert und es ist wohl am Platze, daß wir auch hier die Befriedigung ausdrücken, die wir alle darüber empfinden. (Bravo!) Ferner habe ich mitzuteilen, daß im Laufe des Jahres unser alter, bewährter Parteigenosse Hannich, der uns seit dem Jahre 1897 auch Kampfgenosse im Reichsrat war, aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt hat. Er befindet sich heute — und ich freue mich, das konstatieren zu können —, nachdem er sich einer schweren Operation unterzogen, die glücklich verlaufen ist, in unserer Mitte auf dem Parteitag. (Lebhafter Beifall.) Ich muß auch noch unserer Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß nun auch Gen. Dr. Adler in das Parlament gewählt wurde. (Bravo!)

Und nun zur Debatte. Welche Vorwürfe wurden uns denn gemacht? Zunächst, daß wir große Kreise der Parteigenossen enttäuscht haben durch unser Auftreten im Parlament, das mit den großen Worten der Reichskonferenz nicht im Einklang gestanden sein soll. Insbesondere wurde jetzt aber in einer tatsächlichen Berichtigung mir vorgeworfen, daß ich auf der Reichskonferenz das große Wort (Heiterkeit) ausgesprochen habe, wir würden uns mit Tod und Teufel verbinden. Ich halte das nicht für ein so großes Wort und ich erlaube mir, es hier zu wiederholen. (Heiterkeit.) Aber damit wir uns verbinden können, muß Tod und Teufel vorhanden sein (erneuerte Heiterkeit); doch am 26. September hat dieser Bundesgenosse gefehlt. (Erneuerte

Heiterkeit.) Die bürgerlichen Parteien, selbst die sich radikal nennen, haben sich damals zurückgezogen und ließen uns im Kampfe allein. (Zustimmung.) Wenn dann auch von den großen Worten Daszynskis und Schuhmeiers gesprochen wurde, so waren diese ganz in der Ordnung. Sie haben ihren Zweck erfüllt, haben dem Parlament und der Oeffentlichkeit die Entschlossenheit des Proletariats gezeigt und die Arbeiterschaft entflammt, die bei der Verwirklichung der großen Taten, die jene großen Worte ankündeten, wird wesentlich mitwirken müssen und das zur rechten Zeit. Die gestrengen Kritiker haben aber auch kein Wort darüber gesagt, was wir denn hätten tun sollen? Ich habe sie in Zwischenrufen wiederholt gefragt, sie sollten es uns doch sagen; aber die Genossen haben aus ihrem Herzen eine Mördergrube gemacht und darüber geschwiegen. (Heiterkeit.) Wir hätten allerdings noch mehr Lärm machen und Gautsch noch mehr beschimpfen können. Man kann darüber verschiedener Meinung sein und ich kränke mich nicht, wenn man mir sagt: Du hast nicht genug geschrien. Ein Redner hat auch darauf hingewiesen, wir hätten ja so schreien können, wie es geschieht, wenn wir mit den Christlich-Sozialen in Konflikt geraten. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß sich solche Konflikte gewöhnlich so entwickeln, daß die Resonanz dieser gemeinen Leute uns oft weiter trieb, als wir selber wünschen. Wenn Gautsch zurückgeschimpft hätte oder die Schützer des Herrn Gautsch für ihn in die Schranken getreten wären, dann hätte sich die Sache vielleicht auch anders entwickelt. (Beifall.) So haben wir durch Beschimpfungen Herrn Gautsch entsprechend charakterisiert und damit war unsere Absicht erfüllt. Es ist auch gefragt worden: Wo ist die Galerie geblieben? Da muß ich vor allem konstatieren, daß es nicht Aufgabe der Fraktion ist, für eine genügende Wattierung der Galerie zu sorgen, und daß das nicht so leicht geht, da ein Abgeordneter gewöhnlich nur Anspruch auf zwei Karten hat. Wir haben auch gar nicht die Absicht, das zu organisieren, weil es schließlich keinen Zweck hat. Auf den Vorwurf, warum nicht wir den ersten Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, hat Genosse Daszynski schon die treffendste Antwort gegeben. Es war sogar taktisch sehr klug, daß vor der glänzenden Rede des Gen. Daszynski die Abgeordneten Lecher und Kramarsch zu Worte kamen, denn es ist bekannt, daß unsere Anträge und Reden für die bürgerlichen Abgeordneten nicht gerade einladend sind, sich ihnen anzuschließen.

Ich muß schon sagen, ich bin während dieser Debatte manchmal mit sehr gemischten, oder richtiger: mit recht ungemischtem Gefühl dagesessen, und das Gefühl war nicht gerade ergötzlich. Trotzdem habe ich das Vertrauen, daß wir in dem großen geschichtlichen Augenblick über Kleinlichkeiten hinweggehen und die Notwendigkeit erfüllen werden: uns eng zusammenzuschließen in dem großen Kampfe für das gleiche Wahlrecht. Bei uns in Oesterreich siegen Vernunft und Einsicht nicht, weil das Vernünftige notwendig, sondern nur weil es unausweichlich ist. Nicht Verstand, sondern der Druck der Not, der von unten kommt, setzt sie durch.

Parteigenossen! Wenn wir uns auch manchmal herumstreiten, in diesem Moment fühlen wir uns alle als einige Masse, und so sehr auch unsere Anschauungen in manchen Details auseinandergehen, in einem sind wir einig: im Geiste, der uns in diesem Augenblick beseelt, in dem festen Willen, die Tat zu vollbringen, die der Augenblick von uns verlangt: das gleiche Wahlrecht zu erkämpfen. (Allgemeiner lauter Beifall.) Es nützt alles nichts: für jedes einzelne Volk zeigt sich jetzt, daß, sofern es sein Recht, seine Freiheit, seine Zukunft erkaufen will, es sich sammeln muß unter der roten Fahne. (Brausender Beifall.) Ich habe die Zuversicht, daß Sie alle gemeinsam dieser Fahne folgen, die feindliche Festung berennen und auf dieser feindlichen Festung aufpflanzen werden die rote Fahne, unter der wir uns das gleiche Recht und eine freie Zukunft erkämpfen wollen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik**: Es liegen folgende Anträge vor:

Der Parteitag spricht dem Verbande der sozialdemokratischen Abgeordneten das vollste Vertrauen aus und dankt ihm für die energische Vertretung des Proletariats im Parlament. Dr. Czech (Brünn).

Der sozialdemokratischen Fraktion werden Dank und Anerkennung für ihr Wirken im Reichsrat ausgesprochen; möge sie mit allen Kräften auf die Zertrümmerung des Privilegienparlaments hinarbeiten.

Weixelberger.

Beide Anträge werden einstimmig angenommen.

Zum vierten Punkt: **Die österreichische Krise und das Wahlrecht**, referiert

Abgeordneter **Dr. Ellenbogen:** Wenn man über das Geschick Oesterreichs als so ein richtiger Oesterreicher Schadenfreude empfinden wollte oder wenn man aufgelegt wäre, das Debacle dieses Staatswesens mit tragischen Empfindungen zu begleiten, so könnte man über die gegenwärtige Krise die Worte des Dichters schreiben: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!" Denn so viel Unvernunft im Laufe dieser akuten Krise auch zutage gefördert worden sein mag, sie selbst, die Krise mit allen ihren Absurditäten ist das Ergebnis der zwingenden Logik der Geschichte. Ich spreche von einer akuten Krise im Gegensatz zu der sozusagen ewigen Krise des Staates. Denn hat es jemals in der Geschichte dieses von Geburt an mißgestalteten Heiratsgüterkompleres eine Phase gegeben, in der die ihm immanenten Widersprüche nicht offen oder latent wider seinen Weiterbestand sich aufgelehnt hätten? Und hat es jemals eine Periode gegeben, wo die Hüter und Interessenten dieses Gemeinwesens es verstanden oder auch nur die redliche Absicht besessen hätten, diese Widersprüche mit staatslenkerischer Kunst zu lösen? Niemals ist in Oesterreich Staatspolitik, geschweige denn Volkspolitik, sondern immer nur dynastische Politik gemacht worden. Als die Habsburger noch Herrscher in Deutschland waren, haben sie sich jemals von den Nöten und Wirren des Reiches anfechten lassen? Mitten in den furchtbaren Zuckungen des Reformationsstreites, in der entsetzlichen Barbarei des Dreißigjährigen Krieges, in den Stürmen der Türkennot, in den blutigen Schrecken des Napoleonismus haben sie niemals an anderes gedacht, als ihre Hausmacht zu vergrößern oder zu erhalten. Aber Deutschland ist zum Glück nicht von Habsburgs Gnaden geworden und sein trotz aller Wunden von Natur starker und gesunder, wahrhaft staatlicher Organismus vermochte sich dieses Einflusses zu entledigen und das ehedem von partikularistischen Tendenzen zerfressene Deutschland blüht seit dieser Zeit frisch und mächtig auf. Uns aber ist die staatsfremde und staatsfeindliche Politik bis in die jüngste Zeit geblieben. Denn was war der Ausgleich des Jahres 1867 anders als reine dynastische Hauspolitik? Ohne Bedenken wurden die Interessen Zisleithaniens den Forderungen der im Augenblick gerade im Oberwasser befindlichen Ungarn geopfert und damit im Dienste dieser privaten Interessen eine neue Phase der Zersetzung und Zerfaserung dieser Reichshälfte begonnen. Unter dem Drucke dieses Ausgleichs wurden die nationalen Erbitterungen ins Maßlose verschärft, die wirtschaftliche Entwicklung unterbunden, die politische Moral durch den berühmten luogo du traffico vergiftet. Es gibt Geschichtsschreiber, die dem Adel und den Herrscherdynastien staatenentwickelnde Kraft zuschrieben, und für jene vergangenen Zeiten, wo die breite Masse völlig von Wissen, politischer Bildung und Rechten ausgeschlossen war, mag dies bis zu einem gewissen Grade zutreffen. Aber wo dies geschehen ist, da sind die betreffenden Dynastien schließlich doch dahin gekommen, ihren natürlichen Egoismus mit den Erfordernissen der staatlichen Entwicklung in Einklang zu bringen, oder waren die staatlichen und volkspsychologischen Tendenzen so mächtig, daß sie respektiert werden mußten. Bei uns hat die Regierungsmaxime seit jeher geheißen: Habsucht und Unterdrückung. Alle werdenden Staatsgebilde haben ihre Gärungsprozesse. Aber bei uns hat nur die dynastische Politik stets die zentrifugalen Tendenzen gestärkt durch die Brutalisierung aller auf Emporringen und Entwicklung gerichteten Bestrebungen der Völker. Die Erhebung des tschechischen Volkes im 17. Jahrhundert ist mit Hilfe der Deutschen, die der Deutschen in Wien im Jahre 1848 mit Hilfe der Tschechen und Kroaten, die der Ungarn außerdem noch mit Hilfe der Russen im Blute erstickt worden. (Stür-

mischer Beifall.) Jede Wendung in dieser Politik, auch die kleinste, ist dadurch gekennzeichnet, daß jene Nationen, die bis dahin die Regierungspolitik unterstützt hatten, schließlich weggestoßen und brutalisiert wurden, so daß endlich die staatsfeindlichen Kräfte überall siegreich durchbrachen. Und als man sich endlich der Notwendigkeiten des Staates zu erinnern genötigt sah, als das Menetekel von Solferino den Trägern der volksvergiftenden und damit staatszerstörenden Politik Schrecken in die Glieder jagte, da war das ganze Ergebnis der gereiften Einsicht die Februarverfassung des Jahres 1861 und der geniale Gedanke jenes aus den bunten Flicken und Lappen aus alter und neuer Zeit zusammengeschusterten Parlaments, dessen segensreiche Wirkungen wir heute in allen Gliedern spüren.

So hat man den Werdeprozeß dieses Reiches nie zur Ruhe kommen lassen. So ist die Krise der habituelle Zustand, die normale Lebensform dieses Staates geworden. Wo seine einzelnen Teile sich schon organisch ineinander fügen wollten, da hat man diese Verbindung durch das feindselige Dazwischentreten der dynastischen Politik gestört. Die mit der Zeit unerläßlich gewordenen Konzessionen an die wachsenden politischen Bedürfnisse der Völker an Fortschritt und Freiheit, an wirtschaftliche Entfaltung und kulturelle Entwicklung hat man nie freiwillig, nie aus jener weisen Erkenntnis und Voraussicht heraus, die bekanntlich die Regierungskunst ausmacht, gewährt, sondern *immer nur aus feiger Angst*, immer nur gezwungen und immer bloß nur zum Scheine. So ist unsere Verfassung ein trostloses Flickwerk unharmonischer Einzelheiten, eine lächerliche Sammlung von Anachronismen, über die sogar die Verwaltungspraxis täglich und stündlich zur Tagesordnung hinweggeht. Und während anderswo die Staatsform der Ausdruck der inneren ökonomischen, sozialen und geistigen Zusammenhänge und Zustände gewesen ist, laufen bei uns die Tatsachen und ihr politischer Ausdruck immer auseinander. Diese Inkongruenz zwischen Staatsverfassung und staatlicher Politik einerseits und den inneren Erfordernissen der Geschichte, der Völkerpsychologie, der ökonomischen, sozialen und geistigen Entwicklung andererseits ist das eigentliche Wesen der österreichischen Krise, der ständigen ebensowohl als der gegenwärtigen akuten. (Beifall.)

Vergleichen wir nur unsere ökonomischen und sozialen Entwicklungszustände mit ihrem angeblichen Ausdruck: der Konstitution und dem Parlament. Das Jahr 1848 war angeblich das Jahr der Etablierung der Herrschaft des Bürgertums. Und was in einer fünfzigjährigen Bourgeoisherrschaft geleistet werden kann, haben wir in Deutschland gesehen, wo ja auch noch ganz respektable Summen von feudalen Resten übrig geblieben sind, das aber doch einen ganz kolossalen Aufschwung genommen hat. Selbst Italien, das unter den Sünden vergangener Jahrhunderte ökonomisch zurückgeblieben ist, hat einen gewaltigen Aufschwung genommen und schickt sich an, uns zu überflügeln. Bei uns hat dem kurzen Aufschwung gar bald ein sehr behäbiges Vorwärtsschreiten Platz gemacht. Kaum hatte das Bürgertum die Flügel geregt, als auch schon die Feudalen im Parlament ihre Macht geltend machten und durch alle möglichen Mittel und auf allen Wegen versuchten, die wirtschaftlichen Regungen des Bürgertums zu unterdrücken. Das ist auch gelungen. Schließlich waren ihre Arbeiterschutzgesetze im Grunde ihres Herzens auch nichts anderes als Mittel, die Entwicklung der Bourgeoisie zu hemmen. Das stärkste Mittel zur Unterbindung der Entwicklung der Bourgeoisie war aber der Viergulden-zensus, der unser Parlament den ökonomisch feindlichen Tendenzen der Zünftler auslieferte. Die erste Zeit des Idealismus und des Begeisterungsrausches für Freiheit und Gleichheit war so in Oesterreich bald vorüber; das Schulgesetz, das die Liberalen geschaffen, wurde durch den Einfluß der Feudalen bald verschlechtert, das halbschlächtige Vereins- und Versammlungsgesetz brachte uns in der Praxis Sekkaturen und Willkür, das Preßgesetz statt der Preßfreiheit Konfiskationen. Während die ökonomische und geistige Entwicklung weiterging, drücken uns noch immer die alten Formen des überlebten Rechtes. Wie sollte denn auch ein Parlament, das auf dem Kuriensystem aufgebaut ist, gleich Schritt halten mit der wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung!

Unser Ministerpräsident, der anthologiengelehrte Gautsch, zitiert im Parlament: „Alles fließt!“ Wenn der gute alte radikale Heraklit, der sozusagen am äußersten linken Flügel stand, gehört hätte, daß sein Wort benützt wird zur Verteidigung des schuftigsten Volksbetruges, er hätte sich im Grabe umgedreht. „Alles fließt,“ alles ist in Bewegung. Jawohl; aber wie soll man das im Parlament erkennen bei seinen ewig gleichbleibenden unsterblichen einundzwanzig Handelskammervertretern? Unser Parlament beschließt Zölle, durch die die Entwicklung direkt unterbunden wird, ein Agrarier hat sogar offen den Wunsch ausgesprochen, die ganze Baumwollindustrie Oesterreichs möge vernichtet werden. Eine ganze Industrie mit all den tausend Existenzen, die an ihr hängen, soll zugrunde gehen, nur damit die Bauern mehr Hanf verkaufen können. Und auf dem industriellen gewerblichen Gebiete, da machen unsere Parlamentarier Hausiergesetze, beraten monatelang über das Maßnehmen der Schneider und fordern den Befähigungsnachweis für die Kaufleute.

Während solche mittelalterliche Tendenzen im Parlament zutage treten, geht draußen die Industrie, wenn auch langsam, so doch immer noch ihre Entwicklung fort, steigen aus der Tiefe der Gesellschaft neue Schichten mit neuen vorwärtsdrängenden Tendenzen hervor und die Statistik beweist — ich erinnere hier nur an die Untersuchungen des Professors Rauchberg — daß Oesterreich, das zur Zeit Schmerlings noch ein Agrarstaat war, heute ein ausgesprochener Industriestaat geworden ist. Die politische Gesetzgebung und Engherzigkeit, die von diesem Parlament gemacht wurde, ist durch das Aufwachen der Arbeiterschaft gebrochen und der geistige Fortschritt der Arbeiterschaft ist zu so ungeheurer Höhe und Macht entwickelt, daß das Schulgesetz und was damit zusammenhängt, längst lächerlich geworden sind. (Lebhafter Beifall.) Und während das österreichische Parlament eine Art prähistorisches Versteinerungsprodukt darstellt, worin ebenso ökonomische Produktionsinteressen des Mittelalters bestimmend wirken, wie vermittelst der Adelskurie politische Interessen des Mittelalters zu herrschenden gemacht wurden, geht draußen die Weltgeschichte ihren ehernen Gang weiter, schafft neue wirtschaftliche und soziale Gebilde und Tendenzen, die nur den einen glühenden Wunsch gemeinsam haben, daß dieser ihrer Weiterentwicklung im Wege stehende Kretin von Privilegienparlament von der Bildfläche verschwinde.

Das Privilegienparlament mit seiner stillstellenden, die Machtverhältnisse verschiebenden, die Tatsachen entstellenden Wirksamkeit ist nichts als eine konstitutionelle Drapierung des Absolutismus. (Bravo!) Der Absolutismus aber, verhüllt oder unverhüllt, ist mit dem erwachten Volksbewußtsein unvereinbar. Er ruft Widerspruch und Auflehnung gegen seine Wirksamkeit hervor, er provoziert die revolutionären Instinkte: beim Proletariat stürmische Kundgebungen der Straße, bei der Bourgeoisie Obstruktion. Die Obstruktion ist kein Zufall, weder an sich noch daß sie sich gerade auf nationalem Gebiete betätigt. Die nationalen Kämpfe werden in Oesterreich natürlich durch die Regierungspolitik noch verschärft. Der nationale Chauvinismus aber ist die Form des bürgerlichen Volksbewußtseins gegenüber dem national geschlechtslosen Adel, der national geschlechtslosen Kirche und der nationenfeindlichen Dynastie, er ist geradezu die Demokratie des Bürgertums in Oesterreich. Den Luxus allzu weitgehender politischen Ideale darf sich das Bürgertum nicht gestatten, weil sonst die erst noch zu erobernde Vorherrschaft sofort in Frage käme und die Begehrlichkeit des heute schon zu reif gewordenen Proletariats geweckt würde. Zudem leidet unser Bürgertum an dem alten österreichischen Erbübel, der Feigheit und Unzulänglichkeit, die es verhindert, dem ersten notgedrungenen Schritt den zweiten logischen nachfolgen zu lassen. So gab uns die liberale Gesetzgebung das Schulgesetz und den Pfaffen dazu: das Versammlungsgesetz mit dem § 6, der die Versammlungsfreiheit aufhebt, das Preßgesetz mit dem Kolportageverbot, dem Zeitungsstempel und dem objektiven Verfahren. Und jetzt wagt es auch nicht, den ihm selbst unheilvollen

parlamentarischen Zustand zu ändern und sich durchzusetzen, sondern beschränkt sich in Halbheit auf Obstruktion. Trotzdem reicht diese Obstruktion, die Revolution des bürgerlichen Klasseninstinkts gegen vorbürgerliche Produktions- und Gesellschaftsformen, hin, um die Unmöglichkeit des Weiterbestandes dieses Privilegienparlaments festzustellen. Das Parlament wird nicht nur absolut unfähig zur kleinsten gesetzgeberischen Leistung von Vernunft, es wirft sich der Durchführung der dringendsten Reformen auf allen Gebieten, selbst bürgerlicher wie: Altersversicherung, Strafgesetz, Verwaltungsreform, Eisenbahnverstaatlichung, industrielle und Arbeiterschutzgesetzgebung, als unübersteigliches Hindernis in den Weg, es verwirrt und kompliziert bis zur Unlöslichkeit gerade die Frage, die es am meisten bewegt, die nationale, so daß die einfachsten Dinge wie Schulerrichtung, Beamtenernennung u. s. w. unentwirrbare Knäuel von Problemen werden, es lähmt die staatliche Tätigkeit auf allen Gebieten.

Es hätte der Krönung dieses herrlichen Gebäudes durch die fünfte Kurie gar nicht bedurft, der Eintritt der Franko Stein und Fresl wäre gar nicht nötig gewesen, die innere Unfähigkeit und Fäulnis des Parlaments darzutun. Aber die Pflicht der Dankbarkeit gebietet es, die beschleunigende Wirkung, die diese demagogischen Elemente auf den Zersetzungsprozeß genommen haben, bereitwilligst anzuerkennen. Die Spannung wäre schließlich auch ohne sie zu stark geworden, die Tatsachen hätten sich auch ohne sie durchgesetzt; aber auch sie selbst sind schließlich das Ergebnis dieser krankhaften Entwicklung, sie selbst diese Zwittervertreter von Bourgeoisie und Proletariat, diese von volksfeindlichen Phrasen triefenden Helfershelfer der schwärzesten politischen und ökonomischen Reaktion, diese proletarischen Verbündeten von Lebensmittelwucherern, Zünftlern und degenerierten Grafen sind der stärkste Ausdruck der erbärmlichen konstitutionellen Lüge, die das österreichische Parlament darstellt.

Eine Unwahrheit wird aber durch Anfügung einer zweiten nicht aus der Welt geschafft. Hier hebt nicht eine zweite Verneinung die andere auf wie in der Grammatik. Im Gegenteil: Die fünfte Kurie hat die Lächerlichkeit der Kurienvertretung bis zur Fratze verzerrt. Die Häufung von Unwahrscheinlichkeiten, Widersinnigkeiten und Unmöglichkeiten, die sie herbeigeführt, zerstört den letzten Rest von innerem Halt des Parlaments, erzeugt bei Abgeordneten selbst Unzufriedenheit mit ihrer schiefen und verlogenen Position und ruft den Ekel und den empörten Widerstand in der Bevölkerung hervor. So wird diese Verfassung immer mehr von innen heraus zerfressen, sie wird immer mehr ein Rahmen ohne Inhalt. Von dem alten Schmerling-Theater ist nun auch nichts mehr vorhanden als die äußeren wurmstichigen Riegelwände. Dieses Privilegienparlament ist nicht mehr möglich, die Lüge des österreichischen Konstitutionalismus röchelt in den letzten Zügen. (Stürmischer Beifall.)

Wie ist es denn auch anders möglich? Man spöttelt über die Republik mit dem Großherzog an der Spitze. Aber ist ein bürgerlicher Konstitutionalismus mit dem Grafen Palffy oder Herrn Dr. Heilinger an der Spitze weniger lächerlich? Und was nützt den Herren Feudalen selbst ihr Privilegium? Angesichts des obstruierten Reichsrates bleibt es eine taube Nuß und vergebens suchen die Herren Abrahamowicz und Dzieduszycki hinter den Kulissen die gewohnten fetten Präsente, wie Nordbahnverstaatlichung und selbst notwendige Dinge, wie Kanalbauten und Flußregulierungen, zu erschleichen; ihre zu jeder Schandtat allezeit bereite Regierungsfreundlichkeit ist keinen Schuß Pulver, nicht einmal auf ostgalizische Feldarbeiter wert (Sehr richtig!), wenn sie sich nicht in die klingende Münze der Budgetbewilligung umzusetzen vermag. Herr Schileny und Herr Dr. Lecher vermögen die Fleischwerdung dieser Regierungsfreundlichkeit jeden Tag zu hindern und somit ihr Privilegium seines hohen Wertes in bar vollständig zu entkleiden.

Seit der gewohnheitsmäßigen Anwendung des § 14 aber ist eine starke Baisse in Privilegienwerten eingetreten. (Bravo!) Und diese Dinge werden sich nicht ändern, es sei denn, daß sich die Herren ent-

schließen, zum nackten Absolutismus zurückzukehren, jener herrlichen Einrichtung, die insbesondere für die Herren Schlachzizen von großem Werte sein muß, da sie gewöhnlich mit kolossalen Steuererleichterungen für Mitglieder der hohen Aristokratie verbunden ist.

Es gibt heute niemanden in Oesterreich, der auch nur den Gedanken an die Wiedereinführung des Absolutismus wagte. Das Selbstbewußtsein der Massen ist zu mächtig erwacht (stürmische Zustimmung), die Regierungspolitik hat zu viel Schuldbewußtsein, der Dynastismus ist zu stark eingeschüchtert, als daß er solche furchtbar gefährliche Dinge wagen dürfte, von denen man nie weiß, wie sie zunächst, sicher aber weiß, wie sie am letzten Ende ausgehen werden: mit der explosiven Niederwerfung aller der Völkerentwicklung gesetzten Schranken. Ueberhaupt in einer Zeit, wo zerfetzte Großfürstenleichen auf der Straße zu liegen pflegen, da denkt niemand an die Einführung des Absolutismus. (Brausender Beifallssturm.) Und gerade im Augenblick, wo das Volk durch die von ihm selbst mit unzähligen Opfern an Freiheit und Blut so schwer erstrittene größere Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sozusagen schon etwas verwöhnt ist, möchte man seine Empfindungen so frivol reizen? Uebrigens vermutet niemand solche Absichten beim Privilegienadel, denn diese Herren haben den Glauben an sich selbst verloren, sich haben sich selbst aufgegeben. Wo waren denn alle diese nicht durch den mechanischen Grundsatz der Zahl, sondern durch erbliche Belastung zu ihrem gesetzlichen Amt berufenen Herren, als über die Fortdauer ihres Privilegs im Parlament dringlich verhandelt wurde? Warum hat kein einziger von ihnen die Courage gehabt, ihr keck arrogiertes Vorrecht zu verteidigen?

Wie aber die Krone in der Frage denkt, das wissen wir bereits. Sie hat in Ungarn aus dem Konflikt mit dem dortigen Privilegienparlament die Lehre gezogen, daß der Entrechtung der breiten Massen ein Ende gemacht werden muß. Mag das ehrlich gemeint sein oder nicht, die Tatsache allein entscheidet auch für die österreichische Krise. Hat man für Ungarn den richtigen Ausweg gewußt, so hat man kein Recht mehr, sich für Oesterreich blöd zu stellen.

Ich zitiere nur zum Beweise, welches richtige Verständnis die Herren da oben für das Wesen und die Heilmittel der Krise haben, drei Sätze aus dem Programm Fejervarys, die vom Wahlrecht handeln. Hören Sie den ersten Satz (liest):

> Und eine Entwirrung, eine wirkliche Entwirrung, eine solche, welche nicht bei den Symptomen der Krankheit stehen bleibt, sondern bis zu ihren letzten Gründen hinuntersteigt und das Uebel an der Wurzel heilt, eine solche Entwirrung kann einzig und allein eine solche Parlamentsreform bringen, welche das Parlament wieder den Volksinteressen und dem Volkswillen einfügt. (Stürmischer Beifall.)

Und nun der zweite Satz:

> Wir können daraus die große Lehre schöpfen, daß ein blühendes nationales Leben, daß ein starker wirtschaftlicher Fortschritt und eine kräftige staatliche Erstarkung bloß von der Einführung der gesamten Volkskraft ins Parlament zu erwarten ist. (Brausender Beifallssturm.)

Und jetzt noch die dritte Stelle:

> Keinerlei Zwischenlösung kann hier zum Ziele führen; so tief das Uebel liegt, ebenso radikal muß auch die Heilung sein. (Tosender Beifall.)

Wie? In Ungarn ist man wegen bloßer Majestätsrechte bereit, das Wahlrecht zu geben und in Oesterreich sollte die Gefahr des Staatsruins nicht hinreichen, es zu erlangen? In Ungarn hat man den Mut, gegen den Willen der Parlamentsmajorität das Wahlrecht zu geben und in Oesterreich wollte man es verweigern, obwohl das Parlament es

will? Und sind wir den Ungarn mit dem allgemeinen Wahlrecht um acht und mit der allgemeinen Kulturentwicklung um 100 Jahre voraus, so dürfen wir ihnen mit dem gleichen Wahlrecht nicht nachhinken. Wir sind in Oesterreich zwar an Widersprüche gewöhnt, aber solche hirnrissige Absurditäten sind einfach undenkbar. (Großer Beifall.) Es ist undenkbar, denn das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist heute nicht mehr bloß ein Programm von Millionen rechtloser; es ist vielmehr geradezu der Notschrei des Reiches, es ist der Hilferuf der ertrinkenden staatlichen Ordnung. Und alle jene offenen und tückischen Feinde einer Gesundung unserer Verhältnisse, alle kamarillistischen Schleicher und Intriganten, alle die Ratlosen und Verzweifelten in den an Oesterreich interessierten Schichten mögen zur Kenntnis nehmen: Kein Ausweg aus der Krise ohne das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht! (Beifall.)

Aber da kommen die Vertreter des Bürgertums mit der nationalen Frage. Es ist der Haupteinwand, der, und zwar vornehmlich von deutscher und italienischer Seite gemacht wird, und wir müssen uns daher mit ihm beschäftigen. Es ist geradezu unglaublich, aber echt österreichisch und für die Logik unserer Abgeordneten typisch. Dieselbe nationale Frage, von der jeder weiß und zugibt, daß ihre Lösung in diesem Parlament nicht nur unmöglich ist, sondern daß dieses Parlament geradezu zu ihrer schweren Verwirrung, Verschärfung und Vergiftung am meisten beiträgt, soll die Ursache der Verhinderung des einzigen Mittels zur Lösung der nationalen Frage und der österreichischen Krise überhaupt sein? Wenn das kein Fehlerzirkel ist, dann gibt es überhaupt keinen mehr. (Zustimmung.) Aber wenn die Herren schon so reden, dann müssen wir doch einmal die Frage aufwerfen: Sind denn die Nationen wirklich im jetzigen Abgeordnetenhause maßgebend vertreten, oder sind es nicht vielmehr bloß Bruchstücke, einseitige, windschiefe Vertretungen, die wir dort erblicken? Sie sprechen von Minoritätenschutz; in Wahrheit aber müßte man von einem Schutz der Majoritäten der Bevölkerung vor den vergiftenden Gesetzen dieses Parlaments sprechen, die von einer Cliquenminorität gemacht werden. (Brausender Beifall.) Wie die Gesamtheit einer Nation denkt, ersehen wir aus dem gegenseitigen Ueberschreiten der bürgerlichen Abgeordneten ebensowenig, wie wir daraus die Art erkennen, wie die Nation ihre Interessen zu verteidigen bereit ist und wie sie sich zu den anderen Nationen zu stellen gedenkt. Das werden wir erst erfahren, wenn durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht die Gesamtheit der Nation zur Wahl ihrer Vertreter berufen sein wird. Aber freilich, der Besitzstand muß gewahrt werden. Niemand würde sich entschiedener gegen die Kränkung nationaler Rechte wenden als wir. Aber ebensowenig darf der natürliche Weg der Entwicklung unterbunden werden. Warum wollen sich die Deutschen — denn um sie handelt es sich hauptsächlich in dieser Frage — auf den Besitzstand beschränken? Erschöpft sich denn das nationale Interesse an den Ziffern der Statistik, ist die Bevölkerungszahl sein Um und Auf? Nun, in dieser Beziehung könnten Professor Rauchbergs Untersuchungen doch bereits einige Beruhigung bewirkt haben. Diese Besitzstandspolitik ist Stillstandspolitik, sie ist Faulheit, Feigheit und Mangel an Selbstvertrauen. Ist denn den Herren der Begriff der inneren Kolonisation ganz fremd, gibt es für das Deutschtum wirklich nichts mehr innerhalb des deutschen Volkes zu erobern? Und besteht die nationale Aufgabe der Tschechen und Italiener wirklich in der Eroberung auf Kosten anderer Völker und ist ihre Aufgabe wirklich erfüllt, wenn einige Bourgeoissöhne eine Universität oder eine staatliche Anstellung kriegen? Vom Standpunkte der Besitzstandspolitik ist eigentlich die jetzige Krise ein Ideal, es geht zwar nichts vorwärts, es wird aber auch nichts am Bestand gerührt. (Heiterkeit.) Wer aber kann heute noch im Ernste glauben, daß sich die lebendigen Kräfte in den Seelen der Völker durch irgend etwas und gar durch ein verkommenes Privilegienparlament an der Entfaltung hindern lassen werden. Es ist Anmaßung, zu glauben, daß die erbärmlichen bürgerlichnationalen Querelen den geistigen

Horizont der Nationen ausfüllen. Die wichtigsten nationalen Aufgaben für die breiten Massen der Nationen sind heute die sozialen Aufgaben, die auf die Hebung ihres physischen und geistigen Wohlseins gerichteten. Andere Fragen müssen endlich das Parlament zu beschäftigen anfangen als die von Gerichtsadjunkten und Bahntafeln, andere Ideen- und Interessentenkreise, die des wirklichen Volkes, nicht eines Privilegiertenklüngels, müssen das Parlament zu beherrschen beginnen. Und vor allem ist zur Erfüllung der wahrhaft nationalen Aufgaben die politische Erziehung der breiten Schichten der Völker nötig, die Auslösung der wahrhaft demokratischen Kräfte. Das aber vermag kein Mittel der Welt in so vollkommener Weise zu erfüllen als das allgemeine Wahlrecht. Denn was ist ersprießlicher für die Nation? Daß infolge der Krise alles festgerannt bleibt, daß keine Nation zu ihrem Rechte auf Entwicklung kommt oder daß durch das Wahlrecht die breiten Massen zur Teilnahme und zu höherem Interesse an der Entwicklung und zur Verteidigung der Nation aufgerufen werden? (Beifall.)

Statt dessen aber sollen die nationalen Kämpfe, die bisher die Ursache der Unterbindung aller staatlichen Funktionen gewesen sind, nunmehr auch das Mittel zur Verhinderung der politischen Höherentwicklung der Völker selbst sein?

Aber da kommen die Herren und sagen, es müsse zuerst die nationale Autonomie festgestellt werden. Nun, wir sind für nationale Autonomie. Wir begnügen uns nicht mit platonischen Liebeserklärungen an sie, wir haben ihr vielmehr in Brünn festen Rahmen und Inhalt gegeben, ja, wir sind nicht nur für die Autonomie, wir haben sie sogar in unserer Organisation. Jeder, der gegen nationale Autonomie ist, will nicht ehrlich weder die Lösung der Frage noch freiheitliche Entwicklung der Völker, noch Demokratie überhaupt. Aber was haben wir da erlebt? In einer jener Sitzungen der letzten Session, als die Dringlichkeit des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes erörtert wurde, stand der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Derschatta, auf und erklärte, er sei besonders angenehm berührt, daß der Abgeordnete Dr. Ellenbogen seinerzeit einen Antrag für die nationale Autonomie und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingebracht habe. Die Herren sagten weiter, sie seien zwar für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, aber zuerst müsse die nationale Autonomie kommen. Aber als dieser so warm begrüßte Antrag für die nationale Autonomie im Parlament verhandelt wurde, da hat die ganze Deutsche Volkspartei dagegen gestimmt. (Allgemeine Pfuirufe.) Ja, wenn die nationale Autonomie auf der Tagesordnung steht, dagegen stimmen, und wenn die Wahlordnung auf der Tagesordnung steht, für die nationale Autonomie sein, das ist eine Fopperei, die sich die Völker nicht länger gefallen lassen werden. (Bravo!) Die nationale Autonomie soll her! Wer aber kann die nationale Autonomie schaffen als eine wirkliche Volksvertretung? Keine Privat-, Kasten- und andere Sonderinteressen. Wir, denen an der freien Entwicklung der Nationen mehr gelegen ist als den bürgerlichnationalen Phrasendreschern, werden gewiß nicht zugeben, daß das allgemeine Wahlrecht zur Unterdrückung der Nationen benützt werde. Bei jeder großen Reform sind gewisse reale Tatsachen zu berücksichtigen, und die Herren Dr. Kramař und sogar Klofač, der einen Antrag auf allgemeines Wahlrecht mit entsprechender Berücksichtigung der Minoritäten eingebracht hat, haben sich ja in dieser Hinsicht schon engagiert. Aber das ganze lächerliche Geschrei reduziert sich auf gewisse formelle Schwierigkeiten, und bei welcher Gesetzesarbeit wären diese nicht? Uebrigens können nie formale Schwierigkeiten die Ursache der Verhinderung eines großen Gedankens und einer geschichtlichen Notwendigkeit sein.

Wo ein Wille, da ist ein Weg —
Wo kein Wille, werden immer Ausreden in Menge vorhanden sein.

Ich habe den nationalen Chauvinismus eine Art dunklen bürgerlichen Klasseninstinkts genannt. Und alle die jesuitischen oder offenen Quertreibereien der Bürgerlichen gegen die Wahlreform erwecken den Verdacht, daß sie durch die künstliche Fortdauer des vergiftenden nationalen Gezänkes Verwirrung in

die geschlossenen Reihen des Proletariats bringen wollen. Uns gegen einander auszuspielen, uns aufeinander zu hetzen, das versuchen sie schon lange, und die Schlagwörter von der Diktatur von Wien wie von der hypernationalen Gesinnung der tschechischen Arbeiter und der antinationalen der deutschen sind auf einem Mist gewachsen, entspringen einer und derselben tückischen Absicht. Nun, ich hoffe, solange ein Hauch sozialdemokratischen Denkens unsere Gehirne belebt, solange auch nur in einem Winkel unseres Herzens der Funke proletarischen Empfindens glüht, wird niemand von uns auf diesen wohlberechneten Schwindel hineinfallen, werden alle diese Rücken und Tücken, wird all diese schleichende Niedertracht an dem Felsen der internationalen proletarischen Interessensolidarität wie Scherben zerschellen. (Lebhafte Zustimmung.)

Und damit komme ich zu unserer Stellung zum allgemeinen Wahlrecht. Wie kommt es denn, daß wir in den letzten Jahren so viel von der Rettung des Staates redeten? Wir sind ja die vaterlandslosen Gesellen, die den Staub von den Füßen zu schütteln haben; wir sind Gegner der heutigen Gesellschaftsordnung und ihrer Ausdrucksform, des heutigen Staates. Wenn dieser Staat auch nicht der ekelhafte, anwidernde österreichische wäre, wir wären auch seine Gegner. Aber bei alledem stehen wir auf dem Boden der Tatsachen; wir wissen, daß wir noch nicht vor der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft stehen; wir wissen, daß die Geschichte wie die Natur keine Sprünge macht. Der moderne Staat ist ein notwendiges Durchgangsstadium, das überwunden werden muß. Ob der Staat will oder nicht, er wird mit der Zeit das Sprungbrett für unsere Absichten und Interessen. Die Worte, die Lassalle im „Arbeiterprogramm" über die ideale Aufgabe des Staates gesagt hat, „daß er das menschliche Wesen zur Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen habe, mit anderen Worten: die menschliche Bestimmung, das heißt alle Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist, zum wirklichen Dasein herauszuringen und zu gestalten", diese Worte vom Zwecke des Staates sind uns gegenwärtig. Es ist wahr: Der Staat ist ein Instrument in den Händen der besitzenden Klassen, ein Unterdrückungsmittel der Herrschenden, aber er ist — gegen den Willen der Besitzenden — ein Instrument zur Weiterentwicklung und bei diesem Schopf fassen wir ihn an.

Ist also der Staat notwendig, hat er wirklich die hohe Funktion, der Boden und das Mittel der Entwicklung zu sein, dann wollen wir auch, daß er diesen Zweck voll erfülle, daß er sich dieser Pflicht nicht entziehe, daß er ein gesunder Boden und ein zweckdienliches Mittel sei. Einen faulen Staat dulden wir nicht. Darum und weil die österreichische Bourgeoisie zu faul und zu unfähig ist, ihre eigene geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, ist es unser Lebensinteresse, an der Herstellung gesunder Verhältnisse mitzuarbeiten. Ja, wir sind es, die überall hinter der Bourgeoisie die Kanonen auffahren und dabei denken: Vorwärts, wollt ihr denn ewig leben, ihr Hunde? (Heiterkeit.) Die Dichterverse gelten von uns:

> Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat,
> Die wir von Gottes Zorne sind, das Proletariat.

Ja, gebt uns einen Staat, einen brutalen, protzigen, seiner Kraft voll bewußten bürgerlichen Klassenstaat, und wir werden dagegen kämpfen, der Riese Proletariat wird seine Arme regen, er wird an dem Widerstand wachsen und sich stählen. Aber in diesem fauligen, stinkenden Moder von Staatskadaver muß alles untergehen, was gut, groß, edel und echt menschlich ist. (Brausender Beifall.)

Wir haben genug von dem alten Oesterreich. Wir wollen nicht länger leben in diesem Friedhof alles Großen und Schönen, in dieser Gemeinschaft von Stumpfsinn und fauler Gemütlichkeit, das österreichische Proletariat fühlt die Kraft in sich, es allen großen Bewegungen der großen Zeit, in der wir leben, gleichzutun. Rings um uns streben die Völker den höchsten Zielen zu, Deutschland hat sich an die Spitze der Zivilisation emporgerungen, das alte Bauernvolk von Norwegen hat mit einem Ruck einen Thron von den Schultern

geschüttelt, in Italien hat die schwer gedrückte Klasse der Bauern und Lohnarbeiter glorreiche Kämpfe bestanden und drüben im finstern Osten geht der Tag des neuen Völkerfrühlings auf, schöner und herrlicher als je einer, die Ketten schmettern auseinander, vom Eismeer bis zum Kaukasus dröhnt der Schrei der Freiheit durch die Lande, überall schreitet der Geist einer neuen Zeit über die Völker hin und nur wir sollten verurteilt sein, den Schimpf und die Schande eines mittelalterlichen Ständeparlaments noch länger zu dulden? (Stürmischer Beifall.)

Parteigenossen! Wir können mit Stolz von uns sagen, daß wir uns immer durch unsere Besonnenheit, durch die Kühle und Ruhe, mit denen wir die schwersten Entschlüsse faßten, ausgezeichnet haben. Jahrelang haben wir unsere Wahlrechtsbewegung geführt, auf alle Wunden des kranken Staatskörpers haben wir unseren Finger gelegt, unablässig haben wir das Uebel aufgezeigt und seine Beseitigung gefordert, wir haben Opfer an arbeitsamen Tagen, an schlaflosen Nächten, an Blut und Freiheit gebracht, in Werkstätten und Versammlungen, im Parlament und auf der Straße, in Schrift und Wort haben wir Stunde um Stunde den Kampf um unser oberstes Recht geführt. Aber in kühler Abschätzung unserer Kräfte haben wir zumeist die Sache durch ihre eigene logische Entwicklung wirken lassen, selbst in dem sturmdurchtobten Hause der Obstruktion haben wir uns nie, weder durch fremde Demagogie noch durch die lockende Kraft der eigenen Pose zu einer eigentlichen Obstruktion verleiten lassen. Nun aber ist *der große Augenblick* gekommen, wo es *der Anspannung der letzten Kraft* bedarf! (Stürmischer Beifall.) Denn das ist die politische Situation des Augenblicks: Die innere Unmöglichkeit des Parlaments ist unwiderleglich erwiesen, das Parlament hat den Glauben an sich selbst verloren, es selbst hat eine Wahlreform dringlich verlangt. Die Herren der seinerzeit antitaaffeschen Koalition sagen *jetzt*: „*Pater peccavi!*"

In sechs Landtagen stehen Anträge auf das allgemeine Wahlrecht auf der Tagesordnung. Sie können ohne deren Erledigung ebensowenig arbeiten wie die anderen. Selbst die nationalen Fragen sind augenblicklich vor der Wucht der Wahlrechtsfrage zurückgetreten. Ein längeres Stillstehen der Staatsmaschine ist unmöglich, selbst den herrschenden Klassen graut davor am meisten, der Hof ist in Verzweiflung, er selbst hat das Beispiel der Rettung durch die Erteilung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes an Ungarn gegeben. Die ganze Oeffentlichkeit verlangt stürmisch das Wahlrecht, in allen Kronländern hat die Masse des Volkes mit ernster, majestätischer Ruhe seine gebietende Stimme dafür erhoben. Der Augenblick ist gekommen, wo *sterben* muß, *was überlebt ist*. Das Privilegienparlament, dieser Fremdkörper in unserem Staatsorganismus, dieser Pfahl im Fleische der gesellschaftlichen Entwicklung, dieses Parlament, das fünfzig Jahre hinter den Tatsachen zurückgeblieben ist, muß fort; aber bevor es verschwindet, hat es noch die *einzige* Aufgabe zu erfüllen, die ihm ein freundliches Andenken sichern wird: *das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Gesetz zu machen*. (Beifall.)

In den letzten Tagen hat sich eine eigentümliche Erscheinung gezeigt: plötzlich ist die „Neue Freie Presse" zur Führerin der ganzen Politik in Oesterreich und Ungarn geworden. Verhandlungen von Parlament zu Parlament sind auf die Tagesordnung gesetzt. Da ist es nun lehrreich, das Verhalten der österreichischen und ungarischen Abgeordneten zu beobachten. Die Oesterreicher kriechen den Ungarn in den Bart und reden ihnen fortwährend zu, daß sie alles erhalten werden, was sie nur wollen, *von Oesterreich reden sie aber nicht*; daß auch wir *Oesterreicher* Interessen zu vertreten hätten, *kommt ihnen nicht in den Sinn*. Wenn irgend etwas, so beweist diese Geschichte, daß ein Staatsbewußtsein in Oesterreich nicht vorhanden ist, Ja, wie sollte auch das Bewußtsein an etwas vorhanden sein, *das nicht existiert*? (Zustimmung.) Anders die Herren der Koalition. Ich traue dem Chamäleon *Apponyi*, der schon so oft seine Ueberzeugung gewechselt hat, nicht über den Weg; auch der eklige Streber *Kossuth* ist mir keine sympathische

Erscheinung und die Klerikalen Zichy u. s. w. sind auch keine angenehmen Leute; aber eines muß man diesen Leuten, diesen Schwindlern, diesen Verrätern ihres Programms doch zubilligen: sie haben Staatsbewußtsein. Diese Leute stehen, wenn auch nur der Form nach, fest auf ihrem Schein und sogar Fejervary sieht sich genötigt, auf die Garantien des § 12 des Gesetzes vom Jahre 1867 hinzuweisen, daß die Selbständigkeit Ungarns jeden Augenblick eintreten könne. Von all dem sehen wir bei uns gar nichts, der ewig sich wiederholende Verrat der österreichischen Interessen an Ungarn ruht schon im System. In Wahrheit ist dieser Revisionsschwindel nichts anderes als eine Mogelei des Herrn v. Gautsch mit der Koalition. Die Herren sehen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht auf dem Marsche, das kann mehr aufzuhalten ist, und suchen es nun durch Betrug und Schwindel und durch Bedenken deutschbürgerlicher Abgeordneten Oesterreichs, die zu allen Dummheiten und Verrätereien zu haben sind, zu hemmen. (Lebhafter Beifall.) Wir möchten die Herren Abgeordneten warnen, sich in dieser Sache zu stark zu engagieren. Diese Revisionskampagne ist nichts anderes als ein Durchkreuzungsversuch gegen das Ziel aller jenen, die den politischen Fortschritt wollen. Die Herren Abgeordneten, die da gar so stark dafür eintreten, ob sie nun d'Elvert, Wrabetz oder Prade heißen, mögen zur Kenntnis nehmen, daß, wer heute gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht auftritt, fertig ist. Mit dem wird abgerechnet werden... (Beifall.) Was aber den Ministerpräsidenten betrifft, der diesen großen Augenblick beantwortet mit Jongleurkniffen und Kulissenschleichereien, der den Dingen so wenig gewachsen ist und meint, daß man heute durch Hinterlist und Bauernfängertricks den Gang der Weltgeschichte aufzuhalten vermöchte, so hat er damit seinen Unbefähigungsnachweis vollständig erbracht. Er will den Willen des Parlaments wissen. Das Parlament hat seinen Willen gesagt: es hat mit Zweidrittelmajorität für das allgemeine und gleiche Wahlrecht entschieden, wenn es auch infolge eines Spitzbubenkniffs des Abrahamowicz verhindert wurde, daß diese Tatsache durch eine Abstimmung zum Ausdruck kam. Das Parlament ist also auch gegen Gausch, das Volk ist gegen Gautsch und vor allem sind die Tatsachen gegen Gautsch und ich betone: Die Tatsachen sind gegen jeden Ministerpräsidenten, der heute noch glaubt, ohne allgemeines und gleiches Wahlrecht Politik machen zu können. (Stürmischer Beifall.)

Der Revisionsrummel ist also ein Betrug, an den sich die Herren Deutschbürgerlichen, die Liberalen aller Schattierungen, als an einen letzten Rettungsanker anklammern. Sie mögen ihren Verrat üben. Wenn aber auch alle, die sich aus Bosheit oder Dummheit taub oder blind stellen, um den Flügelschlag der Zeit nicht zu hören und zu sehen, wenn Parlament, Regierung und Parteien sich ihrer Pflicht entziehen sollten, wenn vielleicht wieder unverantwortliche Weiber und Männer das Verbrechen begehen wollten, der Geschichte in den Arm zu fallen, nun, dann werden wir am Platze sein, um dem Volke zu geben, was des Volkes ist. (Brausender Beifall.) Denn wir sind die ungeheure Majorität des Staates, wir füllen die Staatskasse, mit unseren schwer verdienten Groschen tun sich seine Repräsentanten gütlich, wir schaffen mit unserer Hände und Hirne Arbeit die Kultur, deren Früchte sie so behaglich genießen, unser Blut ist es, das auf den Schlachtfeldern vergossen wird, wir sind die Träger und Erhalter dieses ganzen Gebäudes, und sie wollen uns den vollgültigen Einfluß auf unsere eigenen Geschicke verweigern? (Allgemeine lebhafte Bravorufe.) Für uns ist das allgemeine, gleiche Wahlrecht mehr als eine politische Forderung, es bedeutet für uns die Grundlage unserer Existenz (So ist es!), die Voraussetzung unserer ganzen künftigen Entwicklung. Wie die Charte für den englischen Arbeiter, bedeutet das Wahlrecht für die österreichischen „gute Wohnung, gutes Essen und Trinken, gutes Auskommen und kurze Arbeitszeit". Wir können und dürfen nicht zugeben, daß, während ganz Europa unter dem

Banner der sozialen Ideen Politik macht und die Arbeiterschaft dazu heranzieht, während das Wahlrecht in Rußland auf dem Marsche ist....

Genosse **Dr. Adler** gibt dem Redner Telegramme in die Hand.

Ein historischer Zwischenfall. Während der Rede Ellenbogens war an Gen. Němec das Telegramm des Korrespondenzbureaus in den Kongreßsaal gesendet worden; er legte es dem Redner auf die Tribüne. Bald flüsterten die Delegierten in den vorderen Tischreihen einander zu: „Nachrichten aus Rußland!" Die Stille, mit der Ellenbogens Rede angehört wurde, wich plötzlich einem aufgeregten Summen und Flüstern. Ellenbogen brach den Faden seiner Rede ab, und während schon erregte Stimmen laut wurden: „Nachrichten aus Rußland — verlesen!" begann Ellenbogen das Manifest des Zaren mit vor Erregung bebender Stimme zu verlesen. Im Nu trat atemlose Stille ein. Kaum war der erste Absatz des Manifestes, der mit der Verheißung der Preß- und Versammlungsfreiheit schließt, verlesen, da brach im Saale und auf der Galerie ein ohrenbetäubender Jubel los: „Hoch die russische Revolution! Hoch die Revolution! Hoch das allgemeine Wahlrecht!" Die Rufe endeten mit einem Schlage, als Ellenbogen das Manifest mit kräftiger Stimme absatzweise weiterlas. Schon als Ellenbogen die Verlesung begonnen hatte, hatten sich die Delegierten und die Gäste, ganz instinktiv, ohne ein Zeichen der Verabredung, von ihren Sitzen erhoben. Stehend, im Gefühl der historischen Bedeutung des Moments, wurde die Verlesung angehört. Eine feierliche Ergriffenheit lag in diesen Minuten über dem Kongreß. Ellenbogen hatte das letzte Wort des Zarenmanifestes verlesen. Jetzt ohneweiters wieder in die Diskussion zu treten, war unmöglich. Im Nu fand der Kongreß, wieder ganz instinktiv, ohne Verabredung, den richtigen Ausdruck seiner feierlichen Stimmung. Revolutionsgesänge brausten mit einemmal durch den Kongreßsaal. Die Tschechen und Polen sangen die „Rote Fahne", dann sangen die Deutschen die Marseillaise. Aber das war nicht bloß Ausdruck einer weihevollen Stimmung, das war gleichzeitig ein heißes Gelöbnis für die Zukunft. Jedes Wort der ersten Strophe der Marseillaise, heute hatte es seine besondere Bedeutung, klang es ernst und bedeutsam, wie das Lied des Soldaten, der in der Stunde der Mobilisierung sein Marschlied einübt:

Wohlan, wer Recht und Wahrheit achtet,
Zu uns'rer Fahne steht zu Hauf',
Wenn auch die Lüg' uns noch umnachtet,
Bald steigt der Morgen hell herauf.
Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen,
Zahllos ist uns'rer Feinde Schar,
Ob auch wie Flammen die Gefahr
Mög' über uns zusammenschlagen;
Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all.
Marsch, marsch!
Marsch, marsch!
Und wär's in den Tod,
Denn uns're Fahn' ist rot.

Marsch! Marsch! Diese lodernde Kampfesstimmung durchwogte den Saal, nachdem die Strophe zu Ende gesungen war. Noch standen die Delegierten da, noch schwirrten Hunderte Rufe durch den Saal, die man im Durcheinander kaum verstand und deren Sinn doch jeder erfaßte: Oesterreich kann nicht russischer als Rußland bleiben..... Jeder Teilnehmer wußte, daß in dieser Stunde auch der österreichische Wahlrechtskampf in ein neues Stadium revolutionärer Entschlossenheit getreten war.

Abgeordneter **Dr. Ellenbogen** (fortfahrend): Nun, Parteigenossen, eine schönere Illustration für unsere Wahlrechtsbewegung konnten wir gar nicht bekommen. Wie? In Rußland ist der knieschlotternde Zar schon so weit gelangt, das allgemeine Wahlrecht zu geben, und unsere so wenig behaglich

gebettete Dynastie will hinter Rußland zurückbleiben? Nein, auch unser gutmütiges österreichisches Proletariat wird das nicht ertragen. Wir wollen nicht länger das typische Pfaffenland, das Land der Bevormundung, das Land der Rückwärtserei, der Kamarilla bleiben. Das Wahlrecht ist eine Lebensfrage für uns. Wir werden daher nicht nur fortfahren in der Agitation, wir werden nicht bloß Demonstrationen abhalten, nicht mehr bloß auf der Straße und vor dem Parlament erscheinen, sondern wir werden, wenn der entscheidende Augenblick es erfordert und es die Borniertheit unserer Gegner darauf ankommen lassen sollte — wir sagen es in voller Besonnenheit und sorgfältiger Erwägung aller Umstände — das Proletariat an die Waffe erinnern, die ihm als letzte, stärkste und entscheidenste geblieben ist, an die Lahmlegung aller Produktion, an den Massenstreik. (Tosender Beifallssturm.) Wenn wir es sonst nicht gewußt hätten, so hätten wir es in Rußland gesehen, welch kolossale Wirkungen der Massenstreik mit sich bringen kann, daß er imstande ist, ein jahrtausendaltes Despotenreich in den Grundfesten erzittern zu machen und einen Thron ins Wanken zu bringen. (Stürmischer Beifall.) Nun, Parteigenossen, wenn es darauf ankommt, wird das gemütliche und besonnene Proletariat Oesterreichs auch russisch reden können (tosende Zustimmung); denn wir haben kein Recht, die entflammte Leidenschaft unserer Brüder in den Werkstätten zurückzuhalten, wenn sie hervorbrechen wollen, um sich das gleiche Recht zu erringen. Ich empfehle Ihnen daher folgende Resolution zur Annahme... Abgeordneter Dr. Ellenbogen verliest die Resolution und fährt dann fort:

Ich habe nur noch die eine formelle Bitte, die theoretische Frage des Massenstreiks noch nicht in Diskussion zu ziehen. Wir haben beschlossen, die Abstimmung der vorgelegten Resolution bis zum Ende der Debatte über den Massenstreik zu vertagen. Ich will auch noch betonen, daß die Resolution keineswegs alles enthält, was wir vom Wahlrecht verlangen, nichts vom Frauen-, nichts vom Proportionalwahlrecht; jeder Parteigenosse weiß, daß es sich heute darum handelt, das gleiche Wahlrecht zu erringen. Wie es wiederholt in dieser Debatte zum Ausdruck gekommen ist, befinden wir uns in einem der wichtigsten geschichtlichen Augenblicke Oesterreichs und des österreichischen Proletariats. Parteigenossen! Ob zurück zum Dunkel der Nacht oder vorwärts ans Licht der Sonne, ob der Unsinn siegen soll oder die Vernunft — das ist die Frage, die jetzt zur Entscheidung kommt. Es ist nicht mehr der Augenblick, um die Politik der kleinen Mittel anzuwenden, wir müssen darangehen, die größte und stärkste Waffe, die uns zu Gebote steht, zu ergreifen, um sie in der politischen Arena einzuführen. Darum richten wir, der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie aller Zungen, an alle unsere Brüder in Stadt und Land, in Werkstätte und Fabrik in allen Ländern das Mahnwort: Seid würdig des großen Moments, haltet euch bereit, euer letztes Gut für euer heiligstes Recht zu wagen! Gilt es aber, den entscheidenden Schlag zu tun, dann, österreichisches Proletariat, heraus, zeige deine weltgeschichtliche, deine weltbewegende Kraft! (Allgemeine begeisterte Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht und den Massenstreik.)

Adler: Wir stehen unter der Wucht dieser vielen Dinge, die man erst überwinden muß. Ich beantrage, daß man die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbreche, damit wir ein wenig aufatmen können.

Der Antrag wird angenommen und die Sitzung unterbrochen. Nach einer Viertelstunde wird die Sitzung wieder eröffnet.

Soukup: Ich beantrage, daß nach dem Referat des Němec sofort ohne Debatte die Abstimmung vorgenommen werde und daß dann die Gesamtexekutive sofort berate, welche Schritte noch zu unternehmen seien. Morgen soll dann über den Generalstreik beraten und dann soll der Kongreß ge-

schlossen werden. Die anderen Punkte der Tagesordnung sind angesichts der neuen Sachlage nicht mehr von solcher Bedeutung. (Lebhafter Beifall.)

Schuhmeier: Was die Sitzung der Exekutive anlangt, so braucht der Parteitag das nicht mehr zu beschließen. Die Exekutive wird eine Sitzung abhalten. (Beifall.) Auch ich meine, daß wir nicht mehr viel auf dem Parteitag zu reden haben. Der Worte sind genug gewechselt. Nach der Nachricht aus Rußland ist unser Platz nicht mehr hier, sondern auf den Straßen von Wien. (Stürmischer Beifall.) Wir können mit der Demonstration nicht bis zum 21. November warten. Die Ereignisse rufen zu rascher Tat. (Brausende Zustimmung.) In Ungarn ist das allgemeine, gleiche Wahlrecht als Regierungsprogramm verkündet, in Rußland hat die Revolution es errungen (Stürmische Rufe: Hoch Rußland!), und da sollen wir noch beraten? Heute abends werden wir vor dem Parlament und vor der Burg demonstrieren. Wir müssen antworten. Morgen beraten wir dann noch hier über den Generalstreik. Und dann ist's aus mit dem Beraten. Dann gehen wir zum Volke, das uns ruft, das unser harrt und das wir führen wollen zur befreienden Tat. (Riesiger Jubel.)

Sonkup: Heute auf die Ringstraße! Vor das Parlament, vor die Burg! Und dann, nach dieser Demonstration, werden wir morgen den Kongreß beschließen und dann werden wir hinausziehen, um in ganz Oesterreich zur revolutionären Tat zu rüsten, wenn man uns unser Recht nicht gibt. (Brausender Beifall.)

Die Sitzung wird hierauf wieder unterbrochen, da die Beratungen der Parteiexekutive noch nicht beendet sind. Nach einer weiteren halben Stunde wird die Sitzung wieder eröffnet und der Vorsitzende Tomschik teilt mit, daß abends eine große Demonstration auf der Ringstraße sein werde.

Nun hält Němec sein Referat.

Němec (tschechisch): Es wurde mir der Auftrag zuteil, daß ich im Namen der tschechischen Genossen die Wiener Genossen beglückwünsche zu dem Kampfe, der nun in Wien anhebt (stürmischer Beifall), und ich gebe Ihnen die Versicherung, daß Sie sich auf unsere Unterstützung verlassen können. Sie können in Ihrem Kampfe auf uns rechnen. Wir werden Ihnen treu zur Seite stehen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Ich werde mich kurz fassen; erstens weil der Moment keine langen Reden erlaubt, und dann, weil ich heiser bin. (Heiterkeit.) Es war wirklich schön, daß der russische Zar in so glücklicher Weise mit seinem Manifest in unseren Kongreß eingegriffen hat (Heiterkeit), und schön von den russischen Genossen, daß sie ihm dabei geholfen haben. (Neuerliche Heiterkeit.) Damit haben sie auch unseren Staatslenkern den Weg gewiesen, wie sie den kranken Staat heilen können. Ist es nicht bezeichnend für dieses Reich, daß in Ungarn die Regierung im Namen der Krone erklärt, daß sie gegen den Widerstand des Parlaments das gleiche Wahlrecht einführen werde und daß zu derselben Zeit im Namen derselben Krone die Regierung erklärt, daß sie dem Volke das gleiche Wahlrecht nicht geben könne. Aber wir müssen das gleiche Wahlrecht erringen. (Stürmischer Beifall.) Seit 1848 hatten wir immer diese Kämpfe zwischen Staat und Volk. Die Regierung hat eine Verfassung gegeben, dann hat sie sie wieder genommen und es kam der Absolutismus. Wenn die Bourgeois ein Stückchen Privileg bekamen, waren sie immer rasch zufriedengestellt. Man brauchte sich um sie nicht zu kümmern, weil sie sich um das Volk nicht kümmerten. Mit einem Brocken waren die radikalen Herren gezähmt. Und heute ist der Parlamentarismus so weit gekommen, daß er eigentlich nur eine Dekoration zum § 14 ist.

Bisher haben wir ruhige, friedliche Demonstrationen abgehalten. Aber so geht es nicht weiter. Die Demonstrationen finden statt, aber man hört uns nicht. Es wird nicht unsere Schuld sein, wenn wir zu schärferen Waffen greifen. (Riesiger Beifall.) Wir haben es den Herren gesagt, als wir an der Spitze der Deputationen bei ihnen vorsprachen, daß wir nicht immer so friedlich demonstrieren werden, wenn man uns nicht hört. Wenn sie unsere Argumente nicht hören, werden wir unseren Willen

mit anderen Argumenten in ihre harten, begriffsstützigen Schädel schreiben. (Neuerlicher großer Beifall.) Wir haben zum Zeichen der Demonstration einen Tag die Arbeit ruhen lassen. Wir können auch länger streiken, wenn es notwendig ist. (Jubelnder Applaus.) Wir haben ihnen gezeigt, daß wir das ganze Proletariat zum Kampfe zu mobilisieren vermögen. Wir werden es ebenso vermögen, wenn wir wieder auf die Straße steigen. Wir legen den Herren ruhig unsere Forderung nach dem gleichen Wahlrecht vor. Wir drohen ihnen nicht, aber wir machen sie auf die Folgen aufmerksam und auf die Gefahren, die sie für sich und alle Institutionen, die ihnen lieb sind, heraufbeschwören, wenn sie an ihren Privilegien festhalten wollen. (Großer Beifall.)

Das Wort erhält nun

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Wir stehen alle unter dem Eindruck der Nachricht, die wir mittags erhalten haben. Es ist kein Zweifel mehr, daß die russische Revolution glorreich gesiegt hat (stürmischer Jubel) und alle Prophezeiungen der Reaktionäre zuschanden geworden sind. Das russische Volk ist auf dem Wege zur Freiheit! Durch Jahrhunderte geknechtet, haben die vielen Nationen dieses Reiches den letzten Verzweiflungskampf durch drei Vierteljahre geführt und sie haben ihn heldenmütig gekämpft. Mit fiebernden Pulsen haben wir Tag um Tag die Heldentaten verfolgt, aber was wir wissen, ist nur ein kleiner Teil jener großen Taten, die wirklich getan wurden. Mit brutaler Gewalt hat man die russischen Völker niedergehalten, mit Betrug und Hinterlist hat man die Völker Oesterreichs jahrhundertelang um ihre Rechte, um jede Möglichkeit einer Entwicklung gebracht. Der Kampf, den unsere Genossen und andere Revolutionäre im Osten geführt haben, ist zugleich ein Kampf für unsere Sache, den wir mit unseren Sympathien begleiten. Denn es ist unmöglich, daß diese große Erhebung ohne Einfluß bleibe auf die Länder des Westens, ohne Einfluß besonders auf Oesterreich. Das Schicksal der alten Mächte in diesem Staate wird jetzt entschieden und sie wissen es selbst, daß ihre Zeit dahin ist. Es regen sich die Kräfte der Völker, sie wollen endlich an die Oberfläche kommen, sie wollen ihre Freiheit erringen. (Lebhafter Beifall.) Es ist unmöglich, daß die Ereignisse in Rußland auf uns keinen Einfluß ausüben, und wir werden in den nächsten Tagen zu zeigen haben, daß auch in uns genug ursprüngliche Kraft steckt, um den Mächten, die sich uns widersetzen werden, entgegenzutreten, und hier wird sich zeigen, daß doch das ganze österreichische Proletariat einig gegen seine Feinde ist (stürmischer Applaus) und daß wir die Kraft haben werden, den Widerstand so weit zu treiben, daß unsere Gegner unterliegen müssen. (Stürmische Zustimmung.)

Ich habe Ihnen im Namen des Verbandes folgenden Antrag zu unterbreiten:

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs **fordert die sofortige Einberufung des österreichischen Reichsrates,** dessen Abgeordnetenhaus in dem gegenwärtigen Augenblick keine andere Aufgabe hat, **als das langjährige Unrecht seiner Existenz zu sühnen und an die Stelle eines verabscheuungswürdigen Privilegienparlaments eine wirkliche Volksvertretung,** aufgebaut auf dem Grundsatz des **allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes,** zu setzen.

Der Parteitag erklärt, daß nach dem glorreichen Siege der russischen Revolution das österreichische Proletariat aller Zungen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit aller Energie fordert und **entschlossen ist, allen Verschleppungsversuchen, wenn es sein muß, auch mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten.**

Abgeordneter **Daszynski** (zuerst polnisch, dann deutsch): Also haben wir doch den Augenblick erlebt, auf den so viele Geschlechter, auf den so viele Millionen Kämpfer so lange und so sehnsüchtig gewartet haben, den Augenblick, wo die Gewaltherrschaft des Zaren aller Reußen ins Grab sinkt. Es übermannt uns ein unermeßliches Gefühl der Befreiung und wir möchten

Tränen der Freude an diesem Grabe weinen, wenn wir auch wissen, daß sich diese Tränen mit dem frischen Blute unserer Besten, unserer Edelsten vermischen. Unsere Besten, die uns den Glauben an die Gerechtigkeit zurückerobert haben, die in uns die Menschheit zu etwas Reellem gemacht haben, deren Galgen in der Zukunft nicht ein dürres Holz bleiben, sondern zu den heiligen Bäumen der Freiheit erblühen werden, und deren Gefängnisse und Verbannungsorte zu Pilgerstätten für die künftige freie Menschheit werden. Der heiße Wind, der vom Osten weht, wird auch bei uns so manche Träne des arbeitenden, des leidenden Volkes trocknen, er wird so manches Denkmal unserer Knechtschaft und unserer Schande einstürzen. In dem gewaltigen Strom der Zeit, die wir jetzt glücklich erleben, wird auch dieser Jammerstaat Oesterreich mächtig — wenn auch wider seinen Willen — vorwärts getrieben. Dieses Oesterreich wird sich nicht mehr halten können, dieses Oesterreich der Knechtung, dieses Oesterreich des Unrechts, dieses Oesterreich der wilden Ausbrüche des völkermordenden Chauvinismus. Dieses Oesterreich muß zugleich zu Grabe getragen werden. (Riesiger Beifall.) Jetzt ist es glücklich umzingelt von Kräften, die alle nach Vernunft und nach dem Recht rufen und die sich die Vernunft und das Recht zu erkämpfen genug mächtig sind. Ja, Parteigenossen, jetzt geht es um die Existenz dieses Völkeraggregats, das in unheimlichen, den Tod verkündenden Zuckungen sich krümmt und windet. Heraus mit dem Parlament! Es soll die Stirn zu bieten wagen dem gewaltigen Strom des Volkes, dem gewaltigen Brausen der Revolutionäre nach Recht; es soll sich dem Volke gegenüberstellen; dieses verruchte Parlament, es soll die Stirn haben, sich dem Volke zu zeigen. (Stürmischer Beifall.) Wir rufen also: **Heraus mit dem Parlament!** und in demselben Augenblick rufen wir: **Heraus das Proletariat auf die Straße!**

Die Rede Daszynskis war mit immer steigender Erregung angehört worden. Sein Schlußappell wird mit unendlichem Jubel aufgenommen. Alle erheben sich von den Sitzen und bereiten Daszynski eine stürmische Ovation.

Pittoni: Wir Italiener können in diesem feierlichen Augenblick auch nicht schweigen; wir müssen unserer Freude Ausdruck geben über den Sieg der russischen Revolution, und unserer Entschlossenheit, soweit wir noch unter Habsburgs Herrschaft stehen — ein Teil unserer Nation hat sich durch Revolutionen befreit — gemeinsam mit Ihnen allen für die Rechte des gesamten Volkes zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Buchinger: Im Jahre 1848 haben russische Kosaken die ungarische Freiheit unterjochen geholfen. Nun soll uns aus Rußland wieder die Freiheit kommen. Wir Ungarn sind voll des herzlichsten Dankes für den großen Sieg unserer russischen Genossen. Und wir fühlen uns gedrängt, in diesem Augenblick das Versprechen abzugeben, daß wir die Bedrücker und Aussauger des ungarischen Volkes so sicher bekämpfen und besiegen werden, wie es unsere russischen Vorkämpfer getan haben. Hoch die russische Revolution! Hoch die revolutionäre internationale Sozialdemokratie! (Stürmische Hochrufe.)

Melen: Der Absolutismus ist gefallen und sein Tod bedeutet in Rußland das Aufatmen des arbeitenden Volkes, sein Tod bedeutet aber auch ein neues Leben für das arbeitende Volk in ganz Europa. Die Konstitution bedeutet aber für uns ruthenische Proletarier, daß die Grenze zwischen den Ruthenen hier und dort gefallen ist und daß wir nun gemeinsam an der Erweckung unseres Volkes arbeiten werden. Wir ruthenischen Sozialdemokraten wissen, daß wir nun die heilige Pflicht haben, unsere Landarbeiter unserer großen Sache zuzuführen, und wir werden alle unsere Kraft aufwenden, bis auch die ruthenischen Bauern in den Reihen des kämpfenden Proletariats kämpfen werden. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Pernerstorfer wird nun unter großer Begeisterung einstimmig angenommen.

Skaret macht nun folgende Mitteilung: Vor kaum zwei Stunden haben wir die Ereignisse vernommen und soeben wird mir telephonisch berichtet, daß die Kasernengasse vor der „Arbeiter-Zeitung" voll von Arbeitern ist (lebhafter Beifall), die auch von dem großen Ereignis gehört haben und offenbar

dort auf die Parole warten, in der sicheren Meinung, daß hier etwas geschehen muß. Auf Wiedersehen heute abends auf dem Burgring!

Dr. Czech: Ich teile Ihnen mit, daß, wie uns eben aus Brünn telephoniert wurde, zu derselben Stunde, wo Sie auf dem Burgring sich versammeln, auch die Brünner Arbeiter auf die Straße ziehen werden. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende **Tomschik** schließt die Sitzung mit dem Rufe: Auf Wiedersehen vor der Burg! (Begeisternde Hochrufe.)

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, 1. November 1905.

Vorsitzender **Tomschik** eröffnet die Sitzung und verweist auf die gestrige Demonstration. Der Parteitag des Wahlrechtskampfes, sagt er, hat gestern vor dem Parlament und vor der Burg seine Tagung fortgesetzt. (Heiterkeit und Beifall.)

Sodann erstattet **Schrammel** (Aussig) den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Darnach sind 187 Delegierte anwesend, darunter 12 Frauen, und zwar Deutsche 87 (darunter 8 Frauen) aus 28 Wahlkreisen, Tschechen 64 (3 Frauen) aus 26 Wahlkreisen, Polen 20 (1 Frau) aus 9 Wahlkreisen, Ruthenen 4 aus 3 Wahlkreisen, Slowenen 9 aus 5 Wahlkreisen und Italiener 2 aus 4 Wahlkreisen; außerdem sind 20 politische und 30 Fachblätter sowie die Redaktion der „Gewerkschaft" vertreten. Ferner sind noch die Mitglieder der nationalen Exekutiven sowie die Abgeordneten — mit Ausnahme des entschuldigten Abgeordneten Resel — anwesend. Alle Mandate wurden für gültig erkannt. Nur hat die Kommission die Ausstellung zu machen, daß manche Mandate mit Bleistift geschrieben sind, was durchaus zu rügen ist.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sodann wird zum nächsten Punkt: **Der Massenstreik,** übergegangen. Das Referat erstattet

Abgeordneter **Dr. Adler:** Es sind im wesentlichen andere Umstände, unter denen wir diesen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt haben, als die sind, unter denen ich heute referieren soll. Vor einem Jahre war der Massenstreik für Oesterreich genau so wie für die Sozialdemokratie aller Länder ein Gegenstand ernster, aber wesentlich akademischer Erörterung. Seit vielen Jahren hat sich um diesen Gegenstand nicht nur eine umfangreiche Literatur, sondern auch eine rege, zum Teil aufgeregte Diskussion entwickelt; aber diese Diskussion, von der ich sagen kann, daß sie niemals meinen Wünschen entsprochen hat, haben wir auf diesem Parteitag weniger nötig, als wir noch vor einem Jahre annehmen konnten. Die Idee, daß das Proletariat im Klassenkampf jene Waffe benützen soll und kann, die ihm die natürlichste ist, daß das Proletariat durch die Niederlegung der Arbeit einen Stillstand der Produktion erzwingen kann, ist nicht von Theoretikern ausgeheckt, nicht zunächst philosophisch begründet worden, sondern sie liegt dem Proletariat selbstverständlich in Fleisch und Blut. Das große Wort: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!" dieses Wort mit allen Phantasien, mit allen Konsequenzen, besonders mit aller Begeisterung, die sich daran knüpft, ist nicht von einzelnen Denkern des Proletariats ersonnen worden. Ganz selbstverständlich tritt dieser Gedanke in verschiedenen Ländern, zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Formen und mit verschiedener Bestimmtheit auf, und die Geschichte unserer internationalen Sozialistenkongresse zeigt, daß es tatsächlich keinen einzigen Kongreß gegeben hat, auf dem dieses Kampfmittel nicht erörtert und durch eine Resolution erledigt werden mußte. Erledigt werden mußten vor allem jene Mißverständnisse und Irrtümer, die sich an die Idee

des Generalstreiks knüpften, als jenes Mittels, das der kapitalistischen Ordnung plötzlich ein Ende machen kann. Die Gedankengänge, die sich an diesen endlichen Schlußeffekt des proletarischen Kampfes knüpfen — mögen sie von anarchistischer Seite kommen oder von nur gewerkschaftlicher oder wie heute in Berlin in anarchosozialistischer Form — sie gehen von einem grundlegenden Irrtum aus, von dem Irrtum, daß man in einem bestimmten Moment aus der Arbeiterklasse mehr Kraft, mehr Macht freimachen kann, als diese Klasse in diesem Moment tatsächlich hat. Alle diese Irrtümer gehen davon aus, als ob in der Arbeiterklasse verborgen eine Kraft ruhen würde, die man in einem bestimmten Moment durch ein Zauberwort entfesseln kann, von dem Irrtum, als ob die Arbeiterklasse ihren Klassenkampf zum Schlusse zu führen vermag, wann sie will, ohne Rücksicht auf die Höhe der kapitalistischen Entwicklung und der Zuspitzung der Klassengegensätze, ohne Rücksicht auf die wirklich erlangte Macht des Proletariats als Klasse. Wir Sozialdemokraten verurteilen alle diese Gedankengänge als Utopien und als ablenkend von dem Wege, den das Proletariat in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu gehen hat. Wir verurteilen sie nicht nur als falsch, sondern auch als gefährlich für die Entwicklung unserer Organisation, weil sie den notwendigen Gedanken aus den Gehirnen der Arbeiter verdrängen, daß sie ihre Macht durch langsame emsige Arbeit schrittweise und stückweise unter unsäglicher Mühe und ohne jede Ueberspringung auch nur eines einzigen Schrittes dieses Weges so lange erhöhen müssen, bis sie auch nur in Möglichkeit wirksam zu sein annähernd gleichstehen der tatsächlichen Entwicklung der Machtverhältnisse. Diese Idee der Explosion und der Beendigung des Klassenkampfes durch eine Explosion, die mit dem Namen Generalstreik verbunden ist, hat die Sozialdemokratie immer zurückgewiesen, und ich glaube angesichts der aktuellen Aufgabe, die mir heute geworden ist, mich mit diesem Gedankengang nicht weiter beschäftigen zu müssen.

Wenn wir vom Generalstreik reden, so ist es nur ein falscher Zungenschlag. Wir meinen immer den Massenstreik, und zwar den Massenstreik nicht als letztes Mittel zur Aenderung der Gesellschaftsordnung, sondern als ein heutiges Mittel für den heutigen Kampf in einem Moment des Klassenkampfes, mag sich dies auf politische oder auf gewerkschaftliche Forderungen beziehen. Auch über die Möglichkeit dieses Massenstreiks ist heute sehr viel gesprochen worden und insbesondere wurde jetzt in Deutschland viel erörtert, ob die Diskussion des Massenstreiks nützlich sei. Ich bin immer ein Gegner der Diskussion des Massenstreiks gewesen und bin es noch heute. Wohl aber halte ich es für notwendig — wenn man zu der Erkenntnis gekommen ist, daß der Massenstreik ein geeignetes Kampfmittel ist — ihn nicht zu diskutieren, sondern vorzubereiten (Beifall), etwas, was unter Umständen von der Diskussion wesentlich verschieden sein kann. Wir haben es erlebt, daß gerade diejenigen, die die schärfsten Vorkämpfer einer Diskussion des Massenstreiks waren, am wenigsten geneigt waren, zuzugeben, daß seine Vorbereitung eine Sache für jetzt, für heute, für heuer ist.

Der Massenstreik hat auch im Begriff Wandlungen erlebt — wieder nicht durch Nachdenken am Schreibtisch, sondern einfach durch Tatsachen, die wir erlebt haben. Wir hatten den Massenstreik in Belgien — und ich erinnere Sie daran, daß wir im Jahre 1893 riefen: „Man wird belgisch reden!“ so wie wir heute rufen: „Man wird russisch reden!“ — wir hatten ihn in Italien, Holland, Schweden und er hat sich seit dieser Zeit entwickelt — als Tatsache, nicht als Begriff. Er hat sich von der Absicht, alle Räder stillstehen zu lassen, mit einem Schlage zu der Absicht entwickelt, große Streiks durchzuführen an Stellen, wo sie dem Staate und der öffentlichen Gewalt am empfindlichsten sind. Auch hier muß ich gleich erwähnen, daß man den Streik, der um wirtschaftliche Dinge geht — und mag er noch so ausgedehnt sein wie unser Kohlenarbeiterstreik im Jahre 1900 oder wie der Streik im Ruhrrevier im vorigen Jahre — absolut nicht mit dem Massenstreik um politische Dinge vergleichen kann, denn jener richtet sich gegen Unternehmer, mögen ihrer noch so viele sein, als Unternehmer, bei diesem aber ist der Unternehmer nur das

Mittel, durch das wir auf die öffentliche Gewalt einen Druck ausüben; und je mehr der Unternehmer ein Stück der öffentlichen Gewalt ist, je mehr er seine Empfindlichkeit und den Schaden, den er erleidet, auf die politische Maschine übertragen kann, um so wichtiger, um so wirksamer wird der Streik sein. Aber nicht das ist das Wesentliche. Wesentlich ist vielmehr, daß durch den Massenstreik die notwendigen Funktionen der Wirtschaft stillgesetzt, durch ihn Störungen im öffentlichen Betriebe erreicht werden.

Nun hat man darüber gestritten, was aus einem Massenstreik werden kann. Darauf lasse ich mich nicht ein. Man hat eine Grenze zu ziehen versucht zwischen Massenstreik und Revolution oder man hat behauptet, das sei dasselbe. Auf dem Papier lassen sich diese beiden Dinge vereinigen, auf dem Papier lassen sie sich wieder auseinanderlegen; je nach Bedarf. Was in der Praxis geschieht, darüber entscheiden Gedanken im vorhinein und die weisesten Ueberlegungen nicht. Wir haben in Italien vor zwei Jahren einen Massenstreik erlebt. Unter dem Eindruck, daß wieder einmal Arbeiter von der königlichen Soldateska füsiliert wurden, ist der Massenstreik wie im Fluge über das Land gegangen und er wurde mit echt italienischer Leidenschaft durchgeführt. Es ist keine Revolution daraus geworden, ebensowenig wie in Belgien. Wir haben gesehen, daß Massenstreiks in Rußland und Polen zunächst in ganz ökonomischen Formen angefangen haben, zur Erreichung einer gewöhnlichen Regelung der Lohnverhältnisse, ganz so wie andere Streiks; aber die Zeit war reif und die Gehirne der Proletarier waren nicht mehr in der Lage, ihre persönlichen Forderungen, die Forderungen ihrer Gruppen, von den allgemeinen politischen Bedürfnissen zu trennen, und diese Streiks, die in dieser beschränkten Form begonnen haben, sind zu jenen großen politischen Streiks geworden, deren Verlauf wir nur in ihren Wirkungen und in ihren allgemeinsten Zügen kennen, die aber gewiß in erster Linie zu dem glorreichen Resultat mitgewirkt haben, das wir heute alle jauchzend erleben. So im allgemeinen kann man darüber nicht urteilen. Aber das eine lehrt uns die Erfahrung des Massenstreiks: Bei einer gewissen Höhe der Organisation, bei einer gewissen Klarheit in der politischen Absicht und Leitung ist es möglich, den Massenstreik so diszipliniert, so besonnen, so klar über das Ziel anzuwenden wie irgend ein anderes proletarisches Kampfmittel; und außerdem lehrt uns die Erfahrung, daß unter gewissen politischen Verhältnissen alle Ueberlegung, alle Aengstlichkeit, alle Zurückhaltung nichts nützt, daß der Massenstreik, wenn er möglich ist, auch zur Tatsache wird.

Und nun zu Oesterreich. Wir haben vor zwölf Jahren im Wahlrechtskampf eine Diskussion über den Massenstreik geführt, und wir sind damals zu dem Schlusse gekommen, daß weder die politische Situation noch unsere eigene Kraft es uns ermöglicht, den Massenstreik durchzuführen. Im Jahre 1894 hat eine wichtige Bedingung für den Massenstreik vor allem gefehlt. Der Massenstreik wäre damals gekommen, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache schon vorüber war, zu einer Zeit, wo die große Masse der Arbeiter weder von der politischen noch von der gewerkschaftlichen Organisation genügend ergriffen war. Sie waren allerdings erregt, aber die Erregung war doch so, daß man ihr eine nachhaltige Dauer und Wirkung nicht zutrauen konnte. Wir hatten unsere Entscheidung damals zu fällen inmitten zwischen dem erregten Bedürfnis der Genossen, die politisch im Vordergrund standen, wie auch einzelner Teile der Masse auf der einen Seite und dem Bewußtsein auf der anderen Seite, daß wir zu schwach und die anderen zu stark sind. Das waren die beiden Motive, die auf uns einstürmten, und ich glaube, die österreichische Sozialdemokratie hat zu jener Stunde einen Beweis ihrer Reife gegeben, indem sie den Massenstreik nicht beschloß, so treffend, wie er sonst kaum gegeben wird, wenn man vorwärts geht. Aber die Zeiten haben sich geändert. Wenn die Möglichkeit des Massenstreiks und seines Erfolges in erster Linie von dem Verhältnis der Kraft des Proletariats zur Kraft seiner Gegner abhängt, dann müssen wir uns vor allem sagen: Seit

zwölf Jahren sind wir stärker und sind unsere Gegner schwächer geworden. (Beifall.) Dann aber: Wenn der Erfolg eines Massenstreiks, wie jedes Kampfmittels, davon abhängt, daß das Ziel, das im Augenblick erreicht werden soll, auch wirklich erreichbar ist, daß die Erfüllung dieser Forderung reif geworden ist, so müssen wir uns sagen: Ob unser Ziel im Jahre 1894 reif war oder nicht, heute ist es überreif geworden (lebhafter Beifall), und wir sind ihm darum auch ein Stück näher gekommen. Die Verhältnisse haben sich seit zwölf Jahren wesentlich zugunsten der Möglichkeit, durch den Massenstreik etwas zu erreichen, geändert.

Nun habe ich hier noch mit einem Argument abzurechnen, das mir das entscheidendste zu sein scheint. Wir haben nicht nur in unserer Literatur, sondern auch in der Arbeiterschaft immer mit dem naheliegenden Gedanken zu kämpfen gehabt: Wenn ihr den Massenstreik durchführen könnt wegen des Wahlrechtes oder wegen des Koalitionsrechtes oder wegen des Achtstundentages, warum, zum Teufel, denn nur für diese Kleinigkeiten? Wenn wir das überhaupt können, so können wir ja das Ganze haben. Das ist der Gedanke, der in so vielen Köpfen steckt und der das schwerste Hindernis für die vernünftige, zielsichere Anwendung des Massenstreiks ist; diesen Gedanken müssen wir mit allen Mitteln den Genossen aus den Köpfen herausnehmen. Nein, der Massenstreik hat, wie jedes andere politische Mittel, nicht nur eine Qualität, sondern vor allem auch eine Quantität. Wenn wir ein gewisses Stück Macht haben, so haben wir darum noch nicht die Allmacht, und wenn unsere Gegner im Verhältnis zur Kraft des Proletariats relativ schwächer geworden sind, so ist da noch ein weiter Weg bis zu ihrer Ohnmacht. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die herrschende Macht anders kämpft und eine andere Gewalt anwenden muß, wenn sie ihr Leben verteidigt, als wenn sie bloß die Nichterfüllung einzelner Dinge verteidigt, die sie längst schuldig war, zu erfüllen. Wenn wir heute auf die Straße gehen und den Massenstreik verkünden wollten, um aus Oesterreich etwa die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa zu machen, müßten sich uns die Herrschenden, weil es ihnen ans Leben ginge — abgesehen davon, daß die Sache nicht reif wäre — mit der letzten Kraft und der äußersten Anstrengung aller ihrer Machtmittel in den Weg stellen. Wenn wir aber etwas verlangen, was uns längst gebührt, wovon die anderen wissen, daß es uns längst gebührt; wenn wir etwas verlangen, ohne das die anderen selbst nicht mehr leben können und das sie nur zu feig sind, zu erfüllen; wenn wir etwas verlangen, was den Staat gewiß nicht demoliert; wenn wir Dinge verlangen, die in diesem Moment reif und überreif sind: dann kommt natürlich unsere volle Kraft ins Spiel, auf der anderen Seite aber kann nur jenes Maß von Gewalt ins Spiel kommen, das der Wahnsinn imstande ist, der Vernunft in den Weg zu stellen. (Lebhafter Beifall.) Das ist doch ein wesentlicher Unterschied.

Wenn ich nun sage: der Massenstreik ist bei uns aktuell geworden, eine Sache der Erwägung der nächsten Zeit! so sage ich das in dem vollen Bewußtsein, damit auszusprechen, daß die Arbeiterklasse im Begriff ist, eine Summe schwerer Opfer auf sich zu nehmen, in dem vollen Bewußtsein, daß nur die gewissenhafteste Erwägung, nur der äußerste Zwang, nur die absolute Unvermeidlichkeit, der Arbeiterklasse solche Opfer aufzuerlegen, uns veranlassen kann, die Arbeiter aus den Fabriken herauszurufen; ich sage es mit dem vollen Bewußtsein, daß wir, die Alten, die gewiß nicht leichtsinnige Sprünge machen, nur nach genauer Erforschung unseres Gewissens als Sozialdemokraten und unserer vollsten Verantwortlichkeit, die auf uns lastet, nur dann dazu schreiten werden, wenn wir zu dem äußersten Mittel gezwungen sind. Der Massenstreik ist ein äußerstes Mittel, das heißt ein äußerstes Mittel für unsere Entschließung, wir gehen an ihn nur dann, wenn wir ihn machen müssen, wenn wir dem Proletariat dieses furchtbare Opfer auferlegen müssen, ihm auferlegen müssen den Hunger für sein Recht; aber er ist nicht ein äußerstes Mittel in dem Sinne, daß er ein letztes Mittel wäre. Darüber

geben wir uns keiner Täuschung hin, wenn wir die Geschichte der ältesten wie der neuesten Zeit nicht übersehen wollen, aber wir haben auch keinen Grund, andere zu täuschen. Wenn wir heute den Beschluß über den Massenstreik ausklingen lassen in die ernste Mahnung an die österreichische Arbeiterschaft, *sich bereit zu machen*, ihn ausklingen lassen in den Entschluß, *Ernst zu machen mit dem Massenstreik*, dann tun wir das nicht, weil wir den Massenstreik gern auf uns nehmen. Nein, ich wiederhole es: Jeder von uns weiß, wie schwer es ist für jeden einzelnen und welche Gefahr es werden kann für die Organisation. *Aber es gibt Zeiten im Leben der Völker, es gibt Momente im Klassenkampfe des Proletariats wie jeder Klasse, wo ein Zustand unerträglich geworden ist.* (Stürmische Zustimmung.) Wir wissen sehr gut, daß ein Massenstreik – obwohl wir den Wunsch und den Willen und wahrscheinlich auch die Fähigkeit haben, ihn geordnet zu beginnen und in voller Disziplin zu schließen — auch in dieser Form schwere Eingriffe nicht allein in das Leben des Staates, sondern auch in das Leben jeder einzelnen Proletarierfamilie schafft. Aber wir wissen noch mehr und wir wollen aufrichtig sein und keinen Gedanken verbergen. Wir wissen, daß — obwohl wir den festen Entschluß haben, in voller Ordnung zu streiken und mit dem Streik nicht mehr als den Streik zu wollen — dieselben Faktoren, die uns den Massenstreik aufdrängen gegen unseren Willen, daß die österreichischen Volksfeinde, die Borniertheit und die schwarz-gelbe Dummheit, schließlich auch fähig sein können, uns in eine andere Lage zu zwingen. Aber wie die Verantwortung für die Notwendigkeit des Massenstreiks nicht auf dem Proletariat liegt, sondern im Proletariat nur die Bedingungen seiner sicheren, vernünftigen und mutigen Durchführung sind; wie die Verantwortung für alles Leid, das geschaffen wird, jenen obliegt, die blind und verblendet uns dahin geführt haben: *so lege ich auch heute die volle Schwere der Verantwortung auf jene verbissenen und verbohrten Menschen, die Oesterreich beherrschen und die schließlich wirklich glauben, mit uns wie mit dem Vieh umgehen zu können.* (Lebhafter Beifall.)

Wir stehen am Anfang eines Kampfes, dessen Ende, weil es durch die unabsehbare Dummheit der Herrschenden und durch die unabsehbare Gewissenlosigkeit unserer Staatsmänner bestimmt wird, *darum auch unabsehbar ist.* (Zustimmung.) Wenn es dazu kommen sollte, daß wir in die Lage kommen, nicht nur unser Leben täglich dem Dienste des Proletariats zu widmen, sondern es auch im Dienste des Proletariats zu beendigen, so sage ich Ihnen ganz ruhig und ganz nüchtern: *Oesterreich hat den Wert des Lebens in diesem Oesterreich so sehr vermindert, es hat unser Leben so vergällt und zum Ekel gemacht, es hat uns jede Möglichkeit, menschlich zu leben, so eingeschränkt, daß dieses Leben keine bessere Widmung haben kann, als geopfert zu werden, um den Völkern ein neues Leben, das des Lebens wert ist, zu bereiten.* (Stürmisch hervorbrechender, lang andauernder Beifall.) Sie hören von mir sonst nicht solche Worte (Richtig!), ich bin kein Mensch, der sich zu großen Redensarten fortreißen läßt; ich bin ein nüchterner, vielleicht allzu nüchterner Mensch, aber ich habe einen festen Grundsatz: in jedem Moment das zu tun, was dieser Moment notwendig macht, nicht mehr, aber auch nicht weniger; und wir stehen in einem Moment, wo es notwendig ist, *alles mit allem durchzusetzen.* (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich nun, nachdem ich so unser aller Stimmung und innerstem Bewußtsein Ausdruck gegeben habe, mich wieder zum Gegenstand wende, so muß ich zunächst fragen: Um was kämpfen wir denn? *Um dieses jämmerliche bißchen Wahlrecht, das nur darum einen so ungeheuren Wert für uns hat, weil wir es nicht haben!* Das wirklich, wie wir hundertmal gesagt haben, nicht mehr ist als die Luft, um leben zu können, das aber leider ebenso notwendig ist wie die Luft. Nur um die politische Lebensluft kämpfen wir, um den ersten Schritt, um die erste Möglichkeit, uns

zu entwickeln. Und noch eins: Wir brauchen das Wahlrecht für alle Völker, für alle Klassen, wir brauchen es auch schließlich für den Staat; aber wir brauchen es auch aus einem ganz besonderen Grunde. Wir brauchen das Wahlrecht, um es endlich los zu sein. Wir können doch nicht unser ganzes Leben hinbringen mit dem Kampf für die Luft; bloß nicht zu ersticken, kann doch nicht unser Lebensziel sein! Haben wir denn nichts anderes zu tun, als nicht zu ersticken? Haben wir nicht für die Völker, für die Arbeiterklassen die wichtigsten Dinge zu erkämpfen? Haben wir sie nicht mit neuen, großen, schaffenden Ideen zu durchdringen? Haben wir sie nicht vorwärts zu treiben, sie vorwärts zu führen bis zu jenem Punkte der Reife, die sie innerlich schon besitzen und die sie nur äußerlich in ihrer Organisation in ihrer Erreichbarkeit der Kultur nicht haben, weil man sie künstlich und mit Gewalt zurückstößt? Haben wir nicht in Oesterreich endlich die nationale Ordnung zu schaffen? Haben wir nicht die Arbeiterklasse kulturell zu entwickeln und die Bedingungen für ihre weitere Entwicklung zu schaffen? Haben wir nicht unsere verrottete Sozialgesetzgebung weiterzubringen? Wir haben die Altersversicherung auf der Tagesordnung und wir können davon nicht sprechen, weil wir kein Wahlrecht haben. Wir sollen von der Pein des Militarismus sprechen. Wir können es nicht, weil wir kein Wahlrecht haben! Wir können über nichts sprechen, wir können nichts tun, ohne über dieses erste zu stolpern, ohne gegen diese Mauer anzurennen; gegen diese Mauer der österreichischen Dummheit, gegen diese Mauer des österreichischen Staatsverbrechens! (Stürmischer Beifall.) Darum müssen wir über die Mauer. Sie muß weg! Und es hat keinen Moment gegeben, wo es so möglich war, sie wegzuräumen, wie heute. Es gibt keinen Menschen mehr, der das nicht begreift. Ich glaube, daß die Krone, die für Ungarn gescheit genug ist, doch in Oesterreich nicht minder gescheit sein kann (stürmischer Beifall), und daß es einem Minister nicht erlaubt ist, weniger gescheit zu sein als sein Kaiser. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wir haben nie einen so günstigen Moment gehabt, oben nicht, in den politischen Verhältnissen nicht und auch vor allem nicht in dem Zustand der Arbeiterklasse, die den Kampf führen will. Wie Rußland nach oben gewirkt hat, weiß ich nicht. Wahrscheinlich haben die Beine ein wenig geschlottert und die Nerven ein wenig gebebt, wie man erfahren hat, daß der eherne Hort, der Rückhalt jedes Verbrechens an den Völkern, die letzte Zitadelle jeder Schändung des Volkes, zusammengebrochen ist, daß das, was man für ewig hielt, endlich niedergestürzt wurde. Gewiß hat man geschlottert. Aber man hat sich vielleicht doch gedacht: Das ist nicht nur die Revolution, die das geleistet hat, daß sind auch die Japanesen! (Heiterkeit.) Jedes Land hat einmal seine Japanesen. Und wir in Oesterreich haben von Italien und Deutschland gerade genug gehabt. Wenn uns die Lehren nicht so angeschlagen haben, so kommt das daher, weil zu jener Zeit diese Lehren nur ausgenützt werden konnten von einer Bourgeoisie, die schwach war, während das Proletariat weder ökonomisch noch politisch entwickelt und darum nicht fähig war, die Lehren von Solferino und Königgrätz zu ziehen. Auch in Rußland wäre ja, wenn das Bürgertum allein — so anerkennenswert auch sein Mut und sein Kopf ist — die Konsequenzen aus dem japanischen Kriege hätte ziehen müssen, der Zar noch sicher in seiner Herrschaft und er wäre heute noch Selbstherrscher aller Reußen, was er gestern aufgehört hat zu sein. Die Arbeiterklasse Rußlands war es, die dieses politische Moment des Krieges zum entscheidenden Moment für Rußland gemacht hat, und man möge nicht vergessen, daß seit 1866 auch die Arbeiterklasse in Oesterreich sich entwickelt hat. Ich glaube aber nicht, daß die russische Lektion, die die verschiedenen Souveräne in diesem Moment nehmen müssen, vollständig ohne Erfolg sein wird. Die Sprache lernt sich etwas schwer, aber die Lehrmeister sind so praktisch und so deutlich (Heiterkeit), daß selbst weniger talentierte und zum Lernen nicht mehr aufgelegte Herren sie lernen würden. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Aber das ist schließlich weniger wichtig. Wichtig ist, daß die Arbeiterklasse versteht, was um sie vorgeht. Und da können Sie heute durch ganz Oesterreich von einem Ende zum anderen ziehen, da können Sie nach Norden gehen, nach Nordböhmen zum

Beispiel — woher ich übrigens in der Tat, ich will es Ihnen nicht vorenthalten, meine revolutionäre Entschlossenheit in der letzten Zeit bezogen habe (Heiterkeit) — oder in den Süden nach Triest, zu den Deutschen oder Tschechen, zu den Italienern oder Slowenen und zum Schluß zu den Polen gehen, die die Nachbarn jener Revolution sind — überall finden Sie in den Massen das Bewußtsein, daß etwas sich ereignet, was wir nicht gehofft haben, zu erleben, daß historische Dinge sich ereignen und daß es unmöglich ist, weiter zu leben in der Schande. (Stürmischer Beifall.) Darum werden wir den Massenstreik machen können, weil er gestützt sein wird nicht nur auf eine viel größere Organisation und auf eine viel tiefere Einsicht in die Dinge, sondern auch weil er getragen sein wird von dem Bewußtsein, das in jedem einzelnen wohnt: Jetzt ist der Moment, jetzt muß sich zeigen, was für Kraft im Proletariat steckt! Jetzt oder nie! (Brausender Beifall.)

Ich wiederhole: Was wollen wir denn mit all dieser Anstrengung erreichen? Verlangen wir vom Bürgertum, von der Regierung, von der Krone etwas, was sie nicht leisten können? Verlangen wir, daß sie dem Proletariat ihre Waffen ausliefern; daß sie ihre Herrschaft aufgeben; daß sich das Proletariat auf den Thron setze und die Klassenregierung beseitige? Verlangen wir auch nur, daß schwere wirtschaftliche Interessen des Kapitalismus preisgegeben werden? Nein, im Gegenteil. Wir verlangen die Beseitigung einer Kette, die sie selbst kettet; wir verlangen die Beseitigung eines Hemmnisses, das auch die Entwicklung des Kapitalismus hemmt; wir verlangen nichts anderes, als was für uns allerdings Lebensnotwendigkeit ist, aber auch für sie politische Notwendigkeit ist, und wir unterscheiden uns von ihnen nur dadurch, daß wir wissen, daß wir sehen und daß wir wollen, was notwendig ist, während sie vielleicht noch fähig sind, klar zu sehen, aber gewiß unfähig, zu wollen, was notwendig ist. Aber da sie nicht marschieren können, nicht marschieren wollen, werden wir sie zum Marschieren zwingen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Zu diesem bestimmten, genau abgegrenzten und leicht zu erreichenden Zwecke fordern wir Sie, Parteigenossen, auf, in den Massenstreik einzutreten. (Stürmischer Beifall.) Leicht zu erreichen erscheint uns das Ziel, wenn wir betrachten, wie reif die Frucht ist, schwer, wenn wir die Macht der Gegner und ihre Beschränktheit ins Auge fassen; leicht ist der Kampf, weil uns die Minute günstig ist, schwer, weil das Proletariat Oesterreichs zwar ein opferfähiges, aber auch ein armes Proletariat ist. Aber wir wissen, so arm wie ihr, so arm sind die Proletarier Rußlands auch. (Sehr richtig!) Und ich weiß, daß es gar viele Arbeiter gibt, die entschlossen sind zum Kampfe und die an dem Munde dessen hängen, der das Losungswort ausgeben soll, wann endlich der Kampf anbrechen wird. Ich weiß, daß die Massen bereit und entschlossen sind — heute ist es anders als im Jahre 1894, wo noch die Bergarbeiter mit dem Massenstreik um das Wahlrecht auch den um ökonomische Forderungen verbinden wollten — entschlossen, einzig und ausschließlich für die Erringung des gleichen Wahlrechtes in den Ausstand zu treten. Und in den nächsten Wochen wird sich diese Bereitschaft zu dokumentieren haben. Wir werden zu verhindern haben, daß voreilige und überflüssige Vergeudung von Kraft erfolge, wir werden verhindern müssen, daß die Leidenschaft an einzelnen Orten vorzeitig überschäume und unsere Kraft für den Hauptkampf schwäche. Wir werden dafür zu sorgen haben, daß der Kampf konzentriert sei und daß er sich mit jener Disziplin vollziehe, die ihm allein die Wirkung sichert und die zugleich den Kämpfenden die geringsten Opfer auferlegt. Das wird uns alles nicht schwer sein, weil unsere Arbeitermassen in den Gewerkschaften erzogen worden sind. Es hat sich in Deutschland ein Kampf entsponnen, ob die Gewerkschaften für den Massenstreik sind oder nicht, ob sie dreinzureden haben oder nicht. Bei uns wird es solche Kämpfe nicht geben, weil bei uns die Gewerkschafter Sozialdemokraten und die Sozialdemokraten Gewerkschafter sind — genau wie in Deutschland, aber mit dem kleinen Unterschied, daß bei uns dasselbe sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Gehirn konzentriert gemeinsam

denkt, empfindet und handelt. (Stürmischer Beifall.) Das Proletariat hat in Oesterreich nur eine Maschine, nur eine Organisation, wenn es gilt, die Lebensnotwendigkeiten sowohl für die gewerkschaftliche als auch für die politische Organisation zu erkämpfen.

Nun wäre ich schließlich verpflichtet, Ihnen zu sagen, was in allen Resolutionen und Diskussionen aller internationalen und nationalen Parteitage bei diesem Punkte immer wieder hervorgehoben wird, daß die Vorbedingung eines Massenstreiks — wenn er gelingen soll — gewerkschaftliche und politische Organisation ist und daß unablässig für diese gearbeitet werden muß. Aber in diesem Sinne sind wir heute nicht bei der Vorbereitung, sondern heute sind wir schon bei der Anwendung der Kraft, die bereits angesammelt worden ist. Heute hat unsere Organisation bereits zu zeigen, was sie kann, und wenn wir gestern in den Straßen Wiens eine imposante Probemobilisierung gehabt haben — die ja wirklich in zwei Stunden hergestellt war, aber dafür doch gezeigt hat, daß, wenn der Alarm geblasen wird, auch Wien seine Schuldigkeit tut (Beifall) — so hoffen wir, ja, wir sind fest überzeugt, daß, sobald es zur ernsten Mobilisierung kommt, die Massen des Proletariats zur Stelle sein werden wie gestern auf dem Franzensring, sodann auf allen Kampfplätzen, die Oesterreich hat. (Stürmischer Beifall.)

Redner verliest und beantragt die Resolution **10** und fährt dann fort:

Diese Resolution legt Ihren Vertrauensmännern eine schwere Pflicht auf. Ich getraue mir in Ihrem Namen zu geloben, daß sie ihre Pflicht erfüllen werden. (Beifall.) Wir erwarten von Ihnen, daß Sie dafür sorgen, daß das Proletariat aller Zungen in Oesterreich das Seinige tut im Kampfe um unser aller Leben. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Als zweiter Referent spricht

Steiner (tschechisch), verliest zunächst die Resolution und fährt hierauf fort:

Ich werde mich angesichts der Stimmung, in der der Parteitag jetzt ist, ganz kurz fassen können und will eigentlich nur folgendes erwähnen: Seit Jahren ist im Parlament kein Gesetz gemacht worden, das dem Schutze der Arbeiter gedient hätte, und was wir bekommen haben, wie das Bergarbeitergesetz, haben wir uns in hartem Kampfe erstiegen müssen. Wir sind vor Neuwahlen und wenn diese Wahlordnung noch bleibt, was für Aussichten eröffnen sich dann? Keine Hoffnung für die Zukunft. Wir haben heute einen Monarchen, der seine kaiserliche Sanktion der Taaffeeschen Vorlage erteilte, einen Monarchen, der den Ungarn das gleiche Wahlrecht zugesagt hat. Aber wir hier sollen das gleiche Wahlrecht nicht bekommen. Heute ist der Feudaladel mächtig und verweigert dem Volke die Erfüllung seiner wichtigsten Forderung. Aber was soll erst werden, wenn der Herr von Konopischt auf den Thron gelangt? Dann wird dieses verfaulte Parlament vollständig ein Spielball in den Händen des Adels und der Hofdamen werden. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Perspektive absoluter Hoffnungslosigkeit eröffnet sich da. Sollen wir uns noch weiter von diesem Parlament beleidigen und schmähen lassen? Es ist die erste Pflicht unseres Gewissens, die Waffen, die uns zu Gebote stehen, anzuwenden, um uns unser Recht zu verschaffen. Wir haben in Versammlungen, in friedlichen Demonstrationen, in Petitionen, in Parlamentsreden und Anträgen unser Recht verlangt. Was bleibt uns noch zu tun? Wir haben jetzt nur noch eine Waffe: daß wir die Werkzeuge weglegen, mit denen wir den Staat und die Gesellschaft erhalten. Die technische Entwicklung hat uns diese Waffe in die Hand gegeben und es wäre ein Aufgeben unser selbst, es wäre eine Preisgebung unserer Person, wenn wir diese Waffe nicht benützen würden. Wir wissen, daß wir imstande sind, den Massenstreik mit Erfolg durchzuführen. Die Zeit ist günstig, das arbeitende Volk wartet begeistert auf die Parole, und es ist nicht mehr möglich, es zurückzuhalten. (Stürmischer Beifall.) Nicht leichtfertig fangen wir diesen Kampf an. Wir haben es wohl überlegt und die Vertrauensmänner werden mit größter Gewissenhaftigkeit bestimmen, wann der Massenstreik beginnen soll. Allerdings ist es nicht unmöglich, daß der Kampf früher ent-

brennt, als wir wollen. Man hat uns diese Waffe in die Hand gedrückt und es ist nicht unmöglich, daß man uns plötzlich zwingen wird, sie anzuwenden, während wir noch beraten werden. Unsere Arbeiter brennen förmlich, zu beginnen, und ich bin überzeugt, daß in dem Augenblick, wo die Polizei bei einer friedlichen Demonstration Arbeiterblut vergießen sollte, mit elementarer Kraft der Streik losbrechen wird. Seien wir darauf gefaßt! Wir wissen, daß der Streik viele Opfer von den Arbeitern fordert, wir wissen, daß die Familien der Arbeiter hungern werden. Aber die Arbeiter sind bereit, jedes Opfer für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu bringen. (Brausender Beifall.) Die Fäuste sind überall geballt, die Nerven sind gespannt, der Kampf wird bald beginnen! (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik**: Wir werden keine lange Debatte über diesen Gegenstand abführen, sondern es werden bloß die **Vertreter der Nationen und der Branchen** Erklärungen abgeben. (Beifall.)

Beer (*für die Metallarbeiter*): Die Zeit der theoretischen Erwägungen ist vorüber; es gibt jetzt nur noch die Frage, *wann* der Massenstreik gemacht werden soll. *Denn daß er gemacht werden muß*, wenn das gleiche Wahlrecht nicht gegeben wird, ist heute zweifellos. *Der Massenstreik muß rasch organisiert, er muß vorbereitet werden.* (Stürmischer Beifall.) Denn das Unrecht, das die herrschenden Gewalten dem Proletariat dieses so reaktionär verwalteten und regierten Landes noch immer zu bieten wagen, ist unerträglich geworden, seitdem wir die einzigen sind, denen ihr Recht vorenthalten wird. Unerträglich nicht nur für die politische Partei, sondern weit unerträglicher noch für die Gewerkschafter. Seit zwei Jahrzehnten haben wir einen nahezu völligen Stillstand in der Sozialgesetzgebung, und die Entwicklung der Industrie wie die der Arbeiter wird durch die privilegierten Beherrscher des Parlaments gewaltsam unterbunden. Der Massenstreik ist notwendig, denn er soll uns das Recht verschaffen, das wir unumgänglich brauchen, das man uns aber brutal vorenthält. Im Jahre 1893 war die österreichische Arbeiterschaft noch nicht reif, nicht gerüstet für den Massenstreik, heute ist sie aber reif und bereit, den entscheidenden Schlag zu führen und den *Kampf um das Wahlrecht allein*, ohne Forderungen an die Unternehmer zu stellen, aufzunehmen. Gewiß wird auch jetzt nicht der letzte Betrieb stillstehen. Das ist aber auch gar nicht notwendig. Wenn da irgend ein paar Krauterer arbeiten werden, davon wird Herr Gautsch nicht fett werden und werden diese kleinen bedeutungslosen Betriebe auch die Entscheidung nicht beeinflussen. Aber darüber wird wohl kein Zweifel sein, daß alle maßgebenden Industrien zum Stillstand kommen werden, und *daß wir Metallarbeiter wie ein Mann die Fabriken verlassen werden, das brauche ich nicht erst zu versichern.* (Beifall.) Um den Sieg ist mir nicht bange. Wenn wir zu stoßen beginnen, wird zusammensinken, was nicht mehr zu halten ist. Die Arbeiterschaft wartet darauf, daß die Parole gegeben werde. Gehen wir ans Werk. *Rüsten wir zum entscheidenden Kampfe und bereiten wir sofort den Massenstreik vor.* (Stürmischer Beifall.)

Hornof (Prag, tschechisch, *für die tschechischen Metallarbeiter*): Als wir tschechischen Sozialdemokraten im vorigen Jahre auf unserem Parteitag den Massenstreik diskutierten, dachte keiner von uns, daß die Frage so rasch akut werden könne und daß wir nach einem Jahre nicht mehr über die Möglichkeit, sondern schon über die Durchführung des Massenstreiks beraten würden. Die Arbeiterschaft ist sich heute ihrer Bedeutung in der Wirtschaft des Staates, aber auch ihrer beschämenden Rechtlosigkeit bewußt und sie wird mit Begeisterung in den Kampf ziehen, um diese demütigende Herrschaft der Privilegierten abzuschütteln. (Stürmischer Beifall.) Die großen Demonstrationen in der Provinz haben bewiesen, daß man die Leidenschaften nicht erst entfachen muß. Die Arbeiterschaft hat den Ernst des Augenblicks begriffen und sie ist zu allen Opfern für ihr Recht bereit. Wenn wir am 10. Oktober, als wir in *Prag* die Demonstration vor dem Landtag veranstalteten, unseren Arbeitern nur ein Wort gesagt hätten, so wären sie gar nicht mehr in die

Fabriken zurückgekehrt, als bis das gleiche Wahlrecht gewährt worden wäre. Der Massenstreik ist möglich, er ist notwendig und es ist kein Zweifel, daß er siegreich beendet werden wird. Die tschechischen Arbeiter sind bereit, um ihr Recht bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. (Neuerlicher stürmischer Beifall.)

Forstner (Wien, für die Transportarbeiter): Ich kann namens unserer jungen Organisation erklären, daß sich dem Massenstreik mit Begeisterung auch die Transportarbeiter, die bis vor kurzem unserer Bewegung noch fern standen, anschließen werden. (Beifall.) Die Transportarbeiter haben mehr wie andere Arbeiter unter der Polizeituchtel des österreichischen Staates zu leiden und sie werden den Kampf mit diesem Polizeistaat mit Freuden beginnen. Wir haben im vorigen Jahre beim Streik der Wiener Schwerfuhrwerker binnen zwei Tagen viele Fabriken und Bauten zum Stillstand gebracht, weil wir ihnen das nötige Rohmaterial nicht zuführten. Wir werden das wiederholen, wenn die Parole zum Massenstreik ausgegeben wird. (Großer Beifall.)

Aust (Kladno, tschechisch, für die Bergarbeiter in Kladno): In unserem Bergrevier herrscht unumschränkt die Prager Eisenindustriegesellschaft, die nicht nur die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter selbstherrlich regelt, sondern ihren Berg- und Hüttenarbeitern auch die Freiheit der politischen Bewegung stiehlt. Wer sich als Sozialist bekennt, wird verfolgt und gehetzt. (Pfuirufe.) Die Arbeiter sind dieser Tyrannei satt und sie werden mit Begeisterung die Gelegenheit ergreifen, gemeinsam mit dem Proletariat von ganz Oesterreich in den Streik für das gleiche Recht einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Müller (Wien, für die Eisenbahner): Wenn wir das politische Leben in Oesterreich betrachten, so überkommen uns Anwandlungen, als wenn es einen Fortschritt in Oesterreich überhaupt nicht mehr gäbe. Aber wenn wir schon verzweifeln wollen, dann wirkt es wie ein Balsam auf unsere Wunden, wenn wir auf die Arbeiterschaft schauen, die in diesem Oesterreich allein noch aufrecht steht. Wir alle, Gewerkschafter und Politiker, sind einig darin, daß wir den Kampf für das gleiche Wahlrecht mit den äußersten Mitteln durchführen müssen. Ich kann Ihnen vermöge der ungeheueren Verantwortung, die auf uns lastet, nicht eine so präzise Erklärung abgeben, wie es die Vorredner getan haben; aber ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß unsere große Branche das geeignete Mittel zur Anwendung bringen wird, das dem Mittel, welches Sie ausgesprochen haben, gleichkommt, und die Exekutive unserer Organisation wird alles unternehmen, um dieses Mittel möglichst wirksam zu gestalten. Sie wissen, daß unsere Organisation in allen Fragen mit Ihnen gegangen ist, daß wir unsere Pflicht gegenüber der Sozialdemokratie immer erfüllt haben. Sie sollen uns gleich dem übrigen Proletariat gerüstet finden. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Popp** (für die organisierten Frauen): Wenn es auch gestern nicht möglich war, die Frauen zur Demonstration in größerer Zahl zu mobilisieren, so wissen Sie doch alle, die die Verhältnisse kennen, daß an dem Tage, wo der Massenstreik beginnt, nicht nur die in den Fabriken beschäftigten Frauen an Ihrer Seite stehen werden, sondern daß wir auch alles tun werden, damit auch die Frauen, die in ihrem Heim als die Erzieher Ihrer Kinder arbeiten müssen, Ihnen nicht Hemmnisse, sondern Mitstreiterinnen und verständnisvolle Genossinnen seien. (Lebhafter Beifall.) Die Bürgerlichen mögen sich auf den bekannten Konservatismus der Frauen nicht verlassen, die Frau ist weniger revolutionär als der Mann, aber wenn sie einmal von der revolutionären Leidenschaft erfaßt ist, dann ist sie viel ausdauernder als der Mann. So sehr wir uns bewußt sind, daß das gleiche Recht, für das wir kämpfen, auch das Recht der Frau in sich schließt, sind wir mit Ihnen einer Meinung, daß der Augenblick des großen Kampfes, der jetzt gekommen ist, nicht dazu angetan ist, das gleiche Recht der Frau in den Vordergrund zu stellen. Wir sind aber überzeugt, daß die von der politischen Knechtschaft befreiten Männer,

die sieghaften Männer des Proletariats, die ersten Wortführer und ersten Vorkämpfer für das gleiche Recht der Frauen sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Frau **Macha** (Prag, tschechisch, für die tschechischen Frauen): Auch die Frauen sind rechtlos wie ihr, ja, wir sind es zweifach. Das politische Leben ist uns ganz verschlossen. Wir kämpfen mit euch für euere Rechte, weil wir wissen, daß ihr, wenn ihr gesiegt habt, für unsere Rechte kämpfen werdet. (Beifall.) Wir haben an der Wahlrechtsdemonstration in Prag mit euch gekämpft und die Nachrichten aus Rußland sagen, daß die Frauen auch in den Straßenkämpfen getreue Genossinnen waren, daß ihr Blut wie das der Männer von den Schergen vergossen wurde. Wir werden kämpfen und wir werden unseren Frauen zum Bewußtsein bringen, wie wichtig dieser Kampf ist. Aber wir bitten euch, daß wenn ihr zu eurem Rechte kommt, ihr uns beseitigen helft unsere Rechtlosigkeit, die uns auf eine Stufe mit Wahnsinnigen und Verbrechern stellt. (Lebhafter Beifall.)

Richter (Wien, für die Holzarbeiter): Obwohl unsere Branche vorwiegend aus kleinen Betrieben besteht und bei einem Generalstreik auch nicht eine so bedeutende Rolle spielt wie andere Branchen, so kann ich Ihnen doch versprechen, daß die Holzarbeiter, die in so vielen Kämpfen ihren Mann gestellt haben, sobald die Parole zum Massenstreik gegeben wird, bis auf den letzten Mann die Werkstätten verlassen werden, um zum Siege unserer gerechten Sache beizutragen. (Großer Beifall.)

Dr. Diamand (Lemberg, für die Polen): Adler hat uns die Nachbarn der russischen Revolution genannt. Wir sind aber mehr als die Nachbarn. Die Schlachtfelder der Revolution sind mit den Knochen unserer nächsten Brüder besät. In den Kerkern Rußlands sitzen Genossen aus unserer Organisation, die jahrelang mit uns gekämpft haben, und jeder von uns hat persönliche Freunde in den Kasematten von Warschau und Petersburg. Wir haben den kämpfenden Organisationen werktätige Hilfe geleistet während des ganzen Kampfes. In unserem Liede „Die rote Fahne" heißt es: „Und unsere Fahne ist blutigrot, denn sie ist getaucht in das Blut der Arbeiter!" Das ist bei uns wirklich wahr. Die Erregung bei uns im Lande ist riesig groß. Auf die ersten Nachrichten von der Konstitution haben die Genossen in Krakau die roten Anschläge des „Naprzod" auf Tafeln geklebt und sie unter dem Gesang der „Roten Fahne" durch die Stadt getragen. Gestern abends waren die Straßen von Arbeitern voll und bis tief in die Nacht hat unser herrliches Lied „Die rote Fahne" geklungen. Wir sind uns aber auch voll bewußt der Pflichten gegen das österreichische Proletariat. Wir sind ein industriell zurückgebliebenes Land, dank der österreichischen Regierung und dank unserer Schlachta. Wir können dem Kapitalismus nicht so tiefe Wunden schlagen, aber wir können euch erklären, daß wir durch Energie dem nachhelfen werden, um mit euch gleichen Schritt zu halten. Ich hoffe, ihr werdet mit uns zufrieden sein. (Großer Beifall.)

Wityk (Lemberg, für die Ruthenen): Auch unser Volk hat in der russischen Revolution sein Blut vergossen und auch wir haben den russischen Revolutionen tätige Hilfe geleistet. Erst vor einem Monat haben russische Gendarmen zwei ruthenische Bauern, die Broschüren nach Rußland schmuggeln wollten, erschossen. Wir Ruthenen in Galizien haben zwar keine besonders große Organisation. Aber viele ruthenische Arbeiter stehen in den Städten neben den polnischen in den Fachorganisationen. Vor zwei Jahren haben wir einen großen Landarbeiterstreik durchgeführt, der den polnischen Schlachzizen große Schmerzen bereitete. Die ruthenischen Landarbeiter können jetzt im Winter nicht am Massenstreik mittun, aber wir werden andere Mittel finden, die unsere Pininskis, Dzieduszyckis und Abrahamowicz schrecken werden. Wir werden sie in ihren Häusern finden und werden ihnen den Fluch des Volkes übermitteln. (Beifall.)

Abgeordneter **Cingr** (tschechisch, für die Bergarbeiter des Ostrauer Reviers): Wir hatten vorige Woche eine große Versammlung unter freiem Himmel in Karwin. Als wir die Versammlung befragten, wie wir uns hier zum Generalstreik verhalten sollten, riefen uns die Bergarbeiter

einmütig zu: „Heraus mit dem Generalstreik!“ (Großer Beifall.) Ich kann Ihnen die bestimmte Erklärung abgeben, daß, sobald die Parole ausgegeben wird, die Bergarbeiter des Ostrauer Reviers bis auf den letzten Mann dem Rufe folgen werden. (Stürmischer Beifall.)

Dolinšek (Trifail, slowenisch, für die Trifailer Bergarbeiter) gibt die Erklärung ab, daß diese zu jeder Stunde bereit sind für das gleiche Wahlrecht in den Massenstreik einzutreten.

Habermann (Pilsen, tschechisch, für die tschechischen Landarbeiter): Wenn die industriellen Arbeiter das Wahlrecht dringend brauchen, so ist es für das ländliche Proletariat direkt eine Existenzbedingung. Sie haben nicht nur keine politischen Rechte, sie besitzen auch nicht den primitivsten Arbeiterschutz. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, eine recht große Zahl von Landarbeitern zum Kampfe für das gleiche Wahlrecht zu gewinnen und den Czernin und Palffy und Lobkowitz und Schönborn die Forderung des Volkes in die Ohren zu rufen. (Beifall.)

Piestiner (Czernowitz, für die Bukowina): Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß auch wir im äußersten Osten des Reiches uns des historischen Momentes würdig erweisen werden. Unsere kleinbäuerliche Bevölkerung wird von einigen Wucherern ausgebeutet; trotzdem haben es wir verstanden, unsere Organisation auszubauen. Wir werden auch bei dem bevorstehenden Kampfe unsere Pflicht erfüllen, um so mehr, als in unserer Mitte Hunderte russischer Revolutionäre leben, die in Charkow, Warschau, Lodz gekämpft haben. Wie die Regierung so oft mit uns russisch gesprochen hat, so werden auch wir einmal mit ihr russisch reden. Wir werden, wie Lassalle sagt, mit demselben Lachen in den Kerker wandern, mit dem andere auf Bälle gehen. (Lebhafter Beifall.)

Kristan (Laibach, für die Slowenen): Die slowenische Arbeiterschaft ist bereit, jede Form des Kampfes für das gleiche Wahlrecht zu akzeptieren, die die übrige Arbeiterschaft für notwendig befindet. Wenn der Massenstreik beschlossen wird, wird er die slowenischen Arbeiter nicht unvorbereitet finden. In zahlreichen Versammlungen ist aus der Mitte der Arbeiter der Ruf nach dem Massenstreik erschollen und alle begreifen es, daß der entscheidende Kampf beginnt, daß das Wahlrecht jetzt erkämpft werden muß oder lange nicht. Das Wort Massenstreik ist auf den Lippen aller, selbst der indifferenten Arbeiter. Zu unseren Wahlrechtsdemonstrationen ist alles erschienen, was Arbeiter heißt, und viele, die sich bisher einbildeten, Christlichsoziale zu sein, hören heute nur auf uns. Dank unserer Agitation gibt es im ganzen slowenischen Volke niemanden mehr, der es wagen würde, sich öffentlich als Gegner des gleichen Wahlrechtes zu bekennen. (Großer Beifall.)

Pittoni (Triest, für die Italiener): Es handelt sich heute nicht mehr um theoretische Auseinandersetzungen, sondern nur noch um die Bereitschaft zur Tat. So beschränke ich mich denn darauf, zu erklären, daß wir alles daransetzen werden, daß dieselbe Energie, die das südliche, besonders das Triester Proletariat bereits oft bewiesen hat, auch diesmal zur Geltung komme. Wir werden alles tun, daß der Massenstreik bei uns so ausfalle wie jener große politische Massenstreik, den wir bereits einmal durchgeführt haben, daß die Flammen über die großen Werften, über den Hafen bis zu den kleinen Werkstätten hinüberschlagen. (Lebhafter Beifall.)

Nun folgt das Schlußwort des Referenten

Dr. Adler: Diese Diskussion hatte keinen anderen Zweck, als daß uns selber klar werde, daß wir nicht Beschlüsse fassen, die nur einer Stimmung entsprechen, sondern daß das, was wir beschließen, auch von der Arbeiterschaft durchgeführt werden wird. Sie haben die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft der größten Industriezweige gehört. Sie haben die Vertreter aller Nationen und aller Provinzen gehört und Sie haben daraus erkannt, daß das, was wir von Ihnen verlangen, als das Resultat gewissenhaftester Erwägungen auch in der Kraft des österreichischen Proletariats liegt; und, weil es möglich und weil es notwendig ist, darum wird es vollendet werden. Gestern abends hat nach der großen Demonstration eine Sitzung der Ver-

trauensmänner Wiens stattgefunden. Fünfhundert Vertrauensmänner der Wiener Organisationen haben beschlossen, daß in ganz Wien an dem Tage, an dem das Parlament zusammentritt, die Arbeit ruhen wird. (Lebhafter Beifall.) Die Vertrauensmänner sind sich der Schwierigkeiten voll bewußt, sie sind sich aber auch der Notwendigkeit dieses Beschlusses bewußt, und ich darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß Wien an diesem Tage nicht allein bleiben wird. (Lebhafter Beifall.) Und nun, nachdem wir am Ende unserer Beratungen sind, können Sie zu Hause erklären: Der Parteitag hat ernsthaft geprüft, der Parteitag hat mutig beschlossen; an euch ist es, mutig und aufopfernd zu handeln; an euch ist es, dafür zu sorgen, daß diese Schlacht für unser Recht ein voller Sieg werde; an euch ist es, heute schon den Freunden und den Feinden zu sagen, daß wir nicht weichen werden, koste es, was es wolle. (Stürmischer Beifall.)

Nun wird die Abstimmung vorgenommen. Die Resolution **10** über den Generalstreik wird unter ungeheurer Begeisterung **einstimmig angenommen.**

Ebenso wird dann auch die Resolution **8** über die Krise und das allgemeine Wahlrecht und der Antrag abgestimmt und unter riesigem Beifall einstimmig angenommen.

Auf Vorschlag **Skarets** wurden dann einstimmig Jakob Reumann, Therese Schlesinger und Karl Kubalek in die Kontrolle gewählt.

Vorsitzender **Tomschik** schlägt hierauf vor, die beiden Punkte „Altersversicherung" und „Militarismus" mit Rücksicht auf den Wahlrechtskampf bis zum nächsten Parteitag zu verschieben. (Einstimmig angenommen.)

Pölzer beantragt, dem Präsidium den Dank auszusprechen. (Einstimmig angenommen.)

Namens der Gesamtexekutive erhält nun das Wort

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Das Proletariat Oesterreichs seufzt in allen Ländern nicht nur unter dem Druck der politischen Zustände, jener Rückständigkeit, an der wir leider in Oesterreich seit langer, langer Zeit zu leiden haben, es seufzt auch unter dem wirtschaftlichen Elend, und wir hätten wahrhaftig das größte Interesse, uns hier mit so wichtigen Fragen, wie es die Altersversicherung, wie es der Militarismus ist, eingehend zu beschäftigen. Wir alle aber stehen so sehr unter dem mächtigen Eindruck des Tages, unter dem Eindruck der Arbeit, die unser in den nächsten Tagen, ja vielleicht schon in den nächsten Stunden harrt, daß wir in diesem Augenblick an nichts anderes denken können als nur an unsere Forderung, die wir immer als unsere erste Forderung aufgestellt haben. Ueberall, wo das Proletariat sich zum erstenmal zum Selbstbewußtsein erhoben hat, hat es auch zuerst diese Forderung aufgestellt, und in der Zeit, in der es einen wissenschaftlichen Sozialismus im Sinne unserer Zeit nicht gegeben hat, in den großen Chartistentagen Englands, wo ein beinahe völlig unbelehrtes Proletariat zum erstenmal aufgestanden ist, um sich eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage zu erringen, stand als erster Punkt auf der Charte das allgemeine, gleiche Wahlrecht. So instinktiv hat das Proletariat auch jener Zeit es schon empfunden, daß die erste und wichtigste Forderung der Arbeiterschaft das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist. In diesem Augenblick haben wir keine andere Forderung, in diesem Augenblick haben wir kein anderes Verlangen als das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht! (Stürmischer Beifall.)

Es ist endlich der Tag gekommen, der durch eine glückliche Verkettung aller Umstände uns dazu fähig macht, einen Vorstoß zu unternehmen, wie wir ihn früher nicht machen konnten. Um so kräftiger, um so energischer müsse dieser Vorstoß sein, weil nicht allein wir, sondern die ganze Oeffentlichkeit Oesterreichs weiß: ohne das allgemeine, gleiche Wahlrecht gibt es überhaupt keine Politik, gibt es kein Parlament, gibt es kein Leben in Oesterreich mehr. Es ist selbstverständlich, daß wir unsere Verhandlungen abbrechen, in dem Augenblick, wo wir zu diesem Kampf entschlossen sind, und daß wir überall, wo wir zu arbeiten haben, unsere Aufgabe erfüllen. Wir wollen aber unserer Stimmung auch äußerlich Ausdruck geben. Deshalb hat die Parteiexekutive

beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, daß Sie ein Manifest an die Arbeiterschaft Oesterreichs richten.

Dieses Manifest hat folgenden Wortlaut:

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs an das arbeitende Volk aller Zungen Oesterreichs!

Der Zarismus hat sich vor der Revolution gebeugt. Die Völker Rußlands haben die Despotie besiegt. Die Freiheit ist in Rußland auf dem Marsche!

Der Zar hat sich für das allgemeine Wahlrecht erklärt. Rußland hat Oesterreich überflügelt.

Aber auch der König von Ungarn hat das allgemeine Wahlrecht in sein Programm aufgenommen.

So stehen die Völker Oesterreichs zwischen dem schon erkämpften allgemeinen Wahlrecht in Rußland und dem versprochenen allgemeinen Wahlrecht in Ungarn auf der einen Seite und dem allgemeinen Wahlrecht des Deutschen Reiches auf der anderen Seite mitten drin, behaftet mit einem Parlament, dessen Grundlage die Kurienschande, eine unerträgliche Form der politischen Ungerechtigkeit, ist.

Dieser Zustand ist nicht mehr zu ertragen. Wir fragen: Ist das arbeitende Volk Oesterreichs weniger wert als das Proletariat Rußlands und Ungarns? Soll das bittere Unrecht, das die Völker Oesterreichs nun achtunddreißig Jahre lang gedrückt hat, noch weiterbestehen? Sollen wir nicht allein den Völkern des Westens, sondern sogar denen des Ostens zum Gespött dienen? Haben wir nicht so viel Kraft in uns, den Schrei nach Recht, den wir unablässig erhoben haben seit Jahrzehnten, nun endlich in die Tat umzusetzen? Sollen wir uns noch länger den Uebermut der kopflosen Staatsmänner und hilflosen Parteiführer einer unfähigen Bourgeoisie gefallen lassen?

Nein, arbeitendes Volk in Oesterreich, deine Geduld ist zu Ende! Wir wollen nichts mehr von Vertröstungen und Hinhaltungen wissen. Wir verlangen unser primitivstes Recht in kürzester Zeit. Wir wollen anerkannt werden als gleichwertige Staatsbürger. Der Kurienwahnwitz darf kein neues Parlament mehr gebären.

Wir fordern das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht von der Regierung und dem Parlament. Wir fordern es als unser Recht und als die erste Lebensnotwendigkeit Oesterreichs und seines geistigen und wirtschaftlichen Fortschritts.

Arbeitendes Volk! In dem großen weltgeschichtlichen Augenblick, den wir eben miterleben, eröffnen wir von neuem den Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Wir sind entschlossen, diesen Kampf mit dem Massenstreik, mit den äußersten Mitteln zu führen.

Aber unsere Worte richten sich auch an unsere Gegner. Die Verständigen unter ihnen mahnen wir, die Unverständigen warnen wir, den Böswilligen kündigen wir unerbitterlichen Krieg an.

Arbeitendes Volk, auf zum Kampfe! Auf zum entschlossenen Kampfe, der nicht früher beendet werden kann, bis wir im Siege nach Hause tragen

das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Wien, 1. November 1905.

Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Parteigenossen! Wir alle wissen, daß wir die Möglichkeit dieses unseres Vorstoßes, dieses energischen, ernsten und unerbittlichen Kampfes zum weitaus größten Teil jenen verdanken, die im Osten für die Freiheit und das Recht geblutet haben, unseren Brüdern in Rußland. (Riesiger Beifall und Händeklatschen. Die Kongreßmitglieder erheben sich von den Sitzen und

hören die übrigen Ausführungen Pernerstorfers stehend an.) Wir stehen heute am Vorabend eines katholischen Feiertages, des Allerseelentages. Auch wenn einst das politische und soziale Unrecht aus der Welt verschwunden sein wird, auch dann werden wir in jedem Jahr einen Allerseelentag feierlich begehen; er soll gewidmet sein dem Andenken aller jenen Namenlosen, die für die Freiheit und das Volk gekämpft haben. (Beifall.) Hunderttausende von Leuten aus dem Volke, aus den tiefsten Schichten des Volkes haben gekämpft und haben gewußt, daß ihr Name vergessen werden wird, daß er verrauschen wird im Strome der Weltgeschichte, aber sie haben nicht gekämpft aus Ehrgeiz und Eitelkeit, sie haben aus ihrer inneren Ueberzeugung, aus ihrer großen und edlen Menschlichkeit heraus, die verborgen war tief unter ihren Flicken, für die Menschheit gekämpft. Ihnen allen, unter denen Tausende und Tausende jetzt im großen russischen Kampfe gefallen sind, gilt heute schon und in allen künftigen Zeiten das teuerste Andenken; diese Namenlosen sind es am meisten, denen wir zu ewigem Danke verpflichtet sind, ihnen gelten unsere Gedanken auch am heutigen Tage, wo wir die großen Massen des Volkes aufrufen, mit uns zusammen in den Kampf zu ziehen, in den Kampf, der schwer und ernst werden wird, der vielleicht auch Opfer kosten wird. Aber wir sind überzeugt, die Entschlossenheit des österreichischen Proletariats wird nicht zurückstehen hinter der Entschlossenheit unserer großen Vorgänger im Kampfe für die Freiheit und das Recht. (Stürmischer, jubelnder Beifall.)

Soukup (tschechisch): Dieser große historische Kongreß nähert sich seinem Ende. Wir gehen auseinander im Zeichen des triumphierenden Siegesmarsches der russischen Helden. Wir haben hier unser Ultimatum proklamiert nach oben, wir haben es nach unten verkündet und wir haben den Krieg erklärt allen Widersachern. (Lebhafter Beifall.) Nun ist es an uns, diesen Krieg auch durchzuführen. Wir gehen auseinander nach allen Gauen Oesterreichs und unser Ruf muß fliegen durch die Lande vom Riesengebirge bis zur Adria, von den Alpen bis zu den ukrainischen Prärien, der Ruf muß erschallen diesseits der Leitha, wie er jenseits erschallt, das ganze Volk muß den einzigen Ruf jetzt kennen: Auf zum Kampfe für das gleiche Wahlrecht!

Der Redner gedenkt dann der gefallenen russischen Kämpfer, wobei sich die Versammlung von den Sitzen erhebt, und verliest sodann in tschechischer Sprache das Manifest. Er schließt: Wir sind friedliche, nüchterne Menschen. Aber wenn es notwendig ist, sind wir bereit, das einzige, was wir besitzen, unser Leben und unsere Existenz, für unser Recht zu opfern. (Stürmischer Beifall.)

Das Manifest wird dann unter allgemeinem begeisterten Beifall einstimmig beschlossen.

Die Tschechen singen das altslawische Freiheitslied „Kto za pravdu gori".

Vorsitzender **Tomschik** schließt nun den Kongreß mit den Worten: Ich glaube, das Manifest drückt alles aus, was uns alle erfüllt, alles, was uns nun an Arbeit und Kämpfen bevorsteht. Auf zum Kampfe!

Die Versammlung stimmt in den Ruf: „Auf zum Kampfe!" ein. Die Deutschen singen nun den „Sozialistenmarsch", worauf die Polen und Tschechen die „Rote Fahne" anstimmen. Dann singen die Polen und Ruthenen das ruthenische Freiheitslied „Schalite, schalite". Als die Klänge dieses Liedes verklungen waren, gibt Dr. Diamand eine Erklärung zu diesem Liede: Es wurde gedichtet, als Gautsch zum erstenmal Minister war, und man pflegt es zu beschließen mit dem dreifachen Rufe: „Pereat Gautsch!" Und die Rufe: „Pereat, Gautsch!" und „Hoch das gleiche Wahlrecht"! brausen nun durch den Saal. Den Abschluß macht dann das „Lied der Arbeit", das alle Delegierten singen.

Der Kongreß ist zu Ende.

Zuschriften und Telegramme.

Dem Parteitag sind in diesen drei Tagen 51 Begrüßungstelegramme und Schreiben zugekommen. Darunter sind folgende:

In den Tagen des Revolutionssturmes, der das ganze Rußland durchwühlt, begrüßen wir namens des in der Sozialdemokratie vereinigten Proletariats Rußlands die österreichische Bruderpartei, die auch vor schweren politischen Kämpfen steht und die uns immer hilfsbereit ihre Hand anbot. Mit freudiger Hoffnung blicken wir der Zukunft entgegen und rufen aus:

Hoch die internationale Sozialdemokratie!
Hoch die Sozialdemokratie Oesterreichs!
Hoch die Revolution!

Redaktion der „Iskra".

Genf, 1. November. Im Namen des in Rußland kämpfenden jüdischen Proletariats begrüßt das ausländische Comité des Bundes den Parteitag der österreichischen Bruderpartei und sendet seine heißesten Wünsche vollsten Erfolges.

Paris, 2. November. Die russische sozial-revolutionäre Partei entbietet dem Kongreß der österreichischen Genossen brüderliche Grüße und Dank für die Solidarität im Kampfe gegen den Zarismus und Kapitalismus.

Es lebe die internationale Solidarität!

Roubanowitsch.

Chalons, 2. November. Am Ausgang des Kongresses zu Chalons entbieten die französischen Sozialisten nach einstimmig angenommener Resolution den österreichischen Genossen brüderliche Grüße.

Die Sekretäre Bracke, Dubreuille, Renaudel.

Graz, 1. November. Die steirische Landesparteivertretung hat in ihrer außerordentlichen Sitzung mit Begeisterung und vollster Zustimmung die entschlossene Haltung des Parteitages zur Kenntnis genommen und versichert, daß die steirische Arbeiterklasse nur auf das Signal wartet, um alles zu wagen und alles zu gewinnen.

Es lebe der Kampf um das Recht! Heraus mit dem gleichen Wahlrecht!

Im Auftrage:

Pongratz. Resel. Dr. Schacherl.

Diese Telegramme riefen stürmische Begeisterung hervor. Große Erregung herrschte aber, als eine telephonische Mitteilung aus Leoben meldete, daß das von den dortigen Genossen abgeschickte Begrüßungstelegramm inhibiert wurde.

Ausländische Zuschriften liefen ein vom Gen. Leßner aus London, vom Sozialistischen Verein Nord-West, von der Sozialistischen Partei Nordamerikas, Chicago.

Oesterreichische Begrüßungen:

a) Telegramme: Altrohlau (Lokalorganisation), Brody (jüdische Arbeiter), Budapest (Scherman), Chodau (Lokalorganisation), Falkenau (Wahlkreisleitung, Lokalorganisation), Graslitz (Lokalorganisation), Iglau (Lokalorganisation), St. Joachimsthal (Lokalausschuß), Karbitz (Lokalorganisation), Karlsbad (alter Genosse, Irene Hillebrand, Kutscher, Bezirksorganisation, Bauarbeiter, Porzellanarbeiter), Kladno (Volksversammlung), Neu-Königgrätz (Syruick), Krakau (organisierte Fleischer, jugendliche Arbeiter, jüdische Arbeiter, Bäcker, jüdische Sozialdemokraten, jüdische Maler, jüdische Schuhmacher, jüdische Bäcker, jüdische Arbeiterinnen, jüdische Schriftsetzer, Exekutive der jüdischen Sozialdemokratie, jüdisches Lokalcomité), Lemberg (jüdische Studenten, Brüderlichkeit, jüdische Bäcker, jüdische Schneider, jüdische Arbeiterinnen, jüdische Tischler), Merkelsgrün (Lokalorganisation), Oswięcim (organisierte Eisenbahner), Pardubitz (konfisziert wegen der Worte „revolutionäres Wien"), Platten (Bezirks- und Lokalorganisation, Handschuhfabrik Stengel), Podgorze (jüdisches Ortscomité, „Vorwärts"), Prag (Redaktion des Fachblattes der Maler, Gewerkschaftskommission, Handels- und Transportarbeiter, „Pravo Lidu"), Przemysl (jüdische Sozialdemokraten), Schlaggenwald (Bezirksorganisation), Steinschönau (Bezirksorganisation), Suczawa (Sozialdemokraten), Tarnopol (jüdische Sozialdemokraten), Tarnów (jüdische Sozialdemokraten), Teplitz (Wahlkreisleitung, deutsch und tschechisch), Trient (Schmitt).

b) Begrüßungsschreiben: Abertham (Lokalorganisation), Chodau (Lokalorganisation), Königsberg (Lokalorganisation), Sodau (Lokalorganisation), Tachau (Wahlkreisleitung).

Sprechregister.

Adler, Dr. 72, 84, 86, 90, 104, 121, 125, 136
Aust 134
Austerlitz 98
Beer 108, 133
Borek 89, 108
Buchinger 82, 124
Cingr 135
Czech, Dr. 125
Daszyński 76, 102, 108, 123
Diamand, Dr. 135
Dolinšek 136
Ellenbogen, Dr. 110
Forstner 134
Habermann 136
Hornof 133
Huber 86
Johanis 88
Körbler 72
Kořinek 88
Krapka 101
Kristan 78, 89, 107, 136
Kubálek 104
Mácha 135
Meleň 124
Molkenbuhr 80
Muchitsch 92
Müller 134
Němec 75, 106, 122
Nießner 101
Pernerstorfer 95, 108, 123, 137
Pisecl, Dr. 79
Pistiner 136
Pittoni 124, 136
Pölzer 93
Frau Popp 134
Prokeš 92
Richter 135
Schrammel 125
Schuhmeier 122
Seitz 88
Skaret 79, 85, 86, 94, 124
Soukup, Dr. 85, 93, 121, 122, 139
Stein 100
Steiner 132
Špera 93
Tomášek 76, 91
Tomschik 72, 80, 85, 125, 137
Tusar 89
Vaněk 91, 101, 107
Votkert 94
Winarsky 90
Wityk 135
Wolf 94
Wro ski 83.

Präsenzliste

zum Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie

in Wien.

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Adler Viktor	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Arbeitel Moritz	Bielitz	II. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Aster Jaroslav	Teplitz	V. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Ausobsky Alois	Graz	I. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Aust Ludvik	Kladno	II. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Austová Františka	Kladno	II. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Bardach Marko	Wien	Wahlkreis Brody (polnisch)
Barth Josef	Gablonz a. d. N.	IX. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Beer Heinrich	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Beutel Franz	Aussig	VI. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Bičovec František	Kralup	VII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Bobrowski Emil, Dr.	Krakau	Wahlkreis Krakau (polnisch)
Borek Edmund	Pardubitz	„Východočeský Obzor" (tschechisch)
Boschek Anna	Wien	„Arbeiterinnen-Zeitung" (deutsch)
Brettler Chaim	Kolomea	XV. galizischen Wahlkreis (polnisch)
Brod Jakob	Wien	Red. „Arbeiterschutz" (deutsch)
Brodecký Vilém	Žižkov	„Železniční Zřízenec" (tschechisch)
Brůha Antonin	Königl. Weinberge	Parteiexekutive (tschechoslawisch)
Bucich Pavel	Labinj	Wahlkreis Istrien (slowenisch)
Budsky Jaroslav	Wien	II. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Cholek Josef	Wien	V. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Cingr Peter	Mähr.-Ostrau	Reichsratsabgeordneter (tschechisch)
Czaki Franz	Lemberg	Wahlkreis Lemberg (polnisch)
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Daszynski Ignaz	Krakau	Parteiexekutive (polnisch)
Diamand Hermann, Dr.	Lemberg	Parteiexekutive (polnisch)
Dietl Anton	Saaz	„Nordwestb. Volkszeitung" (deutsch)
Dietl Heinrich	Aussig	„Volksrecht" (deutsch)
Dolinšek Ivan	Trifail	IV. steierm. Wahlkreis (slowenisch)
Dvořák František	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Eldersch Matthias	Brünn	Reichsratsabgeordneter (deutsch)
Ellenbogen W. lh., Dr.	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Emmerling Georg	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Englisz Johann	Krakau	Wahlkreis Krakau (polnisch)
Filipič Tomaš	Idria	Wahlkreis Krain (slowenisch)
Flöckinger Hermann	Innsbruck	I. Tiroler Wahlkreis (deutsch)
Forstner August	Wien	„Zeitrad" (deutsch)
Frankl Franz	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Freundlich Leo	Mähr.-Schönberg	„Volkswacht" (deutsch)
Gerdinitsch Ferdinand	St. Pölten	VI. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Gion Joh.	Wien	Redaktion „Kleidermachergehilfe" (deutsch)
Graduc Fran	Trifail	IV. steierm. Wahlkreis (slowenisch)
Grassinger Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Grigorovici Georg	Storosynetz	II. bukow. Wahlkreis (deutsch)
Gröbner Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Grund Karel	Prag	„Dřevodělník" (tschechisch)
Grünwald Julius	Wien	„Einigkeit" (deutsch)
Haas Wilhelm, Dr.	Mähr.-Ostrau	VI. mährischen Wahlkreis (deutsch)

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Haberman Gustav	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Hackenberg Theodor	Gmünd	VII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Haecker Emil	Krakau	Redaktion „Naprzod“ (polnisch)
Haiberger Franz	Wels	III. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Hanschka Anton	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Heidrich Dagobert	Wigstadtl	I. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Herer Michael	Kolomea	XV. galizischen Wahlkreis (ruthen.)
Hillebrand Oswald	Karlsbad	IV. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Höger Karl	Wien	„Volkstribüne“ (deutsch)
Hoke̊š František	Prag	„Orgán obchodního pomocnictva“ (tschechisch)
Hönigsmann Olga	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Hornof Jindřich	Prag	Parteiexekutive (tschechoslawisch)
Houser Václav, JUDr.	Prag	Parteiexekutive (tschechoslawisch)
Hübel Ernst	Reichenberg	„Der Textilarbeiter“ (deutsch)
Huber Josef	Lemberg	I. galizischen Wahlkreis (polnisch)
Hueber Anton	Wien	„Die Gewerkschaft“ (deutsch)
Hummel Albert	Wien	III. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Hybeschy Josef	Brünn	Reichsratsabgeordneter (tschechisch)
Janč Jan	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Jaroš Rudolf	Prag	„Kožedělník“ (tschechisch)
Jarossewytsch Roman	Wien	Parteiexekutive (ruthenisch)
Jiráček Ferdinand	Prag	„Potravodělník“ (tschechisch)
Johanis Václav	Prag	I. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Kapellner Maurycy	Krakau	Wahlkreis Tarnow (polnisch)
Kaſek Emil	Pisek	XVII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Kern Franz	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Kiesewetter Wilhelm	Trautenau	IX. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Kleindesner Leopold	Mistelbach	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Klemensiewicz Zygm.	Krakau	„Prawo Ludu“ (polnisch)
Klička Hynek	Birkenberg	XVII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Knopf Josef	Mauer	VI. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Koch Marie	Wien	I. Wiener Wahlkreis, Frauenorganisation (deutsch)
Koller Franz	Bruck a. d. M.	II. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Komisar	Wien	III. Wiener Wahlkreis (polnisch)
Königstetter Kathi	Wien	IV. Wiener Wahlkreis, Frauenorganisation (deutsch)
Kopač Jožef	Triest	Wahlkreis Triest (slowenisch)
Kořinek Karl	Wien	Parteiexekutive (tschechisch)
Koudela Josef	Wien	„Der Tonarbeiter“ (deutsch)
Kouša Josef	Prag	I. böhmischen Wahlkreis (tschechisch)
Krapka Josef	Proßnitz	V. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Kristan Etbin	Laibach	Parteiexekutive (slowenisch)
Kubiček Karel	Wien	III. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Kudla Ladislav	Wien	II. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Landau Helene, Dr.	Wien	Wahlkreis Krakau (polnisch)
Leistyna Bernard	Brody	Wahlkreis Brody (polnisch)
Lippa Cilly	Wien	V. Wiener Wahlkreis, Frauenorganisation (deutsch)
Maar Josef	Wien	Redaktion „Dekorateur“ (deutsch)
Mácháčova Karla	Prag	I. böhmischen Wahlkreis, Frauenorganisation (tschechisch)
Mahrer Leopold	Klagenfurt	Wahlkreis Kärnten (deutsch)
Maier Anna	Sternberg	VI. mährischen Wahlkreis, Frauenorganisation (deutsch)
Malý Josef	Chrudim	XI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Masopust Karel	Prag	„Rukavičkář“ (tschechisch)
Mayer Franz	Mähr.-Neustadt	VII. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Meleń Teofil	Przemysl	Wahlkreis Przemysl (ruthenisch)

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Metschel Karl	Wien	„Fachblatt der Drechsler" (deutsch)
Michelson Mendel	Krakau	„Jüdische Arbeiter-Zeitung" (poln.)
Muchitsch Vinzenz	Graz	I. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Mühlberger Karl	Wien	„Neue Graphische Nachrichten" (deutsch)
Mühsam Johann	Wr.-Neustadt	IX. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Müller Rudolf	Wien	Redaktion „Eisenbahner" (deutsch)
Nelson Franz	Wr.-Neustadt	IX. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Němec Antonin	Prag	Parteiexekutive (tschechoslawisch)
Neuerer Karl	Fischern	„Porzellanarbeiter" (deutsch)
Neuwirth Anton J.	Krems a. d. Donau	VII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Nießner Wilhelm	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Nosek Josef	Wittingau	XVI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Novák František	Hohenmauth	XII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Ofenböck Anton	Wr.-Neustadt	„Gleichheit" (deutsch)
Pattermann Franz	Wien	„Der Tabakarbeiter" (deutsch)
Pauls Ludwig	Wien	„Fachblatt der Sattler, Taschner ꝛc." (deutsch)
Pelzling Marek, Dr.	Rzeszow	Wahlkreis Rzeszow (polnisch)
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Peterlin Fran	Trbovlje	Wahlkreis Görz und Gradiska (slowenisch)
Pick Karl	Wien	„Der österr. Handelsangestellte" (deutsch)
Pik Luděk	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Piscel Antonio, Dr.	Rovereto	Wahlkreis Trient (italienisch)
Pißin r Jakob	Czernowitz	I. bukow. Wahlkreis (deutsch)
Pittoni Valentino	Triest	Parteiexekutive (italienisch)
Polke Emil	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Pölzer Johann	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Pohorylles Zofia	Wien	Wahlkreis Tarnopol (polnisch)
Popp Adelheid	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Pospišil Cenek	Polnisch-Ostrau	II. schlesischen Wahlkreis (tschechisch)
Prepoš Martin	Sagor	Wahlkreis Krain (slowenisch)
Preußler Robert	Salzburg	Wahlkreis Salzburg (deutsch)
Prokeš Jan	Mähr.-Ostrau	VI. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Rautenkranz Franz.	Smichow	Parteiexekutive (tschechoslawisch)
Reger Thaddäus	Teschen	II. schlesischen Wahlkreis (polnisch)
Richter Karl	Wien	„Holzarbeiter" (deutsch)
Rieger Eduard	Wien	Reichsratsabgeordneter (deutsch)
Riha Josef	Linz	Oberösterreich (tschechisch)
Šajal Jan	Prag	„Nový knihařský obzor" (tschech.)
Sašek Alois	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Schäfer Anton	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Schlesinger Therese	Wien	II. Wr. Wahlkr., Frauenorg. (deutsch)
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Schloßnikel Hieron	Sternberg	VI. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Schönwälder Anton	Mähr.-Schönberg	VII. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Schorr Samuel, Dr.	Krakau	Wahlkreis Kolomea (polnisch)
Schrammel Anton	Aussig	VI. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Schrammel Marie	Aussig	VI. böhmischen Wahlkreis, Frauenorganisation (deutsch)
Schuhmeier Franz	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Schuller Marie	Floridsdorf	VIII. niederöst. Wahlkreis (deutsch)
Seidel Amalie	Wien	Kontr. d. Gesamtparteivertr. (dtsch.)
Seitz Karl	Wien	Kontr. d. Gesamtparteivertr. (dtsch.)
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	V. böhmischen Wahlkreis (deutsch)
Serbus Mat.	Nymburg	X. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Seveček Alois	Wien	V. Wiener Wahlkreis (tschechisch)

Kongreßteilnehmer	aus	vertritt
Silberer Franz	Wien	„Bäcker-Zeitung" (deutsch)
Skaret Ferdinand	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Škvrně Josef	Wien	IV. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Smetana Antonin	Mähr.-Ostrau	VI. mähr. und I. schlesischen Wahlkreis (tschechisch)
Smitek František	Humpolec	XIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Snoy Heinrich	Meran	II. Tiroler Wahlkreis (deutsch)
Soukup František	Prag	Parteiexekutive (tschechisch)
Spera A. M.	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (tschechisch)
Spielmann Julius	Linz	I. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Stein Viktor	Wien	III. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Steiner Josef	Prag	„Odborové Sdružení" (tschechisch)
Stravs Ivan	Idria	„Naprej" (slowenisch)
Sudik Josef	Budweis	XVI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Sváb Martin	Prag	„Stavebník" (tschechisch)
Svatoš Bohumir	Wien	VII. niederösterreichischen Wahlkreis (tschechisch)
Svěcený Antonin	Smichow	„Oděvník" (tschechisch)
Tayerle Rudolf	Prag	„Kovodělník" (tschechisch)
Teska Josef	Prag	Parteiexekutive (tschechisch)
Tomášek Franz., Dr.	Wien	„Dělnické listy" (tschechisch)
Tomschik Josef	Wien	Parteiexekutive (deutsch)
Topinek Wilhelm	Sanok	Wahlkreis Sanok (polnisch)
Trenka Johann	Jägerndorf	„Schlesische Volkspresse" (deutsch)
Tuller Ludwig	Leoben	II. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Turek Václav	Wien	I. Wiener Wahlkreis (tschechisch)
Tusar Vlastimil	Brünn	I. mährischen Wahlkreis (tschechisch)
Vaněk Karel	Brünn	„Rovnost" (tschechisch)
Veselý Anton	Freiwaldau	I. schlesischen Wahlkreis (deutsch)
Volkert Karl	Wien	V. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Vybiral Josef	Znaim	III. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Wanke Julius	Wien	„Graph. Hilfsarbeiter" (deutsch)
Weinfeld Leon	Lemberg	Wahlkreis Tarnopol (polnisch)
Weirelberger Anton	Fürstenfeld	III. steiermärk. Wahlkreis (deutsch)
Wiglitz Engelbert	Znaim	III. mährischen Wahlkreis (deutsch)
Wild Antonin	Wien	VIII. niederöst. Wahlkreis (tschech.)
Winarsky Leopold	Wien	II. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wityk Semen	Lemberg	Wahlkreis Lemberg (ruthenisch)
Wolf Franz	Wien	I. Wiener Wahlkreis (deutsch)
Wynoftek Michael, Dr.	Lemberg	Wahlkreis Lemberg (polnisch)
Zápotocký Ladislav	Žižkov	XIV. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Zavadil Vojtěch	Žižkov	XIV. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Zulawski Zygmunt	Krakau	Wahlkreis Tarnow (polnisch)

Gäste:

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:

Molkenbuhr Hermann, Reichstagsabgeordneter, Berlin.

Für die Sozialdemokratie Ungarns:

Buchinger Emanuel, Budapest.

Für die polnische sozialistische Partei (Russisch-Polen):

Kaniowski Josef, London.
Wroński Alexander, Warschau.

Abstimmungsresultat.

Angenommene Anträge und Resolutionen:

3 (Resolution Adler, Daszynski). **4** (Absolutorium der Exekutive). **6** und **7** (Antrag Czech, Weixelberger: Vertrauensvotum der Fraktion). **8** (Resolution Ellenbogen zu „Oesterreichische Krise und das Wahlrecht"). **9** (Antrag Pernerstorfer: Die Regierung sei zu sofortiger Einberufung des Reichsrates aufzufordern). **10** (Resolution Adler zu „Politischer Massenstreik"). **11** (Antrag der Gesamtexekutive: Manifest an das arbeitende Volk).

Der Gesamtexekutive zugewiesen:

8 (Antrag Johannis: Publikationen der Exekutive in allen Sprachen herauszugeben).

Beifügung zum Protokoll wurde beschlossen:

Bei den Resolutionen der Jüdischen sozialdemokratischen Partei in Galizien und der tschechischen Delegierten.

Nicht abgestimmt wurde über:

1 (Antrag des II. Wiener Wahlkreises) und **2** (Antrag der Lokalorganisation Graz).

Sachregister.

Seite

Absolutorium der Gesamtexekutive 88
Annahme des Antrages 95
Abstimmungsergebnisse 146
Altersversicherung der Arbeiter 13
Anträge zum Parteitag 65
Vor den Verhandlungen gestellte 65
Während der Verhandlungen gestellte 65
Arbeiterversicherungsprogramm 14
Begrüßungsreden der ausländischen Delegierten 80
der inländischen Delegierten 72
Bericht der Fraktion, Referat Pernerstorfer 95
Debatte darüber 98
des Frauenreichscomités 41
der Gesamtparteivertretung 11
Referat Skaret 86
Debatte darüber 88
des Kassiers 88
der Kontrolle 88
der tschechoslawischen Parteiexekutive 43
der deutschen Parteiexekutive 20
der italienischen Parteiexekutive 48
der polnischen Parteiexekutive 51
Einberufung des Reichsrates, Antrag auf sofortige 123
Abstimmung darüber 124
Erklärung der tschechischen Delegation 71, 85
der jüdischen Sozialdemokraten Galiziens 70
Fraktion, Aenderungen in derselben 108
Frauenorganisation 17
Frauenreichscomité, Bericht des 41
Geschäftsordnung des Parteitages 10
Gewerkschaftskongreß 1903 17
Jugendorganisation 17
Kongruavorlage 14
Konstituierung des Parteitages 79
Konsumentenorganisation 17
Kontrolle, Bericht der 88
Wahl der 137
Krise, Oesterreichische, und das Wahlrecht, Referat Ellenbogen 110
Korreferat Němec 122
Resolution 66
Annahme der Resolution 137
Landtagswahlrecht 14
Lebensmittelwucher 13
Mandatsprüfungskommission, Bericht der 97
Manifest vom 5. Juli 1904 13
an unsere Brüder im Waffenrock 13
des Parteitages an die Arbeiterschaft Oesterreichs 138
Massenstreik, Referat Adler 125
Korreferat Steiner 132
Resolution 68
Erklärungen der Branchen und Nationen 133
Annahme der Resolution 137

Seite

Militärforderungen 13
Nationalitätenprogramm 8
Parteiorganisationsstatut 3
Parteipresse, Deutsche 20
Tschechische 45
Präsenzliste 142
Programm der Sozialdemokratie 5
Sprechregister 141
Sympathieerklärung für die russische Revolution 84
Tagesordnung des Parteitages 9
Telegramme 140
Verhandlungstag, Erster 70
Zweiter 101
Dritter 125
Verstaatlichungsaktion der Privatbahnen 12
Vertrauensvotum der Fraktion 109
Abstimmung darüber 110
Vorbesprechung 72
Vorlagen an den Parteitag 11
Wahlrechtsbewegung 14
Wahlrechtsdemonstrationen 13
Zuschriften an den Parteitag 140

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts", Wien VI. — 6300·05.

Kralik Emil. Nutzen und Bedeutung der Gewerkschaften. Wien 1891. 23 Seiten. Kr. —·20
Landtagspredigt des neuen Pater Abraham a Santa Clara. Wien 1902. 16 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 6·—
Lang O., Oberrichter in Zürich. Die Arbeiterschaft und die Alkoholfrage. Wien 1903. 20 Seiten. Broschiert Kr. —·10
Payer O. W. Mehrarbeit und Mehrwert. Eine der besten und populärsten kleineren Schriften über die Grundlehren des Sozialismus. Wien 1902. 20 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 7·—
Rechtsstaat oder Polizeistaat? Reden der Abgeordneten Pernerstorfer und Kronawetter. Wien 1896. 118 Seiten. 3 Hefte, zusammen Kr. —·36
Resel H. Der Staat und seine Diener. Wien 1899. 32 Seiten. Kr. —·20
Neumann J. Die Heimarbeit in Oesterreich. Wien 1897. 56 Seiten. Kr. —·30
— Die städtische Arbeitsvermittlung als Mittel des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Wien 1898. 32 Seiten. Kr. —·20
Sags Haus. 200 Millionen für neue Kanonen! Wer bewilligts und wer zahlts? Wien 1902. 22 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 7·—
Schacherl Michael. Nach Feierabend. Sieben Gespräche über die Schwarzen und Roten. Wien 1900. 16 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 7·—
Schachinger M. Lustig ist's Soldatenleben. Wien 1896. 64 Seiten. (In Oesterreich verboten.) Kr. —·24
Schuhmeier Fr. Aus der Werkstatt des Klerikalismus. 32 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 6·—
Seitz K. Volksschule oder Pfaffenschule? Wien 1902. 44 Seiten. Kr. —·15, 50 Stück Kr. 6·—, 100 Stück Kr. 11·50
Springer, Dr. R. (Synopticus.) Staat und Parlament. Wien 1901. 32 Seiten. Kr. —·60
Stein V. Aus dem Leben eines exkommunizierten Priesters. Wien 1903. 24 Seiten. In Umschlag, geheftet. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 7·—
Stern G. Morgenrot. Soziale Fest- und Zeitgedichte. Stuttgart 1894. 156 Seiten. Kr. —·60
— Zweite Folge. Mit einem Anhang, enthaltend zum Vortrag geeignete Gedichte von Freiligrath, Henckell, Herwegh ꝛc. Wien 1898. 152 Seiten. Kr. —·60
Stimmen der Freiheit. Blütenlese der hervorragendsten Schöpfungen unserer Arbeiter- und Volksdichter. Herausgegeben von Konrad Beißwanger. Mit 38 Porträts. Großoktav. 792 Seiten. Elegant gebunden. Kr. 3·50
Täubler. Die Schule in Pfaffenklauen. Eine Kritik der niederösterreichischen Schulverderbungsgesetze. Kr. —·10
Teifen T. W. Das soziale Elend und die besitzenden Klassen in Oesterreich. Wien 1894. 180 Seiten. Kr. 2·40, gebunden Kr. 3·20
— Trau, schau, wem? Ein offenes Wort an alle denkenden Staatsbürger. Wien 1900. 16 Seiten. Kr. —·10, Agitationsausgabe 100 Stück Kr. 5·—
— Die Christlich-Sozialen und ihr Programm. Wien 1898. 32 Seiten. Kr. —·12, 100 Stück Kr. 8·—
— Handwerk und Handwerker in Oesterreich. Kr. —·20
— Wie die Zölle Fleisch und Brot verteuern und wer diesen Raubzug am Volke einsteckt. Wien 1903. 32 Seiten. Kr. —·10
Vandervelde, Dr. E. Alkoholismus und Arbeitsbedingungen in Belgien. Wien 1901. 32 Seiten. Kr. —·20
Verkauf, Dr. Leo. Die Reform der Bruderladen. Referat des Dr. Verkauf, gehalten am IV. Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie. Wien 1894. 16 Seiten. Kr. —·20
— Sozialreform in Oesterreich. Wien 1896. 32 Seiten. Kr. —·20
— Die bürgerlichen Klassen und das Strafrecht. Wien 1894. 24 Seiten. Kr. —·20
— Warum wird alles teurer? Gegen den Brot- und Kohlenwucher. 20 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 7·—
— Die Alters-, Invaliditäts- und Stellenlosigkeitsversicherung der Privatbeamten und Handelsangestellten. Wien 1901. 96 Seiten. Kr. —·60
Volk, Das arbeitende, und die Nationalitätenfrage. Wien 1900. 16 Seiten. Kr. —·06, 100 Stück Kr. 4·—
Wahrmund Th. Der niederösterreichische Landtag und das arbeitende Volk. Ein offenes Wort zur rechten Zeit. Wien 1902. 24 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 7·—
Warum sind wir arm? Ein Mahnwort an alle, die arbeiten. 20 Seiten. Kr. —·12, Agitationsausgabe 100 Stück Kr. 7·—, 500 Stück Kr. 30·—, 1000 Stück Kr. 40·—
Was die Umstürzler wollen! Können wir Sozialdemokraten wählen? Wien 1897. 48 Seiten. Kr. —·12, 100 Stück Kr. 8·—
Wie soll ich fatieren? Ein Ratgeber für Personaleinkommensteuerpflichtige, mit einer ausgefüllten Steuererklärung, Formularen für Rekurse ꝛc. Wien 1900. 16 Seiten. Kr. —·10, 100 Stück Kr. 5·—
Winter, Dr. Fritz. Das österreichische Parlament. Die Gewählten und ihre Wähler. Wien 1902. 64 Seiten. Kr. —·60, Agitationsausgabe 100 Stück Kr. 6·—
Wlassak, Dr. R. Der Alkoholismus im Gebiete von Mährisch-Ostrau. Wien 1903. 20 Seiten. In Umschlag. Kr. —·50
Zur Lage der kleingewerblichen und großindustriellen Arbeiterschaft in Oesterreich. Kr. —·80

Arbeiter! Genossen! Sorget für die Verbreitung der

Arbeiter-Zeitung.

Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie.

Erscheint **täglich** um 6 Uhr morgens. Montag um 2 Uhr nachmittags.

Redaktion und Administration: **Wien, VI., Mariahilferstraße Nr. 89.**

Pränumerationspreis für Wien:

Zum Abholen in allen k. k. Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich 2 Kr. 20 H. Inklusive Zustellung ins Haus: Vierteljährig 6 Kr. 60 H., monatlich 2 Kr. 20 H., wöchentlich 50 H.

Für die Provinz und Ungarn:

Vierteljährig . . . . . 7 Kr. 80 H.
Monatlich . . . . . 2 Kr. 60 H.

Für Deutschland:

Vierteljährig . . . . . 8 Mk.

Arbeiterinnen-Zeitung.

Sozialdemokratisches Organ für Frauen und Mädchen.

Redaktion: **Adelheid Popp.**

Erscheint alle 14 Tage am Donnerstag.

Preis per Nummer 8 H.

Im Abonnement für **Wien** und **Oesterreich-Ungarn:** Ganzjährig 2 Kr. 40 H., halbjährig 1 Kr. 20 H., vierteljährig 60 H.

Redaktion und Administration: **Wien, VI., Mariahilferstraße 89.**

Neue Glühlichter.

Humoristisch-satirisches Arbeiterblatt.

Redaktion und Administration: **Wien, VI., Gumpendorferstraße 18.**

Erscheint vierzehntägig, reich illustriert, in buntem Farbendruck.

Preis: Vierteljährig 80 H. — Einzelne Nummer 12 H.

Wiederverkäufer und Kolporteure erhalten hohen Rabatt.

Werbet Abnehmer für das einzige Partei-Witzblatt!

Telephon Nr. **7700.** Postsparkassen-Scheck-Konto Nr. **831.071.**

Der Arbeit eine Wehr!

Volkstribüne.

Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes.

Erscheint wöchentlich, und zwar jeden Donnerstag.

Abonnementsbedingungen:

Oesterreich: Bei vierteljährigem Bezuge 1 Kr. 30 H. (65 kr.), bei halbjährigem Bezuge 2 Kr. 60 H. (1 fl. 30 kr.), bei ganzjährigem Bezuge 5 Kr. 20 H. (2 fl. 60 kr.).

Einzelne Nummern kosten 8 H.

Abonnementsbedingungen:

Deutschland: Vierteljährig 1 Mk. 45 Pf., halbjährig 2 Mk. 80 Pf., ganzjährig 5 Mk. 80 Pf. — Frankreich, Schweiz und Weltpostverein: Vierteljährig 2 Frcs., halbjährig 4 Frcs., ganzjährig 8 Frcs.

Redaktion und Administration: **Wien, VII., Kaiserstraße Nr. 96.**

Telephon Nr. **9314.** — Postsparkassen-Scheck-Konto Nr. **849.860.**

Die Neue Zeit.

Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie.

Redigiert von **Karl Kautsky.**

Mitarbeiter: **August Bebel, Viktor Adler, Fritz Austerlitz, Karl Leuthner u. a.**

Wöchentlich erscheint ein Heft zum Preise von 30 H.

Abonnement vierteljährig 3 Kr. 90 H.

Die Neue Zeit ist unentbehrlich für jeden, der die Fortschritte des wissenschaftlichen Sozialismus auf allen Gebieten aufmerksam verfolgen will — sie ist eine wahre Rüstkammer für den geistigen Kampf mit den Kritikern des Sozialismus und mit unseren Gegnern.

Zu beziehen durch die Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Swoboda & Co., Wien VI. — 6300·05.

HX
256
S6
1905

Sozialdemokratische Arbeiter-
partei Deutschösterreichs
Protokoll des Sozialdemokra-
tischen Parteitages

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY